

DER BÜRGER IM STAAT

2-2009



Bundestagswahl 2009



Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Am 27. September 2009 wird ein neuer Bundestag gewählt. Das Ziel von Parteien und Kandidaten ist der Einzug in den Deutschen Bundestag, der im wieder aufgebauten Reichstag in Berlin tagt.

picture alliance/dpa

DER BÜRGER IM STAAT

HEFT 2–2009
59. JAHRGANG
ISSN 0007–3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE

Lothar Frick

REDAKTION

Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-44, Fax 0711/164099-77

HERSTELLUNG

Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711/4406-0, Fax 0711/442349

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL

Britta Könen, Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH
Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Telefon 0711/7001530, Fax 0711/70015310

Der Bürger im Staat erscheint vierteljährlich.
Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit
dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte
Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers und
der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Daten-
trägern sowie Einspeisung in Datennetze nur
mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

Karl-Rudolf Korte	
Die Bundestagswahlen 2005 als critical elections	68
Franz Decker	
Veränderungen in der Parteienlandschaft	74
Rainer-Olaf Schultze	
Wählerverhalten im Zeichen strukturierter Vielfalt	82
Oskar Niedermayer	
Veränderungen der Parteimitgliedschaften	90
Dieter Roth	
Wie funktioniert Wahlforschung?	96
Frank Brettschneider	
Massenmedien und Wahlkampf	103
Dirk Schindelbeck	
Wahlplakate im historischen Wandel	112
Sieglinde Rosenberger	
Wahldemokratien	118
Rolf Frankenberger	
Wahlen in nicht-demokratischen politischen Systemen	125
Gilg Seeber	
Wahlsysteme	134
Buchbesprechungen	139

THEMA IM FOLGEHEFT

Indien

Bundestagswahl 2009

„Wahlen bringen die Politik in die Wohnzimmer und an die Stammtische“ (Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber). Die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag findet am 27. September 2009 statt. Drei Tendenzen dürften dabei die Wahlprognosen beschäftigen: Es sind die sinkende Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger (einschließlich der Jungwählerinnen und -wähler), die hohen Schwankungen im Wahlverhalten sowie der Umstand, dass das Fünfparteiensystem mit deutlich schwächer gewordenen Volksparteien seine Wirkungen entfaltet; einschließlich der sich daraus ergebenden Optionen nach einer regierungsfähigen Mehrheit im Bundestag. Im Hinblick auf die Wählerinnen und Wähler stellte eine renommierte Wochenzeitschrift („Die Zeit“ vom 8. Januar 2009) unlängst die provozierende Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordert sind, verantwortungsvoll abzustimmen, das Parteiengefüge im Kopf und die Regierungsfähigkeit im Blick zu haben?

Wahlen und der Vorgang des Wählens gelten als die wohl wichtigsten Kennzeichen demokratischer Staaten und erfüllen dort zentrale Funktionen, wie etwa der politischen Repräsentation der Interessen der Bevölkerung, der Elitenrekrutierung und der Integration der Bevölkerung in das politische System. Wahlen – und somit auch die Existenz eines Wahlrechts – sind 60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik zu einem selbstverständlichen Instrument der politischen Partizipation geworden. Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten begründen allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen den Unterschied zwischen demokratischen und autoritären Systemen. Diesen demokratietheoretischen Kontext nehmen die drei abschließenden Beiträge des Heftes in den Blick.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 war ein Patt: Weder die CDU noch die SPD konnten mit ihren Wunschpartnern FDP bzw. Bündnis 90/Die Grünen eine mehrheitsfähige Regierung bilden. Der Wählerwille erzwang eine große Koalition. Von der Schwäche der beiden großen Volksparteien profitierten die kleineren Parteien. Karl-Rudolf Korte analysiert in seinem Beitrag die Ergebnisse sowie Wirkungen der Bundestagswahl 2005 und geht dabei auf das Wählerverhalten ein: Wie hoch war seinerzeit die Wahlbeteiligung? Welche Rolle spielten Nicht-, Wechsel-, Protest- und Stammwähler? Wie sahen die Parteiidentifikation und die Kandidatenorientierung aus? Und schließlich: Welche politischen Streitfragen und Parteikom-

petenzen waren 2005 ausschlaggebend? Im Rückblick wird deutlich, dass beide Angebote der großen Parteien und die von ihnen propagierten Problemlösungskompetenzen vom Wähler abgestraft wurden. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 zeigt, dass sich die Erfolgsbedingungen im politischen Wettbewerb merklich verändert haben. Wählerstimmen scheinen in Zeiten ökonomischer Knappheit immer mehr an die Qualität problemlösenden Regierens gebunden zu sein.

Parlamentarische Systeme sind ohne Parteien nicht denkbar. Allerdings kann sich die Funktionslogik parlamentarischer Systeme erheblich unterscheiden. Je abhängig von der Struktur des Parteiensystems bringen Wahlen mehrheits- oder konsensdemokratische Modelle hervor. Das deutsche Regierungssystem erfüllt die Kriterien einer Konsensdemokratie nur formell und müsste aufgrund des starken Parteienwettbewerbs eher in der Nähe des mehrheitsdemokratischen Modells angesiedelt sein. Vor diesem demokratietheoretischen Hintergrund analysiert Frank Decker die Veränderungen der deutschen Parteienlandschaft. Das bei der Gründung der Bonner Republik 1949 noch bestehende Vielparteiensystem entwickelte sich in Richtung einer stabilen Zweieinhalb-Parteien-Struktur, die über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg mit ihrem „eingebauten“ Koalitionszwang Bestand hatte. Die Stabilität dieser Struktur wurde Mitte der 1980er Jahre durch die parteipolitische Etablierung der Grünen verändert. Das nunmehr entstandene Vierparteiensystem konnte sich jedoch nicht verfestigen. Es wurde durch rechtsextreme und -populistische Parteien fragmentiert, bis mit dem Beitritt der neuen Länder 1990 schließlich ein Fünfparteiensystem entstand. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf die Bundestagswahl 2009 und erörtert – unter Zugrundelegung der Koalitionssignale und Zustimmungswerte der Wähler zu den möglichen Varianten – die Konsequenzen des neuen Fünfparteiensystems für die Koalitionsbildung nach der Wahl 2009.

Wenngleich Wählerentscheidungen immer noch tradierten Mustern und Konfliktlinien folgen, sind seit geraumer Zeit Wandlungstendenzen im Wählerverhalten sowie eine wachsende Skepsis gegenüber Wahlen zu beobachten. Waren bis in die 1980er Jahre die konfessionelle und wohlfahrtsstaatliche Konfliktlinie für ein stabiles Wählerverhalten ausschlaggebend, führte das Spannungsfeld zwischen ökologisch- versus wachstumsorientierter Politik

zur Herausbildung einer ökologischen Konfliktlinie und zu einer Lockerung herkömmlicher Parteibindungen. Eine weitere Zäsur war die deutsche Wiedervereinigung, die als Reflex auf die unterschiedlichen Sozialstrukturen und politischen Regionalkulturen Gegensätze im Wählerverhalten zwischen Ost und West nach sich zog. Rainer-Olaf Schultze konstatiert – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009 – Bindungsverluste der etablierten Volksparteien, damit einhergehende Alternativen im Parteienangebot sowie die zunehmende Bedeutung kurzfristiger bzw. situativer Einflüsse auf die Wählerentscheidungen. Auf der Grundlage dieser Analyse zieht Rainer-Olaf Schultze wahlsoziologische Schlüsse für das Wahlverhalten 2009, das sich wohl stärker an Kosten-Nutzen-Erwägungen orientieren und den beiden großen Parteien Verluste und den kleinen Zugewinne beschern könnte. Die Wählerinnen und Wähler stehen letztlich vor einem Dilemma: Angesichts des „Multioptionswahlkampfes“ wird koalitionstaktisches Wählen zum bloßen Lotteriespiel. Es ist also durchaus möglich, dass sich Wählerinnen und Wähler wieder auf politische Grundüberzeugungen und Parteipräferenzen besinnen.

Mitglieder sind für Parteien nicht nur Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern zugleich Stammwähler, Multiplikatoren, Ideengeber und nicht zuletzt Beitragszahler. Allerdings stehen Parteien heute nicht mehr hoch in der Gunst der Bevölkerung. Für die Mitgliedschaft in einer politischen Partei sind Beitrittsanreize affektiver, wertbezogener, politischer – gelegentlich auch materieller – Art bzw. Beitrittschancen ausschlaggebende Faktoren. Vor dem Hintergrund dieser positiven Motivationen bzw. der negativ bewerteten Beitrittsfolgen analysiert Oskar Niedermayer in seinem Beitrag, wie sich die Parteimitgliedschaften im Zeitablauf entwickelt haben. Gesteigerte politische und wertbezogene Beitrittsanreize lösten in den 1960er und 1970er Jahren einen Mitgliederboom aus. Spätestens seit den 1980er Jahren jedoch geht die Rekrutierungsbasis des gesamten Parteiensystems kontinuierlich zurück. Gesellschaftliche Individualisierungsprozesse, die Erosion der sozialen Basis des deutschen Parteiensystems, gewandelte politische Beteiligungs- und Engagementformen, die besondere Situation in den neuen Ländern nach der Vereinigung sowie parteispezifische Faktoren sind für den Bedeutungsverlust der Parteien und den merklichen Mitgliederschwind verantwortlich.

Wahlforschung erscheint vielen wie ein Buch mit sieben Siegeln. Was hat es mit den oft zitierten und manchmal angezweifelte Ergebnissen der Wahlforschung auf sich? Wahlforschung ist eine akademische Disziplin, bei der es darum geht, mit nachvollziehbaren Verfahren den Prozess des Wählens zu analysieren. Seriöse Wahlforscher arbeiten theoriegeleitet und wenden Instrumente und Methoden der empirischen Sozialforschung an. Die Resultate der Wahlforschung werden in den Medien einem breiten Publikum zugänglich gemacht, dabei jedoch popularisiert und häufig als „politische Stimmungsdaten“ in prognostischer Absicht benutzt. Die Fragestellungen der Wahlforschung hingegen sind retrospektiv. Sie wollen eine Antwort auf die Frage geben: Wer hat wen gewählt und warum? Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung erläutert Dieter Roth in seinem Beitrag die Instrumente und Methoden der Wahlforschung. Er schildert die methodische Schrittfolge, die für die Gewinnung verlässlicher Daten und darauf fußender Aussagen notwendig ist, und beschreibt die verschiedenen Erhebungsinstrumente mit all ihren Feinheiten, Vor- und Nachteilen sowie möglichen Fehlerquellen. Medien prägen die politische Realität mit, und Politiker unterwerfen sich – insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes – nur allzu gerne der medialen Logik. Die Wirkung der Medien wird allerdings kontrovers eingeschätzt. Die Positionen reichen hierbei vom Vorwurf der sogenannten „Amerikanisierung“, die einen politischen Substanzverlust bewirke, bis zum eher gelassenen Argument, dass Medien ohnehin nur vorhandene Einstellungen der Wählerinnen und Wähler verstärken würden. Frank Bretschneider analysiert in seinem Beitrag die Art und Weise der massenmedialen Berichterstattung bei Bundestagswahlkämpfen, prüft dabei den Grad der „Amerikanisierung“ und kommt zu dem Schluss, dass in bundesdeutschen Wahlkämpfen Sachfragen vorherrschend sind. Der Wettbewerbscharakter hingegen ist zweitrangig. Im Anschluss werden in einer differenzierten Betrachtung die Medieneinflüsse und Wirkungsmechanismen auf das Wahlverhalten und auf die Einstellungen der Wähler diskutiert. Und auch hier wird der Medienschelte wiederum der Wind aus den Segeln genommen: Die Parteiidentifikation ist letztlich das Fundament des Wahlverhaltens. Medien können allenfalls eine bestätigende und/oder aktivierende Wirkung ausüben. Gleichwohl haben die Platzierung wichtiger Wahlkampfthemen und die Fixierung

auf Spitzenkandidaten mobilisierende Wirkungen. Parteien und (Spitzen-)Politiker stellen sich daher auf die Medienlogik ein und richten ihre Wahlkampfstrategien an medialen Spielregeln aus. Plakate sind aus unserer Lebenswelt nicht mehr wegzudenken. Politische Plakate – und Wahlplakate im Besonderen – zielen mit ihren Slogans und Bildmotiven darauf ab, (partei-)politische Themen auf Kernaussagen zu reduzieren und die Identifikation mit Kandidaten und Parteien zu erhöhen. Obwohl Plakate durch veränderte Wahlkampfstrategien im Medienzeitalter beim Prozess der Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern an Bedeutung verloren haben, bleiben sie ein „zeitloses“ Medium des Wahlkampfes. Wahlplakate sind in ihrer Wirkkraft stets zeitgebunden, weil sie vom kollektiven Bildfundus und -gedächtnis ihrer jeweiligen Zeit geprägt werden. Dirk Schindelbeck lädt in seinem Beitrag zu einer kleinen Zeitreise durch die Welt bundesdeutscher Wahlplakate ein und zeigt jene Wendepunkte auf, welche für die Geschichte der Bundesrepublik von Bedeutung waren. Die aufgezeigten Querverbindungen zur Werbe- und Gebrauchsgrafik, ikonische „Enthüllungen“ und die skizzierten Hintergründe einzelner Wahlwerbekampagnen gewähren überraschende Einblicke in Wahlkampfstrategien. Wählen gilt als bedeutendste politische Partizipationsform. Wahlrechte und Wahlsysteme, Wahlmotive und -verhalten sind ein Spiegelbild des jeweiligen politischen Systems. Am Zugang zum Wählen zeigt sich die Qualität einer Demokratie. Faire und kompetitive Wahlen gelten als Fundament der liberalen, repräsentativen Demokratie und begründen den wesentlichen Unterschied zwischen Demokratie und autoritären bzw. totalitären Systemen. Damit ein politisches System als demokratisch gilt, müssen politische Rechte und bürgerliche Grundfreiheiten gewährleistet sein. Sieglinde Rosenberger geht in ihrem Beitrag der Frage nach, wie das Verhältnis von Demokratie und Wahlen theoretisch begründet ist, was den spezifischen Kern von Wahldemokratien ausmacht, welche Ansprüche und Funktionen an Wahlen gestellt werden, um das Kriterium „demokratisch“ zu erfüllen. Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei demokratietheoretisch relevanten Aspekten des Wählens (wie Repräsentation, Responsivität, Verantwortlichkeit und Kontrolle). Die Praxis politikwissenschaftlicher Forschung zeigt, dass Wahlen kein ausschließlich „demokratisches Phänomen“ sind. Denn auch in den meisten nicht-

demokratischen politischen Systemen, synonym auch als autoritäre Regime oder Diktaturen bezeichnet, werden mehr oder weniger regelmäßig Wahlen abgehalten und dienen auf den ersten Blick oft als demokratisches „Feigenblatt“. Es stellen sich dann jedoch – insbesondere auch im Zusammenhang mit der Förderung demokratischer Entwicklungen – einige zentrale Fragen, denen Rolf Frankenberger in seinem Beitrag nachgeht: Wie lassen sich demokratische von nicht-demokratischen Wahlen unterscheiden? Und haben Wahlen in autoritären politischen Systemen und Diktaturen Funktionen, welche über die bloße Errichtung einer demokratischen „Fassade“ zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit hinausgehen? Anhand von vergleichenden Daten und zweier Fallbeispiele zu Wahlen in autoritären Kontexten werden zentrale Funktionen von Wahlen in nicht-demokratischen Systemen diskutiert sowie die Frage der demokratischen Qualität von Wahlen illustriert.

Der Beitrag von Gilg Seeber beschäftigt sich mit Wahlsystemen, d.h. dem Mechanismus, der regelt, innerhalb welcher geografischer Einheiten Stimmen in Mandate umgewandelt werden, in welcher Form Stimmen abzugeben sind und nach welcher Methode Stimmen gezählt und verrechnet werden. In Wahldemokratien findet sich eine große Vielfalt von Wahlsystemen, die unterschiedliche normative Überlegungen (z.B. die Rolle des Wählerwillens) sowie politische Repräsentations- und Partizipationskulturen widerspiegeln. In der je konkreten Ausgestaltung eines Wahlsystems spielen vier Elemente eine entscheidende Rolle: die Gestaltung der Wahlkreise, die Form der Kandidatur, die Stimmgebung und schließlich die Stimmverrechnung. Unterschiedliche Regelungen resultieren aus den Kombinationen dieser vier Elemente – mit mehr oder weniger starken Auswirkungen auf die Wahlergebnisse. Weil mit der Zuweisung von Mandaten Parteien oder Personen mit Macht ausgestattet werden, die konkrete Ausgestaltung eines Wahlsystems einzelne Akteure jedoch begünstigen oder benachteiligen kann, bedarf es einer eingehenden politischen Analyse.

Die Autorinnen und Autoren vermitteln mit ihren Beiträgen detaillierte Informationen und Fakten, die für das Verständnis des komplexen Themas wichtig sind. Allen Autorinnen und Autoren sei an dieser Stelle gedankt. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit.

Siegfried Frech

Die Bundestagswahlen 2005 als critical elections

Karl-Rudolf Korte

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 war ein Patt: Weder die CDU noch die SPD konnten mit ihren Wunschartnern FDP bzw. Bündnis 90/Die Grünen eine mehrheitsfähige Regierung bilden. Der Wählerwille erzwang eine große Koalition. Von der Schwäche der beiden großen Volksparteien profitierten die kleineren Parteien. Karl-Rudolf Korte analysiert in seinem Beitrag die Ergebnisse sowie Wirkungen der Bundestagswahl 2005 und geht hierbei differenziert auf das Wählerverhalten ein: Wie hoch war die Wahlbeteiligung, welche Rolle spielten Nicht-, Wechsel-, Protest- und Stammwähler? Wie sahen die Parteiidentifikation und die Kandidatenorientierung aus? Und schließlich: Welche politischen Streitfragen und Parteikompetenzen waren 2005 ausschlaggebend? Im Rückblick wird deutlich, dass beide Angebote der großen Parteien und die von ihnen propagierten Problemlösungskompetenzen vom Wähler abgestraft wurden. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 zeigt auch, dass sich die Erfolgsbedingungen im politischen Wettbewerb merklich verändert haben. Wählerstimmen scheinen in Zeiten ökonomischer Knappheit immer mehr an die Qualität problemlösenden Regierens gebunden zu sein. **I**

Das Patt zwischen den schrumpfenden Volksparteien ...

Die Bundestagswahlen 2005 hatten die Qualität von so genannten critical elections: Es wird nie mehr so sein, wie es einmal war (Korte 2008). Erst das Wahlergebnis vom September 2005 förderte ein changierendes Fünftei-Parteiensystem zu Tage, was die Wähler und Parteien nun vor ungewohnt neue Herausforderungen stellt. Jenseits der Großen Koalition sind verlässlich keine Bündnisse entlang der tradierten parteipolitischen Lager mehr möglich. Bunte Zweier- und Dreier-Koalitionen – von Jamaika (schwarz-gelb-grün) bis rot-rot-grün – sind unter den Bedingungen von Vielparteien-Parlamenten und zeitgleich immer weiter schrumpfenden Volksparteien die Zukunft. So bedarf es neuer Formeln zur Macht, um stabile Regierungsmehrheiten zu schaffen: neue parteipolitische Zusammensetzungen (z.B. schwarz-grün), neue Regierungs- bzw. Koalitionstypen (z.B. Große Koa-

litionen) oder neue Regierungsformate (z.B. Minderheitsregierungen wie im Jahr 2008 in Hessen). Das gilt nach Jahrzehnten der absoluten Mehrheit mittlerweile selbst für die CSU in Bayern.

Mitentscheidend für die Bundestagswahl 2005 war aber vor allem die Landtagswahl im bevölkerungsstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen nur wenige Monate zuvor: Denn kurz nach Schließung der Wahllokale an Rhein und Ruhr kündigte der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering in Berlin Neuwahlen zum Deutschen Bundestag in 2005 an (Feldkamp 2006). Um 20 Uhr wiederholte Bundeskanzler Gerhard Schröder diese Absichtserklärung. Beide hatten bereits nach den ersten Prognosen zum nordrhein-westfälischen Wahlergebnis beschlossen, diesen Weg einzuschlagen. Vor der öffentlichen Erklärung Münteferings wurden auch der Koalitionspartner und der Bundespräsident über das Vorhaben informiert.

Die Ankündigung von Neuwahlen durch den SPD-Vorsitzenden hing direkt mit dem Wahlergebnis in NRW zusammen. Dort verlor die SPD nach 39 Jahren Regierungszeit ihre Mehrheit und wurde gemeinsam mit den Grünen von einer schwarz-gelben Regierungskoalition abgelöst (Korte 2009b, S. 84ff). Noch am Wahlabend der Landtagswahl verbreitete sich die Nachricht vom Vorhaben der SPD wie ein Lauffeuer. Sofort richteten sich die Interpretationen des Wahlergebnisses auf die Bundesebene. Unmittelbar nach Schließung der Wahllokale in Nordrhein-Westfalen startete somit der Bundestagswahlkampf (Korte/Florack/Grunden 2005, S. 334f).

Formal ist es allerdings nicht möglich, durch Selbstausrufung Neuwahlen zu provozieren (Korte 2009a, S. 112). Vielmehr kann nur der Bundespräsident Neuwahlen ansetzen. Allerdings muss zuvor die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages dem Bundeskanzler ihr Vertrauen entzogen haben. Dies geschah nach einer Rede des Bundeskanzlers zur politischen Situation im Land vor dem Bundestag am 1. Juli 2005. Am 13. Juli bat Gerhard Schröder den Bundespräsidenten, das Parlament aufzulösen. Horst Köhler verkündete am 21. Juli seine Entscheidung, so zu handeln. Er setzte Neuwahlen für den 18. September 2005 an. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte einige

Wochen später das Verfahren, so dass die Bundestagswahlen wie geplant im Herbst 2005 stattfinden konnten.

Der verkürzte Wahlkampf folgte zwei sehr unterschiedlichen Mobilisierungsstrategien (Korte 2005a). Da kämpfte auf der einen Seite der Bundeskanzler, mit der Macht seines Kanzler-Bonus, obwohl sich seine Regierung in den Augen der Bevölkerung – nach der Abstimmung über die Vertrauensfrage – in der Abwicklung befand. Selten sah man eine derartig perfektionierte authentische Ein-Mann-Show als Aufholjagd aus demoskopischen Tiefen, die so erfolgreich dennoch am Ende verloren wurde. Die Faszination gilt dabei weniger der Kampagnenführung als vielmehr der enormen Kommunikationsleistung. Die doppelte Kapitulation des Bundeskanzlers, nach dem für die SPD desaströsen NRW-Wahlergebnis, sowohl vor der eigenen Mehrheitsfraktion im Bundestag als auch vor den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat, geriet vollkommen in Vergessenheit. Den konzeptionellen Gegenansatz zu Schröder verkörperte die Kanzlerkandidatin der Union, Angela Merkel (CDU) hatte als gefühlte Kanzlerin aus Sicht der Wähler bereits im Wahlkampf ein Regierungsprogramm zu verteidigen. Ihr Rollentausch mit dem Kanzler erfolgte im Duktus des rationalen Überzeugen-Wollens. Bewusst darstellungsarm zog sie nüchtern argumentierend von Marktplatz zu Marktplatz. Gegensätzlicher hätten keine Mobilisierungsangebote für den Wähler ausfallen können. Der mediale Charismatiker stand einer Kandidatin mit protestantischer Armutsethik gegenüber. Der eine wollte Deutschland gerechter reformieren, die andere Deutschland dienen. Keines der beiden Konzepte war mehrheitsfähig. Weder Show noch Armutsästhetik wurden eindeutig belohnt.

... und der Triumph der kleinen Parteien

Die kleinen Parteien profitierten schließlich bei der Bundestagswahl von der Schwäche der großen Volksparteien. FDP und Linke/PDS legten deutlich zu, die Grünen stabilisierten sich auf dem Niveau von 2002. Deutlicher als jemals zuvor stehen sich nun zwei konträr kon-

turierte Politikmodelle im Bundestag an den Rändern gegenüber: altsoziale Besitzstandswahrung bei der Linken/PDS und neoliberale Marktbefreiung bei der FDP (Korte 2005b, S. 13). Zum Triumph der Kleinen bei der Wahl gehört der Konzentrationsprozess der Großen. Die erste Große Koalition im Bund von 1966 konnte noch 86,9 Prozent der Wähler auf sich vereinigen. Nach der vergangenen Wahl waren es nur noch 69,4 Prozent. Dahinter steht nicht nur eine Schwächung der Volksparteien auf dem komplexen Wählermarkt (Korte/Fröhlich 2006, S. 163). Wichtiger ist der Erosionsprozess der Volksparteiendemokratie, der zeitgleich damit einhergeht. Denn die Schwächung der Volksparteien hängt nicht primär mit abnehmender Mitgliederzahl und Kampagnenfähigkeit angesichts zunehmender Vergeisung zusammen. Vielmehr sind die Volksparteien weitgehend basislos geworden und damit immer weniger gesellschaftlich verankert. Ihnen fehlt die notwendige Repräsentativität, um konfliktssensibel agieren zu können. Sie sind immer weniger Bindeglied in der Funktionslogik des repräsentativen parlamentarischen Systems, kein Resonanzraum für Stimmungen. Solche Organisationen sind ohne eigenen Standort, Spielball für alles, witterungsabhängig (Schmid/Zolleis 2005).

Bundestagswahl 2005 führte zu einzigartigen Ergebnissen

Bislang einzigartig in ihrer Wirkung ist die Bundestagswahl 2005 auch deshalb, weil sie zu den folgenden Ergebnissen geführt hat (Hilmer/Hilmer-Müller 2006; Korte 2005b; Jung/Wolf 2005; Brettschneider 2005):

- Zum ersten Mal steht an der Spitze der Bundesregierung eine Frau. Außerdem stammte der Bundeskanzler bisher immer aus Westdeutschland.
- Zwar gehört der Bundeskanzler nicht immer der stärksten Fraktion im Bundestag an. Allerdings stellte niemals eine Fraktion mit schlechteren Wahlergebnissen als die Union 2005 den Bundeskanzler. CDU/CSU erzielten mit 35,2 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Bundestagswahlergebnis, lässt man die erste Wahl 1949 außer acht.
- Durch die Wahl Angela Merkels zur Bundeskanzlerin normalisierte sich die Chance, aus dem Amt des Oppositionsführers im Deutschen Bundestag direkt Kanzler zu werden. Dies gelang zuvor nur Helmut Kohl 1982.
- Gleichzeitig mit der Union erzielte auch die SPD eines ihrer schlechtesten Bundestagswahlergebnisse. Niemals war die Zustimmung zu den Volksparteien so gering wie 2005.

- Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland regiert eine Große Koalition. Allerdings kann diese sich nur auf 69,4 Prozent der Wählerstimmen stützen, im Gegensatz zu 86,9 Prozent der Stimmen unter Kurt Georg Kiesinger 1966.
- Die Bildung der Großen Koalition verdeutlichte, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem Fünfparteiensystem entwickelt hat. Die fast identische Größe der beiden gegensätzlichen Lager führte dazu, dass die Bildung einer klassischen Koalition nach der Bundestagswahl nicht mehr möglich war. Eine rot-rot-grüne Dreierkoalition ist vor allem aufgrund der Verweigerungshaltung der SPD gegenüber der Linken nicht gebildet worden. Die Grünen hingegen verweigerten sich einer Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen, während die FDP eine Ampelkoalition ablehnte.

Im Folgenden soll genauer auf das Wählerverhalten bei Bundestagswahlen eingegangen werden. Wie hoch ist die Wahlbeteiligung, welche Rolle spielen Nicht-, Wechsel-, Protest- und Stammwähler? Wie sahen die Parteiidentifikation und die Kandidatenorientierung aus, welche politischen Streitfragen waren für die Bundestagswahl 2005 maßgeblich?

Wahlbeteiligung: Nichtwähler, Wechselwähler und Protestwähler

Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen geht kontinuierlich zurück. Lag sie in den 1970er Jahren noch bei über 90 Prozent (1972: 91,1 Prozent), so sank sie in den 1980ern auf Werte von knapp unter 90 Prozent und schließlich auf nur noch 77,1 Prozent bei der letzten Bundestagswahl 2005. Sie erreichte damit einen historischen Tiefstand. (Abb. 1)

- Die Nichtwähler machten 2005 etwas mehr als ein Fünftel (22,3 Prozent) der Wahlberechtigten aus.

- Die Zahl der Wechselwähler nimmt weiter zu. 28 Prozent der Wähler gaben ihre Stimme nicht derselben Partei wie 2002. 29 Prozent der Wähler entschieden sich erst sehr spät für eine Partei. 24,4 Prozent der Wähler splitteilten ihre Stimmen (Hilmer/Hilmer-Müller 2006, S. 183).
- 3,9 Prozent der Wähler entschieden sich für eine so genannte „andere Partei“. Zusammen mit dem Ergebnis von PDS/Linke macht dies deutlich, dass die Zahl der Protestwähler steigt.
- Vor allem junge männliche Ostdeutsche vergeben ihre Stimmen an extreme Parteien. Der unmittelbare Zusammenhang zur schwierigen sozialen Situation in den neuen Bundesländern ist hierin erkennbar.

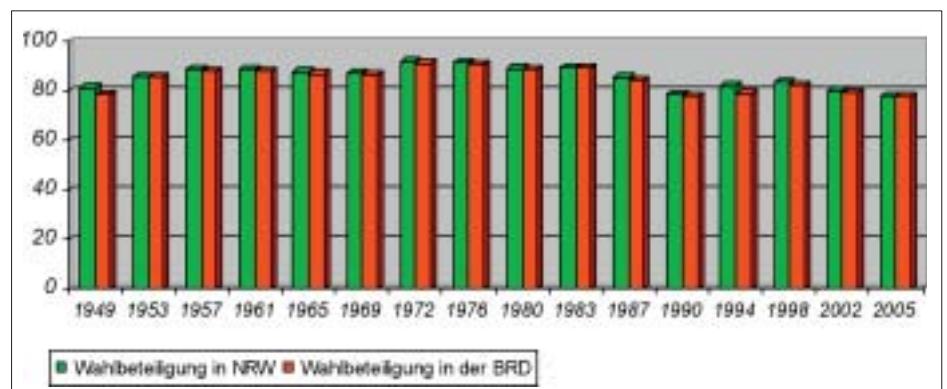
Sozialstruktur und Milieus: Stammwähler

In der Vergangenheit konnten Wahlanalysen in der Tradition des soziologischen Ansatzes ihre Bedeutung immer wieder unter Beweis stellen (Korte 2009a, S. 116). Auch für die Bundestagswahl 2005 lässt eine entsprechende Untersuchung der Wahlergebnisse wichtige Rückschlüsse auf die Existenz unterschiedlicher Stammwählerschaften zu. Unter der Oberfläche des Gesamtergebnisses verbergen sich jedoch eine Reihe regionaler Unterschiede. (Tabelle 1)

Nach wie vor existiert in Deutschland ein geographisch unterschiedliches Wählerverhalten:

- So war die Union 2005 im Westen deutlich stärker als im Osten.
- Die SPD musste in Ostdeutschland starke Verluste hinnehmen. Sie erzielte, anders als noch 2002, im Westen ein besseres Wahlergebnis.

Abb. 1: Wahlbeteiligungen bei den Bundestagswahlen 1949–2005



In Prozent. Bis 1987 Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, ohne Berlin (West). 1949 und 1953 ohne das Saarland. Eigene Darstellung. Quelle: Bundeswahlleiter 2008.

Tab. 1: Wahlergebnis in West- und Ostdeutschland bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 (in Prozent)

	SPD		CDU/CSU		Grüne		FDP		PDS/Linke		Andere	
	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005
West	38,3	35,1	40,8	37,5	9,4	8,8	7,6	10,2	1,1	4,9	2,8	3,5
Ost	39,8	30,4	28,3	25,3	4,8	5,2	6,4	8	16,8	25,3	3,9	5,8
Gesamt	38,5	34,2	38,5	35,2	8,6	8,1	7,4	9,2	4,0	8,7	3,0	3,9

Eigene Darstellung. Quelle: Bundeswahlleiter 2008.

Tab. 2: Parteianteile nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl 2005 (in Prozent)

Geschlecht	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	Die Linke	Andere
Männlich	33	35	7	10	10	5
Weiblich	35	35	9	9	8	4
Alter						
18–29 Jahre	35	29	10	11	8	7
30–44 Jahre	33	31	11	10	9	5
45–59 Jahre	35	34	8	9	11	3
60 und älter	34	43	5	9	7	2
Alter und Geschlecht						
18–29 Mann	34	29	10	12	8	7
18–29 Frau	36	29	11	11	8	6
30–44 Mann	32	32	9	11	10	6
30–44 Frau	35	30	12	10	9	5
45–59 Mann	34	34	7	10	12	3
45–59 Frau	36	33	11	9	9	3
60+ Mann	34	42	4	10	8	3
60+ Frau	35	43	5	9	6	2
Gesamt	34,2	35,2	8,1	9,8	8,7	3,9

Eigene Darstellung. Quelle: Statistisches Bundesamt und Forschungsgruppe Wahlen 2005.

Tab. 3: Parteianteile nach Konfession bei der Bundestagswahl 2005 in Westdeutschland (in Prozent)

Konfession	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	Die Linke	Andere
Katholisch	28	48	7	10	4	3
Evangelisch	40	34	9	10	4	3
Keine	38	23	13	12	10	5
Kirchgang						
Jeden Sonntag	18	67	4	8	1	2
Ab und zu	32	45	7	11	3	3
Selten oder nie	39	33	9	10	5	3
Konfession und Kirchgang						
Kath., jd. So.	15	72	3	8	1	2
Kath., ab und zu	26	51	7	10	2	4
Kath., selten o. nie	35	36	9	11	6	4
Evang., jd. So.	30	47	10	7	3	4
Evang., ab und zu	37	38	7	19	3	3
Evang., selten o. nie	43	13	9	10	5	3
Gesamt	35,1	37,5	8,8	10,2	4,9	3,9

Eigene Darstellung. Quelle: Statistisches Bundesamt und Forschungsgruppe Wahlen 2005.

■ Die FDP konnte im gesamten Bundesgebiet Stimmen hinzu gewinnen. Im Westen wurde sie erstmals wieder zweistellig.

■ Die Grünen hingegen waren im Osten nach wie vor schwach; sie übersprangen nur knapp die Fünfprozenthürde.

■ Die Linke steigerte in Ost und West ihre Stimmenanteile. Während sie im Westen knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte, konnte sie im Osten das

Ergebnis der CDU erreichen und war somit zweitstärkste Kraft. (Tabelle 2)

■ Mit der Nominierung Angela Merkels zur Kanzlerkandidatin gingen keine besonderen Stimmengewinne der Union bei den Wählerinnen einher. Nur über 60-jährige Frauen wählten häufiger die Unionsparteien als die SPD. In allen anderen weiblichen Altersgruppen dominiert die SPD oder lag gleichauf mit der Union.

■ Je älter die Wähler waren, umso besser war das Wahlergebnis für die Union.

■ Kleine Parteien waren in der Regel Männerparteien. Nur die Grünen wurden häufiger von Frauen als von Männern gewählt. (Tabelle 3)

■ Die Union konnte sich bisher immer auf eine, wenn auch schrumpfende Stammwählerschaft aus dem katholischen Kirchgängermilieu stützen. Mit der Kanzlerkandidatur Angela Merkels, einer protestantischen, kinderlosen und zum zweiten Mal verheirateten weiblichen Ostdeutschen, brach die Partei mit der Tradition des männlichen, katholischen und westdeutschen Spitzenkandidaten. Dies führte jedoch zu keinem massiven Stimmenverlust (Roßteutscher 2007, S. 321). Auch wenn Angela Merkel nicht in dem Maße katholisches Wählerpotenzial erschließen konnte, wie dies Edmund Stoiber 2002 gelang, so vermochte sie doch ähnlich viele kirchlich gebundene Katholiken zu mobilisieren wie Helmut Kohl 1998.

■ Die SPD hatte besonderen Rückhalt im evangelischen Milieu; hier spielt die Häufigkeit der Kirchgänge jedoch keine Rolle.

■ Bei den kleinen Parteien überwog die konfessionslose Wählerschaft. (Tabelle 3)

■ Die SPD errang ihr bestes Wahlergebnis bei den Arbeitern; seit Regierungsantritt 1998 hatten die Sozialdemokraten in diesem Bereich aber massive Verluste hinnehmen müssen. Sie lagen in dieser Bevölkerungsgruppe nur knapp vor der Union. Gewerkschaftlich gebundene Arbeiter waren aber weiterhin treue Wähler der SPD. Da ihre Zahl aber schrumpfte, sank somit auch der Anteil dieser traditionellen Klientel am Anteil aller SPD-Wähler.

■ Gleiche Stimmenanteile erzielten die beiden Volksparteien in der Gruppe der Angestellten.

■ Die FDP erreichte ihr bestes Ergebnis bei den Selbstständigen, jedoch hinter Union und SPD.

■ Die Linke konnte bei den Arbeitslosen zahlreiche Stimmen gewinnen, lag aber hinter der SPD. Die Zahlen zeigen auch, dass die Linke von der Schwäche der SPD im Bereich der Gewerkschaftsmitglieder profitieren konnte.

■ Die stärkste Gruppe bei den Wählern der Grünen waren Beamte und gewerkschaftlich gebundene Angestellte. Grundsätzlich sind die traditionellen Wählmilieus noch nicht verschwun-

den und haben nach wie vor eine gewisse Bedeutung für die Parteien. Insbesondere bei Reformschritten wie der Agenda 2010 sind die jeweiligen Stammwähler besonders zu pflegen (Korte 2005b, S. 18). Dies sind immer noch die basisverwurzelten und extrem enttäuschungsresistenten Aktivisten. Wer sich nur tagesorientiert an den Wechselwählern ausrichtet, verliert am Ende auch die sesshaften Stammwähler. Doch gerade sie wären bereit, unpopuläre Entscheidungen mit zu tragen, wenn man sie einbindet und überzeugt. Zeitgleich wird die Gewinnung von Wechselwählern immer wichtiger. Deutliche Veränderungen gehen von der sinkenden Zustimmung der Wähler zu den Volksparteien aus. Hiervon können die kleinen Parteien profitieren, insbesondere die Linke im Osten als Alternative zur SPD, aber auch die FDP, die der Union 2005 in Süddeutschland viele Stimmen kostete.

Parteiidentifikationen

Zusätzliche Facetten der Wahlentscheidung vom 18. September 2005 ergeben sich aus der Perspektive der individual-

Tab. 4: Parteianteile nach Berufsgruppen bei der Bundestagswahl 2005 (in Prozent)

Berufstätig	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	Die Linke	Andere
Berufstätig	34	34	9	11	8	5
Rentner	36	41	5	9	8	2
Arbeitslos	37	20	7	7	25	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	37	32	5	8	12	6
Angestellte	35	35	9	9	9	3
Beamte	33	38	11	10	5	3
Selbstständige	22	41	10	20	5	3
Landwirte	13	65	2	9	6	5
Gewerkschaftsmitglied						
Ja	47	22	8	6	12	5
Nein	32	38	8	11	8	4
Arbeiter und Gewerkschaft						
Mitglied	50	21	6	5	12	6
Kein Mitglied	34	36	5	8	12	6
Angestellte und Gewerkschaft						
Mitglied	45	21	11	6	14	3
Kein Mitglied	34	37	9	10	8	3
Gesamt	34,2	35,2	8,1	9,2	8,7	3,9

Eigene Darstellung. Quelle: Statistisches Bundesamt 2005 und Forschungsgruppe Wahlen 2005.

psychologischen und der rationalistischen Erklärungsmodelle (Korte 2009a, S. 119). Zu untersuchen sind hierbei besonders die Auswirkungen der Parteibindungen sowie des Kandidaten- und des Parteienimages. Allen drei Variablen kommt eine Wahl erklärende Bedeutung zu.

Verschiedene Befragungen seit der deutschen Einheit haben übereinstimmend ergeben, dass nach wie vor etwa zwei Drittel der deutschen Wähler eine stabile persönliche Bindung an eine politische Partei besitzen. Sie gehören damit eher zu den Stamm- als zu den Wechselwählern. Wer bei zwei aufeinander folgenden gleichen Wahlen für verschiedene Parteien gestimmt hat, wird zu den Wechselwählern gerechnet. Sie haben in den letzten zehn Jahren zugenommen. Diese Parteiidentifikationen von rund zwei Dritteln der deutschen Wählerschaft wirken gemäß dem zugrunde gelegten Modell als Filter bei der persönlichen Wahrnehmung und bei der Bewertung von politischen Ereignissen. Die stabile Bindung an Parteien stellt eine Art Orientierungshilfe bei der Wahrnehmung des gesamten politischen Systems dar. Betroffen sind hiervon sowohl die Ausstrahlung und die Führungsqualitäten der einzelnen Kandidaten als auch die Problemlösungskompetenzen von Regierung und Opposition. Durchgängig erscheinen dabei verständlicherweise die eigene Partei und ihr politisches Personal in einem günstigeren Licht.

Allerdings hat das Ausmaß dieser Parteiidentifikation während der letzten Jahre abgenommen, im Osten sogar deutlicher als im Westen. Dieses Phänomen wird durch den Mitgliederschwund in den Parteien verschärft.

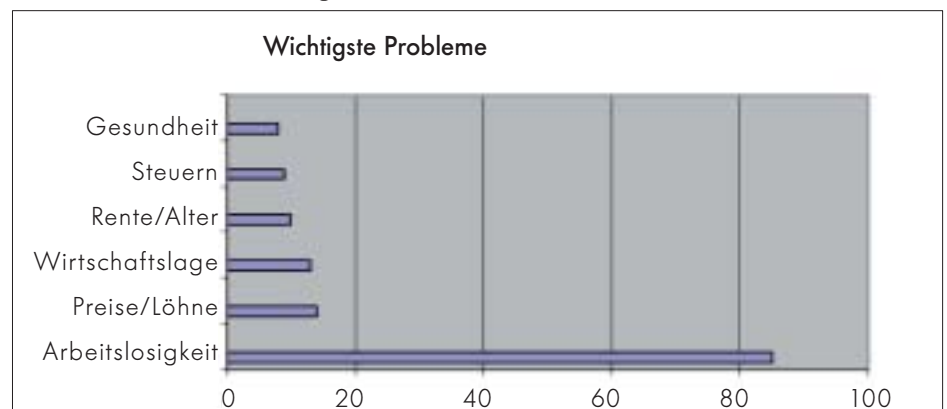
Seit Mitte der 1970er Jahre haben alle Parteien deutlich Mitglieder verloren. Abgesehen von der Problematik, in einer Parteiendemokratie mit schwindenden Mitgliederzahlen zu leben, führt dieser Befund auch zu einer Aufwertung kurzfristig wirksamer Determinanten des Wahlverhaltens. Damit steigt gleichzeitig das Potenzial an Wechselwählern. Wiederum lassen sich Unterschiede zwischen Ost und West feststellen. In den westlichen Bundesländern sind eher eine allmähliche Abschwächung und teilweise sogar eine Auflösung längerfristiger Parteibindungen zu beobachten. Zum einen hat sich bei einem Teil der Wähler zunehmend eine distanziertere Haltung gegenüber den Parteien herausgebildet. Zum anderen hat sich aber auch die Angebotsstruktur geändert. Das Aufkommen neuer Parteien und Koalitionsoptionen hat fast zwangsläufig zu einer Umorientierung auf dem Wählermarkt geführt. Traditionelle Loyalitäten, wie sie sich besonders in der Früh-

phase der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet hatten, verlieren damit tendenziell ihren bislang beherrschenden Einfluss auf die Wahlentscheidung. Im Osten hingegen entwickeln sich solche Beziehungsmuster zwischen Parteien und Wählern noch beziehungsweise erst gar nicht. Es besteht kein Zweifel daran, dass vorhandene Parteibindungen in den östlichen Bundesländern weniger fest sind. Entsprechend schwächer ist ihr Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung. Die Wähler im Osten orientieren sich bislang stärker an kurzfristigen Faktoren wie dem Erscheinungsbild der Kandidaten und der Kompetenz der Parteien. Insgesamt verlieren die Politiker in Ost und West deutlich an Sympathien.

Kandidatenorientierung

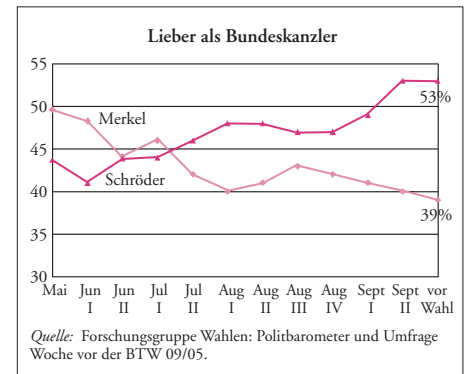
Die CDU/CSU stellte 2005 mit einer ost-deutschen, protestantischen Frau eine Kanzlerkandidatin auf, die nicht dem üblichen Schema eines Unionsbewerbers entsprach. Bis auf den Zeitraum um die verlorene nordrhein-westfälische Landtagswahl herum erzielte Gerhard Schröder dauerhaft höhere Popularitätswerte als Angela Merkel. Je näher der Wahltermin rückte, umso größer wurde sein Vorsprung, wenn dieser auch nicht ganz so groß wie gegenüber Edmund Stoiber 2002 gewesen ist. Kurz vor der Wahl befürworteten 53 Prozent der Befragten eine erneute Kanzlerschaft Schröders, nur 39 Prozent unterstützten Merkel. Auch deshalb nahm insbesondere in der Endphase der sozialdemokratischen Wahlkampagne die Darstellung des Spitzenkandidaten breiten Raum ein. So erklärt sich auch der Auftritt Gerhard Schröders in der „Elefantenrunde“ am Wahlabend des 18. Septembers 2005. Sein Verhalten gegenüber den Medienvertretern und der Spitzenkandidatin der Union resultierte aus der Überzeugung, nur durch persönliches Engagement eine Wahlniederlage der SPD verhindert zu haben.

Abb. 3: Politische Streitfragen



In Prozent. Eigene Darstellung. Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Umfrage vor der Wahl 09/05.

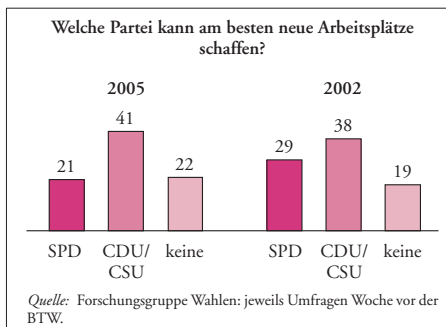
Abb. 2: Kandidatenorientierung



Angela Merkel musste hingegen nicht nur mit ihren eigenen Umfragewerten kämpfen. Für ihr Kompetenzteam wählte sie Personen aus, die den Wählern nur schwer zu vermitteln waren. Zudem setzte die SPD auf eine starke Angriffsstrategie sowohl gegen die Spitzenkandidatin wie auch gegen ihr Team. Die deutlichen Popularitätsunterschiede zwischen den beiden Kandidaten weisen aber auch auf etwas anderes hin: Wäre das Personalangebot der Parteien das einzig und allein entscheidende Kriterium bei der Wahl gewesen, wie von einigen Medien suggeriert wurde, hätte das Ergebnis für die SPD ein Triumph sein müssen. Tatsächlich aber gibt es kein monokausales Wählerverhalten, was auch die vorangegangenen Kapitel deutlich gemacht haben.

Politische Streitfragen

Wichtigstes zu lösendes Problem war für die Deutschen kurz vor der Bundestagswahl 2005 die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hierin spiegelten sich die für die Deutschen wichtigen Wahlkampfthemen Wirtschaft und Soziales wider. An zweiter und dritter Stelle rangierten die Probleme „(steigende) Preise, (sinkende) Löhne“ und „Wirtschaftslage“. Diese stehen ebenfalls mit dem Themengebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Verbindung.



Jede Partei konkurriert im Wahlkampf mit eigenen Konzepten für die Lösung politischer Streitfragen beziehungsweise Probleme um Wählerstimmen. Als besonders kompetent bei der Behebung des Problems der Arbeitslosigkeit gilt die Union. 41 Prozent der Befragten trauten ihr die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu, der SPD hingegen nur 21 Prozent.

Gleiches gilt für die Parteikompetenz im gesamten Bereich der Wirtschaftspolitik. Auch hier hat die Union mit 40 Prozent einen deutlichen Vorsprung vor den Sozialdemokraten (25 Prozent).

Es wird aber deutlich, dass die den Parteien zugeschriebenen Problemlösungskompetenzen noch kein Garant für den Gewinn des Wahlkampfes sind. Zwar konnte die Union in den wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik einen deutlichen Vorsprung vor der SPD verzeichnen. Wirtschaftskompetenz ist aber keine hinreichende Voraussetzung für den Erfolg im Wahlkampf. Die Union büßte an Zustimmung ein, weil sie wie 2002 erneut die ökonomische Effizienz ins Zentrum ihrer Kampagne rückte, ohne allerdings bis zu deren Ende noch in ausreichendem Maße über zugeschriebene Kompetenzen in diesem Bereich zu verfügen (Korte 2005b, S. 16). Die SPD litt an dem von vielen Bürgern erfahrenen Widerspruch zwischen alltäglich erlebter sozialer Ungerechtigkeit und dem Anspruch, immerwährende Schutzmacht der kleinen Leute zu sein. Die Wähler hatten sich bei der Bundestagswahl mehrheitlich gegen eine weitere kommunikative Ökonomisierung der Lebenswelten entschieden (Walter 2005). Die Bürger votierten nicht gegen eine Agenda-Politik, aber gegen die sich ausbreitende Macht einer primär kaufmännischen Sichtweise.

Die Agenda 2010 kam in ihrer Ausrichtung einem Paradigmenwechsel gleich. Es bedeutete das Ende einer „Sozialdemokratisierung der Gesellschaft“ (Mielke 2005) – eines Allparteien-Konsenses: der Hinwendung zum Sozialstaat und einer Orientierung an der Verteilungsgerechtigkeit als Verheißung einer demokratischen Gesellschaft. Die Abkehr von dieser Tradition wurde durch den Umbau des Sozialstaates überparteilich eingeleitet (Hennecke 2005). Die

rhetorische und klassenkämpferisch angelegte Re-Traditionalisierung im Wahlkampf der SPD entlarvten hingegen die Bürger als Kampagne. Sie widersprach der Alltagserfahrung der Bürger mit den rot-grünen Gesetzen. Auch die eindimensionale Reduzierung der Botschaft der Union im Wahlkampf auf Steuerfragen führte unmittelbar in eine Ökonomisierungs Falle. Beide Angebote der großen Parteien wurden vom Wähler abgestraft: die gefühlte Aufkündigung von Sozialstaatlichkeit und Staatsräson im Konzept der Union ebenso wie die negative Gerechtigkeitsbilanz von Rot-Grün. Dahinter steckt mehr als nur der Wunsch nach einem erklärenden Sozialstaat. Vielmehr lässt sich dahinter das Anliegen entdecken, nicht alle Lebenswelten nur ökonomisch zu definieren: nach Leistungsparametern der Wettbewerbsgesellschaft, nach Output-Effizienz.

Wahlen sind somit auch in Umbruchzeiten weiterhin auf Stimmenmaximierung ausgerichtet. Doch tendenziell haben sich die Bedingungen des Erfolges im politischen Wettbewerb allmählich verändert. Unpopuläres hat zukünftig unter den aufgezeigten Bedingungen eine Chance zur Mehrheitsbildung. Das verdeutlicht auch gerade das Ergebnis der Bundestagswahl. Das Set an Bedingungen zur neuen Mehrheitsmobilisierung stimmt aus Sicht der Wahlbürger gerade in Zeiten ökonomischer Knapp-



UNSER AUTOR

Univ.-Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Pädagogik in Mainz und Tübingen. 1983 erwarb er das Staatsexamen und 1988 promovierte er an der Universität Mainz. 1997 folgte die Habilitation im Fach Politische Wissenschaften an der Universität München. Nach Vertretungsprofessuren in Trier, Köln, München und Duisburg ist er seit 2002 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen im Fachgebiet „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien“. 2006 gründete er die NRW School of Governance, deren Direktor er seitdem ist. Die Forschungsgruppe Regieren leitet Karl-Rudolf Korte seit 2000.

heit verhalten optimistisch. Gesucht ist die Qualität des problemlösenden Regierens. Gefragt sind starke und vitale Parteien, die mehr sind als nur Agenturen für Sprachregelungen. Gewinner werden die sein, die sich einem Gestaltungsauftrag stellen und sich nicht nur mit Aufräumarbeiten zufrieden geben.

LITERATUR

- Brettschneider, Frank (2005): Bundestagswahlkampf und Medienberichterstattung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52/2005, S. 19-26.
- Feldkamp, Michael F. (2006): Chronik der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers am 1. Juli 2005 und der Auflösung des Deutschen Bundestages am 21. Juli 2005. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/2006, S. 19-27.
- Hennecke, Hans Jörg (2005): Von der „Agenda 2010“ zur „Agenda Merkel“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 32-33/2005, S. 16-22.
- Hilmer, Richard/Hilmer-Müller, Rita (2006): Die Bundestagswahl vom 18. September 2005: Votum für Wechsel und Kontinuität. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/2006, S. 183-218.
- Jung, Matthias/Wolf, Andrea (2005): Der Wählerwille erzwingt die große Koalition. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52/2005, S. 3-12.
- Korte, Karl-Rudolf (2005a): Bundestagswahlen 2005. Die Republik im vorgezogenen Bundestagswahlkampf. In: Balzar, Axel u. a. (Hrsg.): Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung. Münster, S. 150-156.
- Korte, Karl-Rudolf (2005b): Was entschied die Bundestagswahl 2005? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 51-52/2005, S. 12-18.
- Korte, Karl-Rudolf (2008): Die Konsensmaschine stottert. In: Die Zeit, Nr. 43/2008.
- Korte, Karl-Rudolf (2009a): Wahlen in Deutschland. 6. Aufl., Bonn.
- Korte, Karl-Rudolf (2009b): Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Schwalbach/Ts.
- Korte, Karl-Rudolf/Florack, Martin/Grunden, Timo (2006): Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990-2006. Wiesbaden.
- Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2006): Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen. 2. Aufl., Paderborn.
- Mielke, Gerd (2005): Wahl und Alternative. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2005, S. 11-15.
- Roßteutscher, Sigrid (2007): CDU-Wahl 2005: Katholiken, Kirchgänger und eine protestantische Spitzenkandidatin aus dem Osten. In: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Wessels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. Wiesbaden, S. 321-347.
- Schmid, Josef/Zolleis, Udo (Hrsg.) (2005): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteioorganisationen. Wiesbaden.
- Walter, Franz (2005): Die ungleichzeitige Wirklichkeit. In: Internationale Politik, Heft 10/2005, S. 6-13.

Veränderungen in der Parteienlandschaft

Frank Decker

Die Funktionslogik parlamentarischer Systeme ist ohne Parteien nicht denkbar. Allerdings kann sich diese Funktionslogik erheblich unterscheiden. Je abhängig von der Struktur des Parteiensystems bringen Wahlen mehrheits- oder konsensdemokratische Modelle hervor. Das deutsche Regierungssystem erfüllt die Kriterien einer Konsensdemokratie nur formell und müsste aufgrund des starken Parteienwettbewerbs eher in der Nähe der Mehrheitsdemokratie angesiedelt sein. Vor diesem demokratietheoretischen Hintergrund analysiert Frank Decker die Veränderungen der deutschen Parteienlandschaft. Das bei der Gründung der Bonner Republik 1949 noch bestehende Vielparteiensystem entwickelte sich in Richtung einer stabilen Zweieinhalb-Parteien-Struktur, die über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg mit ihrem „eingebauten“ Koalitionszwang Bestand hatte. Die Stabilität dieser Struktur wurde Mitte der 1980er Jahre durch die parteipolitische Etablierung der Grünen verändert. Das nunmehrige Vierparteiensystem konnte sich jedoch nicht verfestigen. Es wurde durch rechts-extreme und -populistische Parteien fragmentiert, bis schließlich mit dem Beitritt der neuen Länder ein Fünfparteiensystem entstand. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf die Bundestagswahl 2009 und erörtert – unter Zugrundelegung der Koalitionssignale und Zustimmungswerte der Wähler zu den verschiedenen Varianten – die Konsequenzen des neuen Fünfparteiensystems für die Koalitionsbildung nach der Wahl. Darüber hinaus wird in drei Szenarien die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems skizziert. |

Die Funktionslogik parlamentarischer Systeme

Es gehört zu den politikwissenschaftlichen Binsenwahrheiten, dass der Charakter eines Regierungssystems maßgeblich von den Strukturen des Parteiensystems bestimmt wird, die innerhalb der von der Verfassung konstituierten Staatsorgane wirken und deren Funktionieren prägen. Als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft und Vermittler im institutionellen Gefüge sind die Parteien die eigentlichen Träger des Regierungsprozesses. Dies gilt insbesondere für die parlamentarischen Systeme, deren – auf dem Gegenüber

von regierender Mehrheit und Opposition basierende – Funktionslogik ohne ideologisch und organisatorisch festgefügte Parteien nicht vorstellbar wäre. Die konkrete Ausprägung der parlamentarischen Funktionslogik unterscheidet sich unter den Regierungssystemen allerdings erheblich. Folgt man der Demokratietypologie des niederländischen Politikwissenschaftlers Arend Lijphart¹, hängt sie zum einen vom Vorhandensein und der Stärke der institutionellen Vetospieler ab, die den Handlungsspielraum der parlamentarisch bestellten Regierungsmehrheit begrenzen. Handelt es sich dabei um Institutionen, die sich auf eine unmittelbare oder mittelbare demokratische Legitimation stützen können, sind auch im parlamentarischen System Konstellationen eines „divided government“ denkbar, bei der die an der Gesetzgebung beteiligten Organe von unterschiedlichen Parteien kontrolliert werden. Beispiele sind die „cohabitation“ im semi-präsidentiellen Regierungssystem der V. Französischen Republik oder der Dualismus von Regierungsmehrheit und Bundesrat im deutschen „Parteienbundesstaat“.²

Zum anderen stellt sich die Frage, ob und wie weit die Macht innerhalb der parlamentarisch bestellten Regierung zwischen verschiedenen Parteien geteilt ist. Auch hier gibt es unter den parlamentarischen Systemen ein weites Spektrum, das bei den einfarbigen Regierungen im britischen Westminster-Parlamentarismus beginnt und bis zu einer verkappten Allparteienkoalition reichen kann. Je mehr Parteien an einer Koalition beteiligt sind und je größer der Stimmen- bzw. Mandatsanteil ausfällt, über den sie gemeinsam verfügen, um so stärker weicht das System von der Lehrbuchvorstellung des „alternierenden“ Regierungsmodells ab, das in annähernder Reinform nur in Großbritannien und den sogenannten Westminster-Demokratien verwirklicht ist. Das alternierende Modell basiert auf dem Gegenüber von zwei großen Parteien, die sich in der Übernahme der Regierungsmacht einander ablösen. Dies gibt dem Wähler einen denkbar großen Einfluss, da er durch seine Entscheidung einen vollständigen Regierungswechsel herbeiführen kann. In den Konsenssystemen kommen solche vollständigen Wechsel dagegen nur im Ausnahmefall vor. Hier sorgt der Zwang zur Koalition zwar für eine

größere Repräsentativität der Regierungspolitik, doch wird der Einfluss des Wählers auf die Regierungsbestellung gerade dadurch begrenzt. Die richtigen Folgerungen aus dem Wahlergebnis zu ziehen, bleibt zumeist ganz den Parteien bzw. Parteiführungen überlassen, die nach dem Wahltag über die Regierungsbildung verhandeln.

Anders als in der Literatur gelegentlich behauptet, wird das Wettbewerbsprinzip, auf dem die parlamentarische Parteiendemokratie wesensmäßig basiert, durch den Konsensualismus nicht aufgehoben, sondern lediglich „transformiert“. Anstelle des gegenschaftlichen Antagonismus zweier politischer Lager treten eine Vielzahl miteinander rivalisierender Parteien, die gleichwohl in der

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Lage sein müssen, in einer möglichen gemeinsamen Regierung vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Im Unterschied zum mehrheitsdemokratischen Westminster-System wird der Wettbewerb in den Konsensdemokratien deshalb nicht ausschließlich vom Gegensatz zwischen Regierung und Opposition beherrscht. So wie die Koalitionsparteien innerhalb der Regierung weiter Konkurrenten bleiben, können auf der anderen Seite die Oppositionsparteien nach Bedarf in die Regierungszusammenarbeit einbezogen werden. Am weitesten in dieser Hinsicht geht das in den skandinavischen Ländern verbreitete Modell der Minderheitskabinette, das die Regierungsparteien auch institutionell auf die Unterstützung eines „stützenden“ oder „tolerierenden“ Partners angewiesen macht.³

Von welchen Bedingungen hängt es nun ab, ob die Strukturen des Parteiensystems eher ein mehrheitsdemokratisches oder ein konsensdemokratisches Modell hervorbringen? In der Politik-

wissenschaft neigte man lange Zeit dazu, den entscheidenden Einfluss auf die Regierungsform dem Wahlrecht zuzuschreiben. Tatsächlich wird die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien maßgeblich durch die Grundentscheidung für ein mehrheitsbildendes oder proportionales Wahlsystem bestimmt. Wie das französische Beispiel zeigt, kann es Vielparteiensysteme aber auch unter den Bedingungen eines Mehrheitswahlrechts geben. Umgekehrt schließt das Verhältniswahlrecht eine Konzentration auf wenige Parteien nicht aus. Dies deutet darauf hin, dass das Wahlrecht nicht die eigentliche Ursache der Parteiensystemstruktur sein kann. Die Entscheidung für dieses oder jenes Wahlsystem ist kein Zufall, sondern durch die Konfliktlinien (Cleavages) innerhalb der Gesellschaft geprägt. Je mehr solcher Konfliktlinien existieren, umso größer ist die Fragmentierung und vermutlich auch die (sozialstrukturelle oder ideologische) Polarisierung des Parteiensystems.

Vom Vielparteiensystem zum Bipolarismus – und wieder zurück

Das deutsche Regierungssystem wird in der politikwissenschaftlichen Komparatistik üblicherweise als Mischform zwischen Mehrheits- und Konsensdemokratie eingestuft.⁴ Für die konsensuellen Elemente zeichnet insbesondere die stark ausgeprägte konstitutionelle Gewaltenteilung verantwortlich. Nicht nur, dass die Bundesrepublik über ein mit Normenkontrollbefugnis ausgestattetes Verfassungsgericht verfügt, das im Vergleich der westlichen Demokratien zu den stärksten seiner Art zählt. Auch der Bundesrat übt als zweite parlamentarische Kammer erheblichen Einfluss auf die Regierungspolitik aus, indem er im überwiegenden Teil der Gesetzgebungsverfahren gleichbe-

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Bundestagswahl
1949: Das Vielparteiensystem
stand bei der
Gründung der
Bonner Republik
noch weitgehend
in der Tradition
von Weimar. Im
Übrigen hat ein
findiger Seifen-
hersteller aus
Düsseldorf schon
frühzeitig das
nahende Wirt-
schaftswunder
entdeckt und sei-
ne Werbung in-
mitten der Wahl-
plakate platziert.
picture alliance/dpa

rechtigt mitwirkt. Die gestiegene Macht des Bundesrates liegt zum einen in der Entwicklung des föderalen Systems begründet, das die Kompetenzen der Länder zugunsten des Bundes immer mehr ausgezehrt und die Länder dafür mit zusätzlichen Beteiligungsrechten in der Zweiten Kammer entschädigt hat. Zum anderen hängt sie mit dem Umstand zusammen, dass die parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse zwischen beiden Kammern seit den 1970er Jahren zunehmend auseinanderfielen. Aufgrund der geringen Bedeutung der Landespolitik konnten die Wähler die Gelegenheit der Landtagswahlen zur kostengünstigen Abmahnung der gerade amtierenden Bundesregierung nutzen, die ihre Position in der Länderkammer dadurch systematisch verschlechterte.⁵

Der so entstehende Konsensbedarf hätte leicht befriedigt werden können, wenn das parlamentarische System ebenfalls auf ein konsensuelles Zusammenwirken der politischen Akteure programmiert gewesen wäre. Legt man die Unterscheidungskriterien von Lijphart zugrunde, erfüllt die Bundesrepublik die Kriterien einer Konsensdemokratie (Koalitionsregierung, exekutiv-legislative Gewaltenteilung und Mehrparteiensystem) hier allerdings nur formell. Auf einem Kontinuum müsste sie mit ihrem dualistisch strukturierten und stark gegenschaftlich ausgerichteten Parteienwettbewerb eher in der Nähe der Mehrheitsdemokratie angesiedelt werden. Die daraus resultierenden Regierungsprobleme, die von der Politikwissenschaft bereits in den 1970er Jahren helllichtig analysiert wurden⁶, hat Fritz Scharpf einmal in das schöne Bild gefasst, wonach die Parteien hierzulande gleichzeitig aufeinander einschlagen (auf der parlamentarischen Ebene) und miteinander kooperieren sollen (auf der föderalen Ebene).⁷

Komplexes Vielparteiensystem in der Tradition von Weimar

Dass die Entwicklung des Parteiensystems die Herausbildung eines Westminster-ähnlichen Regierungsmodells ermöglichen würde, war bei Gründung der Bonner Republik noch nicht absehbar. So wie es sich mit der ersten Bundestagswahl 1949 herauskristallisierte, stand dieses System noch weitgehend in der Tradition von Weimar. Auf der linken Seite blieb die Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erhalten, und auf der rechten Seite bildeten sich eine Reihe von rechtsextremen, regionalistischen und Interessenparteien, so dass insgesamt ein komplexes Vielparteiensystem entstand. Neben Kontinuität gab es aber auch Zeichen des Neuanfangs. Dazu zählten zum ei-

nen die durch die Schwäche der KPD verursachte Machtverschiebung innerhalb der Linken, und zum anderen die Überwindung der traditionellen Spaltung des Liberalismus (in einen freisinnigen und nationalen Flügel) durch Gründung der FDP. Die wichtigste Neuerfindung des bundesdeutschen Parteiensystems war freilich die CDU/CSU, die sich im Unterschied zum katholischen Zentrum der Weimarer Republik ausdrücklich als konfessionsübergreifende Partei betrachtete. Auf dieser Basis einer Sammlungsbewegung gelang es der Union schon bei der ersten Bundestagswahl 1949, sämtliche Konkurrenten im bürgerlichen Lager zu überflügeln.

Entwicklung einer stabilen Zweieinhalb-Parteien-Struktur

In der unmittelbar darauf einsetzenden Konzentrationsphase entwickelte sich das Vielparteiensystem in Richtung einer stabilen Zweieinhalb-Parteien-Struktur, die über die gesamten 1960er und 1970er Jahre hinweg Bestand hatte.⁸ Für den raschen Rückgang der Fragmentierung waren zunächst institutionelle Gründe ausschlaggebend. Auf der einen Seite hatte das Verfassungsgericht die rechtsextreme SRP und die linksextreme KPD 1952 bzw. 1956 verboten. Auf der anderen Seite sorgte das 1952 verabschiedete Wahlgesetz dafür, dass kleineren Parteien der Zugang zum Parteiensystem durch die neu eingeführte Fünf-Prozent-Hürde erschwert wurde. Das modifizierte Verhältniswahlrecht stellte eine Konsequenz aus den negativen Weimarer Erfahrungen dar, die später auch anderen Ländern als Vorbild diente. Es ermöglichte der Union, die bürgerlichen „Brückenparteien“ BHE und DP zu vereinnahmen, die mit ihr und der FDP zusammen die Regierung stellten.

Letztere übernahm im Wettbewerb zwischen den beiden großen Parteien die Funktion eines Scharniers, das den Regierungswechsel zweimal (1969 und 1982) ermöglichte. Das Standardmodell der „kleinen Koalition“, dem die jeweils andere Volkspartei als annähernd gleich starke Opposition gegenüberstand, wurde nur im Zeitraum 1966 bis 1969 vorübergehend verlassen.⁹ Auch wenn dieses Modell keinen perfekten Dualismus begründete, sorgte es doch dafür, dass sich die Bundestagswahlen zu quasi-plebiszitären Regierungs- oder Kanzlerwahlen herausbildeten. Union und SPD trugen dem Rechnung, indem sie die Wahlen zu einer grundlegenden Richtungsentscheidung stilisierten und ihre jeweiligen Kanzlerkandidaten prominent hervorhoben. Die Parteien blieben bei der Regierungsbildung zwar insoweit autonom, als sie sich auf die

angestrebten Koalitionen vorab nicht immer klar festlegten. Dies ermöglichte 1966 die Bildung der Großen Koalition ohne vorherige Neuwahl und erleichterte nach der Bundestagswahl 1969 das Zusammengehen von SPD und FDP. Dass ein Regierungswechsel ohne oder gegen eine solche Festlegung nur unter hohen Risiken durchführbar ist, zeigte sich allerdings bei der „Wende“ 1982/83, als vorgezogene Neuwahlen anberaumt werden mussten, um die mit Hilfe der FDP ins Amt gekommene neue Regierung unter Helmut Kohl nachträglich zu legitimieren.¹⁰

Die Etablierung der Partei der Grünen

Die Ära der Stabilität des deutschen Parteiensystems währte bis etwa Mitte der 1980er Jahre. Der fortwährende Konzentrationsprozess, der zu Beginn der 1960er Jahre zur Herausbildung eines Zweieinhalb-Parteiensystems mit Union, SPD und FDP geführt hatte, wurde lediglich durch die sogenannte „zweite Welle“ des Rechtsextremismus kurzzeitig unterbrochen, die die 1964 gegründete NPD ab Mitte der 1960er Jahre in mehrere Landtage spülte. Bei der Bundestagswahl 1969 unterschritten die Rechtsextremen die Fünf-Prozent-Hürde nur knapp. Danach fielen sie jedoch rasch in elektorale Bedeutungslosigkeit und konnten auch in den Ländern an ihre Erfolge nicht mehr anknüpfen.

Am linken Rand des politischen Spektrums verlief die Entwicklung anders. Hier gelang den aus der Bürgerinitiativ- und Friedensbewegung hervorgegangenen Grünen Listen, die sich ausgangs der 1970er Jahre zur Partei der Grünen vereinigten, die dauerhafte Etablierung. Zunächst eine radikale Protestpartei, wuchsen die Newcomer schnell in die politische Verantwortung hinein. Nachdem sie 1983 erstmals in den Bundestag eingezogen waren, kam es bereits 1985 zu einer Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten auf Landesebene (in Hessen), der zahlreiche weitere rot-grüne Bündnisse folgten. Der Wahlsieg von SPD und Grünen bei der Bundestagswahl 1998 ging auch darauf zurück, dass es letzteren gelungen war, die Freien Demokraten ab Mitte der 1990er Jahre vom angestammten dritten Platz im Parteiensystem zu verdrängen. Diese Position konnten die Grünen auch als Regierungspartei erfolgreich behaupten.

Tendenzen der Fragmentierung in den 1980er Jahren

Noch ehe es sich konsolidiert und zu einer neuen bipolaren Struktur verfestigt hatte (mit dem bürgerlichen Lager aus Union und FDP auf der einen und

Rot-Grün auf der anderen Seite), wurde das Vierparteiensystem in den 1980er Jahren durch andere Entwicklungen herausgefordert.¹¹ Eine davon war die auf allen Ebenen sinkende Wahlbeteiligung, die von einer gelockerten Bindung der Wähler an die Parteien und das demokratische System kündete. Dass ein Teil der Wahlenthaltung auf Frustration und Unzufriedenheit zurückzuführen war, konnte man auch an den gleichzeitig wachsenden Stimmenanteilen der „sonstigen“ Parteien ablesen, von denen sich manche als ausdrückliche Protestparteien verstanden. Den Hauptnutzen daraus zogen erneut die rechtsextremen Vertreter, die sich nun vor allem im populistischen Gewande präsentierten. Die dritte Welle des Rechtsextremismus hob ausgangs der 1980er Jahre an und ist bis heute nicht abgerissen. Auf ihr konnten die 1983 als Abspaltung von der CSU entstandenen Republikaner (REP) drei Mal und die 1987 gegründete DVU des Münchener Verlegers Gerhard Frey acht Mal in die Landesparlamente einziehen. Hinzu kam der Wahlerfolg der Republikaner bei der Europawahl 1989, als sie mit 7,1 Prozent das bis heute beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei auf nationaler Ebene verbuchten. An der NPD lief diese Entwicklung zunächst vorbei – wenn man von einem singulären Kommunalwahlerfolg in Frankfurt am Main Ende der 1980er Jahre einmal absieht. Die extremste der drei Rechtsaußenparteien sollte erst wieder im Jahre 2004 in Sachsen an ihre einstige Stärke anknüpfen, das sie zuvor gezielt zur Hochburg ausgebaut hatte. Mit ihrem neuerlichen Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 hat die NPD inzwischen die Führungsrolle im rechtsextremen Lager übernommen, während die so verheißungsvoll gestarteten Republikaner heute nur noch ein Schatten-dasein fristen. Auch ideologisch gemäßigtere Neugründungen wie die Statt-Partei in Hamburg, die Partei Arbeit für Bremen und Bremerhaven oder die Schill-Partei waren nicht in der Lage, ihre Anfangserfolge auf Dauer zu stellen und zu einer festen Größe im Parteiensystem zu werden. Besonders krass zeigte sich dieses Unvermögen bei der Schill-Partei, die bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im September 2001 mit 19,4 Prozent mehr Stimmen erzielt hatte als sämtliche Newcomer vor ihr.¹²

Beitritt der neuen Länder führt zum Fünfparteiensystem

Haben sich die Fragmentierungstendenzen im Parteiensystem der alten Bundesrepublik seit den 1980er Jahren kontinuierlich aufgebaut, so kam es mit der deutschen Einheit 1990 zu einem

weiteren, abrupten Einschnitt. Der Beitritt der neuen Länder bescherte dem gesamtdeutschen Parteiensystem eine fünfte Partei in Gestalt der SED-Nachfolgepartei PDS, die entgegen den ursprünglichen Erwartungen aus der deutschen Politik nicht verschwand, sondern überraschend schnell wieder Tritt fasste. Dank ihrer Stärke in den neuen Ländern schaffte die PDS bei den Bundestagswahlen 1990, 1994 und 1998 dreimal hintereinander den Sprung in den Bundestag, bevor sie 2002 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Ihre gesamtdeutschen Ergebnisse blieben aber zunächst noch zu schwach, um die Bildung einer Mehrheitsregierung nach dem vertrauten Muster zu vereiteln. Dies sollte sich im Jahre 2005 dramatisch ändern. Die Gründung einer linken Wahlalternative im Westen aus Protest gegen die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleiteten Sozialreformen und deren Wahlbündnis mit der PDS ermöglichte den Postkommunisten eine Verbreitung ihrer Wählerbasis in die Altbundesländer, wo sie bis dahin gänzlich erfolglos gewesen waren. Der Erfolg der Linkspartei.PDS, die ihr Ergebnis von 2002 nahezu verdoppeln konnte, führte dazu, dass es bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 für keines der beiden politischen Lager (Rot-Grün oder Schwarz-Gelb) mehr zur Mehrheit reichte.¹³

Die Pluralisierung des linken Lagers

Seit der deutschen Einheit haben wir es in der Bundesrepublik mit zwei regional unterschiedlichen Parteiensystemen zu tun. Im Osten entstand nach der Wende zunächst ein Fünfparteiensystem mit drei großen bzw. mittelgroßen (Union, SPD und PDS) sowie zwei kleineren Parteien (FDP und Bündnis 90/Grüne). Dieses System entwickelte sich Mitte der 1990er Jahre auf eine Dreiparteienstruktur mit Union, SPD und PDS zurück, wobei die Postkommunisten zu den beiden Volksparteien immer mehr aufschließen konnten. Mit dem Wiedererstarken von FDP und Grünen liegt auch diese Phase inzwischen hinter uns. Nimmt man die gelegentlichen Wahlerfolge der Rechtsaußenparteien hinzu, zeichnet sich die Parteienlandschaft im Osten mithin durch eine hohe und weiter wachsende Fragmentierung aus.¹⁴ Drei im Schnitt annähernd gleich starken „Mittelparteien“ stehen hier bis zu drei kleinere Parteien gegenüber, deren jeweilige Stimmenanteile sowohl zwischen den Bundesländern als auch im zeitlichen Verlauf enormen Schwankungen unterliegen. Charakteristisch für das ostdeutsche Parteiensystem ist des Weiteren seine strukturelle Asymmetrie. Bedingt durch

die Stärke der postkommunistischen PDS erreichen die drei linken Parteien (SPD, Linke/PDS und Grüne) in den neuen Ländern zusammengekommen höhere Stimmenanteile als das bürgerliche Lager. Lediglich in Sachsen und Thüringen hatten Union und FDP bei den vergangenen Landtagswahlen noch die Nase vorn. Anders stellt sich die Situation in den alten Bundesländern dar. Bis zum Jahre 2005 ist es hier bei der bipolaren Struktur mit zwei nahezu gleich starken Lagern (Schwarz-Gelb versus Rot-Grün) geblieben, die sich ab Mitte der 1980er Jahre herausgebildet hatte. Das Hinzutreten der Linken bzw. WASG hat an den elektoralen Kräfteverhältnissen wenig geändert, nur dass die linken Stimmen sich jetzt auf drei Parteien verteilen. Bleibt die Linkspartei von der Koalitionsbildung ausgeschlossen oder liegt sie unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde, wirkt sich dieses Quasi-Viereinhalbparteiensystem zugunsten der Union aus, die dann als mutmaßlich stärkste Partei die Wahl hat, entweder mit der FDP (wenn es für eine Mehrheit beider Parteien reicht), den Sozialdemokraten oder vielleicht sogar mit den Grünen zu regieren.

Die Umstände, die zur Entstehung der gesamtdeutschen Linkspartei geführt haben, hatten uns noch so im Gedächtnis, dass sie hier nicht im Einzelnen rekapituliert werden müssen.¹⁵ Betrachten wir sie deshalb in einer historischen Perspektive. Auch wenn sich Geschichte bekanntlich nicht wiederholt, ist doch erstaunlich, dass in den beiden Perioden (1966 bis 1982 und 1998 bis heute), in denen in der Bundesrepublik Sozialdemokraten Regierungsverantwortung getragen haben, neue Parteien im linken politischen Spektrum entstanden sind. Gewiss wäre es irreführend, die Grünen, die sich in den 1980er Jahren als vierte Kraft im Parteiensystem erfolgreich etablierten, eine SPD-Abspaltung zu nennen. Die Ökologiebewegung, aus der sie hervorgetreten sind, wurde aber erst durch die für Umweltfragen wenig empfängliche Wirtschaftspolitik des sozialdemokratischen Kanzlers Helmut Schmidt zu einer für die SPD gefährlichen Größe. Weil diese die Bedeutung des Jahrhundertthemas nicht erkannt hatte (von Ausnahmen wie Erhard Eppler abgesehen), konnten die Grünen sich auf dem ökologischen Pol einer neuen „postmaterialistischen“ Konfliktlinie positionieren und damit Wähler binden,

die ansonsten wahrscheinlich bei der Sozialdemokratie gelandet (oder verblieben) wären.

Anders stellte sich die Situation im Jahre 2005 dar. Ob der Protest gegen die Sozialreformen Gerhard Schröders, der zur Entstehung der WASG in den alten Bundesländern geführt hat, eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie begründet, können wir dahingestellt sein lassen. Selbst wenn es so wäre, würde er an die Bedeutung des Ökologiethemas auf keinen Fall heranreichen. Ablesbar ist dies zum einen daran, dass die WASG organisatorisch tatsächlich eine SPD-Abspaltung darstellt. Solchen Abspaltungen liegen in der Regel gerade keine neuen Konfliktlinien zugrunde. Stattdessen entspringen sie der Kritik, dass sich die Herkunftspartei von den alten Konfliktlinien, die ihre Identität ausmachten, in unzulässiger Weise entfernt habe. Zum anderen hätte die WASG ohne die Fusion mit der PDS wohl kaum das Potenzial gehabt, sich als politische Kraft jenseits der SPD zu etablieren. Vermutlich wäre sie wie viele andere Protestparteien vor ihr von der Bildfläche rasch wieder verschwunden. So aber stellte das Zusammengehen der bis dahin rein ostdeutschen PDS mit der westdeutschen SPD-Abspaltung eine „win-win-Situation“ dar, die dem Lehrbuch der Spieltheorie entnommen sein könnte: Die WASG wurde von der PDS „Huckepack“ in den Bundestag getragen, und die PDS war ihrem lang ersehnten Wunsch, auch im Westen der Republik anzukommen, endlich nähergerückt.¹⁶ Die Etablierung der gesamtdeutschen Linken entsprach also einer einmalig günstigen „Gelegenheitsstruktur“, die von den maßgeblichen Akteuren auf beiden Seiten erkannt und gekonnt ausgenutzt wurde.

Gemessen am Wählerzuspruch hat das Auftreten dreier konkurrierender Parteien dem linken Lager nicht geschadet, im Gegenteil: Sieht man von der Bundestagswahl 1990 ab, die den bürgerlichen Parteien unter dem unmittelbaren Eindruck der deutschen Einheit nochmals einen klaren Sieg bescherte, lag der zusammengenommene Stimmenanteil der linken Parteien (SPD, Grüne und PDS/Linkspartei) ab 1994 stets über dem Rekordergebnis, das die SPD bei der Bundestagswahl 1972 erreicht hatte (45,8 Prozent), als es ihr zum ersten Male gelungen war, die Union als stärkste politische Kraft zu überflügeln. Bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 verfügten die politische Linke elektoral sogar über die absolute Mehrheit, lag sie mit Werten zwischen 50,9 und 52,7 Prozent mehr oder weniger deutlich vor dem bürgerlichen Lager. Als regelrechte Hegemonie entpuppt

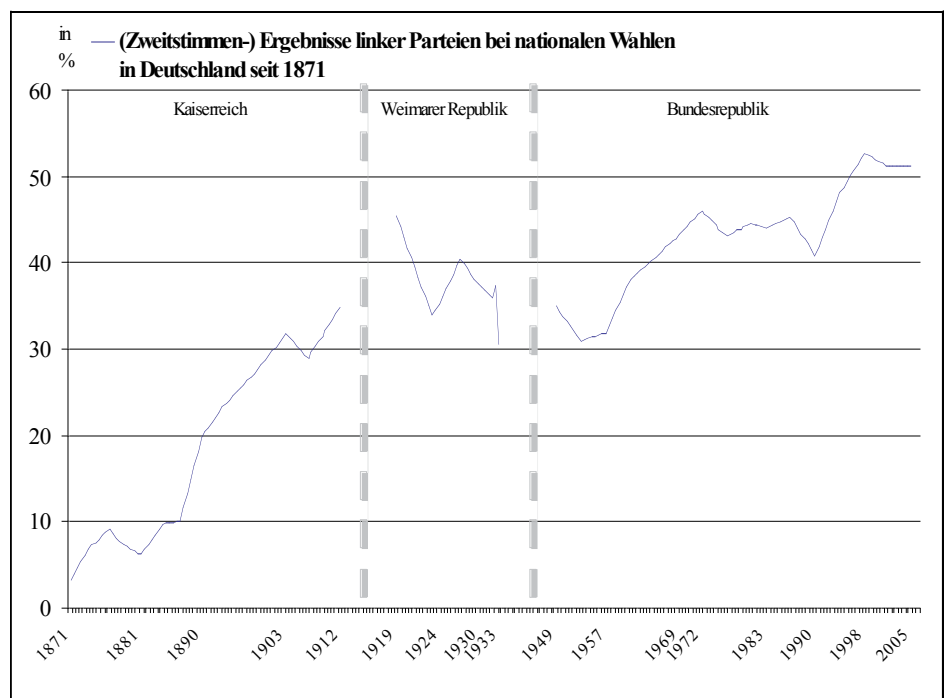
sich die Situation in Ostdeutschland, wo SPD, Linkspartei und Grüne bei der letzten Bundestagswahl fast doppelt so viele Stimmen bekommen haben wie CDU und FDP (61,0 vs. 33,2 Prozent). Seit 1994, dem Jahr der zweiten Runde der Landtags- und Bundestagswahlen in der früheren DDR, erreicht die politische Linke damit eine elektorale Stärke, die sie in der deutschen Geschichte nie zuvor besessen hat. (Abbildung 1) Theoretisch lässt sich der positive Effekt der Pluralisierung leicht erklären: Mehrere Parteien, die innerhalb eines bestimmten Spektrums auftreten und im Wettbewerb unterschiedliche personelle und programmatische Angebote machen, können ein gegebenes Wählerpotenzial umfassender ausschöpfen als eine Partei allein.¹⁷ Das Hinzutreten von Grünen und Linkspartei würde die Volkspartei SPD demnach ein Stückweit davon entlasten, Positionen mit abzudecken, die von ihren linken Konkurrenten ebenfalls (und womöglich authentischer) vertreten werden. Auf diese Weise könnte sie ihr Augenmerk stärker auf die Wähler der Mitte richten und die Auseinandersetzung mit der anderen Volkspartei führen. Strategisch hätte das einen doppelten Vorteil. Zum einen würde es den zusammengekommenen Stimmenanteil der linken Parteien vergrößern, was nützlich sein könnte, wenn die Akteure ein Linksbündnis tatsächlich anstreben. Zum anderen könnte ein Kurs der Mitte aber auch als Absage an ein solches Bündnis und Präferenz für eine „zentristische“ Koalition interpretiert werden.

Insofern mag das Vielparteiensystem den geschrumpften Volksparteien zwar Gelegenheit zu einer schärferen programmatischen Konturierung geben; die Vielfalt der rechnerisch möglichen und politisch denkbaren Koalitionen zwingt sie jedoch gleichzeitig zu größerer strategischer Flexibilität. Welche Fehler einem dabei unterlaufen können, hat der missglückte Öffnungsversuch der SPD gegenüber der Linken nach der hessischen Landtagswahl im Frühjahr 2008 gezeigt.

Ein Ausblick auf die Bundestagswahl 2009

Die Konsequenzen der Pluralisierung des Parteiensystems für die Koalitionsbildung stellen sich im Bund anders dar als in den Ländern und in den neuen Ländern wiederum anders als in den alten. In den neuen Ländern hat die Stärke der PDS dafür gesorgt, dass diese schon nach der zweiten Runde der Landtagswahlen in die Regierungsverantwortung mittelbar eingebunden wurde (beginnend in Sachsen-Anhalt). Gleichzeitig führte die relative Schwäche von FDP und Grünen in Verbindung mit der strukturellen Hegemonie des linken Lagers dazu, dass das Standardmodell der „kleinen Koalition“ die Ausnahme blieb und – von einem Fall¹⁸ abgesehen – auch keine lagerübergreifenden Dreier-Koalitionen gebildet werden konnten oder mussten.¹⁹ In den alten Bundesländern folgte die Regierungsbildung demgegenüber bis

Abbildung 1: Elektorale Stärke der linken Parteien bei den Parlamentswahlen in Deutschland, 1871–2005. (Zur Linken gerechnet werden sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische und links-ökologische Parteien)



zum Auftreten der WASG weitgehend dem durch die bipolare Vierparteienstruktur vorgegebenen Muster. Auch nach Etablierung der gesamtdeutschen Linken sollten deren westlicher Ableger noch so schwach bleiben, dass kleine Zweier-Koalitionen oder sogar Alleinregierungen nach dem vertrauten Modell weiter möglich blieben (so in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Bayern und – im zweiten Anlauf – Hessen). In keinem einzigen Fall musste eine Große Koalition gebildet werden. Vergleicht man die Parteiensysteme der neuen und alten Länder mit dem Parteiensystem auf Bundesebene, ergibt sich also der folgenschwere Befund, dass ausgerechnet das letztgenannte das für die Koalitionsbildung schwierigste ist. Weil die neu entstandene Linke aufgrund ihrer Stärke in Ostdeutschland gesamtdeutsch mit einem in etwa doppelt so hohen Stimmenanteil rechnen kann wie im Durchschnitt der Westländer, ist die Wahrscheinlichkeit hier nämlich deutlich geringer, dass es für die herkömmlichen Zweier-Koalitionen noch zu Mehrheiten reicht. Für sich genommen würde die abweichende Entwicklung vermutlich kein großes Prob-

lem darstellen. In der Bundesrepublik war es aber bisher stets so, dass neue Koalitionsformate im Bund über die Länderpolitik angebahnt wurden. Besteht in den Ländern keine Notwendigkeit, lagerübergreifende Dreier-Koalitionen zu bilden, müsste eine entsprechende Koalition auf Bundesebene also ohne vorherigen Probelauf auskommen. Diese Situation zwingt die Parteien zu einer Flexibilisierung ihres Koalitionsverhaltens. In der Vergangenheit waren es nicht nur die zumeist klaren arithmetischen Mehrheitsverhältnisse, sondern auch die zumeist klaren koalitionspolitischen Festlegungen der Parteien, die für einen Automatismus der Mehrheitsbildung sorgten. Unter den Bedingungen des Fünfparteisystems sind die Akteure dagegen gefordert, ihre – positiven oder negativen – Koalitionspräferenzen verdeckt zu halten, um mögliche Optionen nicht voreilig aus der Hand geben. Gerade damit laufen sie jedoch Gefahr, einen Teil ihrer potenziellen Wähler zu verprellen, die von ihnen ein klares koalitionspolitisches Bekenntnis erwarten.²⁰ Stellt man die bisher mit Blick auf die Bundestagswahl gesendeten Koalitionssignale den Signalen vor der Wahl

2005 gegenüber, lässt sich durchaus eine größere Offenheit der Beteiligten für neue Optionen feststellen. SPD und Union bleiben die jeweiligen Wunschpartner von FDP und Grünen, die eine Zusammenarbeit mit der ihnen ferner stehenden Volkspartei inzwischen aber ebenfalls für denkbar halten, das heißt nicht mehr von vornherein ausschließen. Können wir daraus ableiten, ob ein Dreierbündnis – und wenn ja welches – die Große Koalition nach der Bundestagswahl beerbt? (Tabelle 1)

Um die Frage zu beantworten, gilt es zunächst festzuhalten, auf welches Maß an Akzeptanz die verschiedenen Koalitionsvarianten in der Wählerschaft stoßen. Fragt man sämtliche Wähler nach Zustimmung oder Ablehnung, wie es die demoskopischen Institute in unregelmäßigen Abständen tun, so sind die Werte freilich nur begrenzt aussagefähig. So dürfte z.B. eine Große Koalition automatisch davon profitieren, dass ihre Teile bei den Wahlen einen sehr viel größeren Stimmanteil auf sich vereinigen, als es eine kleine Koalition tut. Sinnvoller erscheint es von daher, die Akzeptanzwerte der Koalitionen zu der für das jeweilige Bündnis potenziell erreichbaren Wählerschaft in Beziehung zu setzen. Dabei kann man auf die Zahlen der sogenannten Sonntagsfrage zurückgreifen. (Tabelle 2)

Die Zahlen zeigen, dass die Koalitionspräferenzen der Parteien, wie sie in der Koalitionssignalmatrix dargestellt sind, von ihren Wählern weitgehend geteilt werden. Die größte Akzeptanz erfahren die beiden Wunschkoalitionen Schwarz-Gelb und Rot-Grün. Nachdem

Tabelle 1: Koalitionssignale vor der Bundestagswahl 2009

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke
CDU/CSU	–	0	+2	0	-2
SPD	0	–	+1	+2	-2
FDP	+2	0	–	0	-2
Grüne	-2	+2	0	–	-1
Linke	-2	+1	-2	+1	–

Quelle: Eigene Darstellung. Die „Zeilenpartei“ macht eine Aussage zur „Spaltenpartei“. 0 steht für kein erkennbares, 1 für ein implizites und 2 für ein ausdrückliches Koalitionssignal. Das Vorzeichen macht deutlich, ob es sich um ein positives oder negatives Koalitionssignal handelt.

Tabelle 2: Zustimmungswerte zu den verschiedenen Koalitionsvarianten bezogen auf die Anhängerschaft der beteiligten Parteien

	Schwarz-Gelb	Rot-Grün	Schwarz-Grün	Große Koalition	Jamaika	Ampel	Rot-Rot-Grün
Juli I 2005	47 / 51 / 92	23 / 36 / 64	-	47 / 71 / 66	-	-	-
Aug. I 2005	39 / 50 / 78	27 / 37 / 73	-	50 / 70 / 71	-	-	14 / 46 / 30
Sep. III 2005	45 / 45 / 100	-	-	45 / 72 / 63	36 / 53 / 68	30 / 51 / 59	15 / 51 / 29
Okt. I 2005	-	-	-	63 / 73 / 86	28 / 53 / 53	21 / 48 / 44	14 / 50 / 28
Juli 2006	-	-	-	-	28 / 56 / 50	27 / 50 / 54	16 / 46 / 35
Nov. I 2006	-	-	-	36 / 66 / 55	-	-	-
Feb. I 2008	36 / 48 / 75	35 / 37 / 95	-	33 / 71 / 46	27 / 55 / 49	26 / 44 / 59	18 / 47 / 38
Feb. II 2008	-	-	30 / 47 / 64	-	-	-	19 / 48 / 40
Aug. 2008	-	-	-	-	-	-	17 / 46 / 37
Jan. I 2009	40 / 51 / 78	32 / 34 / 94	25 / 48 / 52	37 / 66 / 56	-	-	15 / 44 / 34
März I 2009	44 / 52 / 85	-	-	33 / 61 / 54	-	26 / 49 / 53	14 / 44 / 32

Die erste Zahl gibt die in der Umfrage ermittelte Zustimmung in der Gesamtbevölkerung (in Prozent) für die jeweilige Koalitionsoption wieder, die zweite Zahl die aufaddierten Werte in der Sonntagsfrage (in Prozent) der die Koalitionen bildenden Parteien. Die dritte, fettgedruckte Zahl ist die daraus errechnete Zustimmung zu den Koalitionsoptionen bezogen auf die Anhängerschaft der beteiligten Parteien (in Prozent). Quelle: Eigene Berechnungen anhand von Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Ampelkoalition?
Gegen die „Ampel“ als mögliche Regierungsvariante spricht, dass die Zustimmung unter den drei beteiligten Partnern sehr unterschiedlich ausfällt: Unter SPD- und Grünen-Anhängern ist sie deutlich größer als unter den Anhängern der Liberalen.
picture alliance/dpa

Rot-Grün im Vorfeld seiner erwarteten Abwahl im Jahre 2005 stark an Rückhalt verloren hatte, konnte sich die Option anschließend bei Werten von über 90 Prozent stabilisieren; die bürgerliche Koalition erfuhr die größte Zustimmung mit 100 Prozent unmittelbar vor der Bundestagswahl 2005. Ihr aktueller Wert (Januar 2009) liegt bei 78 Prozent. Die Kohäsion ist im bürgerlichen Lager also etwas geringer als bei Rot-Grün.

Auf die erwartungsgemäß geringste Akzeptanz stößt ein Zusammengehen von Rot-Grün mit der Linkspartei, das nur von einer Minderheit der Wähler der drei Parteien unterstützt wird. Die Quote liegt seit 2006 recht stabil bei Werten zwischen 30 und 40 Prozent. Unter den lagerübergreifenden Bündnissen genießt die Große Koalition den stärksten Rückhalt. Dieser ist aber nach den Vorschusslorbeeren unmittelbar nach Amtsantritt, als 86 Prozent der Unions- und SPD-Wähler das Zusammengehen ihrer Parteien guthießen, deutlich schwächer geworden und Anfang 2008 sogar unter die 50-Prozent-Marke gefallen. Die im Zuge der Finanzkrise veränderte politische Großwetterlage könnte ein Grund dafür sein, dass der Wert seit Ende 2008 wieder leicht angestiegen ist.

Auch die zwischenzeitlich vorhandene Erwärmung für Schwarz-Grün hat sich als vorübergehende Erscheinung erwiesen. Gleiches gilt für die Jamaika-Koalition. Stieß diese im unmittelbaren Nachgang der Bundestagswahl bei mehr als zwei Dritteln ihrer Wähler auf Zuspruch, hat sich die Euphorie seit Amtsantritt der Großen Koalition mit

Werten um die 50 Prozent schnell verflüchtigt. Ungefähr gleichauf liegen die zuletzt (März 2009) ermittelten Zustimmungswerte zur Ampel-Koalition. Vergleicht man die drei lagerübergreifenden Koalitionen miteinander, lässt sich eine Präferenz der Wählerschaft für ein bestimmtes Modell also nicht erkennen. Mit Blick auf die Positionen der eigenen Klientel erscheint ein Zusammengehen der FDP mit Rot-Grün aus heutiger Sicht eher vorstellbar als ein Zusammengehen der Grünen mit Schwarz-Gelb. Gegen die Ampel als wahrscheinliche Regierungsvariante spricht allerdings, dass die Zustimmung für das Modell unter den beteiligten drei Partnern sehr unterschiedlich ausfällt: Unter den SPD- und Grünen-Anhängern ist sie deutlich größer als unter den Anhängern der Liberalen. Wäre die FDP-Führung bereit, eine solche Koalition einzugehen, um nach elf Jahren Abstinenz in jedem Falle an die Regierung zurückzukehren, stünde sie angesichts der klaren koalitionspolitischen Orientierung ihrer Wähler auf die Union vor einer schwierigen Gratwanderung. Nicht nur, dass sie in einer Koalition mit SPD und Grünen weniger eigene Positionen durchsetzen könnte als in einer um die Grünen erweiterten bürgerlichen Koalition. Die Ampel wäre außerdem auf die Unterstützung der Unionsmehrheit im Bundesrat angewiesen, wo sie nach jetzigem Stand über lediglich sieben Stimmen verfügt. Ob eine aus der Regierung herauskatapultierte Union diese Unterstützung leisten würde, ist fraglich. Das Modell wäre also gar nicht regierungstauglich. Stellt man die ins-

titutionellen Widrigkeiten mit in Rechnung, dürfte es sich auch für die SPD eher anbieten, die Option fallenzulassen und als gleichberechtigter Partner in der Großen Koalition zu verbleiben. Die Union würde die Unwägbarkeiten eines Bündnisses mit Grünen und FDP gegen die relative Verlässlichkeit der bestehenden Regierung ohnehin kaum eintauschen, in der sie ja als vermutlich stärkste Partei weiter die Kanzlerin stellen könnte. Dies gilt zumal mit Blick auf die CSU, die in einer solchen Konstellation noch anfälliger für Extratouren wäre. Unter all diesen Bedingungen spricht wenig dafür, dass die Große



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Frank Decker ist Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind das deutsche Regierungssystem und die Vergleichende Regierungslehre. Zuletzt erschien von ihm „Die Verfassung Europas“ (Wiesbaden 2009; herausgegeben mit Marcus Höreth).

Koalition schon 2009 von einem neuartigen Dreierbündnis abgelöst wird.

Welches Parteiensystem der Zukunft? Drei Szenarien

Wie wird sich das deutsche Parteiensystem über 2009 hinaus entwickeln? In der Politikwissenschaft herrscht inzwischen weitgehend Einigkeit, dass eine neuerliche Konzentrationsphase eher nicht zu erwarten ist.²¹ Insbesondere geht man davon aus, dass die Linke gute Chancen hat, sich als gesamtdeutsche Partei auch im Westen der Republik fest zu etablieren, während auf der anderen Seite eine Neugründung im Mitte-Rechts-Lager trotz widriger Bedingungen nicht sicher ausgeschlossen werden kann.

Welche Folgen das für die Koalitions- und Regierungsbildung hat, bleibt einstweilen noch offen. Drei Szenarien lassen sich ausmalen. Szenario eins könnte man als das österreichische Modell bezeichnen – die Perpetuierung der Großen Koalition. Dieses Szenario würde auf eine extreme Variante des Konsenssystems hinauslaufen, die schon aus prinzipiellen demokratietheoretischen Überlegungen heraus nicht erstrebenswert ist. Außerdem würde sie der gegnerschaftlich geprägten Logik des deutschen Parteiensystems widersprechen. Das zweite Szenario wäre ein mehrheitsdemokratisches. Kommt es in den alten Ländern und ab 2013 auch im Bund zu einer Zusammenarbeit der Linken mit Rot-Grün, könnte das bundesdeutsche Parteiensystem in eine neue Ära der Bipolarisierung eintreten, in der sich zwei koalitionspolitisch festgefügte Lager als Antipoden gegenüberstehen. Die Konstellation wäre damit ähnlich derjenigen in den achtziger und neunziger Jahren – mit dem Unterschied, dass sich das linke Lager jetzt aus drei Parteien zusammensetzt.

Mit Blick auf die föderale Struktur der Bundesrepublik wahrscheinlicher ist Szenario drei. Es unterstellt ein Nebeneinander verschiedener Regierungs- und Koalitionsformate in den Ländern, von denen jedes als Modell für den Bund in Frage kommt bzw. keines ausgeschlossen werden kann. Die Bundesrepublik würde sich damit auf die Systeme der skandinavischen und Benelux-Länder zuzubewegen. Unter Demokratiegesichtspunkten erscheint dieses Szenario als das erquicklichste, weil es Konsens- und Wettbewerbsorientierung des Parteiensystems am besten vereint. Gleichzeitig verlangt es Parteien und Wählern am meisten ab. Die ersteren müssten lernen, ihre konfrontativen Neigungen zurückzustellen und pfleglicher miteinander umzugehen, die letzteren akzeptieren, dass am Ende nicht sie, sondern die Parteien bzw. die Parteiführungen über die Regierungsbildung entscheiden.

ANMERKUNGEN

- 1 Arend Lijphart (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven/London.
- 2 Frank Decker (2005): Post-parlamentarisches Regieren, Entscheidungsblokkaden und populistische Reaktion. Der fehlgeleitete Konsensualismus des deutschen „Parteienbundesstaates“. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 17. Baden-Baden, S. 40 ff.
- 3 Kaare Strøm (1990): *Minority Government and Majority Rule*. Cambridge.
- 4 Everhard Holtmann/Helmut Voelzkow (Hrsg.) (2000): *Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie. Analysen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden.
- 5 Frank Decker (2006): Höhere Volatilität bei Landtagswahlen? Die Bedeutung bundespolitischer „Zwischenwahlen“. In: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): *Bilanz der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden, S. 259-279.
- 6 Gerhard Lehmbruch (1976): *Parteienwettbewerb im Bundesstaat*. Stuttgart u.a.
- 7 Fritz W. Scharpf (1997): Die Malaise der deutschen Politik. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 1997.

- 8 Oskar Niedermayer (2003): Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis nach der Bundestagswahl 2002. In: ders. (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002*. Opladen, S. 19 ff.
- 9 Vgl. die Übersicht bei Ludger Helms (2005): *Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland*. Wiesbaden, S. 96.
- 10 Karlheinz Nollau (2004): *Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*. Paderborn, S. 388 ff.
- 11 Frank Decker (2007): Parteiendemokratie im Wandel. In: ders./Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden, S. 22 ff.
- 12 Frank Decker/Florian Hartleb (2006): *Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik*. In: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus in Europa*. Bonn, S. 191-215.
- 13 Frank Decker (2005): Die Zäsur. Konsequenzen der Bundestagswahl 2005 für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems. In: *Berliner Republik*, Heft 5/2005, S. 66-71.
- 14 Nikolaus Werz (2007): Parteien in den neuen Bundesländern seit 1990. In: Eckhard Jesse/Eckart Klein (Hrsg.): *Das Parteienspektrum im vereinigten Deutschland*. Berlin, S. 49-63.
- 15 Oliver Nachtwey (2007): Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit. In: Tim Spier u.a. (Hrsg.): *Die Linkspartei*. Wiesbaden, S. 155-184.
- 16 Zum Scheitern der PDS in den alten Bundesländern vgl. Meinhard Meuche-Mäker (2005): *Die PDS im Westen 1990-2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke*. Berlin.
- 17 Evelyn Roll (2008): Die Sache mit den Eiskäufern. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5/2008, S. 39-41.
- 18 In Brandenburg amtierte von 1990 bis 1994 eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90. Diese wurde genauso wie die von 1991 bis 1995 bestehende Ampel in Bremen noch vor Ablauf der Wahlperiode beendet.
- 19 Frank Decker (2008): *Veränderte Landschaft. Parteipolitik zwischen Lagerdenken und neuen Koalitionen*. In: *MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte* Nr. 490 (Juni 2008), S. 10-19.
- 20 Eckhard Jesse (2007): *Koalitionsaussagen der Parteien vor Bundestagswahlen*. In: ders./Eckart Klein (Hrsg.): *Das Parteienspektrum im vereinigten Deutschland*. Berlin, S. 85-96.
- 21 Vgl. z.B. Franz Walter (2008): *Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung*. Frankfurt a. M., S. 237 ff.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Siegfried Frech, Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77.

Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit), Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 23 49

Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 70 01 53 10.

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wählerverhalten im Zeichen strukturierter Vielfalt

Rainer-Olaf Schultze

Wenngleich Wählerentscheidungen immer noch tradierten Mustern und Bindungen folgen, sind seit geraumer Zeit Wandlungstendenzen im Wählerverhalten und eine wachsende Skepsis gegenüber Wahlen zu beobachten. Waren bis in die 1980er Jahre die konfessionelle und wohlfahrtsstaatliche Konfliktlinie für ein stabiles Wählerverhalten ausschlaggebend, führte das Spannungsfeld zwischen ökologisch- versus wachstumsorientierter Politik zur Herausbildung einer ökologischen Konfliktlinie und damit zu einer Lockerung herkömmlicher Parteibindungen. Eine weitere Zäsur war die deutsche Wiedervereinigung, die als Reflex auf die unterschiedlichen Sozialstrukturen und politischen Regionalkulturen Gegensätze im Wählerverhalten zwischen Ost und West nach sich zog. Die Bindungsverluste der etablierten Volksparteien, Alternativen im Parteienangebot und die zunehmende Bedeutung kurzfristiger Wahlentscheidungen werden zukünftig – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl des Jahres 2009 – ausschlaggebend sein. Auf der Grundlage dieser Analyse zieht Rainer-Olaf Schultze wahlsoziologische Schlüsse für die kommende Bundestagswahl: Die Wählerentscheidungen werden sich wohl stärker an Kosten-Nutzen-Erwägungen orientieren und könnten den beiden großen Parteien Verluste und den kleinen Zugewinne bescheren. Letztlich stehen die Wählerinnen und Wähler vor einem Dilemma: Angesichts des „Multioptionswahlkampfes“ wird koalitionstaktisches Wählen zum bloßen Lotteriespiel. Es ist also durchaus möglich, dass sich Wählerinnen und Wähler wieder auf politische Grundüberzeugungen und Parteipräferenzen besinnen.

Wählerentscheidungen sind komplex

In Wahlen kristallisieren sich bekanntlich individuelle Präferenzen zu kollektiven Entscheidungen. Wählerentscheidungen sind komplex – gebildet aus kurzfristigen Einflussfaktoren und aus dauerhaften strukturellen Determinanten und deren längerfristig wirksamen Veränderungen.¹ Zu den Langfristdeterminanten zählen (a) die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedin-

gungen, insbesondere die Wirtschafts- und Sozialstruktur eines Landes, das politische Institutionensystem, etwa die Wirkungen von Wahlrecht und Wahlsystem, die Medienlandschaft; (b) die sozialstrukturelle Verankerung der Wähler in Primär- und Sekundärumwelten; durch sie stellt sich der Bezug zu den gesamtgesellschaftlichen Konflikten (Cleavages) her sowie (c) die Parteiidentifikation und die politisch-ideologischen Grundorientierungen, beide erworben im Sozialisationsprozess. Zu den Kurzzeiteinflüssen zählen politisch-situative wie politisch-konjunkturelle Einflussfaktoren, etwa (a) die konkreten Wettbewerbsbedingungen, Parteien- und Parteiensystemkonstellationen sowie (b) das Kandidaten- und Programmangebot der Parteien und insbesondere die strittigen Sachthemen (Issues) während des Wahlkampfes (vgl. Schultze 1991; Broschek/Schultze 2006). Zwischen den einzelnen Einflussfaktoren bestehen komplexe Wechselwirkungen, deren Richtung und Gewicht genau zu bestimmen schwer fällt. Die Wahlforschung konstatiert dabei im bundesrepublikanischen Politikprozess seit geraumer Zeit nachhaltige Wandlungstendenzen sowohl in den Partizipationsmustern der Wähler – Individualisierung und Volatilität als Folge instrumentell-rationaler sowie Kosten-Nutzen orientierter Wählerentscheidungen – als auch auf der Angebotsseite des Wählermarktes – konkret tief greifende Bindungsverluste und Performanzprobleme der Volksparteien von Union und Sozialdemokratie, verbunden mit der Pluralisierung des Parteienangebotes und der Herausbildung eines „fluiden Fünf-Parteiensystems“ (Niedermayer 2008). Und dennoch existieren – wenn auch auf reduziertem Niveau – bis heute unverändert strukturelle Bindungen, folgt das Wahlverhalten tradierten Mustern; es ist gekennzeichnet von beidem, von „strukturierter Vielfalt“ (Schultze 2003).

Zu konstatieren sind in der 60-jährigen Wahlgeschichte zudem Zäsuren, in der „alten“ Bundesrepublik markiert durch die Wahlen der Jahre 1953 und 1983 und die damit verbundenen Prozesse der Konzentration und Dekonzentration in Wählerverhalten und Parteiensystem sowie nach der Wiedervereinigung

markiert durch die Wahlen der Jahre 1994 und 2005 und die damit verbundenen Fragmentierungen und Asymmetrien in Wählerverhalten und Parteiensystem zunächst in Ost- und dann auch in Westdeutschland.

Partizipation

Das Wählerverhalten war in der Vergangenheit, zumal im Westen, lange Zeit relativ klar konturiert und vergleichsweise stabil. So lag beispielsweise die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1987 kontinuierlich über 85 Prozent, in den 1970er Jahren sogar über 90 Prozent. Die Teilnahme bei Wahlen wurde von der großen Bevölkerungsmehrheit als staatsbürgerliche Pflicht begriffen, der Wahlakt selbst galt deshalb unangefochten als die bedeutsamste Form politischer Partizipation. Seit der sogenannten „partizipatorischen Revolution“ (Kaase) der 1970er Jahre gilt diese „Wahlnorm“ indessen nicht mehr uneingeschränkt (vgl. Völkl in Rattinger et al. 2007). Die politische Beteiligung wird seither stärker auch mit anderen Formen konventioneller wie unkonventioneller Partizipation wahrgenommen, wodurch sich die Bedeutung des Wahlaktes deutlich relativierte, zumal Wahl und Nicht-Wahl zunehmend und in größerer Zahl auch taktisch und instrumentell praktiziert werden. Hinzu kommen Politiker- und Parteienverdross. Insgesamt führte dies zu einem deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung auf allen Wahlebenen und in so gut wie allen Wählergruppen, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß (vgl. Schultze 1995; Steinbrecher 2007). Die Beteiligung erreichte seit den 1990er Jahren bei den von der Wahlforschung sogenannten „second order elections“, also bei den in ihrer Bedeutung von den Bürgern als „nachrangig“ eingestuften Europa- und Kommunalwahlen nur mehr zwischen 40 und 50 Prozent, bei den Landtagswahlen zwischen 50 und 60 Prozent, wobei die Rate in den neuen Bundesländern in der Regel nochmals geringer ausfällt. In einzelnen Wählergruppen, etwa bei Erst- und Jungwählern, lag und liegt die Beteiligung bei diesen Wahlen inzwischen um einiges unter 40 Prozent. Im interna-

tionalen Vergleich ist wenigstens die Beteiligung bei Bundestagswahlen mit knapp über bzw. unter 80 Prozent bei den Wahlen der jüngeren Vergangenheit noch vergleichsweise hoch (s. Tabellen 1 und 2).

Allerdings zeigt der Trend auch hier deutlich nach unten. Die Bewertung fällt je nach Standort gegensätzlich aus: Während die einen und aus der Sicht der realistisch-elitären Demokratietheorie weniger in niedriger Wahlbeteiligung als in überstarker Mobilisierung Gefahren für die demokratische Stabilität sehen und in diesem Zusammenhang an die Radikalisierung von Rechts und Links in der Weimarer Republik und den Aufstieg Hitlers und der Nationalsozialisten an der Wahlurne erinnern, ist der Rückgang der Wahlbeteiligung für die anderen ein klares Indiz für Legitimationsprobleme in der Demokratie (vgl. Roth 1992; Renz 1997). Ganz sicher jedoch äußert sich darin die wachsende Skepsis gegenüber der Wahl als dem wichtigsten Element repräsentativ-demokratischer und konventioneller Partizipation.

Alte und neue Konfliktlinien

Bestimmt wird das Wahlverhalten in starkem Maße von Sozialstruktur und Parteiidentifikation, von alten und neuen Konfliktlinien und deren Vermittlungsinstanzen in Gesellschaft und Politik, die allerdings in der jüngeren Vergangenheit durch den tief greifenden Werte- und Sozialstrukturwandel in der Gesellschaft, insbesondere in Demographie, Berufswelt und Lebensstil sowie schließlich durch die Wiedervereinigung nachhaltige Veränderungen erfahren haben.

Von den traditionellen vier sozialen Hauptkonflikten, denen die Wahlforschung seit den bahnbrechenden makrosoziologischen Untersuchungen von Stein Rokkan und Seymour M. Lipset (1967) eine herausgehobene Bedeutung für die Formierung und Struktur der europäischen Parteiensysteme beimisst, spielten in der alten Bundesrepublik zwei Cleavages eine besondere Rolle: (a) die konfessionelle Konfliktlinie mit den Polen klerikal-katholische versus nicht-katholisch, libertär/anti-klerikale Wählmilieus; (b) die wohlfahrts-

staatliche Ausprägung des Konfliktes von Kapital und Arbeit mit dem Ziel sozialstaatlicher Umverteilung und Egalisierung auf dem einen und neo-liberal, marktwirtschaftlicher Orientierung auf dem anderen Pol – zwischen gewerkschaftlich organisierten versus nicht-organisierten Wählmilieus (s. Abbildung 1).

Vermittelt (bzw. für die empirische Analyse operationalisiert) werden die langfristigen Bindungen der Wählerschaft an bestimmte Parteien bis heute zum einen insbesondere durch Gewerkschaftsmitgliedschaft, zum anderen durch Kirchenbindung und Kirchengangshäufigkeit. Denn gewerkschaftlich organisierte Wähler aus der Arbeiterschaft votierten bei den Bundestagswahlen zwischen 1976 und 2002 mit im Schnitt deutlich über 60 Prozent für die SPD und damit weit stärker als die nicht gewerkschaftlich gebundenen Wähler (vgl. Schultze 2000; Kornelius et al. 2005).

Tabelle 1: Die Ergebnisse bei Bundestagswahlen, 1949-1987 (ab 1953 Zweitstimmenanteile)

Wahljahr	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987
Wahlbeteiligung	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7	88,6	89,1	84,3
Zahl sich bewerbender Parteien	16	17	14	9	11	13	8	17	15	13	21
CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,2	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8	44,3
SPD	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	42,9	38,2	37,0
FDP	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	10,6	7,0	9,1
Grüne ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	1,5	5,6	8,3
Sonstige	27,92	16,53	10,34	5,7	3,6	5,55	1,0	0,9	0,5	0,5	1,4
Union + SPD	60,2	74,0	82,0	81,4	86,9	88,8	90,7	91,2	87,4	87,0	81,3

¹ ab 1994 Bündnis 90/Die Grünen

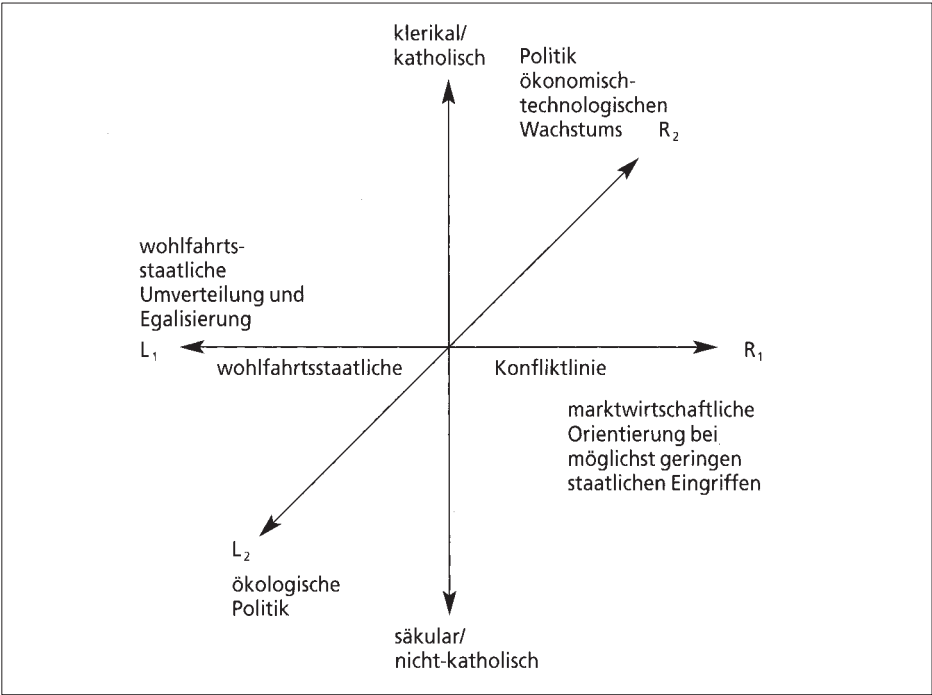
Quelle: Die Daten in dieser und den nachfolgenden Tabellen entstammen, sofern nicht gesondert nachgewiesen, der amtlichen Wahlstatistik zu der jeweiligen Wahl; für 1998: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wahl zum 14. Bundestag am 27. September 1998, 5 Hefte, Wiesbaden 1998-2000.

Tabelle 2: Zweitstimmenanteile bei Bundestagswahlen in den alten und neuen Bundesländern, 1990-2005

Wahljahr	1990			1994			1998			2002			2005		
Wahlgebiet	ABL	NBL	BRD	ABL	NBL	BRD	ABL	NBL	BRD	ABL	NBL	BRD	ABL	NBL	BRD
Wahlbeteiligung	78,6	74,5	77,8	80,5	72,6	79,0	82,8	80,0	82,2	80,6	72,8	79,1	78,5	74,3	77,7
CDU/CSU	44,3	41,8	43,8	42,1	38,5	41,4	37,0	27,3	35,1	40,8	28,3	38,5	37,5	25,3	35,2
SPD	35,7	24,3	33,5	37,5	31,5	36,4	42,3	35,1	40,9	38,3	39,7	38,5	35,1	30,4	34,2
FDP	10,6	12,9	11,0	7,7	3,5	6,9	7,0	3,3	6,2	7,6	6,4	7,4	10,2	8,0	9,8
B' 90 / GRÜNE	4,8	6,2	5,0	7,9	4,3	7,3	7,3	4,1	6,7	9,4	4,7	8,6	8,8	5,2	8,1
PDS/Linke	0,3	11,1	2,4	1,0	19,8	4,4	1,2	21,6	5,1	1,1	16,9	4,0	4,9	25,3	8,7
Sonstige	4,3	3,7	4,2	3,8	2,4	3,6	5,2	8,6	5,9	2,8	4,0	3,0	3,5	5,8	3,9

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 1: Strukturkonflikte westdeutscher Politik



Quelle: Schulze 1991, S. 31

Tabelle 3: Wahlentscheidung in den Berufsgruppen und der Arbeitslosen bei den Bundestagswahlen 1990-2005 (in Prozent)

Selbstständige					Angestellte und Beamten					
	1990	1994	1998	2002	2005	1990	1994	1998	2002	2005
CDU/CSU	55	52	44	51	41	41	39	33	36	35
SPD	19	18	22	21	23	34	36	41	40	35
Grüne	4	8	10	11	10	6	9	9	11	10
FDP	18	15	15	13	20	12	8	7	7	9
PDS (Linke)	1	3	4	3	5	3	5	6	4	8

Arbeiter					Arbeitslose					
	1990	1994	1998	2002	2005	1990	1994	1998	2002	2005
CDU/CSU	41	37	30	37	32	n. b.	31	23	27	20
SPD	40	45	48	44	37		42	44	41	34
Grüne	3	5	3	4	5		7	7	9	7
FDP	7	4	3	7	8		5	4	6	7
PDS (Linke)	2	5	6	4	12		12	13	10	25

Quellen: Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen am Wahltag (exit polls) 1990-2005; verändert übernommen aus: Roth/Wüst 2006.

Tabelle 4: Das Ergrauen der Grünen 1983-2002. Stimmenanteil der Repräsentativauszählung in den alten Bundesländern

	1983	1990	2002
Alter			
Alte Bundesländer			
18-25	13,9	9,8	12,2
25-35	10,8	9,8	12,8
35-45	4,4	6,1	14,0
45-60	2,4	1,8	10,0
60-	1,2	0,7	4,0

Quelle: Zusammenestellt auf der Basis der amtlichen Wahlstatistik.

Selbst im Wahlverhalten von Beamten und Angestellten gingen von der Gewerkschaftsmitgliedschaft beachtliche Wirkungen aus, wenngleich die Wahlentscheidungen von Angehörigen dieser Berufsgruppen, bei gewerkschaftlich gebundenen wie ungebundenen Wählern, in der Zeit größeren Schwankungen unterlagen. Konfessionell gebundene Wähler stimmten dafür in der Zeit stabil und deutlich überproportional für die Unionsparteien – und zwar katholische nochmals stärker als protestantische, während der Anteil der Union an den nicht konfessionell gebundenen Wählern unterdurchschnittlich ausfällt. Von den Katholiken mit starker Kirchenbindung votierten im Zeitraum zwischen 1976 und 2002 über 70 Prozent für die Unionsparteien, während die Parteienteile bei den Katholiken ohne Kirchenbindung deutlich niedriger lagen, in den 1980er Jahre bei maximal 50 Prozent, bei den Wahlen seither unter 40 Prozent (vgl. Schulze 2000).

Die sozialstrukturelle Verankerung entlang der traditionellen Konfliktlinien erklärt zu einem Gutteil die Stabilität im Wählerverhalten bis zur Zäsur um 1980 mit hohen Wiederwahl- und geringen Wechselwähleranteilen von nur 15 bis 20 Prozent und damit zugleich die Konzentration zum Zweieinhalb-Parteiensystem, aber auch den politischen Wechsel des Jahres 1969 von CDU/CSU- zu SPD-geführten Bundesregierungen und der liberalen FDP als „Zünglein an der Waage“ (Ibis 1982). Im Übrigen kam es bekanntlich erstmals bei der Bundestagswahl 1998 zur Abwahl einer amtierenden Regierung, ausgelöst durch entsprechende Bewegungen auf der Wählerebene.

Die tradierten Konfliktmuster wirken folglich fort, wenngleich mit dem angesprochenen Gesellschafts- und Politikwandel selbstverständlich deutliche Veränderungen im Wählerverhalten einhergingen; sie waren und sind quantitativer wie qualitativer Natur. Zum einen reduzierten sich quantitativ als Folge des berufsstrukturellen und sozio-kulturellen Wandels die Kernwählerschaften von Unionsparteien und Sozialdemokraten stark; sie bewirkten zugleich die Lockerung, (Teil-)Auflösung bzw. die Fragmentierung und Pluralisierung der Milieus, wodurch sich auch die Parteienbindungen lockerten und die Wechselneigung in den Wählerschaften stieg.² Die „Stille Revolution“ (Inglehart) des Wertewandels in der Gesellschaft seit den 1960- und 1970er Jahren führte in der alten Bundesrepublik darüber hinaus zu einer Herausbildung postmaterialistischer und ökologischer politisch-ideologischer Grundorientierungen und zu einer neuen dauerhaften Konfliktlinie, definiert durch das Spannungsfeld von ökologischer Politik auf der einen, einer Politik

des ökonomisch-technischen Wachstums auf der anderen Seite (vgl. Schultze 1991). Dieser postmateriell-ökologische Cleavage liegt dabei quer zu den beiden tradierten Grundkonflikten und kommt auf der Ebene des Parteiensystems in der dauerhaften Etablierung der Grünen zum Ausdruck, deren Wählerschaft sozialstrukturell, was Bildungsniveau, Berufe, Milieuverhaftung und Lebensstil betrifft, durchaus spezifisch ist. Ihre sozialstrukturelle Verankerung wird auch deutlich, betrachtet man die diachrone Entwicklung des Stimmenanteils der Grünen nach der Altersstruktur. Die These vom „Ergrauen der Grünen“ bestätigt die ursprünglich von Karl Mannheim entwickelte Generationenhypothese, wonach Einstellungen und Verhaltensmuster innerhalb der Generationenkohorten relativ stabil bleiben. So zeigt der Längsschnittvergleich der Wahlen seit 1983 nicht nur eine zunehmende Angleichung bei den Stimmenanteilen in den Altersgruppen unter 60 Jahren, wobei die Grünen 2002 und 2005 ihr bestes Ergebnis in der Gruppe der 35-45-Jährigen erzielten (s. Tabelle 4). Besonders deutlich ist darüber hinaus vor allem der Stimmenzuwachs in den beiden Altersgruppen 45-60 Jahre sowie ab 60 Jahren bei den Wahlen seit den 1990er Jahren – ein Indiz für die relative Stabilität des Wahlverhaltens innerhalb der Kohorten.

Mit der Zäsur der späten 1970er und frühen 1980er Jahre entwickelte sich das Parteiensystem in Westdeutschland damit zum bipolaren Vierparteiensystem, mit Union und Liberalen im bürgerlich-konservativen sowie Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen im reformistisch-linken Lager, wobei erstere unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl die 1980/90er Jahre regierten, die Regierung Gerhard Schröder die zwei Wahlperioden zwischen 1998 und 2005 bestimmte.

Wahlverhalten in Ost und West

Seit Beginn der 1990er Jahre sind Wählerverhalten und Parteiensystem selbstverständlich maßgeblich von der Vereinigung und deren widersprüchlichen Konsequenzen bestimmt. Die von vielen erwartete Angleichung an die westdeutschen Verhältnisse, Strukturen und Stärkeverhältnisse blieb im Wählerverhalten indessen weitgehend aus. Die Gegensätze im Wählerverhalten zwischen Ost und West rechtfertigen deshalb noch immer die These von den zwei Elektoraten und regionalen Parteiensystemen (Dalton/Bürklin 1995; Schultze 2002). Beispielsweise ist im Osten die elektorale Volatilität sowohl in der Abfolge der Bundestags-

auch zwischen Bundes- und Landtagswahlen unverändert weit höher als in den alten Bundesländern (s. Tabelle 2). Es gilt für die Schwankungen in der insgesamt und auf allen Wahlebenen niedrigeren Wahlbeteiligung wie für Gewinne und Verluste von CDU und SPD. Zudem sind die Stimmenanteile der beiden Volksparteien deutlich geringer. Sie fielen im Osten 2002 mit zusammen 68,1 Prozent um über zehn Prozentpunkte, 2005 bei zusammen nur mehr 55,7 Prozent um 16,9 Prozentpunkte niedriger aus. Auch bleiben die Liberalen und die Grünen in den neuen Ländern regelmäßig hinter ihren Ergebnissen im Westen der Republik zurück. Vor allem aber gilt dies für die Erfolge der postkommunistischen PDS/Die Linke (vgl. Schultze 2002). Sie ist in den Ländern des Ostens unverändert mit Abstand drittstärkste, regional in manchen Ländern auch zweitstärkste Partei mit beachtlichen Stimmenanteilen von deutlich über 20 Prozent. Das Votum für die PDS ist dabei weder allein noch primär auf Nostalgie und Protest zurückzuführen (vgl. Arzheimer/Falter 1998). Die PDS ist klassische Milieupartei. Ihre Wählerschaft ist definiert sozialstrukturell durch die „Vereinigungsverlierer“ (objektive wie subjektive), ideologisch durch eine eher positive Einschätzung der DDR-Vergangenheit sowie eine kapitalismuskritische und negative Einschätzung der gesamtdeutschen Gegenwart. Die Kernwählerschaft – überdurchschnittlich Angestellte, Beamte, Arbeitslose und in Ausbildung befindliche junge Leute, 2005 erweitert um beachtliche Zuwächse von Wählern aus dem Lager der Arbeiter und Arbeitslosen – ist dabei vergleichsweise stabil, mit außerordentlich hohen Wiederwahlquoten (vgl. Niedermayer 2006). Die Gegensätze im Wahlverhalten zwischen Ost und West sind sicherlich zu einem Gutteil tagespolitisch und situativ verursacht. Sie liegen aber insbesondere in dem Tatbestand fortdauernder Differenzen in den Sozialstrukturen und deutlichen Differenzen in den politischen Regionalkulturen begründet, was beides zu spezifisch ostdeutscher Cleavage-Bildung führt: Zwar besteht auch in den neuen Ländern die typische konfessionelle Bindung zugunsten der CDU, doch gehört die große Mehrheit der Ostdeutschen keiner Konfession an. Sodann wird die klassische Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit durch die Besonderheiten der DDR-Geschichte, die weiterhin wirken, und durch die sozio-ökonomisch disparitären Vereinigungsfolgen überlagert und fragmentiert. Bedeutsam sind dabei vor allem die doch markanten Differenzen in den politisch-ideologischen Grundüberzeugungen, die sich von de-

nen der Westdeutschen auch 20 Jahre nach der Vereinigung klar unterscheiden – mit (1) fortdauernden Differenzen im Politik- und Demokratieverständnis, in den Wertorientierungen in Ost und West; mit (2) abweichenden Erwartungshaltungen an die Politik, allerdings auch mit geringerem Institutionenvertrauen und ausgeprägtem Misstrauen gegenüber westdeutschen Politikern; und schließlich mit (3) andersartigen Politikpräferenzen, nicht zuletzt mit wirtschafts- und sozialpolitischen Zielvorstellungen, die im Osten von stark etatistischem Gedankengut geprägt sind (vgl. Schultze 2002). Unverändert gilt, dass die „neuen Bundesbürger (...), wenn man in den Kategorien der traditionellen Cleavages denkt, mehrheitlich am laizistisch-säkularen Pol des religiösen Konflikts und am sozialistischen Pol des industriellen Konflikts“ stehen (Jagodzinski/Kühnel 1997, S. 469). Am ausgeprägtesten sind solche Einstellungen im Osten offenkundig bei Anhängern und Wählern von PDS/Linkspartei; sie gehen aber weit über deren Klientel hinaus.

Parteiensystemisch resultieren hieraus regionale Vielfalt in den Parteienkonstellationen der Länder und gleichermaßen komplexe und fluide Verhältnisse auf gesamtdeutscher Ebene.

Parteibindungen – Gestern und Heute

Ähnliche Veränderungen werden sichtbar, betrachtet man im Zeitverlauf die Entwicklung in der Parteiidentifikation, also bei der langfristigen affektiven Bindung des Wählers an eine Partei, die prägende Langfristedeterminante in der Trias der Einflussfaktoren „Parteiidentifikation – Kandidaten – Issues“ des sozialpsychologischen Ansatzes der Wahlforschung (vgl. Falter/Schoen 2005). Auch die Parteiidentifikation ist bestimmt von zahlenmäßiger Reduktion und der Lockerung der Bindungen. Allerdings sind auch hier die Veränderungen primär quantitativer Natur. Es handelt sich also hauptsächlich um (in der Sprache der Wahlforscher) Kompositionseffekte, weniger um die kurzfristige und zeitweilige Abweichung von der Parteipräferenz (Transitionseffekte; vgl. Falter/Schoen 1999). Zwar ist in Westdeutschland der Anteil der Wähler mit Parteiidentifikation mit rund zwei Dritteln noch immer beachtlich, doch ist er seit Ende der 1970er Jahre um fast 20 Prozentpunkte gesunken. Deutlich

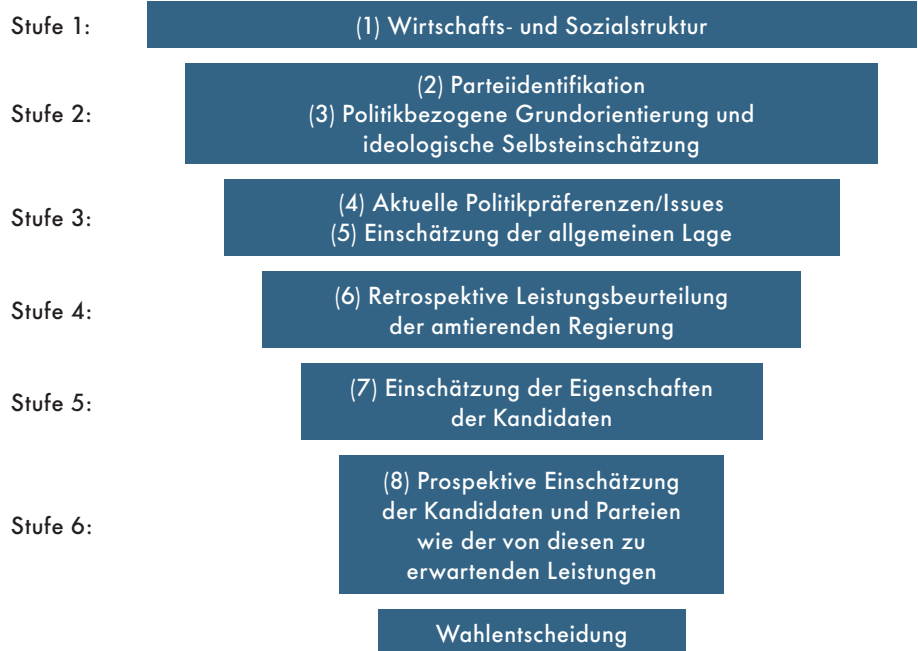
niedriger ist die Parteibindung – was nicht verwundert – im Osten. Dort liegt sie zwischen 50 und 60 Prozent. Zweitens ist die Bereitschaft der Wähler um einiges größer geworden, bei der Wahlentscheidung von ihrer Parteipräferenz abzuweichen, sei es nur in Form der Verteilung von Denkkzetteln durch einmalige Nicht- und/oder Protestwahl, sei es durch das Votum für eine konkurrierende Partei. Seit den Wahlen der 1990er Jahre entschieden sich nur mehr ca. vier Fünftel der Wähler für die Partei, mit der sie sich identifizierten – auch dies ein Indiz für steigende Wechselbereitschaft im Elektorat (vgl. Broschek/Schultze 2006).

Zwar ist der zahlenmäßige Rückgang der Parteibindung längst nicht so groß wie Anhänger der Thesen von Dealignment und vom rationalen, an kurzfristigen Kosten-Nutzen-Überlegungen orientierten Wählerverhalten versuchen uns glauben zu machen, doch gewinnen in Anbetracht der sich lockern den traditionellen Bindungen die politisch-ideologischen Grundorientierungen der Wähler an Bedeutung für die individuelle Wahlentscheidung, denn sie treten zunehmend als Langfristedeterminanten neben und an die Stelle der Parteiidentifikation. Dabei spielen seit geraumer Zeit folgende ideologische Spaltungen, in denen sich im Übrigen die sozialstrukturellen Konfliktlinien der bundesrepublikanischen Gesellschaft widerspiegeln, eine besondere Rolle, nämlich die Cleavages:

- Ökonomische Sicherheit/Gerechtigkeit/Solidarität versus Primat der ökonomischen/marktwirtschaftlichen Modernisierung/individuelle Leistung;
- traditionelle Lebensformen versus sozio-kulturelle Modernisierung/Toleranz;
- starker Staat/Recht und Ordnung versus Garantie individueller Bürgerrechte/zivilgesellschaftliche Selbstbestimmung (vgl. Raschke 2002; Schultze 2003)

Fragt man nach den Wechselwirkungen der einzelnen Einflussfaktoren, kann man die Bildung der individuellen Wählerentscheidung dabei in Anlehnung an die US-amerikanischen Wahlforscher Warren Miller und J. Merrill Shanks (1996) als Prozess eines komplexen und mehrstufigen Kausalitätszusammenhangs sehen, wobei die Einflussvariablen der nachgeordneten Stufen von den vorherigen Stufen beeinflusst werden, die Langfristedeterminanten damit als Filter wirken (s. Abbildung 2). Solche politisch-ideologischen Grundüberzeugungen sind indessen weniger stark organisiert und strukturell vermittelt als etwa die sich lockern den Milieubindungen der Vergangenheit; und sie sind im Gegensatz zur Par-

Abbildung 2: Der Kausalitätstrichter in Anlehnung an Miller/Shanks



Quelle: Warren E. Miller/J. Merrill Shanks, *The New American Voter*, Cambridge/Mass. 1996, S. 192.

teiidentifikation weniger affektiv, sondern kognitiv und auf konkrete Ziele und Programme wie deren Verwirklichung bezogen.

Auch hierdurch erhöht sich die Bereitschaft zum Wechsel, sofern auf der Angebotsseite des Parteienwettbewerbs solche Alternativen vorhanden sind. Allerdings ist die Richtung des Parteiwechsels keineswegs beliebig. Zahlreiche Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit belegen dies: Auf der Ebene der Landtagswahlen etwa die erdrutschartigen Verluste der CSU bei der Wahl vom September 2008, bei der die Partei über 17 Prozentpunkte der Stimmen sowie ihre Zweidrittelmehrheit der Mandate im Landtag einbüßte und jetzt auch in Bayern – im Fünf-Fraktionen-Parlament – erstmals seit 46 Jahren auf einen Koalitionspartner angewiesen ist (vgl. Schultze/Grasnick 2009). Ausgelöst wurde die Abwanderung der Wähler von der Union durch die weithin negative retrospektive Leistungsbilanz von Regierung und Partei. Nicht zur Landtagsopposition von SPD und Bündnis 90/Grüne, sondern bezeichnenderweise überwiegend zur (zum damaligen Zeitpunkt) außerparlamentarischen Opposition von FDP und Freien Wählern wechselten die vormaligen CSU-Wähler. Die Richtung der Abwanderung ins „bürgerliche Lager“, einschließlich der Frage, für welche der beiden bürgerlichen Alternativen man sich entschied, waren dabei sowohl sozialstrukturell und politisch-ideologisch begründet als auch themenbezogen. Ähnlich können aus wahlsoziologischer Sicht die relativen Stimmenerfolge der WASG bzw. (nach dem Zusam-

schluss mit der PDS) der Linkspartei in den alten Bundesländern nach 2004/2005 erklärt werden – Wahlen, die durchaus eine weitere Zäsur in der Entwicklung von Wählerverhalten und Parteiensystem darstellen. Als Folge des Politikwechsels der Agenda 2010 und der Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder bildete sich im linken Spektrum der wohlfahrtsstaatlichen Konfliktlinie ein Vakuum und wandten sich enttäuschte vormalige Wähler vornehmlich der Sozialdemokratie dem unter Führung von Oskar Lafontaine und zahlreichen Gewerkschaftsfunktionären neu formierten Alternativangebot von WASG/Linkspartei zu. Generalisiert man, so haben neue oder neu formierte Parteien dann Aussichten, sich im Parteiensystem durchzusetzen, wenn sie entweder neu entstandene gesellschaftliche Konflikte repräsentieren – wie die Grünen im Westen bzw. die PDS/Linkspartei im Osten – oder aber wenn sie wegen mangelnder Bindungsfähigkeit etablierter Parteien von „Repräsentationslücken“ profitieren können – wie WASG/Linkspartei im Westen. Wertewandel und Ökologiekonflikt – seit den 1970/80er Jahren auf der gesellschaftspolitischen Agenda fest verankert – bilden seither die sozio-kulturelle wie sozialstrukturelle Basis für Bündnis 90/Grüne. Die PDS-Erfolge resultieren aus den – nach der Vereinigung neu hinzu gekommenen – spezifisch ostdeutschen Konflikt- und Mentalitätslagen, während WASG/Linkspartei ihre Wählerbasis aus dem traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Cleavage und überwiegend lagerintern rekrutieren.

Bindungsverluste der etablierten Volksparteien und Alternativen im Parteienangebot bewirkten erhöhte Wechselbereitschaft; der Anteil der Parteiwwechsler dürfte seit den Wahlen der 1990er Jahre zwischen 25 und 30 Prozent liegen (Wessels in Brettschneider 2007). Allerdings hat sich der Wechsel bislang insgesamt überwiegend lagerintern und nur in geringerem Umfang lagerübergreifend vollzogen, wodurch einerseits das entstandene Fünf-Parteiensystem mittelfristig durchaus Stabilität besitzt, andererseits Koalitionsbildungen und Regierungspraxis notwendig komplizierter werden.

Kandidaten und Themen

Insbesondere zu Wahlkampfzeiten drängt sich – von den Medien transportiert und tatkräftig gefördert – fast wie selbstverständlich der Eindruck auf, dass es sich bei Wahlen primär um Entscheidungen über Personen und Sachthemen handelt. Beispielsweise interpretierte man die Bundestagswahl 1998 als persönliche Niederlage Helmut Kohls und als Sieg des Herausforderers Gerhard Schröder (vgl. Jung/Roth 1998) und die beiden folgenden Bundestagswahlen von 2002 und 2005 thematisch-situativ, deren Ergebnisse 2002 wesentlich von Ereignissen wie der Flutkatastrophe und dem Irakkrieg, 2005 maßgeblich durch Schröders Aufholjagd im Verlaufe des Wahlkampfes bestimmt gewesen seien (vgl. Roth/Wüst 2006). Tatsächlich ist die Bedeutung kurzfristiger Einflüsse auf die Wählerentscheidung gestiegen. Bei Wahlen geht es immer auch um die retrospektive Leistungsbeurteilung von Regierung und Opposition und um die Einschätzung der Eigenschaften der Kandidaten. Dieser Trend wurde durch die Logik der Medienberichterstattung

in der jüngeren Vergangenheit sicherlich verstärkt und mit der Einführung von Fernsehduellen zwischen den Spitzenkandidaten seit 2002 weiter auf die Spitze getrieben. Allerdings sollte man die Wirkungen auf die individuelle Entscheidung der Wähler nicht überbewerten. Dafür spricht – vielfach bestätigt – die weitgehende Deckungsgleichheit von Kandidaten- und Parteibzw. Lagerpräferenzen. So favorisierten beispielsweise 98 Prozent der SPD-Anhänger, 96 Prozent der Grünen-Anhänger und 85 Prozent der Anhänger der PDS bei der Bundestagswahl 2002 Gerhard Schröder als den von ihnen gewünschten Bundeskanzler, während umgekehrt 82 Prozent der Unionswähler Edmund Stoiber bevorzugten. Lediglich bei den Anhängern der FDP gab es ein ausgewogenes Verhältnis, wobei 48 Prozent für Stoiber, 45 Prozent für Schröder votierten (vgl. Kornelius et al. 2005). Für 2005 ermittelten die Wahlforscher ähnliche Ergebnisse in der Kandidatenbewertung (vgl. Roth/Wüst 2006). Im Blick auf die Wirkungszusammenhänge heißt dies: Einerseits wird die Einschätzung der Kandidaten gefiltert durch die langfristigen Bindungen der Wähler, andererseits aktualisieren Kandidaten-Alternativen deren politisch-ideologische Orientierungen und Parteipräferenzen. Ähnliches gilt für die so genannten „wahlentscheidenden Themen“. Zudem ergab sich bei den beiden Bundestagswahlen von 2002 und 2005 ein erstaunliches Maß an Stabilität wie Kohärenz in der Wahrnehmung von Sachthemen innerhalb der einzelnen Wählergruppen (vgl. Tabelle 5). Die drei wichtigsten Sachfragen bezogen sich aus Sicht der Wähler bei beiden Wahlen auf die Wirtschaftspolitik (38 Prozent), gefolgt von der Arbeitsmarkt (31 bzw. 34 Prozent) und Sozialpolitik (30 bzw. 33 Prozent). Für die Wähler

von Union und FDP war dabei die Wirtschaftspolitik mit Abstand am wichtigsten, während für die Anhänger von SPD und Grünen sowie, noch deutlicher, der PDS die Frage der Sozialen Gerechtigkeit den höchsten Stellenwert hatte. Bei den Grünen-Anhängern erzielte nur ihr ureigenstes Thema, die Umweltpolitik, höhere Werte als die Sozialpolitik. Auch mit Blick auf die Bewertung der Sachthemen erweist sich damit die Filterwirkung der politisch-ideologischen Spaltungen – ein weiteres Indiz für die strukturierte Vielfalt der Wählerentscheidung.

Vor der Bundestagswahl 2009

Die Ausgangslage vor der Bundestagswahl von 2009 ist durch eine Reihe von Besonderheiten charakterisiert: (1) thematisch durch die tief greifende Finanz- und Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit, deren Auswirkungen staatsinterventionistisch begegnen zu müssen; (2) parteisystemisch durch den Wandel vom Vier- zum fluiden Fünf-Parteiensystem des „gemäßigten Pluralismus“; (3) koalitionsarithmetisch durch die Notwendigkeit, die Lagergrenzen – wenn möglich innovativ – zu überwinden. Aus wahlsoziologischer Sicht ist dabei resümierend festzuhalten:

■ In Anbetracht des gesellschaftlichen Wandels, der Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile wie der damit einhergehenden Reduktion und Lockerung der Milieu- und Parteibindungen votieren die Wähler stärker als in der Vergangenheit auf der Basis retrospektiver Erfahrungen und an Kosten-Nutzen-Überlegungen orientiert.

Tabelle 5: Wahlentscheidende Themen bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 in Wählergruppen

	Alle		SPD		Union		Grüne		FDP		PDS	
	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005
Wirtschaftspolitik	38	38	28	27	53	53	15	20	51	56	17	23
Ausländerpolitik	16	11	12	10	19	11	17	11	14	7	11	8
Arbeitsmarktpolitik	31	34	24	26	41	42	11	16	34	42	28	42
Innere Sicherheit	13	9	12	9	16	11	4	5	10	7	10	7
Umweltpolitik	15	11	18	13	4	3	64	52	5	3	10	6
Steuerpolitik	16	19	11	15	21	24	5	8	30	31	8	17
Soziale Gerechtigkeit	30	33	42	45	15	17	39	40	18	16	61	59
Schul-/Bildungspolitik	14	12	13	13	14	10	14	15	21	14	19	16
Außen-/Sicherheitspolitik	18	13	24	23	12	6	29	28	9	5	21	8

Quelle: Infratest Dimap: Wahlreport 2002; 2005 (das jeweils wichtigste Thema ist fett markiert)

In der Wahlentscheidung geht es folglich verstärkt um die Bestätigung oder Abwahl der amtierenden Regierung, aber auch um die Artikulation von Protest durch Wahlenthaltung oder durch die Wahl neuer bzw. neu formierter Parteien.

■ Betroffen hiervon sind vor allem die großen Volksparteien, die seit Mitte der 1980er Jahre auf allen Wahlleben starken Verluste haben hinnehmen müssen. CDU/CSU und SPD erzielten 1998 und 2002 gemeinsam nur 76,0 bzw. 77,0 Prozent der Stimmen. 2005 war ihr Stimmenanteil nochmals deutlich, auf nur noch 69,4 Prozent abgesackt. Tatsächlich dürften mit Stimmenanteilen der Volksparteien von zusammen 70 bis 75 Prozent und einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent Grenzwerte auch bei Bundestagswahlen erreicht sein. Eine strukturelle Mehrheit ist angesichts dieser Volatilitäten für keine der Großparteien in Sicht.

■ Von der Pluralisierung profitieren auf dem Wählermarkt insbesondere die kleinen und mittelgroßen Parteien innerhalb der beiden Lager – eine Folge des noch immer in starkem Maße sozialstrukturell und entlang der politisch-ideologischen Grundorientierungen definierten Verhaltens der Wähler. Die Stärkeverhältnisse zwischen den Lagern haben sich dabei seit Mitte der 1990er Jahre vergleichsweise nur gering verändert. In der Folge war das „schwarz-gelbe Lager“ bei den drei Bundestagswahlen seit 1998 unterlegen, verfügte das „linke Lager“ aus Sozialdemokratie, Grünen, PDS/Linkspartei zusammen mit 52 bzw. 51 Prozent knapp über die Mehrheit der abgegebenen Zweitstimmen (s. Abbildung 3). Allerdings verschoben sich die relativen Gewichte innerhalb der Lager

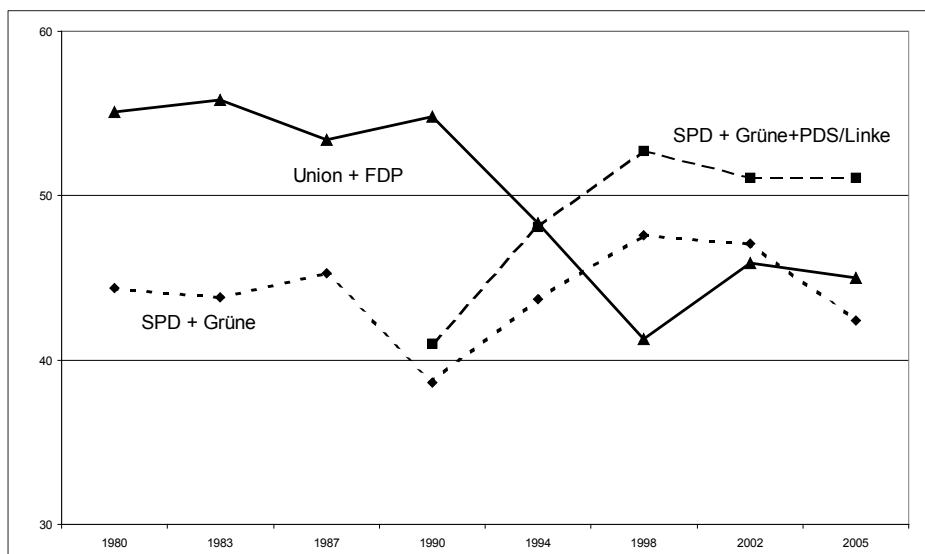
zugunsten der kleinen Parteien. Zwei Trends, die im Übrigen auch in den Momentaufnahmen der Meinungsumfragen ihre Bestätigung finden. Während Union und FDP in der Projektion des ZDF-Politbarometers der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Mai 2009 50 (gegenüber Mai 2005: 51) Prozent der Stimmen erzielen, entfallen auf das „linke Lager“ 46 (Mai 2005: 43) Prozent – bei gegenüber 2005 deutlichen Verschiebungen zu Lasten von Union bzw. SPD und zugunsten von Liberalen und Linkspartei.

■ Verglichen mit 2005 scheinen damit zu Beginn des Wahlkampfes die Stärkeverhältnisse der Lager in der Wählerschaft kaum verändert. Grundsätzlich anders ist durch die Große Koalition aus Union und Sozialdemokraten und die Kanzlerschaft Angela Merkels hingegen die Wettbewerbskonstellation. Wenn es stimmt, dass es bei Wahlen primär um die Übertragung von Handlungsvollmacht durch die Bestätigung oder Abwahl von Regierungen geht, dann stehen Parteien wie Wähler diesmal vor einem Dilemma. Denn dies setzt die klare Scheidung von Regierung und Opposition und in Parteiensystemen des „gemäßigten Pluralismus“ notwendig Lagerbildung voraus. Zwar streben alle Parteien mit Aussicht auf Mandate und Fraktionsstatus im nächsten Bundestag, einschließlich der Koalitionspartner, die Ablösung der Großen Koalition an, doch können sie keinen reinen, polarisierenden Lagerwahlkampf führen. Dies gilt sogar für die FDP, die noch – wie das Beispiel der Wahl von 2005 nachdrücklich belegt – am ehesten davon profitieren würde, eventuell jedoch zusammen mit ihren Wählern zum Garanten der Fort-

führung der Großen Koalition werden könnte, sollte sie sich auf nur die eine Option schwarz-gelber Koalitionsbildung festlegen. Mit Ausnahme der Linkspartei dürften die Parteien deshalb einen Multioptionswahlkampf führen.

■ Die Wählerentscheidungen sind bei Bundestagswahlen bislang stets auch taktisch bestimmte Koalitionswahlentscheidungen gewesen. Ablesen lässt sich dies am Splitting der Wähler von Erst- und Zweitstimme. Die Zahl der Wähler, die diese Möglichkeit des Wahlsystems genutzt haben, ist von ca. zehn Prozent bei den Wahlen in den 1980er Jahren auf 21,3 bzw. 24,4 Prozent bei den Wahlen 2002 und 2005 gestiegen. Das Stimmensplitting fand in der Vergangenheit vornehmlich lagerintern statt und wird vor allem von FDP- sowie Grünen-Wählern praktiziert, von denen mit der Erststimme bei der Wahl von 2005 jeweils ca. 60 Prozent für den Wahlkreiskandidaten von Union bzw. SPD votierten (vgl. Broschek/Schultze 2006). Koalitionstaktisches Wählen, von dem der oder die jeweiligen kleineren prospektiven Partner profitieren, kann in Anbetracht der vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten und Unwägbarkeiten zu einem reinen Lotteriespiel werden. Die Wähler werden sich deshalb weniger an den Koalitionsabsichten der Parteien und deren Spitzenkandidaten, sondern wieder stärker an ihren politisch-ideologischen Grundüberzeugungen und an ihren Parteipräferenzen orientieren. Profitieren dürften hiervon die Großparteien, Union und Sozialdemokraten, die wohl besser abschneiden dürften, als dies so manche Momentaufnahme der Demoskopie während der Legislaturperiode signalisierte.

Abbildung 3: Lagerkräfteverhältnis bei Bundestagswahlen 1980-2005 (Zweitstimmenanteile in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Rainer-Olaf Schultze lehrt Politikwissenschaft an der Universität Augsburg und ist ausgewiesen durch zahlreiche Veröffentlichungen auf den Feldern der Vergleichenden Föderalismusforschung und der Wahlsoziologie.

Foto: Fred Schöllhorn

- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen (1998): Annäherung durch Wandel? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ostdeutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52/98, S. 33-43.
- Broschek, Jörg/Schultze, Rainer-Olaf (2006): Wahlverhalten: Wer wählt wen? In: Hoecker, Beate (Hrsg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*. Opladen, S. 23-54.
- Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus (1998): *Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung*. 2. Auflage, Opladen.
- Brettschneider, Frank et al. (Hrsg.) (2004): *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden.
- Brettschneider, Frank et al. (Hrsg.) (2007): *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden.
- Dalton, Russel J./Bürklin, Wilhelm (1995): The Two German Electorates, The Social Bases of the Vote in 1990 and 1994. In: *German Politics and Society*, 13/1995, S. 75-99.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (1999): *Wahlen und Wählerverhalten*. In: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik*. Opladen, S. 454-470.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.) (2005): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden.
- Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.) (2005): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden.
- Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (1997): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern*. Bd. 3.3, Opladen.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton.
- Jagodzinski, Wolfgang/Kühnel, Steffen M. (1997): Werte, Ideologien und Wahlverhalten. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern*. Bd. 3.3, Opladen, S. 449-471.
- Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2003): *Bilanz der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden.
- Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.) (2006): *Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*. München.
- Jung, Matthias/Roth, Dieter (1998): Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 52/98, S. 3-15.
- Klein, Markus et al. (Hrsg.) (2000): *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland*. Wiesbaden.
- Kornelius, Bernhard et al. (2005): Zweite Runde für Rot-Grün: Die Bundestagswahl vom 22. September 2002. In: Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden, S. 15-49.
- Korte, Karl-Rudolf (2003): *Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. 4. Auflage, Bonn.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York/London.
- Miller, Warren E./Shanks, J. Merrill (1996): *The New American Voter*. Cambridge.
- Niedermayer, Oskar (2006): Die Wählerschaft der Linkspartei/PDS bei der Bundestagswahl 2005. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 3/2006, S. 523-538.
- Niedermayer, Oskar (2008): Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden, S. 9-35.
- Nohlen, Dieter (2009): *Wahlrecht und Parteiensystem*. 6. Auflage, Opladen.
- Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2009) (Hrsg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. 2 Bände. 4. Auflage, München.
- Oberreuter, Heinrich (Hrsg.) (2007): *Unentschieden. Die erzwungene Koalition*. München.
- Raschke, Joachim (2002): Zwei Lager, drei Mehrheiten und der regierende Zufall. Zur Einordnung der Bundestagswahl 2002. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 1/2002.
- Rattinger, Hans et al. (Hrsg.) (2007): *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden.
- Renz, Thomas (1997): Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 4/1997, S. 572-591.
- Roth, Dieter (1992): Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung oder Krisensymptom? In: Starzacher, Karl (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer*. Köln, S. 58-68.
- Roth, Dieter (2008): *Empirische Wahlforschung*. 2. Auflage, Wiesbaden.
- Roth, Dieter/Wüst, Andreas (2006): Abwahl ohne Machtwechsel? Die Bundestagswahl 2005 im Lichte langfristiger Entwicklungen. In: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.): *Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*. München, S. 43-70.
- Schultze, Rainer-Olaf (1991): Wählerverhalten und Parteiensystem. In: Wehling, Hans-Georg (Red.) (1991): *Wahlverhalten*. Stuttgart, S. 11-43.
- Schultze, Rainer-Olaf (1995): Voting and non-voting in German elections. In: Font, J./Virós, R. (Hrsg.): *Electoral Absention in Europe*. Barcelona, S. 85-112.
- Schultze, Rainer-Olaf (2000): Wählerverhalten bei Bundestagswahlen: Bekannte Muster mit neuen Akzenten. In: *Politische Bildung*, Heft 3/2000, S. 34-57.
- Schultze, Rainer-Olaf (2002): Eine Bundestagswahl oder zwei? Wählerverhalten in Deutschland Ost und Deutschland West. In: *Der Bürger im Staat*, Heft 1-2/2002, S. 16-25.
- Schultze, Rainer-Olaf (2003): Strukturierte Vielfalt als Wählerentscheidung heute? In: Jesse, Eckhard (Hrsg.): *Bilanz der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden, S. 71-100.
- Schultze, Rainer-Olaf/Grasnick, Jan (2009): Die bayerische Landtagswahl vom 28. September 2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 40. Jg., S. 34-55.
- Steinbrecher, Markus (2007): *Turnout in Germany*. Baden-Baden.
- Walter, Franz (2008): *Baustelle Deutschland*. Frankfurt/Main.
- Wehling, Hans-Georg (Red.) (1991): *Wahlverhalten*. Stuttgart.

ANMERKUNGEN

- 1 Einführende Überblicke zu Wahlen und Wählerverhalten in der Bundesrepublik liefern: Wehling 1991; Falter/Schoen 1999; *Der Bürger im Staat* 1-2/2002; Korte 2003; Jesse 2006; Überblicke in die Wahlforschung bieten: Bürklin/Klein 1998; Roth 2008; Falter/Schoen 2005; Nohlen 2009 sowie die stichwortartigen Erläuterungen zu Wahlforschung, Wählerverhalten und den relevanten Begriffen und Methoden der empirischen Wahlforschung in: Nohlen/Schultze 2009. Umfängliche Analysen der Bundes- wie Landtagswahlen veröffentlichen regelmäßig die Forschungsgruppe Wahlen (FGW Mannheim) und Infratest Dimap (Berlin) auf der Basis ihrer für das ZDF bzw. die ARD erstellten demoskopischen Meinungsumfragen und Wahltagbefragungen (exit polls).
- 2 Lebensweltanalysen differenzieren die bundesdeutsche Gesellschaft in zahlreiche Milieus aus; die Forschungen des Sinus-Institutes unterscheiden beispielsweise Sinus-Milieus in zehn sich allerdings überlappende, durch Schicht, Werte und Lebensstil definierte Milieus; vgl. Sinus-Milieus in Deutschland 2007: <http://www.sinus-sociovision.de> (Stand: 3.6.2009).

Veränderungen der Parteimitgliedschaften

Oskar Niedermayer

Mitglieder sind für Parteien nicht nur Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern zugleich Stammwähler, Multiplikatoren, Ideengeber und nicht zuletzt Beitragszahler. Allerdings stehen Parteien heute nicht mehr hoch in der Gunst der Bevölkerung. Für die Mitgliedschaft in einer politischen Partei sind Beitrittsanreize affektiver, wertbezogener, politischer – gelegentlich auch materieller – Art bzw. Beitrittshemmnisse ausschlaggebende Faktoren. Vor dem Hintergrund dieser positiven Motivationen bzw. der negativ bewerteten Beitrittsfolgen analysiert Oskar Niedermayer in seinem Beitrag, wie sich die Parteimitgliedschaften im Zeitablauf entwickelt haben. Dieser Längsschnitt mündet zugleich in die Frage, ob die Parteien überhaupt noch über eine solide Mitgliederbasis verfügen. Gesteigerte politische und wertbezogene Beitrittsanreize lösten in den 1960er und 1970er Jahren einen Mitgliederboom aus. Spätestens seit den 1980er Jahren jedoch geht die Rekrutierungsbasis des gesamten Parteiensystems kontinuierlich zurück. Individualisierungsprozesse, die Erosion der sozialen Basis des deutschen Parteiensystems, gewandelte politische Beteiligungs- und Engagementformen, die besondere Situation in den neuen Ländern nach der Vereinigung sowie parteispezifische Faktoren sind für den Bedeutungsverlust der Parteien und den merklichen Mitgliederschwund verantwortlich.

Die Bedeutung der Mitglieder für die Parteien

Sowohl in der Parteienforschung als auch in den Parteien selbst ist in der Vergangenheit viel über die Bedeutung der Mitglieder für die Parteien diskutiert worden. Dabei wurde im Rahmen der Debatte um die „Amerikanisierung“ bzw. „Modernisierung“ von Wahlkämpfen auch ihre Rolle in den Wahlkampagnen in Frage gestellt. Den Parteien wurde von Beobachtern geraten, die Anstrengungen zur Gewinnung neuer Mitglieder aufzugeben, sich zu Fraktions-, Medien-, Netzwerk- oder sonstigen neuen Parteiformen zu entwickeln und die Kampagnen mit Hilfe professioneller Berater als Medienwahlkämpfe mit nur marginaler Einbeziehung der Mitglieder zu führen. Manche Wahlkampfführungsstäbe der Parteien selbst

erweckten zuweilen den Eindruck, als betrachteten sie die eigene Basisorganisation im Rahmen der Kampagne eher als Störfaktor. In neuerer Zeit ist hier jedoch ein Umdenken zu beobachten. Es ist deutlich geworden, dass die Präsenz und Arbeit der Parteimitglieder in Wahlkampagnen nur begrenzt durch „funktionale Äquivalente“ ersetzt werden kann und dass die Mitglieder auch außerhalb von Wahlkampfzeiten eine Reihe von unverzichtbaren Funktionen für die Parteien haben. Mitglieder sind für Parteien zunächst einmal wichtig als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen und Prozesse, damit die Parteien nicht das Gespür für die Interessen, Bedürfnisse, Wünsche und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger verlieren. Über die Seismographenfunktion hinaus fungieren Mitglieder als alltägliche Vermittler der Parteipositionen an andere Bürger – sei es am Arbeitsplatz, im Bekanntenkreis oder in sonstigen sozialen Zusammenhängen –, wodurch sie auch zur Legitimation politischer Entscheidungen der Partei nach außen beitragen. Die Wirkungen nach außen werden in Wahlkampfzeiten noch viel wichtiger. Wenn die Wahlkampfführungen der Parteien ihre Mitglieder zur aktiven Kampagnenarbeit motivieren können, was nicht immer der Fall ist, steht ihnen ein Reservoir von freiwilligen, unbezahlten Helfern zur Verfügung, die als Multiplikatoren in die Gesellschaft hinein wirken und durch ihre Präsenz und Arbeit vor Ort auf vielfältige Weise zur Übermittlung

der Wahlkampfbotschaften der Partei an die Bürgerinnen und Bürger beitragen. Zudem darf nicht vergessen werden, dass die Parteimitglieder in der Regel zu den Stammwählern der Parteien gehören. Auch innerparteilich ist eine genügend große Mitgliederbasis von erheblicher Wichtigkeit. Die Mitglieder sind Ideengeber bei der Formulierung inhaltlicher Positionen, sie bilden das personelle Rückgrat der Partei, auf das bei der Besetzung von innerparteilichen Positionen und der Auswahl von Bewerbern für öffentliche Wahlämter zurückgegriffen wird, sie tragen als Beitragszahler dazu bei, der Partei die notwendigen finanziellen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu beschaffen, sie stellen der Partei unentgeltlich Zeit und Arbeitskraft zur Verfügung und schließlich spielen sie bei der Gewinnung neuer Mitglieder eine zentrale Rolle. Angesichts der großen Bedeutung der gesellschaftlichen Verankerung durch eine solide Mitgliederbasis stellt sich die Frage, wie diese sich im Zeitablauf entwickelt hat und ob sie heute überhaupt noch gegeben ist. Im Folgenden sollen daher die längerfristige Entwicklung der Parteimitgliedschaften untersucht und die Ursachen für Veränderungen im Zeitverlauf diskutiert werden.¹

Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften seit 1946

Wie die Abbildungen 1 und 2 zeigen², scheint die Blütezeit der Mitglieder-

Abbildung 1: Mitgliederentwicklung von SPD und CDU 1946–2008

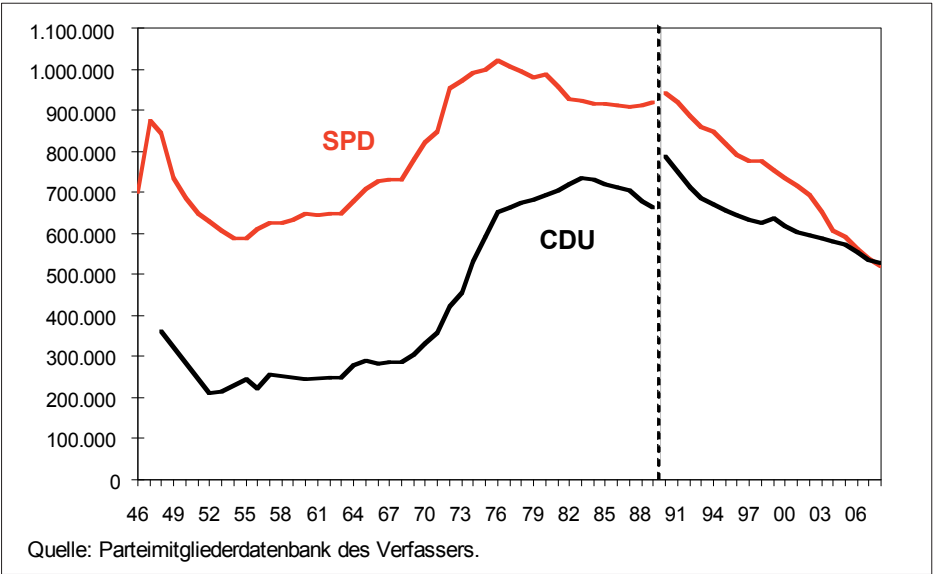
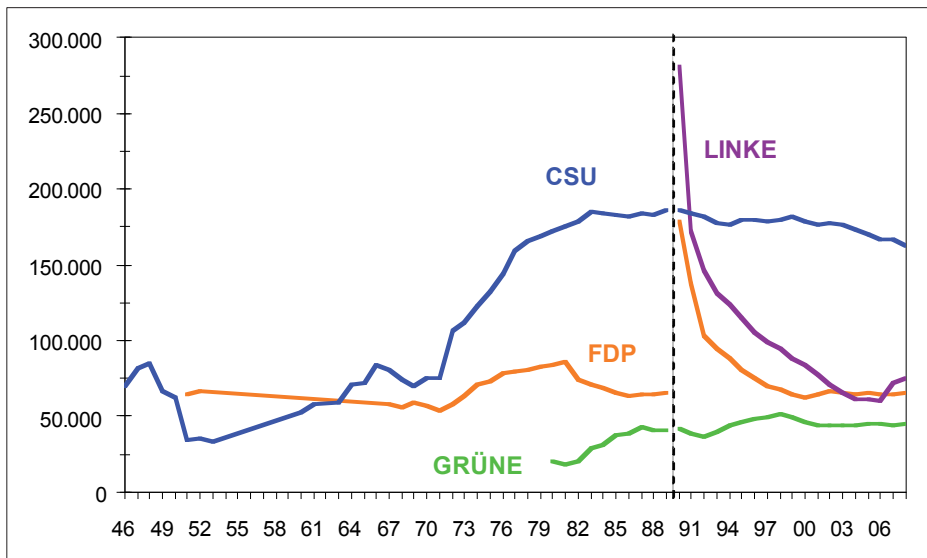


Abbildung 2: Mitgliederentwicklung der kleineren Parteien 1946–2008



parteien vorbei zu sein. Die Hochzeit der Mitgliedererwerb in der alten Bundesrepublik lag zum einen in den ersten Nachkriegsjahren und zum anderen in der Zeit von Ende der 1960er bis zur Mitte der 1970er Jahre. Für die SPD markierte das Jahr 1976 den Wendepunkt in der Mitgliederentwicklung. Bei den anderen Parteien hielten die Mitgliederzuwächse in sehr abgeschwächter Form noch bis in die 1980er Jahre hinein an, danach war jedoch auch hier ein – unterschiedlich starker – Rückgang zu verzeichnen.

Insgesamt mussten, gemessen an ihrem jeweiligen Höchststand, fast alle Parteien in der alten Bundesrepublik bis zum Ende des Jahres 1989 Mitgliederverluste hinnehmen: CDU und SPD verloren jeweils etwa ein Zehntel, die FDP fast ein Viertel, die Grünen jedoch nur vier Prozent ihrer Mitglieder. Die CSU konnte den in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eingetretenen leichten Mitgliederrückgang allerdings 1989 wieder kompensieren.

Die Wiedervereinigung bescherte allen Parteien – mit Ausnahme der auf Bayern begrenzten CSU – Mitgliederzuwächse, allerdings in höchst unterschiedlichem Maße. Die SPD gewann durch ihr im Rahmen der Wende in der DDR neu gegründetes Pendant 2,5 Prozent hinzu, die CDU und vor allem die FDP jedoch konnten durch die Übernahme der Mitglieder der gewandelten früheren DDR-Blockparteien und einiger im Rahmen der Wende neu gegründeter Parteien ihre Mitgliedschaft deutlich steigern. Die CDU gewann gut 20 Prozent Mitglieder hinzu, die Mitgliedschaft der FDP steigerte sich sogar um 150 Prozent. Als einzige Partei blieben die westdeutschen Grünen von ihrem ostdeutschen Pendant, der Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne-BürgerInnenbewegung, zunächst noch ge-

trennt und vereinigten sich erst im Jahre 1993 mit dem zur Partei umgewandelten, mitgliederschwachen Bündnis 90. Die Mitgliederzuwächse waren jedoch sehr bald wieder aufgezehrt und der

Mitgliederschwund setzte sich fort (vgl. die Tabelle 1): Gemessen am Höchststand nach der Vereinigung von 1990 verloren bis Ende 2008 die CDU 33 Prozent, die SPD 45 Prozent, die CSU 13 Prozent und die FDP 63 Prozent ihrer Mitglieder. Am schlimmsten traf es die mit der Vereinigung hinzugekommene PDS. Ihre Vorläuferin, die SED der ehemaligen DDR, hatte 1989 noch ca. 2,3 Millionen Mitglieder, die PDS Ende 1990 noch etwa 281.000, von denen sie bis Ende 2006 fast vier Fünftel verlor. Durch die Vereinigung mit der westdeutsch geprägten WASG zur Linkspartei im Jahre 2007 stieg die Gesamtmitgliedschaft an. Die Linke hat jedoch Ende 2008 im Vergleich zur PDS 1990 immer noch 73 Prozent weniger Mitglieder. Vergleicht man den Stand Ende 1990 mit Ende 2008, so haben die Grünen als einzige Partei seit der Ver-

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

FDP-Parteitag
2005: Parteimitglieder sind nicht nur Delegierte, sondern Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen, Stammwähler, Multiplikatoren und nicht zuletzt Beitragszahler.
picture alliance/dpa

einigung Mitglieder hinzugewonnen, gemessen an ihrem erst 1998 erreichten Höchststand verloren jedoch auch sie 13 Prozent ihrer Mitglieder. Betrachtet man die Mitgliederentwicklung getrennt nach Bundesländern, so zeigt sich, dass CDU und FDP zwar überall Verluste hinnehmen mussten, besonders dramatisch verlief die Entwicklung jedoch in Ostdeutschland, d.h. in den fünf neuen Bundesländern, wo die CDU fast zwei Drittel, die FDP über neun Zehntel ihrer Mitglieder verlor. Die SPD-Mitgliederverluste hingegen sind fast ausschließlich auf die westdeutsche Entwicklung zurückzuführen. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die Verluste deutlich geringer als in den westdeutschen Bundesländern und in Brandenburg und vor allem in Thüringen konnte sie deutlich Mitglieder hinzugewinnen, sodass der Saldo für Ostdeutschland insgesamt nur leicht negativ ist. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei mit Ende 2008 insgesamt nur gut 22.000 Mitgliedern ihre Organisationsaufbauprobleme und Rekrutierungsschwächen in Ostdeutschland noch immer nicht überwunden hat.

Dies trifft auch auf die Grünen zu, die trotz zum Teil hoher Steigerungsraten in den fünf neuen Bundesländern heute nur etwa 3.000 Mitglieder haben. Ähnlich ging es bis 2006 der ehemaligen PDS im Westen außerhalb Berlins, wo sie – trotz einer extremen Steigerungsrate – mit knapp 7.300 Mitgliedern organisatorisch immer noch eine marginale Partei war. Durch den Zusammenschluss mit der WASG konnte die Mitgliedschaft im Westen etwa verdreifacht werden, dennoch bleibt Die Linke dort unter den drei kleinen Parteien das Schlusslicht.

Die Mitgliederrekrutierungsprobleme im Osten zeigen sich noch deutlicher, wenn man die Rekrutierungsfähigkeit der einzelnen Parteien, also den Anteil der Parteimitglieder an den Parteibeitrittsberechtigten, analysiert.³ Bei der SPD und den Grünen bilden auch noch Ende 2007⁴ die fünf neuen Länder mit deutlichem Abstand zu allen alten Ländern das Schlusslicht und bei der CDU weisen nur die Stadtstaaten Berlin und Bremen eine ähnlich niedrige Rekrutierungsfähigkeit auf wie die neuen Bundesländer. Lediglich bei der im Westen traditionell mitgliederschwachen FDP ist das Ost-/Westverhältnis

ausgeglichener, aber auch hier bilden sie – zusammen mit Bayern, Bremen und Hamburg – das Schlusslicht. Bei der Linkspartei bilden auch 2007 die neuen Bundesländer und Berlin die Mitgliederhochburgen, wobei Die Linke nirgendwo auch nur annähernd den Rekrutierungsgrad erreicht, den die SPD, CDU und CSU in ihren westdeutschen Hochburgen aufweisen.

Das Abstellen auf die Rekrutierungsfähigkeit verändert bundesweit auch die Relationen zwischen den Parteien. Da die Grundgesamtheit, aus der die SPD ihre Mitglieder rekrutieren kann, größer ist als bei der CDU und CSU, ist deren Rekrutierungsfähigkeit bei gleicher absoluter Mitgliederzahl höher. Die SPD war bis Ende 2007 die mitgliederstärkste Partei Deutschlands. Erst im Frühjahr 2008 zog die CDU an ihr vorbei. In Bezug auf die Fähigkeit zur Mitgliederrekrutierung wurde die SPD allerdings schon viel früher, nämlich 1999 von der CDU überholt, wobei beide Parteien wiederum weit hinter der CSU zurückliegen: In der CSU waren Ende 2007 knapp 1,6 Prozent der bayerischen Bevölkerung ab 16 Jahren organisiert, in der CDU 0,9 Prozent der nichtbayerischen Bevölkerung ab diesem Alter und in der SPD 0,75 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung ab 14 Jahren. Betrachtet man das Parteiensystem insgesamt, so waren 1980, nach dem Hinzukommen der Grünen, in der Bundesrepublik insgesamt fast vier Prozent der beitragsberechtigten Bevölkerung in einer der fünf Parteien organisiert. Ende 1989 waren es in der alten Bundesrepublik noch 3,6 Prozent, nach der Vereinigung 1990 im gesamten Deutschland 3,7 Prozent (Westdeutschland 3,7 Prozent, Ostdeutschland 3,5 Prozent, Ostdeutschland 4,2 Prozent). Ende 2007 sind in Westdeutschland nur noch 2,2, in Ostdeutschland gar nur noch knapp 1,1 Prozent und in Gesamtdeutschland zwei Prozent der beitragsberechtigten Bürger in einer der sechs relevanten deutschen Parteien organisiert.

Tabelle 1: Entwicklung der Parteimitgliedschaften 1990–2008 (Stand 31.12.2008)

Jahr	CDU ¹	SPD ²	CSU	FDP	GRÜNE ³	LINKE ⁴
1990	789.609	943.402	186.198	178.625	41.316	280.882
1991	751.163	919.871	184.513	137.853	38.873	172.579
1992	713.846	885.958	181.757	103.488	36.320	146.742
1993	685.343	861.480	177.289	94.197	39.761	131.406
1994	671.497	849.374	176.250	87.992	43.899	123.751
1995	657.643	817.650	179.647	80.431	46.410	114.940
1996	645.786	792.773	179.312	75.038	48.034	105.029
1997	631.700	776.183	178.457	69.621	48.980	98.624
1998	626.342	775.036	179.520	67.897	51.812	94.627
1999	638.056	755.066	181.873	64.407	49.488	88.594
2000	616.722	734.667	178.347	62.721	46.631	83.475
2001	604.135	717.513	177.036	64.063	44.053	77.845
2002	594.391	693.894	177.667	66.560	43.881	70.805
2003	587.244	650.798	176.950	65.192	44.052	65.753
2004	579.526	605.807	172.855	64.146	44.322	61.385
2005	571.881	590.485	170.084	65.022	45.105	61.270
2006	553.896	561.239	166.896	64.880	44.677	60.338
2007	536.668	539.861	166.364	64.078	44.320	71.711
2008	528.972	520.969	162.533	65.600	45.192	76.031

1. Am 31.12.1990 waren erst wenige ostdeutsche Mitglieder in der Zentralen Mitgliederkartei der CDU erfasst, die Erfassung wurde im September 1991 abgeschlossen. Daher: Bestand West (einschl. Berlin) aus Mitgliederstatistik (655.200), Bestand Ost (134.409) aus: Bericht der Bundesgeschäftsstelle zum 2. Parteitag der CDU am 14.-17.12.1991 in Dresden, S. 24.

2. Durch EDV-Umstellung Anfang 1998 sind insgesamt 5.240 Mitglieder verloren gegangen.

3. 1993: Vereinigung mit Bündnis 90.

4. 1990 bestanden noch keine westdeutschen Landesverbände, daher Schätzung der westdeutschen Mitgliederzahl (etwa 600).

Quelle: Parteimitgliederdatenbank des Verfassers.

Erklärungsfaktoren der Mitgliedschaftsentwicklung

Zur Erklärung der Mitgliedschaftsentwicklung muss man sich vergegenwärtigen, dass die Veränderung der Größe der Parteimitgliedschaften im Zeitablauf das Ergebnis der Aggregation individueller Verhaltensweisen der beteiligten Akteure darstellt und allen Arten von Zu- und Abgängen – bis auf die Todesfälle – eine bewusste Entscheidung von Individuen zugrunde liegt. Seitens der potenziellen Mitglieder wird ein möglicher Parteibeitritt mit einer Reihe von Erwartungen und Bewertungen

verbunden. Positiv bewertete erwartete Folgen eines Parteibeitritts bilden Beitrittsanreize, negativ bewertete Beitrittsfolgen bilden Beitrittschwellen. Überwiegen die Beitrittsanreize die Beitrittschwellen, so ist der Akteur prinzipiell dazu motiviert, der Partei beizutreten. Neben dem Beitritt zu einer bestimmten Partei gibt es jedoch noch eine Reihe von Handlungsalternativen, an die auch bestimmte Erwartungen und Bewertungen geknüpft sind, nämlich der Beitritt zu einer anderen Partei, andere Formen politischer Beteiligung oder unpolitische Formen, seine knappe Freizeit zu verbringen. Der tatsächliche Entschluss, einer bestimmten Partei beizutreten, wird daher vom Akteur nur gefasst, wenn die Motivation zum Parteibeitritt größer ist als die mit den verschiedenen Handlungsalternativen verbundenen Motivationen.

Es lassen sich fünf Gruppen von Beitrittsanreizen unterscheiden: (1) affektive Anreize (der Parteibeitritt dient der Befriedigung affektiv-emotionaler Bedürfnisse). Hierzu gehören z.B. die Bewunderung, Hingabe und Ergebenheit in Bezug auf eine charismatische Führungspersonlichkeit oder die Hoffnung auf gesellige, freundschaftliche und andere als positiv angesehene soziale Bindungen im Rahmen der Parteiorganisation; (2) normative Anreize (vom Akteur verinnerlichte Verhaltenserwartungen der Umwelt legen den Beitritt zu einer Partei nahe). Hierzu zählen die Herausbildung und Weitergabe von Parteibindungen im Rahmen der Familie oder sozialer Milieus und die Beitrittsanreize aufgrund allgemeiner demokratischer Beteiligungsnormen („Bürgerpflicht“); (3) wertbezogene Anreize (die Parteimitgliedschaft wird als Mittel zur besseren Unterstützung bzw. Verwirklichung von Wertorientierungen, also den vom Akteur gewünschten Gestaltungsprinzipien der Gesellschaft und des politischen Systems, angesehen); (4) politische Anreize (die Parteizugehörigkeit wird vor allem als Instrument zur Unterstützung bzw. Durchsetzung der vom Individuum als wichtig erachteten politischen Anliegen, Interessen und Zielsetzungen angesehen); (5) materielle Anreize (das potenzielle Mitglied verspricht sich materielle Vorteile, z.B. durch berufliche Karriereförderung oder ein politisches Amt).

Den Beitrittsanreizen stehen jedoch auch Beitrittschwellen in Form von Beitritts-, Verbleibe- und Partizipationskosten gegenüber. Die Beitrittskosten sind hoch, wenn vom potenziellen Mitglied ein hohes Maß an Eigeninitiative verlangt bzw. wenn ihm Hindernisse in den Weg gelegt werden, und niedrig, wenn ihm eigene Anstrengungen möglichst abgenommen werden.

Die laufenden Kosten des Verbleibs richten sich nach der Höhe des Mitgliedsbeitrags, den jedes Parteimitglied zu entrichten hat. Partizipationskosten können in Form der Probleme einer langfristigen Organisationsbindung, der Raum-Zeitgebundenheit innerparteilicher politischer Beteiligung, der zeitintensiven, thematisch breiten und oft inhaltlich wenig interessanten Partizipationserfordernisse und einer abschreckenden innerparteilichen Organisationskultur bestehen.

In der gleichen Weise lassen sich auch die Anreize und Hemmnisse auffächern, die die Austrittsentscheidung eines Parteimitglieds beeinflussen. Auf dem Hintergrund dieses Erklärungsmodells soll nun die Entwicklung der Parteimitgliedschaften untersucht werden, wobei aus Platzgründen die beiden Nachkriegsjahrzehnte ausgespart bleiben.

Mitgliederboom Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre

Der Mitgliederboom Ende der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre lässt sich vor allem durch eine wesentliche Steigerung politischer und wertbezogener Beitrittsanreize im Rahmen der stark polarisierenden Konkurrenzsituation zwischen dem sozialliberalen Regierungslager und dem oppositionellen Unionslager erklären. Der SPD gelang in dieser Zeit der Durchbruch zur Volkspartei, die sozialliberale Koalition von 1969 wurde als Aufbruchsignal in eine von Reformen geprägte Zukunft angesehen und die SPD konnte aus bis dahin nicht angesprochenen Schichten neue Mitglieder gewinnen. Die weitaus meisten Neuzugänge waren anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahl von 1972 zu verzeichnen, bei der die SPD durch das angestrebte Vertrauensvotum für den Bundeskanzler Willy Brandt und die thematische Ausrichtung auf die neue Ostpolitik eine sehr starke Mobilisierung erreichen konnte und fast 156.000 neue Mitglieder hinzugewann.

Auch die CDU profitierte von dieser Mobilisierungsphase, da die bürgerlich-konservativen Kräfte das Feld nicht dem politischen Gegner überlassen wollten und somit starke politische und wertbezogene Beitrittsanreize in Form einer Gegenbewegung zur sozialliberalen Politik bestanden. Hinzu kam eine umfassende Modernisierung und Reform der Partei, die die Beitrittsanreize deutlich verstärkte und aus dem bisherigen Selbstverständnis resultierende Beitrittschwellen abbaute. Bisher hatte sich die Partei als „Kanzlerwahlverein“ verstanden und ihren organisatorischen Aufbau vernachlässigt. Erst

als sich der Gang in die Opposition abzeichnete und schließlich auch vollzog, entdeckte man die Bedeutung einer breiten Mitgliedschaft.

Eine Mischung aus externen und parteiinternen Faktoren ist auch für die CSU-Mitgliederentwicklung verantwortlich. Der bundesdeutsche, auch der CSU nützende Politisierungs- und Mobilisierungsschub wurde in Bayern durch den Verlust von politischen Alternativen ergänzt: Der endgültige Niedergang der Bayernpartei verschaffte der CSU die Möglichkeit, deren Mitgliederpotenzial zu absorbieren, und das Ende der besonders in Bayern unpopulären Großen Koalition entzog der Abwanderung eines Teils der konservativen Stammmithgliedschaft zur NPD den Boden. Ergänzt wurde dies durch eine Reihe von parteiinternen Reformen und Modernisierungsschritten mit dem Ziel, aus der CSU eine starke Mitgliederpartei zu machen, in der die Zeiten kleiner Honoratiorenzirkel und selbst gewählter Partei-Ghettos vorbei sein sollten.

Die FDP-Mitgliederentwicklung in diesem Zeitraum ist wohl primär durch die inhaltliche Umorientierung infolge des Erstarkens des linksliberalen Flügels geprägt, die ein Aufbrechen der Fixierung der Partei auf ein Bündnis mit der Union und eine sukzessive Annäherung an die Sozialdemokratie bewirkte und letztlich 1969 zu einer sozialliberalen Koalition führte. Für den Teil der Mitglieder, die mit dieser inhaltlichen Umorientierung nicht einverstanden waren, verringerten sich damit die politischen und wertbezogenen Bleibe-anreize drastisch, andererseits wurden aber starke Beitrittsanreize für Befürworter der neuen Parteiorientierung gesetzt. Die Folge war ein – sich in der saldierten Mitgliederentwicklung nur unzureichend widerspiegelnder – umfassender Austausch innerhalb der Mitgliedschaft mit dem Verlust des nationalliberalen Flügels und einer beträchtlichen Zahl von Eintrittten sozialliberal gesinnter Bürger.

Rückgang der Rekrutierungsfähigkeit des gesamten Parteiensystems

Spätestens seit den 1980er Jahren geht die Rekrutierungsfähigkeit des gesamten Parteiensystems kontinuierlich zurück, auch wenn die Entwicklung von Partei zu Partei unterschiedlich verläuft. Als Gründe für diese Entwicklung lassen sich zunächst Prozesse des sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen

Wandels und deren Auswirkungen auf die verschiedenen Arten von Beitrittsanreizen anführen. Den zentralen Faktor bildet hierbei die allgemeine Abnahme sozialer Integration – also die Individualisierung der Gesellschaft – und insbesondere die Erosion der die soziale Basis des deutschen Parteiensystems von Anfang an prägenden sozialen Milieus. Mit der Verringerung des – durch das eindimensionale Sozialisationsumfeld der Milieus – aufgebauten politischen Konformitätsdrucks und der normativen Gruppenkontrolle verringerten sich wesentliche normative Anreize, einer Partei beizutreten. Durch die Erosion der sozialen Milieus verlieren zudem die diese Milieus in der Vergangenheit stützenden Vorfeldorganisationen – z.B. die Gewerkschaften im Arbeitermilieu und die kirchlichen Organisationen im katholischen Milieu – als Rekrutierungsfelder für potenzielle Mitglieder der jeweiligen Milieupartei zunehmend an Bedeutung.

Wandel der politischen Beteiligungsformen

Die Veränderung der Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften durch diese Entwicklungen führt schließlich noch zu einem weiteren Problem: Eine geringere normative Einbindung der Mitglieder verringert die bei einem Parteiaustritt zu überwindende Hemmschwelle. Wenn man primär über wertbezogene und politische Anreize zum Parteibeitritt bewegt wird, sind die Anreize zum Parteiaustritt bei tatsächlichen oder vom Mitglied wahrgenommenen Veränderungen der Wertprioritäten oder der politischen Zielsetzungen der Partei sehr stark. Die SPD musste dies nach Verkündung der von Teilen der Parteimitglieder als Verrat am zentralen SPD-Grundwert der sozialen Gerechtigkeit empfundenen Agenda 2010 im März 2003 schmerzlich erfahren: Traten in den letzten zehn Jahren – außer 2003 und 2004 – im Schnitt jährlich etwa 23.000 Mitglieder aus der Partei aus, so gaben 2003 über 38.000 und 2004 fast 44.000 Mitglieder ihr Parteibuch zurück.

Der gesellschaftliche Wandel wirkt sich jedoch nicht nur durch Veränderungen der Struktur der Beitrittsanreize auf die Mitgliedschaftsentwicklung aus, sondern auch durch Veränderungen der Beitritts- und Partizipationskosten sowie der verfügbaren Handlungsalternativen. Dies zeigt sich vor allem in den deutlichen Inkongruenzen zwischen den organisatorischen Rahmenbedingungen parteibezogenen Engagements und den gewandelten gesellschaftlichen Beteiligungsstruktu-

ren. Das Auseinanderdriften von allgemeinen gesellschaftlichen Partizipationsnormen und -formen und einer anachronistischen Organisationskultur in den lokalen Parteiorganisationen lässt viele potenzielle Mitglieder vor einem Parteibeitritt zurückschrecken. Die Bürger sind zudem in ihrem politischen Informations- und Einflussstreben seit geraumer Zeit nicht mehr allein auf die Parteien angewiesen. Die Ausdifferenzierung des Repertoires politischer Beteiligung und der Wandel der Partizipationspräferenzen hat die politischen Parteien in eine zunehmende Konkurrenzsituation mit anderen Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen gebracht. Dies erschwert den Parteien die Mitgliederrekrutierung, da vielen Bürgern – insbesondere den Jüngeren – ein befristetes, ungebundenes und themenbezogenes Kurzzeitengagement attraktiver erscheinen als die mit relativ hohen Anforderungen und Ansprüchen verbundene Arbeit in politischen Parteien. Zudem bieten die vielfach immer noch verkrusteten, zu großen erstarrten Apparaten degenerierten Parteiorganisationen oft nicht genügend attraktive politische Beteiligungsmöglichkeiten für die anspruchsvoller gewordenen Bürgerinnen und Bürger. Aus der Sicht einzelner Parteien kommt hinzu, dass die Gründung neuer Parteien die zwischenparteiliche Mitgliederkonkurrenz verschärft, wie es z.B. für die SPD nach der Gründung der Grünen und in neuerer Zeit der WASG und deren Zusammenschluss mit der PDS zur Linkspartei der Fall ist.

Zur Verbreiterung der für die Bürger verfügbaren Handlungsalternativen, die die Mitgliederrekrutierung der Parteien erschweren, gehören neben den politischen auch die unpolitischen Alternativen. Die Freizeitgestaltungsmöglichkeiten haben sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht. Insbesondere hat das Vordringen neuer Massenmedien wie Privatfernsehen und Internet zumindest in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zu einer politischen Demobilisierung geführt, die sich auch bei der Mitgliedergewinnung bemerkbar macht. Last but not least sei noch darauf hingewiesen, dass der Rückgang der Parteimitgliedschaften selbst wiederum die Beitrittschancen erhöht: Da die Beitrittskosten für potenzielle Mitglieder umso höher sind, je mehr Eigeninitiative von ihnen verlangt wird und je weniger Ansprache durch andere erfolgt, wirkt sich die immer geringere Zahl von Parteimitgliedern, die durch lokale Präsenz im politischen und vopolitischen Raum Ansprechpartner für potenzielle Mitglieder bilden können, beitrithshemmend aus.

Mitgliederschwund in Ostdeutschland

Zur Erklärung des – vor allem in den ersten Jahren nach der Vereinigung dramatischen – Mitgliederschwunds in Ostdeutschland lässt sich eine Reihe zusätzlicher Faktoren anführen. Einen ersten Faktor bilden die gesellschaftlichen Voraussetzungen: In der ehemaligen DDR konnte die traditionelle Milieubindung der Arbeiterschaft nicht überdauern, so dass die SPD in den neuen Bundesländern große Probleme hatte, die Arbeiterschaft für sich zu rekrutieren, was noch dadurch erschwert wurde, dass die Gründergeneration der Ost-SPD aus anderen gesellschaftlichen Schichten stammte. Für die CDU stellt sich das Problem, dass der Katholikenanteil und damit die traditionelle Kerngruppe, für die normative, wertbezogene und politische Anreize zum CDU-Beitritt zu erwarten sind, sehr klein ist. Zudem bildeten sich die sozialen Gruppen der Selbstständigen, Beamten und Freiberufler, aus denen sich die Mitgliedschaft der CDU und auch der FDP traditionell zum Teil rekrutiert, in den neuen Bundesländern erst allmählich heraus.

Weitere Faktoren lassen sich aus den spezifischen politischen Hinterlassenschaften des DDR-Systems und den Folgeproblemen des Transformationsprozesses ableiten. Die verbreitete zu beobachtende Parteimüdigkeit bzw. -aversion der ostdeutschen Bürger und ihre Flucht ins Private wird erklärbar, wenn man sie vor allem als Reaktion auf die Entlastung von einer Art „Zwangspolitisation“ versteht, die durch eine spezifische Kombination von durch das DDR-System gesetzten extrem starken Beitrittsanreizen normativer und materieller Art bewirkt wurde: Die DDR-



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Oskar Niedermayer ist seit 1993 Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. Er ist Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Schwerpunkte seiner Publikationen sind die Parteienforschung und die Analyse von politischen Orientierungen und Verhaltensweisen.

Bürger sahen sich einer wirksamen sozialen Norm ausgesetzt, ihrer Loyalität zum Staat durch die Mitgliedschaft in der SED oder zumindest in einer der Blockparteien Ausdruck zu verleihen, und eine solche Mitgliedschaft war in den unterschiedlichsten Lebensbereichen mit Vorteilen verbunden bzw. eine Nichtmitgliedschaft brachte Nachteile mit sich. Mit der Wiedervereinigung fielen diese Anreize zum Beitritt bzw. zum Verbleib in den Parteien weg. Hinzu kommt vor allem in den ersten Jahren nach der Vereinigung die Präokkupation der Bürger durch die persönlichen und beruflichen Folgen der ökonomischen und sozialen Umwälzungen. Mit anderen Worten: Man hatte Wichtigeres zu tun, als sich parteipolitisch zu engagieren.

Zudem waren auch die Parteien selbst am Bestehen von Beitritts- bzw. Bleibehemmnissen nicht unschuldig. Vor allem in den Anfangsjahren schufen bei CDU und FDP zuweilen heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen zwischen „Blockflöten“ und „Erneuerern“ ein sowohl für die Mitgliederrekrutierung als auch für den Verbleib von Mitgliedern hinderliches Klima, während bei der von Blockparteien-Vergangenheitsproblemen unbelasteten SPD und den Grünen oftmals Vorbehalte der Gründergeneration gegenüber der Aufnahme neuer Mitglieder und ein viele potenzielle Mitglieder eher abschreckender moralischer Rigorismus herrschten. Nicht zuletzt tragen auch die sich durch den Mitgliederückgang bei der Linkspartei, der CDU und der FDP deutlich verschlechternden bzw. bei der SPD und den Grünen von Anfang an schlechten organisatorischen Bedingungen, vor allem in Form des Verschwindens bzw. Nichtbestehens lokaler Organisationseinheiten, zu den Rekrutierungsproblemen der Parteien im Osten Deutschlands bei, weil durch das Fehlen von lokalen Ansprechpartnern und das damit geforderte hohe Maß an Eigeninitiative der Beitrittsaufwand für potenzielle Mitglieder relativ hoch ist.

Parteispezifische Faktoren

Neben diesen allgemeinen Bedingungsfaktoren gibt es natürlich noch eine ganze Reihe von parteispezifischen Faktoren, die den allgemeinen Trend seit den 1980er Jahren bei bestimmten Parteien verschärfen oder auch abmildern. Diese Gründe alle im Einzelnen zu erläutern, würde den Rahmen des Beitrags sprengen. Es sei daher abschließend nur beispielhaft auf einige Faktoren eingegangen.

Das Ende der beitragsmobilisierenden politischen „Überhitzungssituati-

on“ kam für die SPD, als sich Mitte der 1970er Jahre die Enttäuschung über vertagte Reformen breitmachte. Drei Jahrzehnte später sorgte die durch die Agenda 2010 symbolisierte Positionsveränderung der SPD im Sozialstaatskonflikt für den stärksten Mitgliederückgang seit dem Ende der 1940er Jahre. Bei der CDU, die Anfangs der 1970er Jahre noch die verschreckte konservative Aktivbürgerschaft um sich scharen konnte, nahmen die politischen und wertbezogenen Beitrittsanreize ab, als der Machtwechsel 1976 nicht erreicht wurde und reduzierten sich noch einmal deutlich, als die mit dem Regierungsantritt Helmut Kohls 1982/83 erhoffte geistig-moralische Wende ausblieb. Die vergleichsweise moderaten Mitgliederverluste der CSU werden auf ihre tiefe politisch-kulturelle Verwurzelung in der regionalen Identität Bayerns, ihre engen Vernetzungen mit dem vorpolitischen Raum und ihre Monopolstellung sowohl hinsichtlich politischer Karrierewege als auch hinsichtlich der Durchsetzung politischer Ziele zurückgeführt, sodass relativ starke Beitrittsanreize aller Anreizarten vorhanden sind. Auch hier deutet sich, mit dem Verlust der alleinigen Regierungsmacht bei der Landtagswahl 2008, jedoch ein Wandel an. Die FDP stürzte 1982 durch den Bruch der sozialliberalen Koalition und den erneuten Wechsel zur Koalition mit der CDU/CSU in ihre bis dahin schwerste innerparteiliche Zerreißprobe, die die Partei allein in diesem Jahr ein Siebtel ihrer Mitgliedschaft kostete. Die Grünen kamen trotz einer phasenweise positiven Entwicklung letztendlich nie über den Status einer Partei mit schwacher Mitgliederbasis hinaus, weil sich ihr Umfeld nie für den Gedanken an eine feste Parteimitgliedschaft erwärmen konnte. Für die PDS-Mitgliederentwicklung war ausschlaggebend, dass sie als Nachfolgerin der DDR-Staatspartei SED nach der Vereinigung von der genannten nachtotalitären Flucht aus dem parteipolitischen Engagement am stärksten getroffen wurde.

LITERATUR

- Biehl, Heiko (2005): Parteimitglieder im Wandel. Wiesbaden.
- Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar (2002): Parteimitgliedschaften: Entwicklung und Sozialstruktur. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden, S. 274–296.
- Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.) (2009): Zukunft der Mitgliederpartei. Leverkusen/Opladen.
- Niedermayer, Oskar (2009a): Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger. In: Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina

(Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten. Wiesbaden (in Druck).

Niedermayer, Oskar (2009b): Parteimitgliedschaften im Jahre 2008. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/2009 (in Druck).

Niedermayer, Oskar (2009c): Parteimitglieder in Deutschland: Version 1/2009. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 15. Berlin: Freie Universität Berlin (www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/arbeitshefte/ahosz15.pdf).

Wiesendahl, Elmar (2006a): Mitgliederparteien am Ende? Wiesbaden.

Wiesendahl, Elmar (2006b): Partizipation in Parteien: Ein Auslaufmodell? In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen, S. 74–99.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. hierzu ausführlicher Niedermayer 2009a.
- 2 Lückenlose Mitgliederzahlen (jeweils zum 31.12. eines jeden Jahres) für alle relevanten Parteien liegen erst ab Mitte der 1960er Jahre vor, lediglich die SPD-Mitgliedschaft ist seit 1946 vollständig dokumentiert. Die Entwicklung und sozialstrukturelle Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften wird auf Grundlage der Angaben der Bundesgeschäftsstellen der Parteien vom Verfasser jährlich im Heft 2 der Zeitschrift für Parlamentsfragen (vgl. Niedermayer 2009b) und – ausführlicher – im Internet (vgl. Niedermayer 2009c) publiziert.
- 3 Beitrittsberechtigt ist bei der SPD und der Linkspartei die gesamtdeutsche Bevölkerung ab 14 Jahren, bei der FDP ab 16 Jahren, die Grünen haben in ihrer Satzung keine Altersgrenze festgelegt. Bei CDU und CSU gilt die Altersgrenze 16 Jahre, wobei die CDU nur außerhalb Bayerns und die CSU nur in Bayern Mitglieder rekrutieren können.
- 4 Bevölkerungszahlen nach Altersgruppen für Ende 2008 lagen noch nicht vor.

Wie funktioniert Wahlforschung?

Dieter Roth

Wahlforschung erscheint vielen wie ein Buch mit sieben Siegeln. Was hat es mit den oft zitierten und manchmal angezweifelte Ergebnissen der Wahlforschung auf sich? Wahlforschung ist zunächst eine akademische Disziplin, bei der es darum geht, mit nachvollziehbaren Verfahren den Prozess des Wählens zu analysieren. Seriöse Wahlforscher arbeiten theoriegeleitet und wenden Instrumente und Methoden der empirischen Sozialforschung an. Die Resultate der Wahlforschung werden in den Medien einem breiten Publikum zugänglich gemacht, dabei jedoch popularisiert und häufig als „politische Stimmungsdaten“ in prognostischer Absicht benutzt. Die Fragestellungen der Wahlforschung hingegen sind vor allem retrospektiv. Sie wollen eine Antwort auf die Frage geben: Wer hat wen gewählt und warum? Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung erläutert Dieter Roth in seinem Beitrag die Instrumente und Methoden der Wahlforschung. Er schildert die methodische Schrittfolge, die für die Gewinnung verlässlicher Daten und darauf fußender Aussagen notwendig ist, und beschreibt die verschiedenen Erhebungsinstrumente mit all ihren Feinheiten, Vor- und Nachteilen sowie möglichen Fehlerquellen. |

Die Fragestellung der Wahlforschung

Die Wahlforschung bemüht sich, den Prozess des Wählens nachzuvollziehen, ihn transparent zu machen und möglicherweise zu erklären. Wahlen sind ein wichtiges konstituierendes Element repräsentativer Demokratien. Die Machtverteilung in einem demokratischen Staat ist das Ergebnis von Wahlen, in denen der Souverän – der Wähler – entscheidet. Die Durchführung von Wahlen wird durch das Wahlsystem und die Wahlordnung festgelegt, die auf den verschiedenen Wahlebenen – also auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene – unterschiedlich sein können. Auch sie beeinflussen das Wahlverhalten und werden deshalb in der Wahlforschung besonders beachtet, sind aber nicht Thema dieses Beitrags.

In der Öffentlichkeit werden Ergebnisse der Wahlforschung inzwischen nicht nur an Wahltagen, sondern auch zwischen, vor und nach den Wahlen diskutiert. Dies ist hauptsächlich auf die

Medien zurückzuführen, die Instrumente und Resultate der Wahlforschung als nützlich für ihre politische Berichterstattung erkannt haben. Dabei handelt es sich allerdings in der Regel um „politische Stimmungsdaten“, die oft missverständlich als Prognosen für zukünftige Wahlen gehandelt werden, und eben nicht um Daten zum Verhalten. Die Fragestellung¹ der Wahlforschung ist vor allem retrospektiv und nicht prognostisch, denn sie lautet:

Wer hat wen gewählt und warum?

Diese Frage verlangt eine beschreibende und eine erklärende Antwort. Das Wahlverhalten von Individuen oder zumindest Gruppen von Individuen soll beschrieben werden, und es soll erklärt werden, wie es zu diesem Verhalten gekommen ist.

Zur Beantwortung des ersten Teils der Frage braucht man Individualdaten oder eben Gruppendaten, die Verhalten erfassen, aber dies möglichst tief gegliedert im Hinblick auf ihre regionale und demografische Vielfalt. Für den zweiten Teil benötigt man Daten, die über Ursachen und Zusammenhänge Auskunft geben, also Motivationen für das Verhalten offen legen. Dabei können die beschreibenden Daten bereits Hilfestellung für die Formulierung von Hypothesen geben, d.h. theoriegeleitete Annahmen über Ursachen möglichen Verhaltens liefern.

In der Wahlforschung braucht man zunächst vor allem sauber erhobene Daten über Fakten oder auch Einstellungen sowie eine Theorie² (oder auch mehrere), die Ursache und Wirkung zwischen diesen Daten klärt.

Mit welchen Instrumenten und Methoden arbeitet die Wahlforschung?

Die Wahlforschung ist eine empirische Wissenschaft. Sie macht Aussagen auf der Basis von Wissen, das auf systematisch, nach wissenschaftlichen Regeln erhobene Informationen beruht. Diese Informationen sollten zweifelsfrei und jederzeit überprüfbar sein.

Die historische Wahlforschung hat für die Beantwortung unserer Frage Daten von offiziellen Zählungen benutzt. Sie lagen als Aggregate vor; wenn man Glück hatte in einer kleinräumigen Aggregation. Solche Auszählungen wur-

den mit anderen Daten, die man für die Gebietseinheit hatte (z.B. aus dem Zensus) in Beziehung gesetzt, um Aussagen über das Wahlverhalten zumindest von Gruppen zu erhalten. Man nennt diese Vorgehensweise eine sozialökologische Analyse. Sie war aufgrund der Datenlage die einzig mögliche Analyseform und man konnte damit Aggregate durchaus gut beschreiben, man konnte aber keine Auskunft über das „Warum“ einer Entscheidung geben. Dies ist allein mit der Erhebung und der Gegenüberstellung von Individualdaten möglich.

Der erste große Entwicklungsschritt in der empirischen Wahlforschung war deshalb die Möglichkeit, eine Vielzahl von individuellen Entscheidungen mit Hilfe repräsentativer Stichproben zu erheben, indem man Einzelpersonen direkt befragt und dabei versucht, die Determinanten ihrer Entscheidungen zu erfassen, die man anhand einer Theorie herausgearbeitet hat.

Empirische Wahlforschung hat also bestimmte Vorbedingungen, die erfüllt sein müssen:

- die Möglichkeit, Stichproben zu ziehen, d.h. ausreichend Informationen über Grundgesamtheiten zu haben;
- die Möglichkeit, eine Kommunikation mit den Wahlberechtigten aufzubauen d.h. Kontakte mit einzelnen Personen herzustellen, freie und effektive Kommunikationswege;
- eine Interviewtechnik, die zu zweifelsfreien Daten führt, d.h. man benötigt valide und reliable Daten;
- Auswertungs- bzw. Analyseprogramme, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Variablen deutlich machen.

Außerdem steht die Wahlforschung unter der ökonomischen aber auch wissenschaftlich gerechtfertigten Bedingung stets begrenzter Zeit und knapper Mittel. Da man als Wahlforscher in der Regel nicht die Gesamtheit aller interessierenden Zielpersonen befragen kann (also zum Beispiel alle Wahlberechtigten), versucht man ein Verfahren zu finden, das die Heterogenität der Gesamtheit widerspiegelt (Stichprobenverfahren), das es aber in der zur Verfügung stehenden Zeit und bei begrenzten Mitteln erlaubt, die Wahlberechtigten tatsächlich zu kontaktieren (Erhebungsverfahren). Dies sind zunächst die notwendigen Schritte, bevor man zur eigentlichen Datenerhebung kommt.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Instrumente und Resultate der Wahlforschung werden von den Medien als nützlich für die politische Berichterstattung erkannt.

picture alliance/dpa

Stichproben

Stichproben sind ein verkleinertes Abbild der erwünschten Grundgesamtheit. Um saubere Stichproben ziehen zu können, braucht man genaue Angaben über die Zusammensetzung der Grundgesamtheit, weil in der Stichprobe alle Elemente der Grundgesamtheit im selben Verhältnis wiederkehren müssen. Nur dann ist die Stichprobe repräsentativ. Dies ist mithin die Voraussetzung für eine solide Aussage aufgrund einer Stichprobe. Es gibt verschiedene Stichprobenverfahren, aber nur für ein Verfahren lassen sich Fehlerbereiche der Gültigkeit einer Stichprobe errechnen: die Zufallsauswahl. Bei dieser Auswahl hat jedes Element der Grundgesamtheit die gleiche Chance³, ausgewählt zu werden. Nur dann lassen sich die Regeln der Wahrscheinlichkeitsrechnung

anwenden, die eine Fehlerberechnung ermöglicht. Für die Wahlforschung eignen sich deshalb nur Zufallsverfahren.⁴ Als Beispiel sei nun eine Aussage über alle Wahlberechtigten in der Bundesrepublik angestrebt. Das klingt zunächst einfach. Die Grundgesamtheit sind alle Deutschen über 18 Jahre, deren bürgerliche Ehrenrechte nicht eingeschränkt sind. Zuerst stellt sich die Frage, für welchen Zeitpunkt die Aussage gelten soll. Sind damit die Wahlberechtigten zu einem bestimmten Befragungszeitpunkt – also zum Beispiel heute – oder aber die Wahlberechtigten zum Zeitpunkt der Wahl gemeint? Entscheidet man sich für eine Aussage zum Wahltag, so ist zu klären, wer bis zu diesem Zeitpunkt noch wahlberechtigt wird und wer wegen Umzugs oder Tod aus dem Kreis der Wahlberechtigten ausscheidet. Danach ist zu fragen: Was ge-

schieht mit den Wahlberechtigten, die nicht erreicht werden können, weil sie sich derzeit nicht innerhalb der Landesgrenzen befinden (z.B. Urlauber) oder längere Zeit nicht erreichbar sind, wie Soldaten oder Botschaftsangehörige oder länger beruflich im Ausland Tätige. Sie haben jedenfalls nicht die gleiche Chance, ausgewählt zu werden.

Bereits diese beiden Fragen zeigen die praktischen Probleme der Festlegung der Grenzen der Grundgesamtheit. Tatsächlich muss der Forscher genau definieren und entscheiden, ob bei der Festlegung des Zeitpunkts der Befragung Teile der Grundgesamtheit ausgeschlossen werden, die dann die Repräsentativität der Stichprobe einschränken. Umfragen während der Hauptferienzeit in manchen Ländern sind möglicherweise problematisch, weil die Ausfälle nicht zufällig, sondern systematisch sind.

Hier wird deutlich, dass es sich bei der empirischen Wahlforschung nie um absolute Aussagen handelt, sondern stets um Annäherungen an die Wahrheit, also um Optimierungen und nicht um Maximierungen. Anzustreben ist deshalb das praktisch Mögliche und nicht das absolut Richtige. Die Profession unterscheidet daher zwischen der angestrebten Grundgesamtheit, der Auswahlgesamtheit und der Inferenzpopulation (Schnell et al. 2008).

In unserem Beispiel umfasst die angestrebte Grundgesamtheit alle Wahlberechtigten bei einer Wahl in einem bestimmten Gebiet. Die Auswahlgesamtheit hingegen sind alle Wahlberechtigten, die bei dem angewandten Auswahlverfahren eine Chance haben, in die Stichprobe zu kommen (z.B. beim Telefoninterview alle telefonisch Erreichbaren in der Feld- bzw. Erhebungszeit). Die Inferenzpopulation schließlich sind die Wahlberechtigten, die bei der Realisierung der Stichprobe tatsächlich erreicht worden sind. Das Ziel ist es, die Differenzen zwischen den drei Gesamtheiten zu minimieren. Die Ausschöpfungsquote muss möglichst hoch, die Auswahlgrundlage möglichst aktuell und möglichst vollständig sein. Grundgesamtheiten zu definieren ist also ein Optimierungsproblem.

In der Praxis wird man deshalb mit fehlerhaften Grundgesamtheiten rechnen müssen, die – so die Fachsprache – eine „undercoverage“ oder eine „overcoverage“ haben. Es fehlen also Elemente, weil sie keine Chance hatten, in die Auswahl zu gelangen (undercoverage), oder Elemente hatten eine mehrfache

Gelegenheit, in die Auswahl zu kommen (overcoverage). Beim Problem des „overcoverage“ hat man die Möglichkeit, den Fehler über Gewichtungen zu korrigieren. Größere Probleme gibt es beim „undercoverage“, die über Gewichtungen oft nicht zu beseitigen sind. So ist z.B. die An- oder Abwesenheit bei Personen zu bestimmten Zeiten oft status- und altersabhängig oder durch die unterschiedliche Mobilität der zu Befragenden bestimmt. Man kann also keineswegs davon ausgehen, dass alle Teile der Stichprobe zu allen Tages- oder Wochenzeiten zu erreichen sind. Die Konsequenz daraus sind bestimmte Mindestfeldzeiten. Anders ausgedrückt heißt das: Vorsicht ist bei sogenannten Blitzbefragungen geboten, in denen systematische Teile der Auswahlgesamtheit möglicherweise nicht erreicht wurden.

Erhebungsverfahren

In der Wahlforschung wird seit den 1990er Jahren als Erhebungsverfahren sehr häufig die Telefonbefragung genutzt, weil sie sehr schnell zu verwertbaren Ergebnissen führt und inzwischen über 98 Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland über Telefon erreichbar sind.⁵

Die Auswahl der zu Befragenden geschieht in zwei Stufen: die erste Stufe ist der Haushalt des Wahlberechtigten, die zweite Stufe die Zielperson im Haushalt. Bei beiden Stufen wird ein Zufallskriterium für die Auswahl benutzt.

Ein Großteil der Telefonhaushalte ist in Telefonbüchern bzw. auf CDs gespeichert, die allerdings auch Geschäftsanschlüsse und Mehrfachanschlüsse enthalten und Geheimnummern nicht ausweisen. Um hier den oben genannten Problemen des „undercoverage“ oder „overcoverage“ zu entgehen, müssen diese Verzeichnisse zunächst bereinigt werden, und es muss ein Verfahren gefunden werden, nicht registrierte Anschlüsse einzubeziehen. Letzterem Problem wird in der Praxis mit dem sogenannten RLD-Verfahren (RLD = randomize last digit) begegnet: Man zieht unter der derzeit gültigen Prämisse, dass sich die eingetragenen Anschlüsse nicht grundsätzlich von den nicht eingetragenen unterscheiden, eine zufällige Stichprobe aus den eingetragenen Anschlüssen und tauscht dabei die letzte Ziffer nach einem Zufallsverfahren aus. Die neue Stichprobe hat dieselbe Struktur wie die alte Stichprobe, aber sie enthält die nicht eingetragenen Nummern gemäß ihrem tatsächlichen Anteil. Die Zielperson im Haushalt findet man mit dem sogenannten Geburtstags-

schlüssel: man befragt die über 18 Jahre alte Person (wahlberechtigt), die als letzte Geburtstag hatte. Sie ist die Zielperson. Das Zufallskriterium ist der Geburtstag, weil sich Geburtstage (im ausreichend großen Gebiet) statistisch völlig gleichmäßig (entgegen anderer Wahrnehmungen in allen möglichen bunten Blättern) über das Jahr verteilen. Unter Beachtung der oben genannten Regeln, also auch Mindestbefragungszeiten von etwa drei bis vier Tagen, einem guten Fragebogen, professioneller Erhebung und gleichzeitiger Speicherung der erhobenen Daten, erhält man in sehr kurzer Zeit Informationen über den aktuellen Meinungsstand seiner Auswahl und vieles mehr.

In der Wahlforschung gibt es spezielle Befragungen, deren Ergebnisse wegen

ihrer Genauigkeit immer wieder zu großem Erstaunen führen, die sogenannten Exit-Polls. Dies sind Befragungen von Wählern unmittelbar nach dem Wahlakt, wenn sie das Wahllokal (Exit) verlassen. Mit den Ergebnissen dieser Befragungen werden am frühen Wahlabend Prognosen über den Wahlausgang erstellt, aber auch sehr detaillierte Beschreibungen bzw. Analysen des Wahlergebnisses ermöglicht.

Die Grundgesamtheit beim Exit-Poll sind alle Wähler, die in einem Wahllokal ihre Stimme abgeben. Nicht wahlberechtigte Personen, also Kinder oder Begleitpersonen, können in der Regel leicht erkannt und ausgeschieden werden. Der Interviewer muss nur noch genau nach seinen Verfahrensregeln (z.B. in konstanter Schrittweite, während der

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

gesamten Öffnungszeit des Wahllokals) seine Zielperson kontaktieren und ihr einen kurzen Fragebogen vorlegen. Der auf einem Klemmbrett angebrachte Fragebogen muss relativ kurz sein, da er von der befragten Person selbst ausgefüllt wird, um eine anonyme Beantwortung zu gewährleisten.

Der große Vorteil dieses Vorgehens ist die direkte und leichte Kontaktaufnahme mit den Zielpersonen. Dabei werden Wähler, und nicht wie in den sonstigen Umfragen Wahlberechtigte, befragt. Die unmittelbare zeitliche Nähe zum Wahlakt ist ein weiterer Vorteil, was – ein entsprechend gutes Gesprächsklima bei der Kontaktaufnahme vorausgesetzt – zu hohen Realisierungsquoten und hoher Übereinstimmung zwischen abgefragtem und

tatsächlichem Wahlverhalten führt. Der Nachteil dieser Vorgehensweise ist das Fehlen der Briefwahlstimmen.

Exit-Polls haben im angelsächsischen Bereich eine lange Tradition und werden vor allem in den USA stark bei der Berichterstattung über Wahlen herangezogen. Seit Anfang 1990 beruhen in Deutschland die Prognosen nach 18:00 Uhr am Wahlabend auf diesen, am Wahltag durchgeführten Befragungen. Ein weiteres, in der breiteren Öffentlichkeit bekanntes Produkt der Wahlforschung ist die Hochrechnung am Wahlabend. Wiederum wird mit einer Stichprobe gearbeitet. Dabei schließt man vom Wahlverhalten in einer Auswahl von Wahlbezirken (Teilmengen) auf das Wahlverhalten in der Gesamtheit. Die Stichprobe wird aus der Ge-

samtheit aller rund 90.000 Wahlbezirke so gezogen, dass sie das bekannte kleine Abbild darstellt. Sie umfasst bei Landtagswahlen – je nach Heterogenität des Landes – zwischen 100 und 250 Wahlbezirke, bei Bundestagswahlen zwischen 400 und 600 Einheiten.

Die Hochrechnung soll nach der Prognose um 18:00 Uhr möglichst frühzeitig das Wahlergebnis präzisieren. Man kann also nicht solange zuwarten, bis die Stichprobe voll ist, sondern man muss von einer Teilstichprobe auf die Stichprobe und von dieser auf das Endergebnis schließen. Das bedarf großer Erfahrung und benötigt Fingerspitzengefühl, denn die Ergebnisse aus den Stimmbezirken laufen nicht gleichzeitig ein, weil sie unterschiedlich groß sind und keinesfalls zufällig, was die Verteilung über das Land angeht. Kleine Stimmbezirke melden früher als große, kleine Stimmbezirke gibt es aber häufiger auf dem Lande, große eher in der Stadt.

Man versucht deshalb, andere längerfristig konstantere Daten einzubeziehen. Man bindet die Hochrechnung an solche Daten an, z.B. an das alte Wahlergebnis, weil der beste Prädiktor für zukünftiges Wahlverhalten das bisherige Wahlverhalten ist. Die (vereinfachte) Formel für die Hochrechnung ist dann: $Y_N = Y_S + b (X_A - X_S)^6$.

In der Praxis ist die Formel etwas komplizierter. Sie ist eine andere zu frühen Zeitpunkten des Wahlabends, wenn erst wenige Ergebnisse vorliegen, und sie wird komplexer, wenn immer mehr Informationen eingehen. Trotzdem handelt es sich nicht um ein hochkomplexes mathematisches Konstrukt. Der Erfolg bei der Hochrechnung wird maßgeblich durch einen optimalen Datenfluss erreicht, der auf guter Organisation und einer sicheren Datenverarbeitung beruht.

Das Interview

Wir wenden uns nun der Erhebung von Individualdaten mit Hilfe des standardisierten Interviews zu. Interviews können mündlich, z.B. face-to-face (von Angesicht zu Angesicht), oder telefonisch durchgeführt werden oder aber schriftlich, d.h. postalisch oder per Internet. Derzeit wird, wie schon erwähnt, die Mehrzahl der Individualdaten für die Wahlforschung per Telefoninterview erhoben.

Unabhängig vom Weg der Erhebung gibt es strenge Regeln für die Formu-

Ein bekanntes Produkt der Wahlforschung ist die Hochrechnung am Wahlabend. Dabei schließt man vom Wahlverhalten in einer Auswahl von Wahlbezirken auf das Wahlverhalten der Gesamtheit. Die aktuellen Hochrechnungen sind zentraler Bestandteil der sogenannten Elefantenrunde. Im Bild ist die Berliner Runde nach der Bundestagswahl am 18.9.2005.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

lierung von Fragen und die Erstellung von Fragebögen, um zu vergleichbaren, verallgemeinerbaren und validen Daten zu kommen.

Das Medium der Kommunikation zwischen dem Fragenden und dem Befragten ist im Interview die Sprache. Sie ist keinesfalls ein eindeutiges, zweifelsfreies Instrument der Verständigung. Die Sprache ist nicht nur regional verschieden, sondern auch schichtspezifisch, unterschiedlich in den verschiedenen Altersgruppen und auch nicht immer völlig präzise. Um Verständigungsschwierigkeiten zu minimieren, muss man deshalb eine Sprache wählen, die möglichst alle verstehen. Das ist keinesfalls banal, sondern eine hohe Anforderung, denn die Sprache darf niemanden über-, aber auch niemanden unterfordern. Das Ziel im Interview muss es deshalb sein, durch eine adäquate sprachliche Formulierung des zu erfragenden Sachverhalts im Kopf jedes einzelnen Befragten das „gleiche Bild“ des Frageobjekts zu erzeugen. Erst dann kann man in einem naturwissenschaftlichen Sinn Haltungen oder Einschätzungen zum Objekt messen und vergleichbar machen.

Bevor man versucht, ein Problem mit einer Frage zu erfassen, muss dieses auf seinen wirklichen Kern reduziert werden. Es kann immer nur eine Dimension des Problems mit stets nur einer Frage abgefragt werden, weil sonst das geforderte „gleiche Bild“ bei den Befragten nicht erreicht werden kann. Bei einer mehrdimensionalen Frage wird man nicht erkennen können, auf welche Dimension der Frage die Zielperson antwortet. Die Eindimensionalität einer Frage ist in der Praxis nicht immer leicht zu erarbeiten, aber sie ist eine wichtige Voraussetzung für aussagekräftige Daten.

Darüber hinaus muss man prüfen, ob das Problem, zu dem man Informationen oder Meinungen erheben will, für den Befragten überhaupt existiert. Wenn dies nicht der Fall ist, können Fragen über das Verständnis der Befragten hinweg gehen. Befragte sind in der Regel gutwillig und höflich, auch wenn sie nie mit dem zu erforschenden Problem in Kontakt kamen oder darüber reflektiert haben. Ist das der Fall, so erhebt man „non-attitudes“, also Nichteinstellungen. Sie sind jedoch für den Befragten völlig unverbundlich und deshalb auch für den Forscher unbrauchbar, denn die Attitüden können sich bei weiteren Informationen schnell und grundlegend ändern. Es ist deshalb unter Umständen notwendig, das Wissen über das Problem oder auch die persönliche Relevanz des Problems im Vorhinein zu erheben.

Erst nach dieser Klärung kann man jetzt die Frage in einfacher, zielorientierter

Sprache, ohne Fremdworte, ohne komplizierte Satzstellungen, ohne Mehrfachbedingungen und ohne mehrdeutige Begriffe formulieren. Gefragt ist eine Formulierung in der Alltagssprache, keineswegs eine akademische oder gehobene Mittelschichtsprache.

Zum Erfolg einer Befragung trägt insbesondere die Gesprächsatmosphäre beim Interview bei. Die ungleiche soziale Beziehung des aktiven Fragers und des eher passiven Befragten muss möglichst überwunden werden. Es soll das Gefühl erzeugt werden, dass beide Beteiligte des Frage- und Antwortspiels aus der Situation gewinnen. Trotzdem muss der Interviewer möglichst neutral bleiben, um die Qualität der Daten nicht zu beeinträchtigen. Das kann durch eine gute Schulung der Interviewer bzw. Interviewerinnen erreicht werden. Dies gilt insbesondere für die Kontaktphase eines Interviews. Oft entscheidet der erste Kontakt darüber, ob das Interview zustande kommt und genügend Vertrauen aufgebaut wird, um zu ehrlichen Antworten zu kommen. Der Interviewer ist ein ausschlaggebender Faktor bei der Erhebung guter Daten. Er muss Kompetenz ausstrahlen, ohne dominant zu wirken. Er muss sicher auftreten, ohne die Rolle eines neutralen Gesprächspartners zu verlassen. Er muss sicher formulieren aber auch gleichzeitig aktiv zuhören können. Er muss dem Befragten das Gefühl geben, dass er genau zuhört und dessen Antworten ernst nimmt, ohne dabei die Strukturierung des Fragebogens zu verlassen und dem Befragten zu viel „eigenen“ Raum zu gewähren.

Beim Telefoninterview ist die Stimme des Interviewers besonders wichtig. Es muss eine offene, klare und sympathische Stimme sein. Sie darf keine allzu starke Dialektfärbung haben, wohl aber einen regionalen Touch. Eine „junge“ Stimme ist sehr vorteilhaft. Und sie muss „neugierig“ machen, mehr zu erfahren. Zudem muss es eine angenehme Stimme sein, der man länger zuhören möchte. Studenten erfüllen sehr oft die Anforderungen als Telefoninterviewer gut.

Beim face-to-face-Interview gilt dies nur mit Einschränkung. Der ideale Interviewer bzw. die ideale Interviewerin strahlt Seriosität aus, die deutlich wird in der Kleidung, in einem gewissen Alter, einer gewissen Unauffälligkeit oder Unaufdringlichkeit der Person und durch hohes Pflichtbewusstsein bei der Durchführung des Interviews. Solch einer Person schlägt man nicht einfach die Tür vor der Nase zu, ohne sich wirklich schlecht zu fühlen.

Die Arbeit der face-to-face-Interviewer ist ungleich schwieriger zu kontrollieren als beim zentral durchgeführten Telefon-

interview. Auch die Bezahlung ist unterschiedlich. Telefoninterviewer werden nach der Arbeitszeit bezahlt, face-to-face-Interviewer hingegen nach der Zahl erfolgreich durchgeführter Interviews. Die Gefahr manipulierter oder gefälschter Interviews ist in diesem Fall ohne Zweifel größer.

Frage und Fragebogen

Die Wahlforschung braucht, wie eingangs dargestellt, beschreibende und erklärende Daten. Diese Daten entstehen durch Antworten auf Fragen an Wähler oder Wahlberechtigte über ihr Verhalten, ihren demografischen Hintergrund, ihre Einstellungen oder ihre Urteile bzw. Bewertungen. Diese Antworten sind in der Regel strukturiert sowie normiert und bilden die Variablen, die bei Analysen gebraucht werden, um Hypothesen zu überprüfen.

Frage und Fragebogen als Mittel der Kommunikation bilden eine Einheit. Sie müssen zusammen entwickelt werden und in sich stimmig sein. Der Aufbau des Fragebogens muss sich am Inhalt der Befragung aber auch an der Aufnahmebereitschaft und dem Interesse des Befragten orientieren. Wahlen aber auch generell Politik gehören nicht zu den Hauptinteressen vieler Bürgerinnen und Bürger. Der Fragebogen darf deshalb eine bestimmte Länge nicht überschreiten. Sobald ein Befragter zu sehr strapaziert wird, werden die Antworten willkürlich und die Daten unbrauchbar.

Die erste Grundregel für die Frageformulierung ist deshalb, dass nicht alles erfragbar ist, was der Laie als erfragbar betrachtet. Dies gilt vor allem für das Erfassen von Verhalten oder auch von Verhaltensabsichten – den wichtigsten Bereichen der Wahlforschung. Die beste Messung von Verhalten ist die kontrollierte Beobachtung; die zweitbeste ist die Abfrage unmittelbar nach dem Verhaltensakt (Exit-Poll). Die fehleranfälligste ist die Messung von beabsichtigtem Verhalten. Die Messung ist umso fehlerbehafteter, je weiter der zeitliche Abstand vom oder zum Ereignis ist. Gerade aber zukünftiges bzw. beabsichtigtes Verhalten sind die erwünschten Informationen in der Wahlforschung – zumindest wenn man die öffentliche Diskussion darüber betrachtet.

Das sieht zunächst wie ein Dilemma aus. Der Ausweg besteht darin, dass man die gewünschte Information analytisch erarbeiten muss. Man versucht daher, die Bedingungen des Verhaltens theoriegeleitet zu erfragen. Man erfasst die Einstellungen, d.h. vor dem eigentlichen Verhalten stehende Einflussfaktoren, und die Eigenschaften des Indivi-

duums oder den sozialen Kontext, weil die soziale Umwelt bzw. das Umfeld einen starken Einfluss auf das Verhalten haben. Die Wahlsoziologie kennt deshalb drei Arten von Fragen: Fragen zum Verhalten, Fragen zu Einstellungen und Fragen zu Eigenschaften.

Die größte Gefahr bei Verhaltensfragen besteht darin, dass die Frage selbst Antworten der sozialen Erwünschtheit provoziert. Ein großer Teil der Befragten möchte möglichst wenig unangenehm auffallen bzw. möglichst gering von der „richtigen Antwort“ abweichen. Auch Befragte, die sich wenig für Politik interessieren, haben eine Vorstellung darüber, wie man sich „richtig“ verhalten sollte, was kulturell oder sozial erwünscht ist. Dass man in Demokratien zur Wahl gehen sollte, ist eine solche soziale Norm. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass in Umfragen und insbesondere in solchen vor Landtags-, Kommunal- oder Europawahlen, die Wahlbeteiligung immer wieder überschätzt wird. Das kann man mit geschickten Frageformulierungen abmildern, indem man versucht, die Hürde zur ehrlichen Antwort niedrig zu halten („Es gibt ja gute Gründe, nicht zur Wahl zu gehen. Wie ist das bei Ihnen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl [Landtagswahl etc...] wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?“) Eine andere Möglichkeit, sozial erwünschten Antworten auszuweichen, besteht darin, den Grad der Entschlossenheit des Verhaltens abzufragen und daraus auf das Verhalten zu schließen. In der Praxis erbringen diese Fragen keine wirklich verlässlichen Messungen der Wahlbeteiligung.

Eine Frage nach der Wichtigkeit der Entscheidungen auf den verschiedenen Parlamentsebenen („Wie wichtig sind für Sie die Entscheidungen, die im Bundestag/Landtag getroffen werden?“) hat dagegen bessere Annäherungen an das tatsächliche Verhalten gebracht, ist aber sehr aufwändig.

Ein ähnliches Problem hat man bei der Frage nach dem Interesse für Politik. Auch dieses ist ein sozial erwünschtes Verhalten, das aber mit relativ hohen Kosten (Informationsbeschaffung, Zeitaufwand) verbunden ist. In der Praxis validiert man die erhobenen, möglicherweise verzerrten Werte mit konkreten Verhaltensfragen (z.B. zum Medienkonsum oder Kontakten bzw. Diskussionshäufigkeiten politischer Natur). Auch die Frage nach der Unterstützung extremer Parteien kann, zumindest bei den Wählern, die aus Protest eine solche Partei unterstützen, problematisch sein, weil dieses Verhalten tabuisiert ist. Eine weitere problematische Verhaltensfrage ist die Rückerinnerung an früheres Wahlverhalten (der sogenannte

recall). Als Summe müssten die Antworten auf diese Frage das alte Wahlergebnis treffen. Dies ist in der Regel nicht der Fall. Die Ursache könnte ein Stichprobenfehler sein, was aber in den meisten Fällen nicht zutrifft. Die wirklichen Gründe sind vielfältig. Ein nicht geringer Teil der Wahlberechtigten erinnert sich nicht mehr an früheres Verhalten oder verwechselt die Wahlleben. Ein Hauptgrund für Abweichungen liegt allerdings – wie Untersuchungen in Panelbefragungen⁷ ergeben haben – darin, dass eine Reihe von Wählern, die ihre Wahlabsicht ändern, ihre Rückerinnerung an die neue Wahlabsicht anpassen, um kognitive Dissonanzen zu vermeiden. Weitere Schwierigkeiten treten bei taktischen Wählern auf. Sie geben oft beim recall nicht ihre tatsächliche, taktische Wahlentscheidung an, also z.B. den erwünschten Koalitionspartner, sondern ihre eigentliche Parteipräferenz. Die Ergebnisse auf diese Fragen sind also mit großer Vorsicht zu behandeln und eignen sich keinesfalls für Gewichtungungen, obwohl dies nahe liegen würde. Es gibt allerdings auch völlig unproblematische Fragen zum Verhalten, nämlich dann, wenn das Verhalten nicht tabuisiert ist oder eben kein sozial wünschbares Verhalten vorliegt. Dies ist z.B. bei der Frage nach der Häufigkeit des Kirchgangs der Fall, die man als Indikator für Kirchennähe benutzt.

Die bei weitem am häufigsten benutzten Fragen in der Wahlforschung versuchen das Vorfeld von Verhaltensentscheidungen zu ergründen und konzentrieren sich auf Meinungen, Einstellungen und Bewertungen. Einstellungen beruhen auf Erfahrungen und sind deshalb zeitstabiler als Meinungen, die zum Beispiel zu aktuellen Themen bestehen, also zum Teil auch informationsabhängig sind. Eine Meinung kann zur Einstellung werden aber nicht umgekehrt. Meinungen können sich aber auch ohne zusätzliche Informationen auf der Basis von Grundeinstellungen bilden. Eine weitere, der Entscheidung für oder gegen eine Partei oder Person vorgelagerte Disposition sind die Bewertungen bzw. Leistungsbeurteilungen oder auch Eigenschaftszumessungen. Sie werden in der Regel mit Hilfe von Skalenmessungen erhoben. Für all diese Fragen ist zu beachten, dass die Antwortkategorien das gesamte Spektrum möglicher Antworten umfassen müssen und beide Äste von Antwortkategorien (positiver Ast und negativer Ast) absolut ausgeglichen sein müssen. In der Wahlforschung werden Meinungsfragen oft sogar mit den Worten „Meinen Sie...?“ oder „Glauben Sie...?“ eingeleitet. So ist die Frage „Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten ge-

eignet, neue Arbeitsplätze zu schaffen?“ eine klare Meinungsfrage, die möglicherweise auf der Basis von Informationen, vielleicht aber auch aufgrund einer Parteinähe beantwortet wird. Nur ein Set von Fragen und Analysen kann dies klären. Allerdings kann ein Großteil des Einflusses aktueller Politik auf die Wahlentscheidung des Einzelnen nur über Meinungsfragen erfasst werden. So ist die sogenannte Agenda-Frage („Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“) eine wichtige Orientierung für Wahlforscher, wie stark die öffentliche Diskussion bzw. die vorherrschende Debatte in den Medien wahrgenommen wird und als kurzfristiger Einflussfaktor wirksam werden kann.

Mit Einstellungsfragen versucht die Wahlforschung zeitlich geronnene Haltungen oder Erfahrungen von Wahlberechtigten oder Wählern zu erfassen. Eine der häufigeren Fragen ist die Beurteilung von Parteien oder auch Politikern mit einer Skala, die von plus 5 bis minus 5 reicht. Im Telefoninterview spricht man dabei von einem Thermometer, um die Alltagserfahrung mit positiven (warm) und negativen Werten (kalt) zu nutzen. Im face-to-face-Interview legt man ein Skalenblatt vor, das selbsterklärend ist. Die Verbalisierung der Beurteilung erfolgt über den Ausdruck: „Was halten Sie von...?“. Bei dieser Formulierung werden sowohl emotionale als auch rationale Beurteilungskriterien – also Sympathie und Leistung – angesprochen. Diese Mischung entspricht, insbesondere in Bereichen, die für Befragte nicht von zentraler Wichtigkeit sind, eher den Möglichkeiten realer Beurteilung durch die Befragten. Die Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala ist ebenfalls eine Einstellungsfrage.

Die Benutzung von Zahlen als Antwortkategorien bringt die Einstellungsfrage in die Nähe einer Bewertungsfrage. Der Übergang ist fließend. Eine quasi metrische Messung hat den Vorteil, relativ klare Distanzen zur Beurteilung anderer Parteien oder Politiker erkennen zu können. Eindeutige Bewertungsfragen sind solche nach Zufrieden- bzw. Unzufriedenheit mit den Leistungen von Parteien oder Politikern mit Hilfe von Skalenwerten bzw. Noten oder auch – möglicherweise noch abgestuft – Eigenschaftszuordnungen.

Alle diese Fragen benutzen Wahlforscher nicht vornehmlich als Zeitpunkt-Information, sondern hauptsächlich als Zeitreihen-Information, um Reaktionen

der Wähler bzw. Veränderungen ihres möglichen Verhaltens aufzeigen zu können und diese möglicherweise auch zu quantifizieren.

Für die Analyse dieser Einstellungen braucht man demografische Daten zur strukturellen Eingebundenheit des Wählers, d.h. Fragen zu den Eigenschaften des Individuums. Die Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen, von denen wir wissen, dass sie sehr stark das Verhalten des Einzelnen prägen, ist ein Beispiel dafür, oder Bildung, Alter, Geschlecht, Stadt-Land, ökonomischer Status etc. Für viele dieser Fragen gibt es Konventionen ihrer Erfassung, trotzdem muss der Wahlforscher immer prüfen, ob die Fragestellung den Zielsetzungen der Untersuchung entspricht.

Schließlich muss die Anordnung der Fragen im Fragebogen überdacht und geplant werden, denn es gibt so etwas wie eine Hierarchie der Wichtigkeit einzelner Fragekomplexe, und es gibt Beeinflussungen von Problemen untereinander, Reihenfolgeeffekte, Platzierungs- und Ausstrahlungseffekte. Außerdem ist die didaktische Führung durch das Interview wichtig. Es muss ein Wechsel von Paket- oder Batteriefragen mit interessanten Einzelfragen stattfinden. Der Fragebogen muss immer interessant bleiben, damit kein Abfall in der Aufmerksamkeit eintritt und die Datenqualität konstant bleibt.

Schlussfolgerungen

Hat der Wahlforscher seine Daten nach allen Regeln der Kunst erhoben (was bekanntlich ein Optimierungsproblem ist), so wird er im nächsten Schritt diese sachgerecht und geordnet darstellen, analysieren und interpretieren. Sehr wichtig dabei ist, dass die verwendeten Analysemethoden der Qualität der Daten entsprechen.

Weiter oben wurde dargestellt, dass es in den verschiedenen Phasen der Stichprobenziehung, Frageformulierung und Datenerhebung eine Vielzahl von Fehlermöglichkeiten gibt, die sehr real sind. Bei der Interpretation der Daten ist deshalb Vorsicht geboten, und es ist immer zu prüfen, ob die erhobenen Daten tatsächlich die Eigenschaften besitzen, die eine statistische Analysemethoden verlangt. Dies ist bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen unabdingbar.

Ein Großteil der Aussagen der Wahlforschung erfolgt jedoch in den Medien. Dieser Umstand verlangt eine sehr einfache, klar nachvollziehbare Darstellung der Ergebnisse bzw. Zusammenhänge in Zahlenform oder selbsterklärenden Grafiken. Sie sollen

Sachverhalte als prozentuale Verteilungen oder aber Entwicklungen zeigen. Die Darstellungsformen (Säulen, Kreise, Kurven) sind begrenzt, weil sie „gelernte“ Bilder bzw. übliche Dimensionen nicht überschreiten können. Die Interpretationen dieser Ergebnisse müssen sehr eng an diese Darstellungen geknüpft sein und sollten von fachlich Versierten vorgenommen werden. Nicht jeder Journalist hat dazu die Voraussetzungen. Außerdem wäre es wünschenswert, dass bestimmte Eckwerte der Datenerhebung (Anzahl der befragten Personen, Zeit der Befragung, Art der Erhebung, Art der Stichprobe, Frageformulierung und Fehlertoleranz) Teil der Veröffentlichung würden. Dies könnte Fehler oder Missverständnisse beim Vergleich mit anderen Veröffentlichungen verhindern und die Vertrauenswürdigkeit der Aussagen insgesamt erhöhen. Dieses „zeitkonsumierende Beiwerk“ wird jedoch häufig nicht veröffentlicht.

Was die Aussagekraft der Daten der Wahlforschung angeht, so kann der erste Teil der einleitenden Fragestellung: „Wer hat wen gewählt?“ inzwischen sehr präzise und auch dank so potenter Instrumente wie dem Exit-Poll-Verfahren relativ tief gegliedert und zeitnah am Ergebnis beantwortet werden. Die Frage nach den Ursachen der individuellen Wahlentscheidung ist sehr viel schwieriger zu beantworten, weil es die Theorie des Verhaltens noch immer nicht gibt und die Operationalisierungen bisher durchaus erfolgreicher Erklärungsansätze gezeigt haben,

dass sich die Gewichte der verschiedenen Einflussfaktoren von Wahl zu Wahl immer wieder verändern. Die Wahlforschung bleibt damit zwar hinter dem Ziel zurück, weiterreichende Prognosen über zukünftiges Verhalten zu erstellen, aber sie kann ex post durchaus wertvolle Wahrscheinlichkeitsaussagen über das Zustandekommen eines Wahlergebnisses machen.

LITERATUR

- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.) (2005): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden.
 Roth, Dieter (2008): Empirische Wahlforschung. Wiesbaden.
 Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung. München.

ANMERKUNGEN

- 1 Erst wenn diese Frage ausreichend beantwortet wurde, wenn man also weiß, welche Einflussfaktoren das Wahlverhalten wie stark geprägt haben, kann man vor Wahlen mit der jeweiligen, möglichst genauen Erfassung dieser Einflussgrößen eine Aussage in die Zukunft wagen, also Prognosen erstellen. Sie scheitern aber in der Regel daran, dass die Menge kurzfristiger Einflussfaktoren, die quantitativ eine entscheidende Rolle spielen können und deren Ausmaß man logischerweise noch nicht kennt, nicht erfasst oder bestenfalls nur geschätzt werden können. Oder nach Mark Twain: „Prognosen sind besonders schwierig, wenn sie in die Zukunft reichen.“
- 2 Auf die Theorien zur Erklärung von Wahlverhalten wird nur am Rande eingegangen, da es hier mehr um Instrumente und Methoden der Wahlforschung geht. Mehr zu Theorien siehe Roth 2008, Kapitel 2, S. 29-61.
- 3 Genauer gesagt: eine angebbare, von Null verschiedene Chance.
- 4 Fehlerintervall = Sicherheitsgrad mal Standardfehler. Der Sicherheitsgrad gibt dabei die gewünschte Wahrscheinlichkeit an, dass der gemessene Wert innerhalb eines Intervalls um den wahren Wert liegt. In der Wahlforschung rechnet man in der Regel mit einem Sicherheitsgrad von 95% (zwei Standardabweichungen). Der Standardfehler ist abhängig von der Stichprobengröße N und dem ermittelten Stichprobenwert $z.B.$ 40% Parteanteil und zwar im Verhältnis Wurzel aus Stichprobenwert $(0,4)$ mal $(1-\text{Stichprobenwert})$ durch Stichprobengröße. Also liegt das Fehlerintervall bei einer 1000er Stichprobe und einem Parteienwert von 40% bei 3 Prozentpunkten oder der wahre Wert mit 95% Sicherheit zwischen 37% und 43% (Roth 2008, S. 71ff).
- 5 Daneben werden in der Wahlforschung – allerdings mit abnehmender Häufigkeit – face-to-face-Befragungen durchgeführt. Manchmal wegen des möglichen Einsatzes von Vorlagen oder Bildern bei der Befragung, aber auch noch immer (leider ideologisch begründet) vom Institut für Demoskopie Allensbach, wegen der dort bevorzugten Quotenverfahren (Roth 2008, S. 68ff und S. 74ff.).
- 6 Der neue Wert für eine Partei in % = der Stichprobenwert für diese Partei in % plus die Differenz aus dem alten Ergebnis für die Partei in % und dem alten Ergebnis des Stichprobenanteils in % (diese Differenz kann auch negativ sein). Bei der freien Hochrechnung ist $b = 0$, bei der Differenzschätzung $b = 1$, bei der Regression wird b gesetzt.
- 7 Bei Panelbefragungen werden die gleichen Personen im zeitlichen Abstand wiederholt befragt.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Dieter Roth ist Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg und Mitbegründer der Forschungsgruppe Wahlen e.V. in Mannheim, deren Vorstand er bis 2003 war. Er hat in Heidelberg, Frankfurt, Cornell und Mannheim Volkswirtschaft, Politik und Soziologie studiert und über das Demokratieverständnis von Eliten in der Bundesrepublik promoviert. Neben zahlreichen anderen Publikationen hat Dieter Roth ein Lehrbuch über empirische Wahlforschung geschrieben, das 2008 in aktualisierter Auflage erschien.

Massenmedien und Wahlkampf

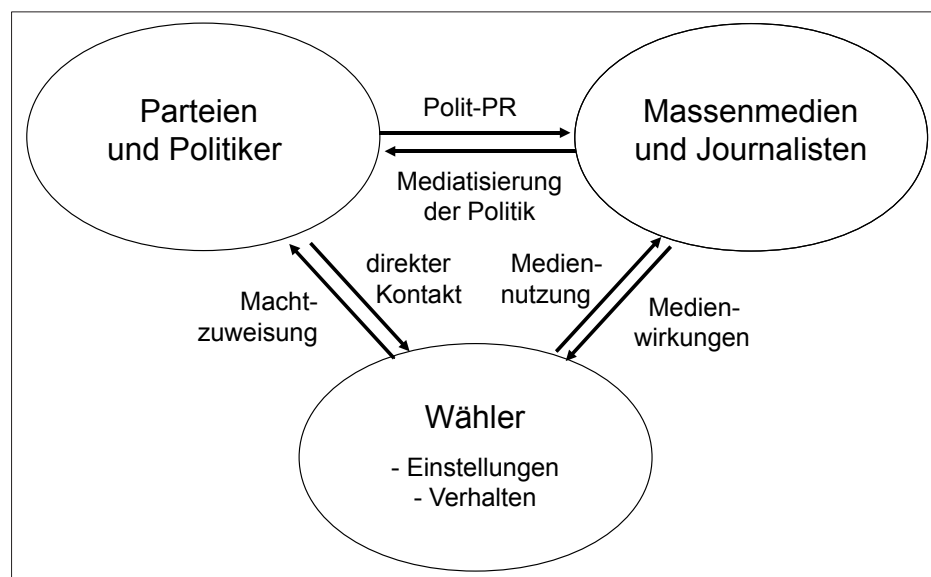
Frank Brettschneider

Medien prägen die politische Realität mit, und Politiker unterwerfen sich – insbesondere in Zeiten des Wahlkampfs – nur allzu gerne der medialen Logik. Die Wirkung der Medien wird allerdings kontrovers eingeschätzt. Die Positionen reichen hierbei vom Vorwurf der sogenannten „Amerikanisierung“, die einen politischen Substanzverlust bewirke, bis zum eher gelassenen Argument, dass Medien ohnehin nur vorhandene Einstellungen der Wählerinnen und Wähler verstärken würden. Frank Brettschneider analysiert in seinem Beitrag die Art und Weise der massenmedialen Berichterstattung bei Bundestagswahlkämpfen, prüft dabei den Grad der „Amerikanisierung“ und kommt zu dem Schluss, dass in bundesdeutschen Wahlkämpfen Sachfragen vorherrschend sind. Der Wettbewerbscharakter hingegen ist zweitrangig. Im Anschluss werden in einer differenzierten Betrachtung die Medieneinflüsse und Wirkungsmechanismen auf das Wahlverhalten und auf die Einstellungen der Wähler diskutiert. Und auch hier wird der Medienschelte wiederum der Wind aus den Segeln genommen: Die Parteiidentifikation ist letztlich das Fundament des Wahlverhaltens. Medien können allenfalls eine bestätigende und/oder aktivierende Wirkung ausüben. Gleichwohl haben die Platzierung wichtiger Wahlkampfthemen und die Fixierung auf Spitzenkandidaten mobilisierende Wirkungen. Parteien und (Spitzen-)Politiker stellen sich daher auf die Medienlogik ein und richten ihre Wahlkampfstrategien an medialen Spielregeln aus.

Parteien – Massenmedien – Wählerinnen und Wähler

Mediengesellschaft, Mediendemokratie und Medienwahlkampf: Offenbar wird den Massenmedien für die Herausbildung des Wählerverhaltens eine bedeutende Rolle beigemessen. In der „heilen Welt“ der klassischen Demokratietheorie nehmen die Medien den Platz eines neutralen Informationsvermittlers ein: Das politische Geschehen wird von den Massenmedien dargestellt, interpretiert und kommentiert. So bilden sie das Bindeglied zwischen den Parteien und Politikern auf der einen Seite und den nach Informationen suchenden Wählern auf der anderen Seite. Sieht man von dem vergleichsweise geringen direkten Kontakt zwi-

Abb. 1: Parteien, Massenmedien und Wähler



schen Parteien und Wählern ab, werden programmatische Aussagen und personelle Profile der Parteien vor allem via Massenmedien an die Wähler vermittelt (vgl. Abbildung 1). Medienberichterstattung ist dann eine Voraussetzung für die begründete Stimmabgabe der mündigen Bürger.

Diese Sichtweise ist zwar nicht falsch, sie deckt aber nur einen Bruchteil des komplexen Beziehungsgeflechts zwischen Parteien, Massenmedien und Wählern ab. Die Vorstellung, Massenmedien würden die politische Realität lediglich darstellen, wie sie ist, ist naiv. Stattdessen prägen sie die politische Realität, über die sie berichten, entscheidend mit. Die Massenmedien, bzw. die sich in ihnen artikulierenden Journalisten, sind selbst politische Akteure, die durch ihre Nachrichtenauswahl, die Schwerpunktsetzungen in der Berichterstattung und die Auswahl von Interviewpartnern in das politische Geschehen eingreifen, statt es lediglich zu beobachten. Zudem stehen die Massenmedien in der Kritik, sie würden immer „amerikanisierter“ berichten, womit in der Regel ein politischer Substanzverlust gemeint ist. Dieser Substanzverlust sei demokratietheoretisch bedenklich, weil die Berichterstattung die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bürger präge. Allerdings herrschen unterschiedliche Vorstellungen über die Art und das Ausmaß der Medienwirkungen vor. Einige meinen, die Medienberichterstattung könne lediglich vorhandene Einstellungen der Wäh-

lerinnen und Wähler verstärken oder diese im Zuge des näher rückenden Wahltermins aktivieren. Andere sind überzeugt, dass Massenmedien darüber hinaus das Image von Parteien und Kandidaten prägen, Themen setzen und die Stimmabgabe beeinflussen können.

Davon sind offenbar auch die Parteien selbst überzeugt, denn sie unternehmen intensive Versuche, die Massenmedien für ihre Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren. Immer ausgefeiltere Medienstrategien, präzise geplantes Themenmanagement und professionelle Polit-PR, so der Vorwurf von Beobachtern, trügen zu einer Inszenierung der Politik bei (vgl. Bertelsmann Stiftung 1996). Andererseits sind Politiker dabei aber nur dann erfolgreich, wenn sie sich an die Logik und die Spielregeln der Medien halten – wenn sie also Ereignisse oder Aussagen produzieren, die den Kriterien für journalistische Nachrichtenauswahl entsprechen: Konflikt, Schaden, Negativismus gehören dazu. Beispielsweise hat die Kritik eines Politikers an einem „Partei-freund“ einen höheren „Nachrichtenswert“ als die Kritik an einem Politiker einer anderen Partei. Um in der Medienberichterstattung zu Wort zu kommen, muss sich Politik in Normalzeiten der Logik der Medien unterordnen – sie wird dadurch mediatisiert. Um bei den Wählern Erfolg zu haben, muss Politik folglich nicht unbedingt sachgerecht sein, auf jeden Fall aber mediengerecht (vgl. Kepplinger 1998).

Vor diesem Hintergrund geht es im Folgenden um drei Aspekte:

- Wie berichten die Massenmedien über Bundestagswahlkämpfe? Wird die mediale Berichterstattung zunehmend „amerikanisiert“?
- Wie wirkt sich die Berichterstattung auf die Einstellungen der Wählerinnen und Wähler und auf ihre Stimmabgabe aus?
- Wie versuchen Parteien und Politiker im Wahlkampf die Berichterstattung zu ihren Gunsten zu beeinflussen?

Amerikanisierung? Wie Medien über Bundestagswahlen berichten

Umfang und Art der Berichterstattung im Vorfeld von Bundestagswahlen unterscheiden sich deutlich zwischen den einzelnen Medien. So ist der Anteil politischer Informationen in lokalen und regionalen Tageszeitungen sowie in Boulevardzeitungen (v. a. Bild) geringer als in der überregionalen Qualitätspresse (FAZ, Süddeutsche Zeitung, Welt, Frankfurter Rundschau, taz). Und die öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme von ARD und ZDF sind deutlich informationsorientierter als die privat-kommerziellen Sender SAT.1 und RTL. Dies drückt sich u.a. in einem größeren Politikanteil in den Hauptnachrichtensendungen aus, aber auch in einer größeren Zahl von Wahlsondersendungen (vgl. Krüger/Müller-Sachse/Zapf-Schramm 2005).

Seit der Zulassung der privat-kommerziellen Sender Mitte der 1980er Jahre hat sich zudem die Art der Berichterstattung gewandelt. Zwar sind die öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen nach wie vor für die politische Elite zugänglich: Politiker finden dort ihre politische Themenrangordnung und die von ihnen inszenierten Ereignisse eher wieder als bei den kommerziellen Anbietern. Letztere betonen hingegen häufiger als ARD und ZDF Skandale und das Privatleben von Politikern – sie „boulevardisieren“ die Berichterstattung über Wahlen. Ihre Berichterstattung über Politik trägt stärker unterhaltende Züge. Für die USA vertritt Neil Postman (1988, S. 110) die Auffassung: „Problematisch am Fernsehen ist nicht, dass es uns unterhaltsame Themen präsentiert, problematisch ist, dass es jedes Thema als Unterhaltung präsentiert“.

So wird Politik personalisiert, emotionalisiert, verkürzt, verknippt und dramatisiert dargestellt. Dies mündet auch in Deutschland in den Vorwurf, die Berichterstattung über Wahlen werde zunehmend „amerikanisiert“. Die Berichterstattung über Wahlen gilt dann als „amerikanisiert“, wenn die drei folgenden Merkmale auf sie zutreffen:

- Personen statt Parteien: Parteien werden in der Medienberichterstattung unwichtiger als die Spitzenkandidaten.
- Persönliches statt Politisches: Im Zusammenhang mit Kandidaten wird häufiger über Unpolitisches berichtet (u. a. Frisur Angela Merkels, angeblich getönte Schläfenhaare Gerhard Schröders) als über die politischen Standpunkte der Kandidaten.
- Wettkampf statt Sachfragen: Der Wettkampfcharakter der Wahl tritt in den Vordergrund. Es wird häufiger darüber berichtet, welcher Kandidat vorne liegt oder zurückfällt (Horse-Race-Journalism), als darüber, für welche Sachpositionen die Parteien und ihre

Kandidaten stehen. Mit Hilfe von Umfragen wird die Bedeutung einzelner Wahlkampfereignisse auf den Stand des „Rennens“ beschrieben – etwa der Einfluss von „TV-Duellen“ der Spitzenkandidaten. Journalisten benutzen solche Medienereignisse zum Betonen von Trends und Verschiebungen in der Wählergunst. Veränderungen der öffentlichen Meinung werden ereignisgebunden dargestellt. Wahlkampfereignisse erlangen somit eine große Bedeutung für die Position des Kandidaten im „Rennen“: Jeder Fehler, jeder Auf- und Fehltritt kann das Bild von den Kandidaten beeinflussen, sie fördern oder ins Schwanken bringen.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Kanzlerkandidatin Angela Merkel und Bundeskanzler Gerhard Schröder bei ihrem TV-Duell am 4. September 2005. Am 18. September 2005 fanden die vorgezogenen Bundestagswahlen statt. Je näher der Wahltermin rückt, desto größer ist der Bedeutungszuwachs der Kandidaten. Trotzdem sind in bundesdeutschen Wahlkämpfen Sachfragen vorherrschend. Der Wettbewerbscharakter hingegen ist zweitrangig. picture alliance/dpa

In den USA selbst hat sich die Berichterstattung der Medien über den Wahlkampf in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Zwar erwähnen amerikanische Medien in ihrer Berichterstattung traditionell die Kandidaten häufiger als die Parteien. Die Kandidatenorientierung nimmt aber von Wahljahr zu Wahljahr weiter zu (vgl. Wattenberg 1996). Zudem wurde die Berichterstattung über politische Sachthemen seit den 1960er Jahren immer unbedeutender, während der Hauptfokus auf dem Horse-Race liegt, auf dem Wettkampfcharakter des Wahlkampfes (vgl. Patterson 1993). Davon sind wir in Deutschland – allen „Amerikanisierungs“-Behauptungen zum Trotz – noch weit entfernt (vgl. Brettschneider 2009). Parteien stehen nach wie vor im Mittelpunkt der Fernsehnachrichten vor Bundestagswahlen: Etwa zwei Drittel der Berichterstattung entfallen auf Parteien, ein Drittel entfällt auf die Kandidaten. Der genaue Anteil schwankt von Wahl zu Wahl. Einen einheitlichen Bedeutungszuwachs der Kandidaten gibt es allerdings innerhalb des Wahlkampfes, je näher der Wahltermin rückt. Und stellt eine Partei den Kanzler, so ist die Berichterstattung über diese Partei personalisierter als jene über die Oppositionspartei. Wenn über Spitzenpolitiker berichtet wird, dann steht Politisches sehr viel häufiger im Mittelpunkt als Persönliches. Am häufigsten wird über die Sachkompetenz der Kandidaten berichtet, gefolgt von den Führungsqualitäten. Unpolitisches spielt in der Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle. Wenn über unpolitische Merkmale berichtet wird, dann stammen etwa zwei Drittel aller dieser Aussagen von Journalisten, nur in einem Drittel der Fälle sind Politiker die Urheber dieser Form der Entpolitisierung. Und schließlich wird im Vorfeld von Bundestagswahlen häufiger über Sachfragen berichtet als über Wettkampf Aspekte: Etwa 40 Prozent aller Aussagen beziehen sich auf Sachfragen, etwa 20 Prozent auf Wettkampf Aspekte. Erneut schwankt der genaue Anteil von Wahl zu Wahl. Es gibt zwar einen einheitlichen Bedeutungszuwachs der Wettkampf Aspekte, je näher der Wahltermin rückt, aber gelegentlich steigt zusätzlich auch der Anteil der Sachthemen in der Berichterstattung an (z.B. vor der Bundestagswahl 2002). Von einer kontinuierlichen Entsachlichung kann jedenfalls nicht die Rede sein. Und wie schon bei der Berichterstattung über die Kandidaten stammen auch auf die gesamte Berichterstattung bezogen die meisten Sachaussagen von Politikern, während die Journalisten häufiger als Urheber von Wettkampf aus-

sagen auftreten. Insgesamt geht die von Journalisten kritisierte Entsachlichung von Wahlkämpfen also eher von Journalisten selbst aus, als von Politikern.

In welchem Ausmaß die Berichterstattung vor Wahlen personalisiert oder auf Wettkampf Aspekte bezogen ist, hängt im Wesentlichen von der Art des politischen Systems und vom Typ des Mediensystems ab. So ist die Berichterstattung in präsidentiellen Systemen zwangsläufig stärker personalisiert als in parlamentarischen Systemen. Und die privat-kommerzielle Verfasstheit der amerikanischen Fernseh-Networks führt zu einem größeren Anteil an Personalisierung und Wettkampfberichterstattung. In Deutschland sind dementsprechend die Nachrichten der privat-kommerziellen Anbieter stärker „amerikanisiert“ als die Nachrichten von ARD und ZDF. Die Kommerzialisierung der Medien führt zu einer Wahlberichterstattung, in der häufig Nebensächlichkeiten wichtiger sind als Sachthemen. Drittens hängt die Art der Berichterstattung von situativen Faktoren ab: von den die Wahl dominierenden Themen, von den Kandidaten und von der Wahlkampf führung der Parteien.

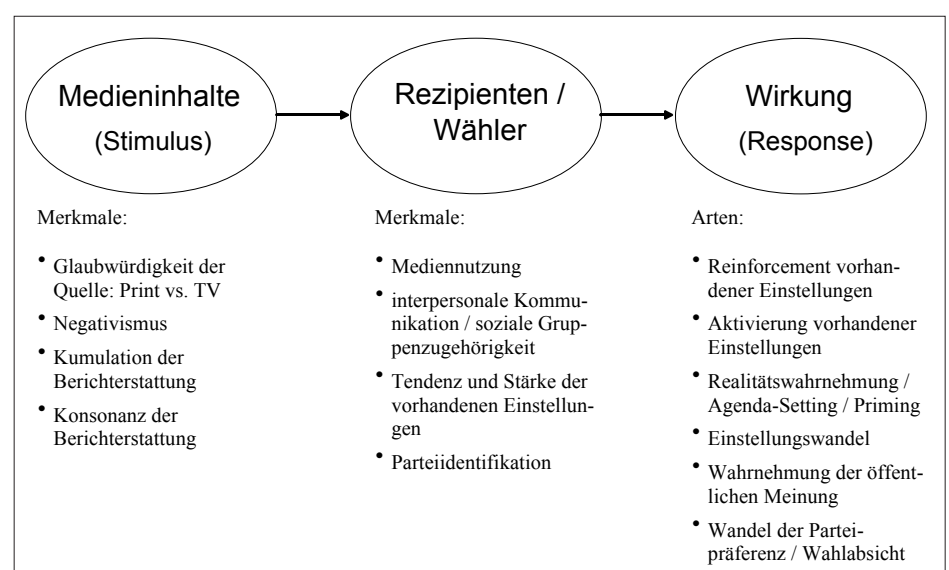
Wirkungslos? Wie die Berichterstattung die Wählereinstellungen prägt

In Wahlkampfzeiten steigt das Interesse der Bürger an Politik, und Politikberichterstattung wird von ihnen verstärkt wahrgenommen. Dies ist ebenso unumstritten wie die Tatsache, dass sich diese Berichterstattung im Wählerverhalten niederschlägt. In welchem Ausmaß sie dies tut und auf welchen Wegen, wird hingegen kontrovers diskutiert. Insbesondere vor Bundestags-

wahlen flammt die Diskussion über die Wirkungsmacht „der“ Medien stets aufs Neue auf. Von einer Ohnmacht der Massenmedien geht ernsthaft niemand mehr aus. Ebenso unsinnig ist die Annahme von deren Allmacht, wonach sich ein massenmedialer Stimulus (etwa ein Bericht oder ein Kommentar) mehr oder weniger unmittelbar in einer Response (z.B. einem Einstellungswandel beim Rezipienten) niederschlägt. Für eine differenzierte Betrachtungsweise ist es sinnvoll, Medienwirkungen zu unterscheiden und dabei sowohl Merkmale der Medieninhalte als auch der Rezipienten zu berücksichtigen (vgl. Abbildung 2).

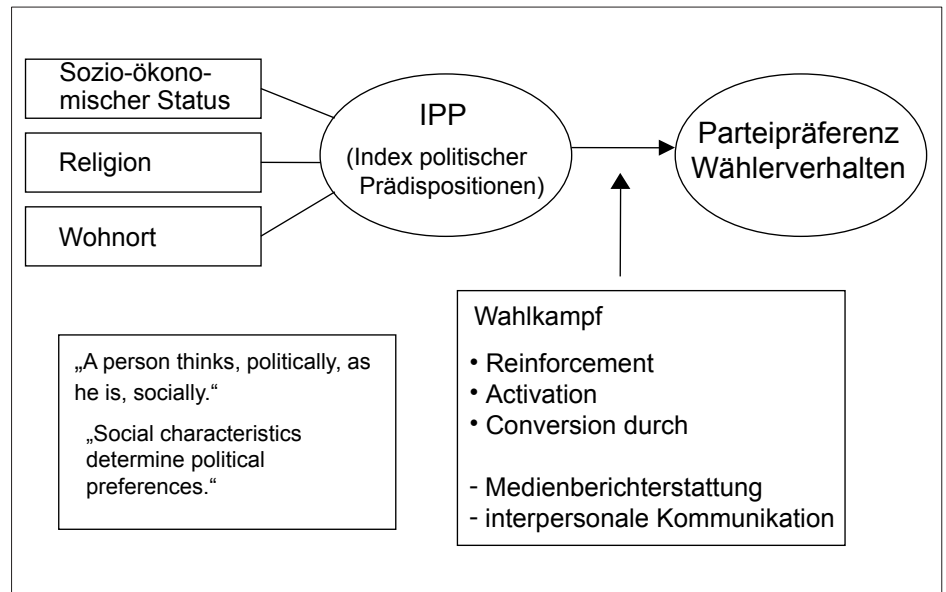
Häufig wird Medienwirkung mit Einstellungswandel gleichgesetzt: Die Beurteilung einer Partei oder eines Kandidaten verändert sich aufgrund der wertenden Berichterstattung über die Partei oder den Kandidaten. Dies ist jedoch ein sehr eingeschränkter Wirkungsbegriff. Von Medienwirkung kann nämlich auch dann gesprochen werden, wenn die Berichterstattung bereits vorhandene Einstellungen bestätigt und verstärkt (Reinforcement) oder wenn sie latent vorhandene Einstellungen aktiviert. Zahlreiche Wahlkampfaktivitäten der Parteien zielen genau darauf: Durch Reinforcement und Aktivierung soll das Stammwählerpotential ausgeschöpft werden. Ferner kann sich Medienberichterstattung aber auch dann in der Bewertung von Parteien und Politikern niederschlagen, wenn sie vorhandene Einstellungen nicht verändert, sondern lediglich Teilaspekte unterschiedlich stark betont (Agenda-Setting, Priming).

Abb. 2: Medieninhalte, Rezipienten und Medienwirkungen



Medienwirkung findet sich aber nicht zu allen Zeiten und bei allen Menschen im gleichen Umfang. Sie hängt zunächst einmal von der konkreten Mediennutzung ab. Außer auf direktem Weg kann sich Medienberichterstattung auch indirekt – etwa über den Umweg der interpersonalen Kommunikation – in den Einstellungen und Verhaltensweisen von Menschen niederschlagen. Für das Wirkungspotential sind aber vor allem die Tendenz und die Stärke vorhandener Einstellungen eines jeden Rezipienten sowie seine langfristigen Prädispositionen ausschlaggebend – etwa die Parteiidentifikation. Wenn Medienberichterstattung auf feste Überzeugungssysteme trifft, ist sie relativ machtlos. Menschen wählen dann jene Botschaften aus, die sich im Einklang mit den vorhandenen Einstellungen befinden. Diese selektive Wahrnehmung schützt die Rezipienten vor kognitiver Dissonanz. Und dies verringert die Medienwirkung. Selektive Wahrnehmung setzt allerdings voraus, dass Menschen überhaupt unter verschiedenen Medieninhalten wählen können. So ist das Wirkungspotential dann am größten, wenn die Berichterstattung über einen längeren Zeitraum und über die meisten Medien hinweg relativ einheitlich ausfällt (vgl. Noelle-Neumann 1973). Wenn der „Medienchor mit einer Stimme singt“, dann ist zu erwarten, dass er bei den Rezipienten Gehör findet. Deshalb ist Propaganda in einem totalitären Regime so „erfolgreich“. Aber auch in pluralistischen Demokratien, die frei sind von einer zentralen Lenkung der Massenmedien, kann ein einheitlicher Medientenor entstehen – aufgrund ähnlicher Kriterien, nach denen Journalisten ihre Meldungen auswählen (vor allem Negativismus), aufgrund der Abhängigkeit vieler Redaktionen von Nachrichtenagenturen, aufgrund von Pressekonzentration oder einer ausgeprägten Orientierung an Kollegen, wobei Meinungsführermedien wie „Der Spiegel“ oder „Bild“ häufig den Ton angeben. Bei konsonanter Berichterstattung ist das Wirkungspotential deshalb so groß, weil sich Menschen unter diesen Umständen nur schwer über konkurrierende Sichtweisen informieren können. Sie sind dann nicht in der Lage, sich nur jenen Botschaften zuzuwenden, die ihre eigene Sichtweise stützen. Dass das Fernsehen von vielen als das im Vergleich mit den Printmedien wirkungsmächtigere Medium angesehen wird, hängt auch damit zusammen: Meldungen in den Fernsehnachrichten lassen sich von den Zuschauern sehr viel schlechter selektieren als Zeitungsartikel. Darüber hinaus hat das Fernsehen eine größere Reichweite. Auch wird ihm von den Rezipienten die größere Glaubwürdigkeit zugeschrieben.

Abb. 3: Medienwirkungen im soziologischen Modell zur Erklärung des Wählerverhaltens



Die Aktivierung und die Verstärkung vorhandener Einstellungen

1944 veröffentlichten Paul F. Lazarsfeld, Bernard Berelson und Hazel Gaudet ihre Untersuchung „The People's Choice“, die zu einem Klassiker der Wahl- und der Medienwirkungsforschung wurde. Sie hatten die Meinungsbildung im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf von 1940 untersucht und herausgefunden, dass Wähler nicht im erwarteten Maße auf äußere Einflüsse reagierten. Stattdessen waren vor allem soziale Merkmale der Wähler und ihre Einbindung in soziale Gruppen für die Wahlabsicht ausschlaggebend: „A person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference“ (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1968, S. 27). Anhand des Wohnortes, der Religion und des sozio-ökonomischen Status' einer Person ließ sich deren politische Prädisposition ziemlich genau vorhersagen (vgl. Abbildung 3). Je homogener das soziale Umfeld einer Person, desto eindeutiger und stabiler war diese Prädisposition. Diese „Partisans“ nutzten zwar die Massenmedien intensiv, aber auch sehr selektiv. Diese Menschen wendeten sich vor allem jenen Medieninhalten zu, die ihre ohnehin vorhandenen Voreinstellungen bestätigten (Reinforcement). Daneben gab es eine zweite Wählergruppe, die „Crystallizer“. Auch sie verfügten über Prädispositionen; diese waren aber nicht so stark ausgeprägt wie bei den „Partisans“ und sie waren den Wählern auch nicht so bewusst. Bei ihnen führte die Medienberichterstattung zu einer Aktivierung: Sie erzeugt zunächst Interesse am Wahlkampf, dieses führt zu gesteigerter Mediennutzung und zur Wahrnehmung von

politischen Medieninhalten. Die Wahrnehmung ist jedoch, wie bei den „Partisans“, selektiv.

Weitere Wählergruppen – die „Waverers“ und die „Party Changers“ – bewegten sich überdurchschnittlich oft in einem heterogenen sozialen Umfeld, in dem sie mit sich widersprechenden Wahlnormen konfrontiert wurden. Aus solchen „Cross-Pressures“ resultierte ein nachlassendes Interesse am Wahlkampf und eine Vermeidung politischer Medieninhalte. Eine Beschäftigung mit dem Wahlkampf hätte für diese Personen unangenehmen kognitiven Stress bedeutet – so haben sie versucht, sich dieser Situation durch Nicht-Wahrnehmung zu entziehen. „The people who were most open to conversion (...) read and listened least“ (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1968, S. 95). Die Medienberichterstattung war für ihre Stimmabgabe nicht ausschlaggebend, sondern ein Wechsel der Wahlabsicht kam vor allem aufgrund interpersonaler Kommunikation, aufgrund von Gesprächen mit Freunden und Kollegen, zustande. „More than anything else people can move other people“ (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1968, S. 158).

Zwanzig Jahre später fasste Joseph T. Klapper (1960, S. 49 f.) den Forschungsstand wie folgt zusammen: „Persuasive mass communication is in general more likely to reinforce the existing opinions of its audience than it is to change such opinions“. Heute lässt sich diese Verstärkerhypothese jedoch nicht mehr verallgemeinern: Wie bereits erwähnt, setzt selektive Wahrnehmung – die Voraussetzung für Verstärkereffekte – unterschiedliche Medieninhalte voraus, die jedoch auch in westlichen Demokratien nicht immer gegeben sind. Darüber hinaus kann Selektion mittels der

formalen Betonung von Artikeln oder Beiträgen abgeschwächt werden. Einen gut platzierten, gebildeten und mit einer großen Überschrift versehenen Artikel lesen auch Menschen, bei denen sich der Inhalt im Gegensatz zu ihren Voreinstellungen befindet. Und schließlich fallen negative Meldungen sowie Berichte über Personen der Selektion durch die Rezipienten seltener zum Opfer als positive Meldungen sowie Berichte über Sachthemen (vgl. Donsbach 1991). Weil vor der Präsidentschaftswahl 1940 noch kein „negative campaigning“ betrieben wurde und weil die Berichterstattung nicht einheitlich ausfiel, fand eine starke selektive Wahrnehmung statt.

Selektive Wahrnehmung setzt ferner bereits vorhandene Einstellungen voraus. Sind die Prädispositionen eines Menschen nur relativ schwach ausgeprägt oder überhaupt nicht vorhanden, so fehlt ihm das für die Verstärkerhypothese relevante Selektionskriterium. Starke Prädispositionen werden durch die Einbindung der Wähler in homogene soziale Gruppen begünstigt. Diese Gruppenbindungen wurden jedoch im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung in den letzten sechzig Jahren schwächer. So bewegen sich zahlreiche Menschen aufgrund erhöhter sozialer und räumlicher Mobilität in heterogenen sozialen Umgebungen – sie sind also „Cross-Pressure“ ausgesetzt. Anders als bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1940 geht dies jedoch heute nicht mehr mit einer geringen Mediennutzung einher. Stattdessen interessiert sich ein Großteil dieser Wähler für Politik und nutzt auch die entsprechenden Medienangebote. Diese Wähler sind heute für Medieneinflüsse offener als vor Jahrzehnten. So entscheidet sich ein beachtlicher Anteil der Wählerschaft erst relativ spät im Wahlkampf für die eine oder andere Partei (vgl. u.a. Schulz 1998).

Die Wahlforschung hat den nachlassenden Gruppeneinflüssen auf die Wahlentscheidung Rechnung getragen, indem sie das soziologische Modell des Wählerverhaltens zum sozialpsychologischen Modell erweiterte (vgl. Abbildung 4). Darin bildet die Parteiidentifikation, als langfristig relativ stabile psychologische Bindung an eine Partei, das Grundgerüst des Wählerverhaltens. Sie wird während der Sozialisation erworben und verfestigt sich mit wiederholter Stimmabgabe für ein und dieselbe Partei (vgl. Campbell u.a. 1960). Weil die Parteiidentifikation fest im individuellen Orientierungssystem verankert ist, wird sie von der Medienberichterstattung nicht verändert. Die Medienberichterstattung schlägt sich stattdessen in den der Wahlent-

scheidung unmittelbar vorgelagerten Einstellungen der Menschen zu politischen Themen und zu den Spitzenkandidaten nieder.

Medienberichterstattung kann hier entweder direkt – durch Persuasion – oder indirekt – durch Priming – wirken.

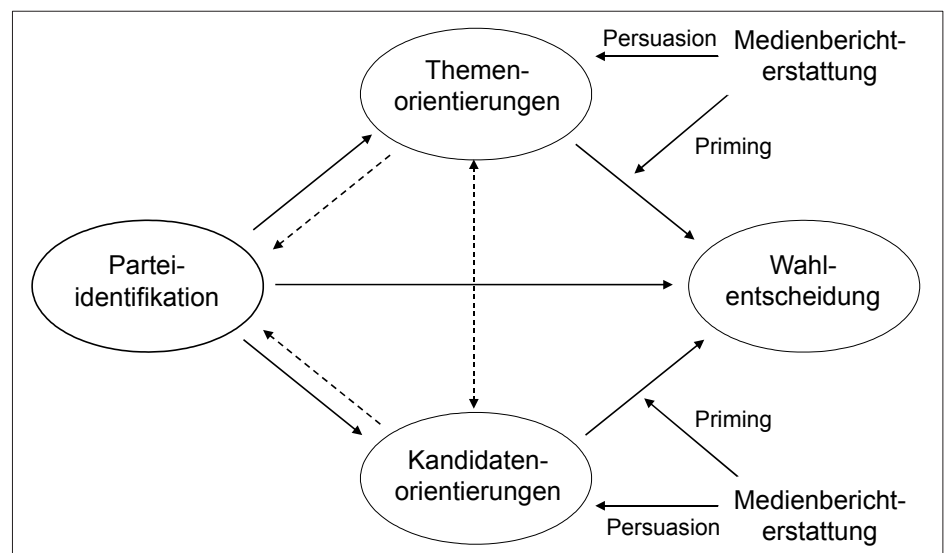
Themenorientierungen

Bei der persuasiven Medienwirkung wird eine Partei, der in der Medienberichterstattung beispielsweise die größere Kompetenz zur Lösung wirtschaftlicher Probleme zugeschrieben wird, von den Rezipienten dann tatsächlich als die kompetentere Partei angesehen. Solche direkte Medienwirkung ist bei Personen, die über eine langfristige Parteibindung verfügen, unwahrscheinlicher als bei Personen ohne eine solche Parteibindung. Ein langjähriger Wähler der Sozialdemokraten wird in der Regel den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten positiver bewerten als den Gegenkandidaten der Union; er wird die SPD-Positionen zu Sachfragen in der Regel eher teilen als die CDU/CSU-Positionen und er wird die SPD in den meisten Sachfragen auch als kompetenter einstufen als die Christdemokraten. Daran kann auch die Medienberichterstattung auf direktem Weg nicht viel ändern. Allenfalls ist sie in der Lage, die Intensität der Einstellungen zu verstärken oder abzuschwächen, nicht jedoch, sie in der Richtung zu verändern. Personen ohne langfristige Parteibindung orientieren sich bei ihrer Stimmabgabe hingegen überwiegend an ihren Themen- und Kandidatenwahrnehmungen. Berichterstattung verfügt hier über ein größeres direktes Wirkungspotential.

Für die Präferenz zugunsten einer Partei sind jedoch die indirekten Medi-

enwirkungen wichtiger, die sich durch Priming ergeben. Priming verändert nicht die der Bewertung einer Partei zugrunde liegenden Einstellungen (Persuasion), sondern es betont einige der bereits bestehenden Einstellungen und verleiht ihnen damit für die Gesamtbewertung ein besonderes Gewicht. Zur Bewertung einer Partei ziehen Menschen nämlich nicht sämtliche verfügbaren Informationen über die innenpolitischen, außenpolitischen, wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen und vermeintlichen Kompetenzen der Partei heran. Dies wäre viel zu aufwändig. Stattdessen beurteilen sie die Partei anhand derjenigen Informationen, die zum Zeitpunkt der Bewertung „top-of-the-head“, also gedanklich gerade präsent sind (vgl. Iyengar/Kinder 1987). Welche Themen dies sind, wird auf dem Weg des Agenda-Setting maßgeblich von der Medienberichterstattung bestimmt: Durch die Häufigkeit der Berichterstattung über ein Thema und durch die Platzierung und Aufmachung der entsprechenden Berichte legen die Massenmedien fest, welche Themen von der Bevölkerung als wichtig, dringlich und als lösungsbedürftig angesehen werden – und welche Themen unter den Tisch fallen (vgl. Bretschneider 2002a). Erhöht sich also aufgrund der Betonung eines Themas in der Berichterstattung die Aufmerksamkeit, die die Bevölkerung diesem Thema schenkt, dann profitiert davon diejenige Partei, der in diesem Politikfeld von der Bevölkerung die größte Kompetenz zugeschrieben wird. Dominieren in der Berichterstattung beispielsweise

Abb. 4: Medieneinflüsse im sozialpsychologischen Modell zur Erklärung des Wählerverhaltens



Umweltthemen, dann nützt dies den Grünen selbst dann, wenn sie in der Berichterstattung gar nicht direkt mit dem Thema in Verbindung gebracht werden. Vor der Bundestagswahl 2002 profitierten SPD und Grüne von der aufkommenden Berichterstattung über einen möglicherweise bevorstehenden Irak-Krieg; sie galten in friedenpolitischen Fragen als kompetenter als die Union. „Die Massenmedien besitzen (also) auch dann einen Einfluss auf die Meinungsbildung und Wahlentscheidung, wenn sie die vorhandenen Einstellungen nicht ändern. Es genügt, sie mehr oder weniger stark zu aktualisieren“ (Kepplinger u. a. 1989, S. 75).

Kandidatenorientierungen

Was für die Beeinflussung der Themenorientierungen durch die Medienberichterstattung gilt, trifft auch auf die Berichterstattung über Spitzenpolitiker zu. Allerdings sind bei der Berichterstattung über Personen direkte Auswirkungen der in den Medien vorgenommenen Bewertungen häufiger festzustellen als bei der Berichterstattung über Themen. Der Grund: Einstellungen zu Politikern sind nicht so stark mit zentralen Elementen des individuellen Orientierungssystems verknüpft wie Einstellungen zu politischen Sachfragen. So stellt die Umbewertung eines Politikers nicht unbedingt die eigenen politischen Grundüberzeugungen in Frage. Entsprechend schwanken in Meinungsumfragen die Einstellungen zu Politikern meist stärker als die Einstellungen zu politischen Sachfragen.

Auch in der Medienberichterstattung kommt es zu Umbewertungen von Spitzenpolitikern; aus „Medienlieblingen“ werden „Medienopfer“. Schneller noch, als ein Politiker „hochgeschrieben“ wird (häufige und positive Berichterstattung), wird er wieder „fallen gelassen“ (keine Berichterstattung mehr) oder „abgesägt“ (negative Berichterstattung). Aber die Medienberichterstattung kann die Gesamtbewertung von Politikern nicht nur direkt beeinflussen, sondern auch indirekt – über Image-Agenda-Setting. So beruht der Gesamteindruck, den man von einem Spitzenpolitiker hat, auf der Wahrnehmung ganz unterschiedlicher Eigenschaften. Aus der Sicht der Bevölkerung sind in der Regel seine Themenkompetenz und seine Integrität von besonderer Bedeutung. Es folgen Leadership-Qualitäten: Entschlossenheit, Tatkraft, Entscheidungsfreude. Am unwichtigsten erscheinen die unpolitischen Merkmale, wie sein Aussehen und sein Familienleben (vgl. Brettschneider 2002b). Die meisten Menschen haben mehr oder weniger vielschichtige Vorstellungen

von den Kandidaten für das Kanzleramt. Diese Vorstellungen basieren nicht zwangsläufig auf den tatsächlichen Eigenschaften der Kandidaten, denn kaum ein Wähler kennt sie persönlich. Stattdessen beruhen solche Images auf den von den Wählern wahrgenommenen Eigenschaften der Spitzenpolitiker. Deren Grundlage ist fast ausschließlich die Berichterstattung der Massenmedien. Ob und wie ein Politiker wahrgenommen wird, hängt also wesentlich davon ab, wie ihn die Medien darstellen.

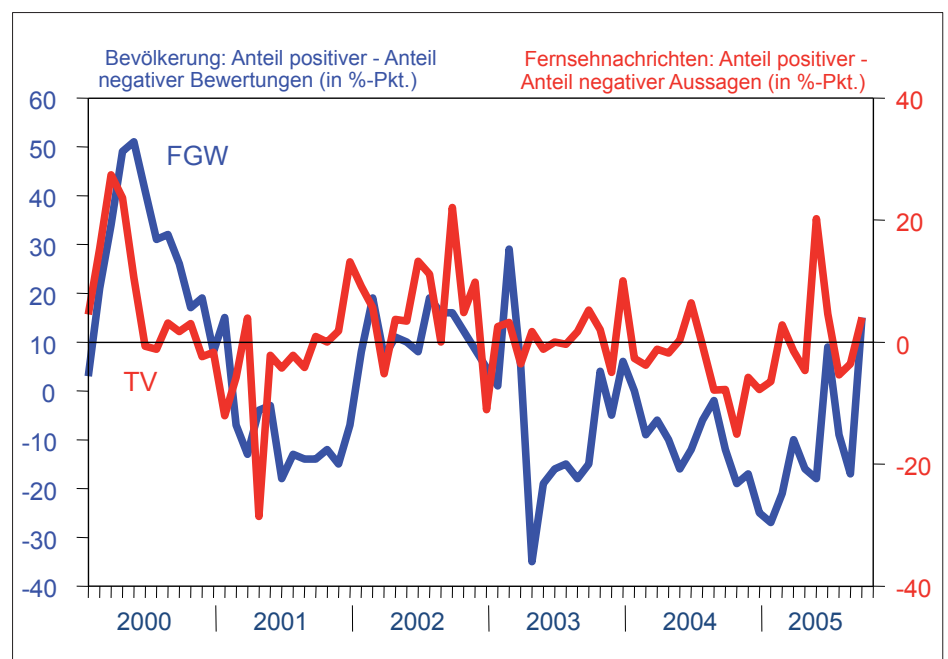
Wie beim themenbezogenen Priming stehen bei der Gesamtbewertung eines Politikers durch die Wähler jene Gesichtspunkte im Mittelpunkt, die zum Zeitpunkt der Wahlentscheidung „top-of-the-head“ sind, weil sie in der Berichterstattung dominieren. In der Medienberichterstattung häufig erwähnte Eigenschaften erhalten für die Gesamtbewertung eines Kandidaten ein größeres Gewicht als die selten erwähnten Eigenschaften. Konzentriert sich die Berichterstattung über Kandidaten beispielsweise auf deren Führungskraft, so werden für die Gesamtbewertung der Kandidaten eher die Beurteilungen ihrer Führungsqualitäten herangezogen als beispielsweise die Bewertung ihrer Vertrauenswürdigkeit. Weil die einzelnen Eigenschaften von Politikern unterschiedlich beurteilt werden können, schlägt sich ein solches Image-Agenda-Setting in ihrer

Gesamtbewertung nieder. So ist es für Angela Merkel, die als integer aber Führungsschwach gilt, ungünstig, wenn in den Medien allgemein der Aspekt „Führungskraft“ thematisiert wird.

Erneut gilt natürlich: Die Stärke des entsprechenden Medieneinflusses variiert mit der Konsonanz der Berichterstattung, und sie hängt davon ab, ob der Rezipient über ein parteipolitisch gefestigtes Weltbild verfügt, aus dem heraus sich ein Großteil seiner Einstellungen zu den Kandidaten ergibt. Ist dies nicht der Fall und existiert ein relativ einheitlicher Medientenor, dann sind Medienwirkungen auf die Beurteilung der Kandidaten wahrscheinlich. Dass dies häufig vorkommt, zeigen der Vergleich der medialen Bewertung von Spitzenpolitikern und ihre in Umfragen ermittelte Bewertung durch die Bevölkerung. Beispielsweise folgt die Bewertung Angela Merkels in Meinungsumfragen mit einer kurzen zeitlichen Verzögerung der Bewertung Angela Merkels in den Fernsehnachrichten (vgl. Abbildung 5). Dabei schlägt sich eine Verschlechterung der Berichterstattung schneller in den Einstellungen der Wähler nieder als eine Verbesserung.

Fasst man sämtliche Medieneinflüsse zusammen, so zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Berichterstattung über die Parteien und ihre Spitzenkandidaten sowie der Bewertung der Parteien und Kandidaten durch die Bevölkerung. Vor der Bun-

Abb. 5: Die Bewertung von Angela Merkel in den Hauptnachrichtensendungen des Fernsehens und durch die Bevölkerung 2000-2005



Basis: sämtliche Aussagen über Angela Merkel in den Nachrichtensendung Tagesschau, Tagesthemen, Heute und Heute-Journal, RTL aktuell, SAT.1 18:30, ProSieben Nachrichten. Fragewortlaut der repräsentativen Bevölkerungsumfragen: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit Angela Merkel?“. Datenquellen: Media Tenor, Infratest dimap.

destagswahl 2002 konnte man diese Agenda-Setting- und Priming-Effekte ebenso gut beobachten wie vor der Bundestagswahl 2005. In dem Maße, in dem vor der Bundestagswahl 2002 in den Medien das Thema Außenpolitik – insbesondere die Haltung gegenüber einer deutschen Beteiligung an einem damals hypothetischen Angriff der USA auf den Irak – an Bedeutung gewann, maß auch die Bevölkerung diesem Thema eine wachsende Bedeutung bei. Dies nützte der amtierenden Regierung, da ihr die Bevölkerung im Monat vor der Wahl in diesem Themenfeld die größere Problemlösungsfähigkeit zuschrieb. Drei Monate früher, im Juli 2002, als die Themen Wirtschaftspolitik und Arbeitslosigkeit die Medien-Agenda beherrschten, profitierte davon hingegen die Union. Sie wurde in diesem Themenfeldern als kompetenter angesehen. Das Agenda-Setting der Massenmedien – die Betonung der Wirtschaftspolitik und des Arbeitsmarktes – führte zunächst zu einer insgesamt positiveren Medientendenz und damit auch zu einer größeren Unterstützung in der Bevölkerung: Drei Wochen nach dem Umschwung in der Berichterstattung erfolgte der Meinungsumschwung in der Bevölkerung (vgl. Abbildung 6).

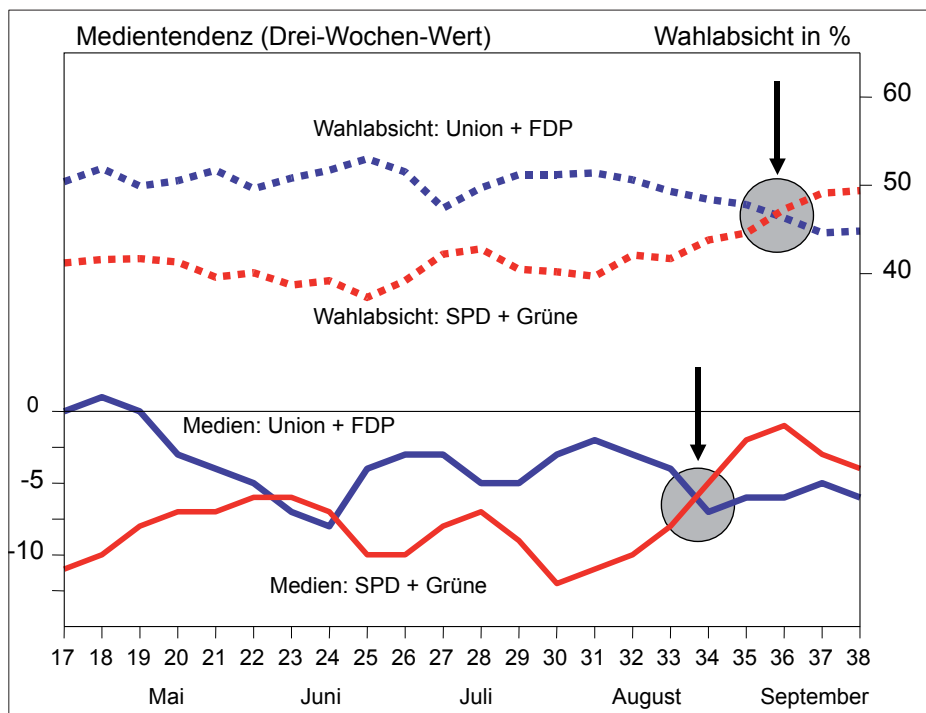
Wahlkampf: Wie sich die Parteien auf die Medienlogik einstellen

Auch die für den Wahlkampf verantwortlichen Parteimanager und die speziell in Wahlkampfzeiten angeheuertten Spin-Doktoren und Medienberater wissen um die Bedeutung der Massenmedien. Sie versuchen daher, die Medienberichterstattung zu Gunsten ihrer Partei oder des von ihnen betreuten Kandidaten zu beeinflussen. Zwei Ziele stehen dabei im Mittelpunkt: Erstens müssen die eigene Partei und ihr Spitzenkandidat von den Wahlberechtigten wahrgenommen werden. Diese Aufmerksamkeit kann keinesfalls als selbstverständlich vorausgesetzt werden, denn für die meisten Menschen zählt Politik nicht gerade zu den Lebensbereichen, mit denen sie sich kontinuierlich beschäftigen. Zudem konkurriert die Politik mit vielen anderen Bereichen und Akteuren – etwa aus der Unterhaltungsbranche – um die Aufmerksamkeit der Menschen. Zweitens geht es darum, diese Aufmerksamkeit für die Vermittlung der eigenen Botschaften zu nutzen. Auch sollen diese Botschaften in der Berichterstattung möglichst positiv – zumindest aber neutral – bewertet werden. Den Spitzenkandida-

ten kommt bei dieser Vermittlung eine wichtige Aufgabe zu, denn sie verleihen ihrer Partei und ihrem politischen Programm Gesicht und Stimme. Dies ist übrigens – entgegen so mancher Personalisierungs-Behauptung – keine Entwicklung der letzten Jahre. „Neben einer zunehmenden Personalisierung der Wahlentscheidung steht die anhaltende heftige Ablehnung der politischen Parteien schlechthin. Alle Werbeaussagen sollten deshalb so stark personalisiert werden, wie es nur irgend möglich ist“. Diese Strategie stammt nicht etwa aus den letzten Jahren, sondern aus der Wahlkampf- und Werbekonzeption der CDU-Bundesgeschäftsstelle für den Bundestagswahlkampf 1965. Dort heißt es auch: „Personalisierung des Wahlkampfes und der Werbung bedeutet für die CDU = absolute Konzentration auf Ludwig Erhard“. Die zentrale, im Wahlkampf zu transportierende Frage sollte lauten: „Wollt Ihr Erhard oder Brandt?“ (zit. nach Hetterich 2000, S. 301). Allerdings waren die Wahlkämpfe der Union bereits seit 1953 stark auf die Person des Spitzenkandidaten zugeschnitten. Und 1969 warb sie mit dem Slogan „Auf den Kanzler kommt es an“ – es ging um Kurt Georg Kiesinger. 1976 zählten „Helmut Kohl – Kanzler für Deutschland“ und „Helmut Kohl – der Mann, dem man vertrauen kann“ zu den Werbebotschaften der Christdemokraten. Die SPD hatte erstmals im Bundestagswahlkampf 1961 mit Willy Brandt einen „Kanzlerkandidaten“ gekürt. 1965 und 1969 führte sie hingegen Mannschaftswahlkämpfe, um der Popularität Erhards bzw. Kiesingers eine Vielzahl von Persönlichkeiten entgegenzusetzen – etwa Karl Schiller, Alex Möller, Helmut Schmidt. Erst der SPD-Wahlkampf 1972 war völlig auf den Kanzler abgestellt – die Bundestagswahl ging als „Willy-Wahl“ in die Geschichte ein. Und auch 1980 personalisierte die SPD den Wahlkampf – allerdings weniger in Form positiver Selbstdarstellung des eigenen Kandidaten als vielmehr in Form des „negative campaigning“, also der negativen Darstellung des Gegenkandidaten. So basierte der SPD-Wahlkampf zu einem beträchtlichen Anteil auf der Charakterisierung von Franz Josef Strauß als „unberechenbar“.

Welche Strategie auch immer gewählt wird – alleine mit der Person des Kanzlers oder der Kanzlerin wird kein Wahlkampf gewonnen. Entscheidend ist die Verbindung der Kandidaten mit den wahlrelevanten Themen. Dementspre-

Abb. 6: Medientendenz und Wahlabsicht vor der Bundestagswahl 2002



Basis: Die Wahlabsicht wurde mit Hilfe der Sonntagsfrage ermittelt. Die Anteile von Union und FDP sowie von SPD und Grünen wurden addiert. Die Differenz zu 100 Prozent ergibt sich aus den Wählern anderer Parteien. Die 53.880 Interviews werden auf Wochenbasis dargestellt. Die Medientendenz errechnet sich aus dem Anteil positiver Aussagen über eine Partei und ihren Spitzenkandidaten abzüglich des Anteils negativer Aussagen. Erneut wurden die Werte für Union und FDP sowie für SPD und Grüne gemeinsam berechnet. Die Darstellung erfolgt ebenfalls auf Wochenbasis. Für den Dreiwochenwert wurden die aktuelle Berichterstattung und die Berichterstattung in den vorangegangenen zwei Wochen addiert. Datenquellen: Media Tenor, FORSA.

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Wahlkampf zur
Bundestagswahl
1972: Der SPD-
Wahlkampf war
völlig auf den
Kanzler abgestellt.
Die Bundestags-
wahl des Jahres
1972 ging als
„Willy-Wahl“ in die
Geschichte ein.
picture alliance/dpa

chend besitzt das Themenmanagement den größten Stellenwert im Rahmen der Polit-PR. Damit soll die Themen-Agenda, die Tagesordnung der in den Medien diskutierten Themen, so beeinflusst bzw. genutzt werden, dass die eigene Partei und der eigene Kandidat davon profitieren. Das Themenmanagement von Parteien besteht aus den Phasen Analyse, Planung, Umsetzung und Evaluation. In der Analysephase wird mit Hilfe von Meinungsumfragen, mit Fokus-Gruppen und Medieninhaltsanalysen festgestellt, welche Themen aktuell diskutiert werden und für einen selbst günstig bzw. ungünstig sind: Bei welchen Themen wird eine Partei als kompetent angesehen? Bei welchen Themen hat der politische Gegner Schwächen? In der Planungsphase werden diese Themen priorisiert. Sie werden mit den langfristigen Parteizielen abgeglichen und es werden Kernbotschaften entwickelt. Zudem wird geplant, welche Themen von wem und in welcher Phase des Wahlkampfes kommuniziert werden sollen. Auch die Kommunikationsinstrumente – Plakate, Fernsehspots, Wahlkampfreden, Internet-Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit etc. – werden festgelegt. In der Umsetzungsphase folgt die Platzierung der Themen in der Öffentlichkeit. Dabei gilt es, zahlreiche

Erfolgsfaktoren für die Wahlkampfkommunikation zu berücksichtigen: Themen müssen einfach kommuniziert werden. Kandidaten produzieren zu diesem Zweck so genannte Soundbites, also kurze, prägnante Aussagen, die eine Chance haben, von den Medien zitiert zu werden. Die Botschaften werden nach Möglichkeit visualisiert. Wo dies nicht möglich ist, wird zu einer bildhaften Sprache gegriffen – Franz Münteferings „Heuschrecken“ als Bezeichnung für ausländische Finanzinvestoren sind ein gutes Beispiel dafür. Bilder werden von den Menschen schneller wahrgenommen und auch besser erinnert als Texte. Zudem eignen sie sich besser dazu, im Wahlkampf zu emotionalisieren. Ferner sollten die Aussagen immer auf die Kernbotschaften bezogen sein und sie müssen permanent wiederholt werden. Die Wahlkampfzentrale versucht, eine durchgängige Kommunikation über alle Parteigliederungen hinweg sicherzustellen. Dazu gehört auch das Festlegen der „Botschaft des Tages“, also jener Aussage, die von möglichst vielen in der Partei an ein und demselben Tag kommuniziert werden soll, damit die Wahrnehmungsschwelle in der öffentlichen Diskussion überschritten wird. Dabei ist es wichtig, flexibel und anpassungsfähig zu bleiben, um

auf sich ändernde Umfeldbedingungen reagieren zu können.

Neben diesen operativen Regeln wird sowohl in der Planungs- als auch in der Umsetzungsphase immer wieder aufs Neue entschieden, welche Taktik der aktuellen Situation angemessen ist. Drei Taktiken stehen zur Verfügung (vgl. Brettschneider 2002a):

- **Agenda-Setting:** Beim aktiven Setzen der politischen Tagesordnung wird versucht, jene Themen in der Medienberichterstattung zu lancieren oder sie dort zu halten, bei denen entweder die eigene Partei bzw. der eigene Kandidat von der Bevölkerung als kompetent angesehen werden oder bei denen die Bevölkerung bei der gegnerischen Partei und dem gegnerischen Kandidaten Defizite wahrnimmt.
- **Agenda-Cutting:** Es wird aktiv versucht, jene Themen aus der Medienberichterstattung fern zu halten oder sie von dort verschwinden zu lassen, bei denen entweder die eigene Partei bzw. der eigene Kandidat von der Bevölkerung nicht als kompetent angesehen werden oder bei denen die Bevölkerung der gegnerischen Partei und dem gegnerischen Kandidaten Problemlösungsfähigkeit zuschreibt.
- **Agenda-Surfing:** Wenn man das in der Medienberichterstattung existierende

Themen-Set nicht beeinflussen kann – beispielsweise weil sich ein Thema so aufdrängt, wie es bei der Elbe-Flut vor der Bundestagswahl 2002 der Fall war –, dann wird versucht, dieses Themen-Set zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Die Evaluationsphase schließlich dient dazu, die erhofften Wirkungen der eigenen Polit-PR zu überprüfen sowie gegebenenfalls Strategie und Taktik zu justieren.

Fazit und Ausblick

Ohne Massenmedien ist der Wahlkampf undenkbar. Massenmedien vermitteln die für Wähler relevanten Informationen über das thematische und das personelle Angebot der Parteien. Bürger sind auf diese Informationen angewiesen. Mehr Berichterstattung über Sachthemen, weniger Horse-Race-Journalism – das würde die Wählerinnen und Wähler vor Wahlen in die Lage versetzen, sich ein gründlicheres Bild von der Kompetenz der Parteien und ihres Führungspersonals zu machen. Deren Bewertung hängt maßgeblich von dem Themen-Set der Berichterstattung ab. Zwar lässt sich der Wahlausgang nicht alleine – ja, vielleicht noch nicht einmal hauptsächlich – durch die Medienberichterstattung erklären. Langfristige Traditionen und die nach wie vor zahlreich vorhandenen Bindungen von Wählerinnen und Wählern an eine Partei spielen eine größere Rolle. Aber auch Stammwähler wollen erst einmal mobilisiert werden. Die richtigen Wahlkampfthemen sind dafür mit entscheidend. Und die Wechselwähler, zumal diejenigen, die sich erst sehr kurz vor der Wahl entscheiden, nutzen die in den Medien dominierenden Themen als Maßstab zur Beurteilung der Parteien und Politiker. Bei einem knappen Wahlausgang kann es daher entscheidend sein, welche Themen unmittelbar vor der Wahl „gespielt“ werden. Ohne ein aktives Gestalten des kommunikativen Umfeldes – ohne Agenda-Setting, Agenda-Cutting und Agenda-Surfing – lässt sich die Wahl nicht gewinnen. Darüber hinaus stellen sich der Politik- und der Kommunikationswissenschaft einige weiterführende Fragen:

- Wie entwickelt sich die Mediatisierung der Politik weiter? Die Anpassung des Politikerhandelns an die Medienlogik ist eine demokratietheoretisch bedeutende Entwicklung. Pseudo-Ereignisse und symbolische Politik tragen selten zur Behebung gesellschaftlicher Missstände bei. Der Bedeutungsgewinn der Darstellungsebene gegenüber der Entscheidungsebene könnte zu einem Problem werden, wenn das sachge-

rechte Verhalten dem mediengerechten Verhalten untergeordnet wird. Um Missverständnissen vorzubeugen: Politik in einer demokratischen Gesellschaft kann nur durch öffentliche Zustimmung erfolgreich sein. Dies sollte Politiker aber nicht davon abhalten, Sachpositionen auch dann zu beziehen, wenn sie nicht zum kurzfristigen Medienerfolg führen. Die Mediatisierung wird mit der Tendenz zum „permanent campaigning“, zur permanenten mediengerechten Kampagne auch zwischen Wahlen, in der Forschung zum Verhältnis des massenmedialen zum politischen System zukünftig einen breiteren Raum einnehmen.

- Aber nicht nur das mediengerechte Verhalten der Parteien und Politiker verdient mehr Aufmerksamkeit. Notwendig ist auch eine Debatte über die Erwartungen an die politische Berichterstattung der Journalisten. Verkürzung, Negativismus und Entertainisierung der Politikberichterstattung sind nicht naturgegeben, sondern beruhen auf journalistischen Konventionen. Konventionen lassen sich hinterfragen und gegebenenfalls ändern. Dienen sie einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung in der Gesellschaft? Tragen sie dazu bei, dass Menschen am Wahltag eine begründete Entscheidung treffen können? Versorgt die Berichterstattung die Bevölkerung mit einem realitätsgerechten Bild von der Politik?
- Und schließlich stellt sich die Frage nach dem geänderten Mediennutzungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Vor allem in den jüngeren Bevölkerungsgruppen schickt sich das Internet an, die klassischen Massenmedien als Hauptinformationsquelle zu verdrängen. Das Web 2.0 bietet ihnen zudem die Möglichkeit, sich im Rahmen von Social Networks wie Facebook oder StudiVZ mit anderen Menschen themenbezogen zu vernet-

zen. Die interpersonale Kommunikation könnte – in ihrer computervermittelten Variante – eine Renaissance erleben. Die Parteien beginnen, sich mit dem Wahlkampf 2009 – mit der Präsenz in YouTube, in Blogs und Foren – darauf einzustellen.

LITERATUR

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (1996): Politik überzeugend vermitteln. Wahlkampfstrategien in Deutschland und den USA. Gütersloh.
- Brettschneider, Frank (2002a): Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B49–50, S. 36–47.
- Brettschneider, Frank (2002b): Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden.
- Brettschneider, Frank (2009): Die „Amerikanisierung“ der Medienberichterstattung über Bundestagswahlen. In: Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard/Falter, Jürgen (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. (1960): The American Voter. New York u.a.
- Donsbach, Wolfgang (1991): Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten. Köln u.a.
- Hetterich, Volker (2000): Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. Opladen.
- Iyengar, Shanto/Kinder, Donald R. (1987): News That Matters. Television and American Opinion. Chicago u.a..
- Kepplinger, Hans Mathias (1998): Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft. Freiburg, u.a..
- Kepplinger, Hans Mathias/Gotto, Klaus/Brosius, Hans-Bernd/Haak, Dietmar (1989): Der Einfluss der Fernsehnachrichten auf die politische Meinungsbildung. Freiburg.
- Klapper, Joseph T. (1960): The Effects of Mass Communication. New York.
- Krüger, Udo Michael/Müller-Sachse, Karl H./Zapf-Schramm, Thomas (2005): Thematisierung der Bundestagswahl 2005 im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen. In: Media Perspektiven, 12/2005, S. 598–612.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel (1968; Erstauflage 1944): The People's Choice. How the Voter Makes up His Mind in a Presidential Campaign. 3. Auflage. New York, London.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1973): Kumulation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt. Ein neuer Ansatz zur Analyse der Wirkung der Massenmedien. In: Publizistik, 18/1973, S. 26–55.
- Patterson, Thomas E. (1993): Out of Order. New York.
- Postman, Neil (1988): Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie. Frankfurt a. M.
- Schulz, Winfried (1998): Wahlkampf unter Vielkanalbedingungen. Kampagnenmanagement, Informationsnutzung und Wählerverhalten. In: Media Perspektiven, 8/1998, S. 378–391.
- Wattenberg, Martin P. (1996): The Decline of American Political Parties 1952–1994. Cambridge, London.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Frank Brettschneider ist Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim. In seiner Forschung beschäftigt er sich u. a. mit Wählerverhalten, Medienwirkungen, Wahlkampagnen und Themenmanagement.

Wahlplakate im historischen Wandel

Dirk Schindelbeck

Plakate sind aus unserer Lebenswelt nicht mehr wegzudenken. Politische Plakate – und Wahlplakate im Besonderen – zielen mit ihren Slogans und Bildmotiven darauf ab, (partei-)politische Themen auf Kernaussagen zu reduzieren und die Identifikation mit Kandidaten und Parteien zu erhöhen. Obwohl Plakate durch veränderte Wahlkampfstrategien im Medienzeitalter beim Prozess der Mobilisierung von Wählern an Bedeutung verloren haben, bleiben sie ein „zeitloses“ Medium des Wahlkampfes. Wahlplakate sind in ihrer Wirkkraft stets zeitgebunden, weil sie vom kollektiven Bildfundus und -gedächtnis ihrer jeweiligen Zeit geprägt werden. Dirk Schindelbeck lädt in seinem Beitrag zu einer kleinen Zeitreise durch die Welt bundesdeutscher Wahlplakate ein und zeigt jene Wendepunkte auf, welche für die Geschichte der Massenbeeinflussung in der Bundesrepublik von Bedeutung waren. Die aufgezeigten Querverbindungen zur Werbe- und Gebrauchsgrafik, „Enthüllungen“ und die skizzierten Hintergründe einzelner Wahlwerbekampagnen schließlich gewähren überraschende Einblicke in Wahlkampfstrategien. |

Alles was bleibt, ist ein Slogan!

Wollte man über ein Meinungsforschungsinstitut in Erfahrung bringen, was an Wissen über frühere Bundestagswahlkämpfe in der Bevölkerung noch vorhanden und abrufbar ist, so würde sich außer einer Handvoll von Sprüchen vermutlich nicht allzu viel zutage fördern lassen. Es sind und bleiben immer wieder die Slogans, die, in Verbindung mit den ihnen zugeordneten Kandidaten, selbst noch dann als stellvertretende Zeichen historischer Umbruchsituationen in der kollektiven Erinnerung greifbar bleiben, wenn die heiße Phase des dazugehörigen Wahlkampfes längst vorüber ist und das Tagesgeschäft die politischen Akteure wieder in Beschlag genommen hat. Noch immer wird politische Werbung deswegen als Ausnahme von der „normalen“ Werbung wahrgenommen. Schließlich weiß jeder, dass sie von einem Absender stammt, der kein Produkt verkaufen will, sondern „nur“ um Stimmen wirbt. Ein allgemeines Bewusstsein dafür, dass auch politische Werbung wie Wirtschaftswerbung von

Spezialisten im Auftrag von Parteien gemacht wird, existiert wohl erst seit 1998. In diesem als legendär geltenden Wahlkampf, auf den unten noch detaillierter eingegangen wird, stand erstmals die ausführende Werbeagentur KNSK mit auf der Bühne der siegreichen politischen Akteure und ließ sich feiern. Übrig geblieben in der kollektiven Erinnerung ist aber selbst von diesem Wahlkampf kaum mehr als der „Wir sind bereit!“-Slogan, der die SPD unter Gerhard Schröder seinerzeit an die Macht brachte.

Polit-Werber und ihre Mittel

Vor einem guten halben Jahrhundert lag politische Werbung noch ausschließlich in der Hand dafür zuständiger Ministerien wie etwa demjenigen „für Volksaufklärung und Propaganda“ des Herrn Goebbels während der NS-Zeit oder später der „Abteilung für Agitation und Propaganda beim ZK der SED“ zu DDR-Zeiten. Wer selbst an der Macht war, meinte schließlich am besten zu wissen, wie eine erfolgreiche Massenbeeinflussung ins Werk zu setzen sei. Überdies wollte sich keine Parteizentrale gern in die Karten sehen lassen, und schlussendlich schien es eine Selbstverständlichkeit zu sein, dass man für politische Ideen und Ideologien anders warb als für Produkte. Hierbei dienstleistende Berater von außen wie z.B. Werbefachleute oder PR-Spezialisten hinzuziehen, schien ein Widerspruch in sich selbst zu sein.

Eines der Hauptmittel politischer Massenbeeinflussung ist neben der Rede seit jeher das Plakat, welches – das Wort sagt es ja selbst – mit plakativen Mitteln wirken will. Das verweist auf einen schmalen zur Verfügung stehenden Fundus von Mitteln und Möglichkeiten. Wie eh und je gibt es den Typ des Text- und des Bildplakats, in der Endphase von Wahlkämpfen finden sich fast nur noch Kopfplakate mit Bildern der Kandidaten. Dazu treten dann (neben ihren Namen) wenige, meist an einer Hand abzuzählende Wörter und Begriffe zur Kennzeichnung der politischen Botschaft. Zum Ausdruck gebracht wird diese mithilfe eines eng begrenzten Reservoirs positiv besetzter Formeln wie Freiheit, Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit, Wohlstand, Aufschwung, Zukunft, Stabilität, Erfolg, Vertrauen, Fortschritt, Demokratie, Deutschland, Menschen,

neu, sozial, modern, menschlich, besser, näher, vorwärts, aufwärts usw.



Wenig Aussage, blasser Ansporn:
CDU-Plakat von 1987.

Quelle: R. Diederich/R. Grübling:
Stark für die Freiheit. Die Bundesrepublik im
Plakat. Hamburg 1989, S. 136.

Hinzu kommt eine kleine Anzahl von Anti-Attributen, die Verwendung im sogenannten Negative Campaigning zur Charakterisierung oder Diffamierung des politischen Gegners finden wie z.B. „Sozialismus“, „Schulden“, „reich“, „rote Socke“ und Ähnliches. Es liegt auf

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Brückenbauen in die Zukunft? – Wahlplakat der SPD von 1969. picture alliance/dpa

der Hand, dass sich aus diesem begrenzten Reservoir nicht unendlich viele Appelle generieren lassen, sodass die Wahlslogans der letzten 60 Jahre nicht nur wenig Neues bieten, sondern sich häufig sogar bis in die Wortfolge hinein wiederholen. So warb beispielsweise die SPD 1969 mit dem Spruch „Wir schaffen das moderne Deutschland!“. Im Wahljahr 2002 entwickelte die Werbeagentur KNSK für dieselbe Partei und mithilfe eines Millionenetats den Slogan „Für ein modernes Deutschland!“

Wahlplakate auf Zeitgeistsuche

Dass sich auf diesem Feld so wenig verändert hat, liegt indessen weniger an der Phantasielosigkeit der für die Politwerbung Verantwortlichen, sondern daran, dass die Begriffe an Probanden auf ihre Resonanzfähigkeit hin getestet werden, um ein Maximum an Massenwirkung sicherzustellen. Erstaunlicherweise sind es immer wieder die altbekannten Worthülsen und Allgemeinplätze, die sich offensichtlich als unverzichtbar erweisen. Sie mögen freilich zu anderen Zeiten anders klingen. Werden aus diesen Begriffen (Marketingleute sprechen gern von „Markenkernen“) nun Wahlplakate generiert, so geschieht dies meist mit der Intention, die Gesamtkomposition aus Text und Bild suggestiv aufzuladen und sie in den Zeitgeist des jeweiligen Umfelds so einzupassen, dass die alten Vokabeln durch neu hinzutretende Protagonisten in frischem Glanz erstrahlen und sich neu ausdeuten lassen.

Ich möchte im Folgenden eine kleine Zeitreise durch die Welt bundesdeutscher Wahlplakate unternehmen, um an ausgewählten Beispielen jene Wendepunkte aufzuzeigen, welche für die Geschichte der Massenbeeinflussung in der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung waren. Wie andere Plakate können auch Wahlplakate nicht aus der Zeit fallen, in welcher sie entstanden sind. Sie werden in ihren Bild- und Wortappellen zwangsläufig aus jenem Bildfundus gespeist, der die sie umgebende Massenkommunikation auch prägt. Aus der Retrospektive freilich fällt ihre Dechiffrierung nicht immer leicht, weil das Material, aus dem sie sich nährten, heute vielfach nicht mehr greifbar, nicht präsent oder auch nur bekannt ist.

Als einer der legendärsten Slogans der deutschen Wahlgeschichte gilt noch immer der CDU-Slogan von 1957 „Keine Experimente!“ Bis heute scheint er wie ein genial dahingeworfener erratischer Block in der Kommunikationslandschaft der späten 1950er Jahre zu



Verjüngungskur durch Gebrauchsgrafik:
CDU/CSU-Plakat zur Bundestagswahl
1957.
picture alliance/dpa

liegen. Im Januar 1989 machte ich dazu ein Interview mit einem der Beteiligten, dem Essener Werbefachmann Hubert Strauf (1904-1993), der in der Werbeszene als überaus erfolgreich galt, seit er 1954 mit „Mach mal Pause“ den für die Arbeitsgesellschaft der schweißtriefenden Aufbaujahre so passgenauen Coca-Cola-Slogan erfunden hatte: „Von mir aus hab ich mich eigentlich nicht in die Politik eingemischt. Aber als dann nach den ersten Schauerjahren in der jungen Bundesrepublik die 57er Wahl kam, trat man auf mich zu. Alte Freunde von mir wie Heinrich Krone, Rüdiger Altmann, Johannes Gross und Peter Horn waren ja inzwischen in Amt und Würden. Und es hieß wohl: ‚Strauf macht doch so wirksame Reklame, können wir den nicht mal herholen?‘ Und so kam ich dann vor den Wahlkampfausschuss auf die Akademie Eichholz und unterbreitete dort aus dem hohlen Bauch meinen Vorschlag ‚Keine Experimente!‘. Natürlich wurde ich nicht sofort begeistert aufgenommen. Man suchte mehr ‚politische Botschaft!‘. Ich musste eindringlich erinnern an die Situation des schlichten Wählers, der mit sich allein hinter dem Schirm der Wahlzelle nach dem richtigen Platz für sein Kreuzchen sucht: An was denkt zum Beispiel Lieschen Plüsch in den wenigen Augenblicken? An die großen Momente politischer Entscheidungen, an Ihre fulminanten Reden im Bundestag, an Ihre emsigen Bemühungen um Ihr Image? Wohl kaum, die hat ganz andere Vorstellungen. Woher ich das denn wüsste und wie ich drauf käme? Ich antwortete: Wie ich drauf komme, weiß ich nicht. Ich bin ein Arbeitersohn aus Essen, habe immer guten Kontakt mit Mitmen-

schen aller Schichten halten können, in der Jugendarbeit, in der Wohlfahrt, im Studium – ich habe eine ‚gute Nase‘, wenn Sie so wollen. Ich wurde in der Diskussion richtig auseinandergenommen: Das schaukelte sich immer höher, und mein Vorschlag schien schon vom Tisch, bis folgende Worte Konrad Adenauers die Diskussion entschieden: ‚Nee, nee, meine Damen und Herren, wenn die Reklamefritzen das meinen, dann machen wa dat so!‘ Ihm hatte die Lösung von Anfang an zugesagt, ihm imponierte ja gerade, dass das eben keine politische Formulierung war, sondern die Umsetzung der allgemeinen Weisheit ‚Mitten im Strom soll man die Pferde nicht wechseln!‘. Ich hatte nichts mehr getan als eine Kurzform mit Musik, eine werbewirksame Form zu finden.“

Hubert Strauf hat diese Geschichte immer sehr gern erzählt. Sie tat seinem Selbstwertgefühl als „Reklamefritze“, der seinerzeit nur über den Hintereingang zur Wahlkampfkorona vorgelassen wurde (heute werden seine Nachfahren, die sogenannten Spin-Doctors, als heilsbringende Meister der Massenkommunikation auf Händen getragen), sichtlich wohl. Bis heute hat es den Anschein, als habe er mit diesem Slogan der CDU zu jenem Wahlsieg verholfen, der in der Geschichte der Bundesrepublik so einzigartig dasteht, da er der Union die absolute Mehrheit bescherte. Peter Radunski, der bekannte Wahlkampfmanager der CDU, hat die Kampagne noch 1980 in den höchsten Tönen gepriesen: „Ein guter Slogan muss ins Zentrum einer Kampagne rücken. Er soll ausdrücken, worum es bei der anstehenden Wahl geht und im besten Falle auch das Motiv für die Wahl einer Partei oder Person mitliefern. Wie sehr ein Slogan das ausdrücken kann, was in der Luft liegt und was die Grundstimmung in der Wählerschaft ausmacht, hat der CDU-Slogan von 1957 ‚Keine Experimente!‘ gezeigt, der später als Charakteristikum für die politische Stimmung am Ende der 1950er Jahre galt. Seine Aussagekraft hat sich fast zu einem geflügelten Wort verselbstständigt.“

Was Strauf freilich nicht erzählte, war das Faktum, dass es diesen Slogan bereits ein gutes dreiviertel Jahr vorher gab – als Werbespruch der Weinbrand-Marke Jacobi 1880, die unter diesem Slogan bereits im Januar 1957 verkündete: „Jeder vernünftige Mensch entscheidet sich für das Beste. Auch bei der Wahl eines Weinbrandes (...). Jacobi ‚1880‘ schmeckt mit 18 und mit 80.“



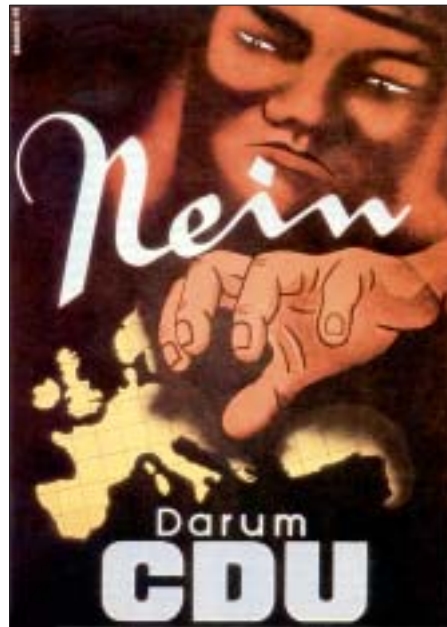
„Keine Experimente“ – bei der Wahl Ihres Weinbrands... Anzeige in „Das Schönste“ (Januar 1957).

Quelle: Kultur- und werbegeschichtliches Archiv Freiburg

Für was sich der bundesdeutsche Wähler im September 1957 entschied, ist bekannt. In der Weinbrand-Frage vielleicht für Jacobi 1880 (gegründet), in der Politik-Frage mit Mehrheit für Adenauer (1876 geboren), wählbar mit 18 (bzw. damals noch 21) und mit 80. „Keine Experimente“, als magische Chiffre für Westintegration, Wirtschaftswunder und Rentenreform, führte zum überwältigenden Wahlsieg mit 50,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Kampagne war, wie Heidrun Abromeit schon 1972 feststellte, also nicht nur „weitgehend denen der Markenartikelwerbung angenähert: Die Wahlarumente kulminieren kaum in Thesen und Programmen, sondern vor allem in der Person des 81-jährigen Bundeskanzlers als der ‚Produktpersönlichkeit‘“ – sie war mehr, nämlich die direkte Coverversion einer Wirtschaftswerbekampagne. Es mag gut sein, dass sich der Werbefachmann selbst gar nicht bewusst war, dass er eine vorliegende Konsumbotschaft zur Verwendung in einer Wahlkampagne vorgeschlagen hatte. Die Tatsache als solche ist indessen Beweis genug für den grundlegenden Paradigmenwechsel in der politischen Massenbeeinflussung der Zeit und Beleg dafür, woraus sich diese seither speist.

Im Propagandamodus des Kalten Krieges

Der erste „moderne“ Wahlkampf in der Bundesrepublik war also derjenige von 1957, weil er deutlich erkennbar nicht mehr im alten Propagandamodus geführt wurde, sondern – schon kurze Zeit später heftig beklagt – die Phase der bis heute andauernden sogenannten „Waschmittelwahlkämpfe“ („Persil spricht nur von Persil!“) in der Bundesrepublik einleitete. Der Quantensprung zeigt sich umso deutlicher, wenn man Wahlplakate aus den Jahren 1949 oder 1953 daneben hält, die noch sämtlich in den Parteizentralen und ohne externe Berater aus der Wirtschaftswerbung konzipiert und lediglich unter Hinzuziehung eines externen Grafikers umgesetzt wurden.



Bollwerk gegen die „rote Gefahr“: CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1949 in Propagandamanier.

Quelle: R. Diederich/
R. Grübling: Stark für die Freiheit. Die Bundesrepublik im Plakat. Hamburg 1989, S. 27.

Wie später in der Nachkriegszeit niemals mehr verdichtete sich in ihnen die Bedrohungssituation des Kalten Krieges in geradezu paranoid anmutenden Bildwelten, etwa in jener mongoloid verzerrten Russenfratze, die gierig hinter der noch verbliebenen deutschen Landmasse auftauchte, um sie sich einzuverleiben. Noch 1955 beschwor Außenminister Heinrich von Brentano solche Horrordimensionen von Hunnenüberfällen vergangener Jahrhunderte: „Damals standen vor den Toren des Abendlandes die heidnischen Nomadenscharen des Ostens; Verderben und Untergang drohten. Jetzt stehen wiederum, nicht sehr viel weiter entfernt, die Massen des Ostens, und wiederum sehen wir der Gefahr ins Auge, dass das Abendland von ihnen überrannt wird und ihnen zur Beute fallen kann.“



Monster-Kornkäfer bedrohen unsere Felder: Plakat aus einer Serie des Raiffeisenverbandes von 1953.

Quelle: Kultur- und werbegeschichtliches Archiv Freiburg

Doch auch solche Wahlplakate hatten – aus heutiger Sicht erstaunlich – in der zeitgleichen Wirtschaftswerbung ihre direkten Entsprechungen, wie etwa ein Raiffeisenplakat von 1953 belegt, das aus demselben Motیفundus schöpft und sich zudem ähnlicher Gestaltungsmittel bedient, wenn sich auf ihm ein zum gigantischen Monstrum stilisierter Kornkäfer über ein Getreidefeld hermachen will. Die Parallelen sind nicht nur frappierend, sie zeigen ihre gemeinsame Wurzel in der NS-Propaganda-Tradition. Diese ist sogar lebensgeschichtlich fixierbar, hatte doch der Grafiker des Raiffeisenplakats Fritz Kükenthal (1893-1974) beim Plakatwettbewerb anlässlich der Olympischen Spiele 1936 den 2. Preis errungen.

Ende der alten Gebrauchsgrafik

Gleichwohl gibt es eine Gemeinsamkeit zwischen diesen noch sehr Propaganda-affinen Plakaten von 1949/53 und dem „Keine Experimente“-Plakat von 1957. Generell wurde deren ästhetische Umsetzung noch wie selbstverständlich in die Hände damals sogenannter Gebrauchsgrafiker gelegt. Das Ergebnis war 1957 die geradezu ikonenhafte Überhöhung Adenauers: „Ein österreichischer Künstler wurde berufen, das eindrucksvolle Gesicht des Kanzlers zu verjüngen und zu dramatisieren. In freier Anlehnung an eine Photographie stellte Aigner ihn in tiefem Ernst dar, sonnengebräunt, blond und mit durchdringenden, strahlend blauen Augen, die dem Betrachter zu folgen schienen.“ Was heutzutage mit-

hilfe von „Tools“ aus einem digitalen Grafik-Programm bewerkstelligt wird – etwa die Ent-Faltung und Mundwinkel-Liftung Angela Merkels im aprikotfarbenen Blazer auf dem CDU-Wahlplakat „Deutschlands Chancen nutzen“ von 2005 – war 1957 noch das Ergebnis guter Handwerklichkeit. Nur solche Grafik konnte seinerzeit leisten, was keine noch so raffinierte Fotomontage hätte bewerkstelligen können: Einen 81-Jährigen glaubhaft verjüngt wie einen 60-Jährigen zu präsentieren. Gleichwohl waren die Tage der alten, an Lucian Bernhard und Ludwig Hohlwein erinnernden, großen Zeiten der Gebrauchsgrafik, wie sie sich zwischen 1900 und 1914 entwickelte hatte, gezählt. Heute ist sie auf Wahlplakaten so gut wie ausgestorben. Schon in den 1960er Jahren bereitete ihr der immer stärker aufkommende Fotorealismus den Garaus. Dabei besitzt die Grafik – gerade im Hinblick auf die Propagierung politischer Inhalte – auch noch eine andere, nicht zu unterschätzende zeichnerische Qualität. Sie vermag nämlich, was ein Foto nur schlecht kann: Visionen, Utopien sinnfällig zu machen. Die einzige Partei, die sich unter diesem Kommunikationsziel gebrauchsgrafischer Traditionen bediente, waren immer einmal wieder die Grünen (vor allem über die Plakate der Grafik-Werkstatt Bielefeld) in den 1970er Jahren – zu einer Zeit freilich, als sie noch nicht im Parlament saßen. So kann beispielsweise eine Kinderzeichnung Träume und Wünsche glaubhaft formulieren.



Zukünftige Generationen mahnen:
Kinderzeichnung als Wahlkampfmotiv der
Grünen von 1979.

Quelle: R. Diederich/R. Grübling:
Stark für die Freiheit. Die Bundesrepublik im
Plakat. Hamburg 1989, S. 112.

Advertising Agencies ante portas

Der Stil bundesdeutscher Wahlkämpfe wurde aber auch auf eine untergründige Weise von ökonomischen Entwicklungen beeinflusst, die sich auf dem Sektor werblicher Kommunikationsdienstleistungen in den 1960er Jahren abspielten. Als einer der ersten Inhaber einer Werbeagentur nach dem Zweiten Weltkrieg war Strauf – wie wir sahen – eher zufällig auch politikberatend tätig geworden. In den späten 1960er, frühen 1970er Jahren wurden solche Dienstleistungsverhältnisse die Regel – aus dem schlichten Grund, weil es in den 1950er Jahren noch kaum Werbeagenturen in der Bundesrepublik gegeben hatte. Solche Formen der Kommunikationsdienstleistung nach US-amerikanischem Vorbild begannen sich erst Mitte der 1960er Jahre flächendeckend in der Bundesrepublik durchzusetzen. Erst in den 1970er Jahren wurde es gang und gäbe, dass Werbeagenturen neben ihren vielen Kunden aus der Markenartikel-Industrie auch die politische Werbung von Parteien betreuten. Eine der bekanntesten unter ihnen war die Solinger Agentur von Mannstein, die jahrelang für die CDU arbeitete und z.B. die erotisch aufgeladene Kampagne zur Bundestagswahl 1976 „Komm aus deiner linken Ecke“ entwickelte.



„Humorvolles“ Negativ-Campaigning mit
Sex-Appeal: CDU-Plakat zur Bundestags-
wahl 1976. Quelle: www.mannstein.de

Bewusstseinswelten im Wahlplakat

Schon von daher ist leicht nachzuvollziehen, dass der Rekurs auf Lebensstandard und Konsumniveau der Bevölkerung seit den 1960er Jahren bzw.

deren Darstellung in der bundesrepublikanischen Wahlwerbung zwangsläufig immer intensiver ausfallen musste. Anfangs geschah dies oft noch recht oberflächlich, wenn Appelle aus der Wirtschaftswerbung bloß schlecht imitiert wurden oder wohlfeile Versatzstücke die Höhe der Zeit symbolisieren sollten wie etwa in der Nummernschilder-Kampagne der SPD von 1965, die geradezu darauf spekulierte, als Reflex auf den inzwischen erreichten hohen Grad von Massenmotorisierung wahrgenommen zu werden. Ihre reduzierte Ästhetik sowie der Lakonismus ihres Auftritts entsprachen indes dem vorherrschenden Zeitgefühl der 1960er Jahre, das sich – im deutlichen Gegensatz zu den so ornamentverliebten 1950er Jahren – als kritisch, nüchtern, funktional und sachlich verstand. Schon hier wird auch der Wurzelgrund sichtbar, aus dem dann 1969 die erfolgreiche SPD Kampagne „Wir schaffen das moderne Deutschland“ hervorging – wie überhaupt die Vokabel „modern“ weit öfter als Attribut bei der SPD auftaucht als bei der CDU, die ihrerseits die Qualität „sicher“ deutlich häufiger für ihre politischen Ziele in Anspruch nahm.



Konkrete Poesie als Spiel mit Autonomern:
Wahlwerbung der SPD von 1965.

Quelle: Bundesbildstelle

Allzu vorschnelle Adaptionen modischer Zeitströmungen sind dennoch bis heute die Ausnahme geblieben – exemplarisch etwa auf dem im Pop-Art-Stil werbenden KPD-Plakat für die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre von 1971. Generell lässt sich festhalten: Je mehr berechnete Hoffnungen sich eine Partei machen kann, an die Regie-

rung zu kommen, desto „seriöser“ fällt ihre Wahlwerbung aus. Wer sich von vornherein keinerlei Chancen auf eine Beteiligung an der Macht ausrechnet, ist leicht geneigt, dem Wähler mit ausgefallenen Motiven und Botschaften ein Kontrastprogramm zu den üblichen Appellen zu bieten.



Polit-Botschaft in Pop-Art-Manier: DKP-Plakat zum Wahlalter 18 von 1971.

Quelle: J. Hampel/W. Gulich: *Politische Plakate der Welt*. München 1971, S. 98.

Dass sich im Laufe der Zeit neue Themen auf den Wahlplakaten einfinden wie „Umwelt“, „Arbeitslosigkeit/Arbeitsplätze“, „Wachstum“, „deutsche Einheit“, „Europa“ oder „Globalisierung“, kann nicht verdecken, dass nicht nur ihr Unterhaltungswert, sondern meist auch ihre ästhetischen Qualitäten in den vergangenen 60 Jahren insgesamt gesehen recht bescheiden geblieben sind. Am interessantesten erscheinen – in der Retrospektive zumindest – immer noch diejenigen Wahlkämpfe, die zu einem echten Machtwechsel führten.

1998 – Schwenk zur Marketing-Perspektive?

Ein solcher ereignete sich 1998 – schließlich wurde in diesem Wahljahr nicht nur eine einzelne Partei aus der Regierungsverantwortung abgewählt, sondern gleich die ganze Koalition aus CDU und FDP. Seither gilt der vonseiten der SPD geführte Feldzug als epochaler Quantensprung hin zu einer modernen Wahlkampf-führung nach US-amerikanischem Muster. Vor allem die Einrichtung der nach dem Vorbild von Bill Clintons „War-Room“ ausgelagerten sogenannten Kampa, der Wahlkampfzentrale der SPD, sorgte seinerzeit für

Furore. Damit – so die Meinung – war auch in der Bundesrepublik endlich jene Professionalität in der Massenkommunikation erreicht worden, die internationalen Standards entsprach. In der Öffentlichkeit jedenfalls entstand „der Eindruck eines völlig neuen Wahlkampfstils“ (Knut Bergmann). Nüchtern betrachtet ließ sich nicht allzu viel Neues entdecken: Wie eh und je gab es die klassischen Text- und Kopfplakate, die gegen das Ende hin in den schlichten „Wir sind bereit“-Slogan ausliefen. Immerhin: „Auffälligste übergeordnete Entwicklung ist der Schwenk zur Marketing-Perspektive!“ (Klaus Kamps).

Gemeint war damit auch die offensive Art und Weise, mit welcher die Wahlkampfstrategie der SPD im Wahlkampf selbst wiederum Thema wurde: „Diese freimütige Metakommunikation über Tricks und Methoden, über die Professionalisierung ist in dieser Breite eine moderne Erscheinung“ (Albrecht Müller). Deren strukturelle Ursache – die Auslagerung der Wahlkampfzentrale – kam natürlich der dienstleistenden Werbeagentur sehr gelegen. Wer Werbefachleuten, die wie keine andere Berufsgruppe immer zuerst sich selbst und ihre Kompetenzen zu bewerben pflegen, solch eine Plattform eröffnet, braucht sich über die bald umgehenden Phantasmagorien nicht zu wundern. Zum ersten Mal durften die Agenturleute (KNSK) selbst mit auf der Bühne bei den Siegern stehen.

Der Kandidat als Markenartikel

Umgekehrt fanden sie in der SPD bzw. ihrem Kanzlerkandidat ein „Produkt“ vor, das sich mühelos nach dem Muster einer Werbekampagne für einen Konsumartikel aufbauen ließ. In seiner Person brachte Gerhard Schröder all das mit, was von einem Markenartikel verlangt wird, um ihn erfolgreich einzuführen: Alert, ja geradezu smart, ausgestattet mit einer pseudoerotisch-glatten Oberfläche, dazu von unverwundlich scheinender Jugendlichkeit, Frische und Dynamik, verhieß all das zusammen immer nur eins: dieser Kandidat, „forever young“, ist auf der Höhe der Zeit. Dementsprechend wurde das Wort „neu“ – wie bei jeder anderen Markenartikeleinführung auch – zum dominanten Attribut, angefangen vom Schlagwort der „Neuen Mitte“ (die, inhaltlich gesehen, die klassische Zielgruppenstrategie der SPD auf ihr Arbeiterklientel ablöste) bis hin zum finalen Slogantrommelfeuer „Deutschland braucht ...neue Ideen, ...neue Kraft, ...einen neuen Kanzler.“

Dass eine solche Botschaft von einem Herrn im reiferen Alter glaubwürdig

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Ein neuer Kanzler für die Neue Mitte? – Wahlplakat der SPD von 1998.

picture alliance/dpa

kommuniziert werden konnte, war nicht zuletzt der Marktforschung zu verdanken, die schon Mitte der 1990er Jahre den vor dem Hintergrund des demografischen Wandels entstandenen Typ des älteren Konsumenten entdeckt und ihm das Prädikat „Master-Consumer“ verliehen hatte. Dieser selbstbewusste Marken-Verwender zeichnete sich durch eine gewachsene Konsumkultur aus; er schätzte einen gepflegten italienischen Rotwein, wählte bewusst den Hersteller seines Dienstfahrzeugs („VW-Phaeton: der Wagen des Kanzlers“), seiner Anzüge, Oberhemden und Armbanduhren und hatte sogar noch für die Handtaschenwahl seiner Frau ein aufmerksames Auge.

Mit dieser, aus der Konsumhaltung der Erlebnisgesellschaft abgeleiteten markentechnischen Positionierung Schröders baute sich das diametrale Gegenbild zum fettleibigen Amtsinhaber wie von selbst auf und demonstrierte ihn automatisch. Wer den inszenierten Gegensatz von „alt“ und „neu“ nicht von selbst wahrnahm, dem wurde durch eine Serie von Filmplakaten (Kohl und Waigel: „Denn sie wissen nicht, was sie tun.“) deutlich gemacht, wie historisch und überlebt Helmut Kohl nach 16 Amtsjahren geworden war. Und als dieser selbst, der normalerweise nie in Talkshows aufzutreten pflegte, sich schließlich doch zu Alfred Biolek in den Gästesessel setzte und sein Leib-

gericht offenbarte („selbstgemachter Karamellpudding mit 16 Eiern“), konnte der Gegensatz zum modernen Master-Consumer Schröder nicht größer sein. Noch im Wahlkampf 2005 befand der Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Schröder schlägt Merkel als Werbefigur“, weil dieser noch immer für sehr viel mehr Produkte als glaubwürdiger Testimonial erhalten konnte als seine Herausforderin.

Unterhaltungsformat und Unterhaltungsfalle

Was also in früheren Zeiten artig hinter den Kulissen stattgefunden hatte – das Wechselspiel bzw. der geheime Austausch zwischen werblichen und politischen Kommunikationsstrategien und -inhalten – wurde nun offen und unverblümt hinausposaunt. Als bekennender Markenartikel-Verwender wusste sich der „Gute-Laune-Kandidat“ Schröder denn auch mühelos den verschiedensten Unterhaltungsformaten anzupassen, wie sie vor allem die privaten Fernsehkanäle dominieren, die ihrerseits wiederum das große, vorwiegend unpolitische Publikum erreichen. Dieses Stimmenreservoir zu mobilisieren gelang. Nur über personenzentriertes Politainment ließ sich Schröders Präsenz auf das zum Wahlsieg nötige Niveau steigern, das zudem die erwünschte Hintergrundmelodie für die politischen Kernbotschaften abgab und darüber hinaus noch Geschichten generierte, die keine Etatmittel verschlangen, da sie von Journalisten als redaktionelle Inhalte interpretiert, aufgenommen und weiterverbreitet wurden. „Erzählungen,

Anekdoten und pointiert zugespitzte Aussagen bilden hier den Normalmodus des Politischen“ (Andreas Dörner). Mit seinen Showtalenten bewegte sich Gerhard Schröder ganz auf Augenhöhe mit Verona Feldbusch.



Ungefragte Nutzung des Kanzlers als Musterkonsument: Anzeige eines Zahnpflegemittelherstellers von 1999.

Quelle: Prominente in der Werbung.

Da weiß man, was man hat. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, Mainz 2001, S. 117

Sehr schnell allerdings zeigte sich, dass sich politisches Tagesgeschäft nicht im selben „Spaßmodus“, der den Wahlkampf so erfolgreich hatte ausgehen lassen, betreiben ließ. Dass nunmehr ein anderes „Sendeformat“ gewählt werden musste, zeigte sich spätestens im Frühjahr 1999 mit Oskar Lafontaines Rücktritt. War Gerhard Schröder zuvor noch bei „Wetten dass?“ aufgetreten, so beschied er nun ähnliche Avancen von Harald Schmidt und anderen negativ. Wer die Medien für seine Zwecke instrumentalisiert, muss darauf gefasst sein, dass diese den Spieß umzudrehen versuchen, um ihrerseits von der Popularität des Prominenten zu profitieren und Quote zu machen.

Grenzüberschreitungen als Lernprogramm

Inzwischen gilt die Grenze, die Gerhard Schröder vor elf Jahren überschritt, auch anderen Politikern als lehrreiches und warnendes Beispiel. Noch eine Weile haben sich Markenartikelhersteller seinerzeit am wandelnden Markenartikel Schröder bedient – und ihn mehrfach ungefragt für ihre Interessen eingespannt. Seither hat sich dieser „Frontabschnitt“ zwischen Politik und Wirtschaftswerbung deutlich beruhigt. Vor diesem Hintergrund sei eine Prognose zum Wahlkampf 2009 gewagt: Er wird mit großer Wahrscheinlichkeit wie schon 2002 und 2005 trotz der ökonomischen Krisensituation eher langweilig ausfallen. Auf jeden Fall wird – trotz verstärktem Vormarsch elektronischer Massenmedien wie etwa Internetblogs – das althergebrachte Plakat seinen bevorzugten Platz als politisches Beeinflussungsmittel behalten, vor allem in der heißen Schlussphase. Nach wie vor ist es durch nichts anderes zu ersetzen. Wie die Baublüte wird es, einem Naturereignis gleich, unseren Innenstädte für wenige Tage ein völlig anderes Aussehen geben...

Vor genau einhundert Jahren verbrachte bereits der Wiener Publizist Karl Kraus intensive Stunden mit dem Studium werblicher Botschaften. 1909 montierte er sie in seiner Satire „Welt der Plakate“ zu einer kaskadenartigen Leser überrollenden Collage zusammen. Auch wenn sich der imperativische Stil in den verflossenen hundert Jahren weitgehend verflüchtigt hat – der Gestus werblicher Beeinflussungsversuche ist doch weitgehend derselbe geblieben: „Verblüffend rasch heilt (...). Wer probt, der lobt (...). Das ist's, was Sie brauchen (...). Reizend schön wird jede Dame (...). Der weiße Rabe spricht (...). Trinken sie Geßlers Altvater! (...). Koche mit Gas! (...). Wasche mit Luft! (...). Bade zu Hause! (...). Morde Dich selbst!“



UNSER AUTOR

Dirk Schindelbeck, Dr. phil, Dozent an der PH Freiburg (Institut für deutsche Sprache und Literatur), Schriftleiter von FORUM Schulstiftung. Zahlreiche wissenschaftliche, populärwissenschaftliche und belletristische Veröffentlichungen. Mitglied im VS Baden-Württemberg seit 1996. Träger des Inge Czerwik-Förderpreises für Lyrik 2008. Informationen: www.dirk-schindelbeck.de

Wahldemokratien

Sieglinde Rosenberger

Wählen gilt als bedeutendste politische Partizipationsform. Wahlrechte und Wahlsysteme, Wahlmotive und -verhalten sind mithin ein Spiegelbild des jeweiligen politischen Systems. Zeitweilig zwar Erosionen unterworfen (z.B. durch sinkende Wahlbeteiligung, Anfechtung der Resultate), zeigt sich am Zugang zum Wählen aber nach wie vor die Qualität einer Demokratie. Faire und kompetitive Wahlen gelten als Fundament der liberalen, repräsentativen Demokratie und begründen den wesentlichen Unterschied zwischen Demokratie und autoritären bzw. totalitären Systemen. Damit ein politisches System als demokratisch gilt, müssen politische Rechte und bürgerliche Grundfreiheiten gewährleistet sein. Sieglinde Rosenberger geht in ihrem Beitrag der Frage nach, wie das Verhältnis von Demokratie und Wahlen theoretisch begründet ist, was den spezifischen Kern von Wahldemokratien ausmacht, welche Ansprüche und Funktionen an Wahlen gestellt werden, um das Kriterium „demokratisch“ zu erfüllen. Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei demokratietheoretisch relevanten Aspekten des Wählens (wie Repräsentation, Responsivität, Verantwortlichkeit und Kontrolle).

Einleitung

Wahldemokratien, Flächendemokratien, Massendemokratien, liberale Demokratien – Begriffe, die eines gemeinsam haben: Ihr Verständnis von Demokratie konzentriert sich auf Wahlen und Wahlprozesse. Freie, kompetitive Wahlen sind in diesen Demokratiekonzeptionen die Methode zur Bestellung und Abwahl von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Die in vielen politischen wie politikwissenschaftlichen Diskussionen strapazierte Idee der Volkssouveränität wird hier nicht als Selbstherrschaft – Herrschaft des Volkes – interpretiert, sondern als Herrschaft durch auf Zeit gewählte Vertreterinnen und Vertreter – also Herrschaft durch das Volk. Gewählte Politiker und Politikerinnen treffen im Namen oder im Interesse der Wahl-Bevölkerung, jedenfalls stellvertretend, die politischen Entscheidungen. Die Wahlbürgerinnen und Wahlbürger (unter der Voraussetzung, dass das Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft geknüpft ist, sind diese mit Staatsbürgerinnen und

-bürgern gleichzusetzen) beteiligen sich über die Wahl an der Auswahl des politischen Führungspersonals und üben sowohl Einfluss auf die personelle Zusammensetzung von Parlamenten und Regierungen als auch auf politische Orientierungen und Programme aus. Dies ist eine zentrale Annahme in liberalen, repräsentativen Demokratien bzw. Wahldemokratien (Katz 1997; Powell 2000; Nohlen 2007; Saage 2005; Schmitt 2005).

So relevant in liberal-pluralistischen Demokratiekonzepten Wahlen auch sein mögen, alleine die Anwendung des Instruments „Wahl“ ist noch keine Garantie für Demokratie und schon gar nicht für eine qualitätsvolle. Denn auch Mächtige in autoritären, selbst in totalitären Systemen lassen (sich) wählen. Folglich ist nicht jede Wahl eine demokratische Wahl. Damit ein politisches System daher zu Recht als demokratisch gilt, müssen im Wahlprozess einige an der Idee der Gleichheit orientierte Kriterien und Prämissen erfüllt sowie individuelle Grundfreiheiten und Menschenrechte gewährleistet sein.

Politische Beteiligung und Repräsentation der Wahlbevölkerung einerseits, Verantwortlichkeit und Responsivität der politischen Eliten andererseits gehören zu den normativen Säulen der liberalen Wahldemokratie. Der elektorale Prozess verbindet die Wählerinnen, Wähler und Gewählten, die Repräsentierten und Repräsentantinnen bzw. Repräsentanten. Die Verbindung durch die Wahl wird gerne mit dem Bild der Brücke zum Ausdruck gebracht. Wie diese Brücke in Wahldemokratien konkret gebaut ist, wie die Verlinkung zwischen Parlamenten, Regierungen und Wählerinnen sowie Wählern im Einzelnen funktioniert, hängt nicht zuletzt von der jeweiligen Ausgestaltung von Wahlsystemen ab (Verhältnis- oder Mehrheitswahlsystem bzw. Mischformen).

In diesem Beitrag¹ wird der Frage nachgegangen, wie das Verhältnis von Demokratie und Wahlen theoretisch begründet wird, was den spezifischen Kern von Wahldemokratien ausmacht, welche Ansprüche und Funktionen an Wahlen gestellt werden, um das Kriterium „demokratisch“ zu erfüllen. Dass dies kein absolutes Kriterium sein kann, zeigt bereits der folgende Abschnitt, in dem die Qualität von drei Wahldemokratien – Deutschland, Österreich und Schweiz – verglichen werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Wahldemokratien – ein Vergleich

Das Faktum der Durchführung regelmäßiger und fairer Wahlen steht im Mittelpunkt, wenn der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington zu Beginn der 1990er Jahre euphorisch von der dritten großen Welle der globalen Demokratisierung spricht. Im Jahre 1974, dem Ende der Militärdiktatur in Portugal, wurden weltweit 39 Wahldemokratien, d.h. Staaten mit Mehrparteiensystem und fairen Wahlen, gezählt. Seither durchliefen eine Reihe von ehemals autoritär regierten Ländern Demokratisierungs- und Nationalstaatsbildungsprozesse (vgl. Huntington 1991). Dies kommt in der Zählung der unabhängigen Nichtregierungsorganisation Freedom House, die sich nach eigener Darstellung gegen Tyrannei und für Freiheit engagiert,

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

zum Ausdruck. Freedom House identifizierte für das Jahr 2007 immerhin 123 Wahldemokratien (von nun insgesamt 193 Staaten). Die in wenigen Jahrzehnten in der Geschichte der liberal-repräsentativen Demokratien rasante Zunahme wird in erster Linie auf die politische Transformation in Ost- und Südosteuropa sowie auf die Dekolonialisierung in Afrika zurückgeführt (Daniel/Sothall/Szeftel 1999).

Wie kommt nun Freedom House zur Bewertung eines Staates als Wahldemokratie? Für die jährliche Bewertung der Demokratie- und Freiheitsqualität aller souveränen Nationalstaaten werden zwei Kriterien herangezogen: Erstens hat ein als Wahldemokratie bzw. liberale Demokratie beurteilter Staat in einem Mindestausmaß sowohl politische Rechte als auch bürgerliche Freiheiten zu sichern. Zweitens hat die Gestaltung

des Wahlprozesses bestimmten Anforderungen zu genügen.

Zur Bestimmung der politischen Rechte werden folgende Subkategorien herangezogen:

- Durchführung von regulären und fairen Wahlen (das Wahlgeheimnis muss geschützt sein, Wahlbetrug darf nicht vorliegen);
- Wettbewerb und Pluralismus (kompetitives Mehrparteiensystem; mehrere Parteien oder Kandidatinnen und Kandidaten treten unter den gleichen rechtlichen Bedingungen bei der Wahl an);
- Medienzugang der politischen Parteien und der Kandidatinnen bzw. Kandidaten;
- faire, gleiche Bedingungen für die Wahlkampagnen;
- hürdenfreie Registrierung der zu Wählenden und der Wählerinnen und Wähler;

Politische Beteiligung und Repräsentation der Wahlbevölkerung einerseits, Verantwortlichkeit und Responsivität der politischen Eliten andererseits gehören zu den unverzichtbaren Säulen einer Wahldemokratie. picture alliance/dpa

- kein Druck auf die Wahlausübung;
- allgemeines Wahlrecht für alle Erwachsenen;
- Möglichkeit der Wahlbeobachtung und transparente Wahlauszählung;
- Regierung und Parlamente müssen bestimmte zentrale Funktionen erfüllen.

Zur Bewertung der bürgerlichen Freiheiten werden als Subkategorien Meinungs- und Organisationsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Autonomie bzw. individuelle Freiheiten herangezogen.

Im Bewertungsverfahren wird einem Staat in den Subkategorien eine bestimmte Anzahl von Punkten gegeben. Eine Mindestanzahl an Punkten entscheidet letztlich über die Klassifikation der Länder. Als Wahldemokratien ausgezeichnete Staaten haben eine Mindestanzahl von Punkten auf dem Feld der politischen Rechte zu passieren. Jene Nationalstaaten, die als liberale Demokratie klassifiziert werden, haben sowohl ein bestimmtes Mindestmaß an Punkten bei der Kategorie politische Rechte als auch bei der Kategorie bürgerliche Grundfreiheiten zu erreichen. Auf dieser Basis nimmt Freedom House eine Statusbewertung in „freie“, „teilweise freie“ und in „nicht freie“ Länder vor. Die freien Länder erfüllen sowohl die politischen als auch die bürgerlichen Rechte. Der Begriff Wahldemokratie ist in diesen Ländern mit dem Begriff liberale Demokratie gleichzusetzen. Teilweise freie Länder können unter bestimmten Bedingungen als Wahldemokratien gelten – dann nämlich, wenn im Rahmen des Wahlprozesses die Mindestanforderungen erfüllt werden. Sie zeigen aber signifikante Defizite bei den bürgerlichen Freiheiten. Folglich bleibt den teilweise freien Ländern das Etikett liberale Demokratie verwehrt.

Aus Tabelle 1 geht die für Deutschland, Österreich und Schweiz gleichermaßen konstatierte hohe Demokratiequalität hervor. Wir sehen aber, dass Abweichungen, die nicht zuletzt im Wahlprozess und in spezifischen Teilnahmekulturen liegen, letztlich doch zu unterschiedlichen Bewertungen führen können.

Tab. 1: Kategoriale Ausprägung der Demokratiequalität in Deutschland, Österreich, Schweiz (2007)

	PR	CL	Status	A	B	C	D	E	F	G
Deutschland	1	1	F	12	15	12	15	12	15	15
Österreich	1	1	F	12	16	12	16	12	15	15
Schweiz	1	1	F	16	12	16	12	12	15	16

Legende: PR: Political Rights; CL: Civil Rights; Status: F-Free; Sub-Categories: Political Rights: A: Electoral Process; B: Political Pluralism and Participation; C: Functioning of Government; Sub-Categories: Civil Liberties: D: Freedom of Expression and Belief; E: Associational and Organizational Rights; F: Rule of Law; G: Personal Autonomy and Individual Rights.
Quelle: http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=333&year=2007 (l. 2.2008)

Eine quantitative Erfolgsgeschichte mit Schattenseiten

Wahldemokratien sind, wie alleine die steigende Zahl zeigt, eine quantitative Erfolgsgeschichte, allerdings eine Erfolgsgeschichte mit Schattenseiten. Denn parallel zur quantitativen Zunahme der Wahldemokratien wird in den Medien immer wieder von massiven Verletzungen von demokratischen Standards und Prinzipien berichtet. Eingeschränkte und manipulierte Wahlen – elektoraler Feudalismus – dienen autoritären Systemen und Machthabern nicht selten zur Maskierung. Über Stimmenkauf, Verfolgung der Opposition und von unabhängigen Medien wird ebenso berichtet wie über die Manipulation bei der Stimmenzählung. Auch gehen Einparteienparlamente als politisches Ergebnis von manipulierten Wahlen hervor. Vor diesem Hintergrund an Erfahrungen mit der Instrumentalisierung von Wahlen wird in der politikwissenschaftlichen Forschung entlang der rechtlichen Ausgestaltung und der praktischen Umsetzung von Wahlen eine klare Linie zwischen Demokratie und Diktatur gezogen. So sieht G. Bingham Powell (2000, S. 47) den fundamentalen Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur in der Wahl, genauer gesagt, in der realen Möglichkeit der Abwahl der Regierung bzw. des Parlaments. Die Praxis des Machtwechsels hat in Wahldemokratien durch institutionelle Arrangements gesichert zu sein, in Diktaturen hingegen ist ein Machtwechsel nicht vorgesehen.

Dieter Nohlen (2007) nimmt eine Unterscheidung von politischen Systemen im Hinblick auf die Praxis freier, kompetitiver Wahlen vor. Die beiden Dimensionen freier Wettbewerb zwischen mehreren Kandidatinnen, Kandidaten bzw. Parteien und gleiche Bedingungen im Wahlprozess werden als dafür entscheidend herangezogen, ob ein politisches System als liberal-demokratisch (basierend auf kompetitiven Wahlen), autoritär (basierend auf semi-kompetitiven Wahlen) oder totalitär (basierend auf nicht-kompetitiven Wahlen) bewertet wird. Mit anderen Worten: Frei durchgeführte Wahlen sind das Kriterium für demokratische Systeme, autoritären oder totalitären Ländern fehlt dieses Charakteristikum. Wichtig ist zu erwähnen, dass diese Klassifizierung nicht nur auf das Faktum Wahlen abstellt (siehe Tab. 2), sondern dass der Wahlprozess kontextualisiert beurteilt wird. Die Schlussfolgerung, die mit Hilfe von Freedom House zu ziehen ist, lautet daher: Im Konzept der Wahldemokratie steht der Wahlprozess zwar prominent im Mittelpunkt, es werden aber ebenso institutionelle wie normative Kriterien hinsichtlich der Durchführung von Wahlen sowie der Gewährleistung der Grundfreiheiten mit einbezogen.

Von der Selbstbestimmungsidee zur Wahlbrücke

Richard S. Katz schrieb einen Klassiker unter jenen Büchern, die Wahlen aus

der Perspektive von Demokratie diskutierten. In „Democracy and Elections“ (1997) werden Wahlen als die moderne Massendemokratien definierende Institution vorgestellt. Die Gleichsetzung von Wahlen und Demokratie wird damit begründet, dass über Gesetze nicht direkt entschieden werde (lediglich in Ausnahmefällen, wie bei Referenden und in den USA auch bei so genannten town meetings), sondern dass gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten über die Sachthemen abstimmen. Diese Feststellung, wonach Entscheidungen indirekt, vermittelt getroffen werden, ist empirisch nicht anzuzweifeln. Es stellt sich aber die Frage, worin in Wahldemokratien das substantiell Demokratische verortet wird und durch welche Inhalte, Prinzipien und Prozeduren dieses Demokratiemodell seine Gestalt annimmt? Soviel ist klar: Moderne Wahlen sind mit der klassischen Idee von Demokratie als Selbstbestimmung (Selbstregierung) nicht vereinbar. Im antiken Vorbild der direkten Demokratie Athens regierte das Volk selbst – wobei hier nicht unerwähnt bleiben soll, dass als „Volk“ lediglich einige Wenige qualifiziert waren (Saage 2005, S. 249). Die Institution „Wahlen“ hat die Idee der Direktherrschaft aber abgelöst und den Kern der Volkssouveränität neu bestimmt. Die beschränkte, kontrollierte Herrschaft durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter ist zur Alternative der Direktherrschaft geworden. Demokratie ist indirekte Demokratie. Mit dem Demokratietheoretiker Giovanni Sartori (1997, S. 122) gesprochen, ist die indirekte Demokratie jene Demokratie, in der nicht das Volk, sondern von ihm gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten regieren. Das Wahlvolk entscheidet darüber, von wem es regiert bzw. repräsentiert wird. Die Macht der Bürgerinnen und Bürger äußert sich als Wahlmacht. Nicht die Idee der Selbstherrschaft ist der Angelpunkt von Demokratie, sondern Freiheit und Gleichheit der Vielen, die zum stellvertretenden Handeln legitimieren, bilden das demokratische Fundament.

Tab. 2: Bedeutung und Funktionen von Wahlen

	Kompetitive Wahlen	Semi-kompetitive Wahlen	Nicht-kompetitive Wahlen
Bedeutung im politischen Prozess	hoch	niedrig	gering
Auswahlmöglichkeit	hoch	begrenzt	keine
Wahlfreiheit	gesichert	eingeschränkt	aufgehoben
Wird Machtfrage gestellt?	ja	nein	nein
Legitimierung des politischen Systems	ja	wird kaum versucht	kaum oder gar nicht
Typ des politischen Systems	liberal-demokratisch	autoritär	totalitär

Quelle: Nohlen 2007, S. 30

Hinter der Entwicklung der indirekten Demokratie steht ein zunehmend pragmatischer Umgang mit der Größe des politischen Raumes. Aufgrund der wachsenden gesellschaftlichen sowie territorialen Komplexität werde Demokratie durch die Existenz von Wahlen und Repräsentation überhaupt erst ermöglicht. Die indirekte Demokratie sei in Flächenstaaten – in territorial großräumigen politischen Einheiten – die organisatorisch machbare Demokratieform, so der Argumentationsgang (Schmidt 2000).

In demokratietheoretischer Hinsicht ist der springende Punkt, wann und wie die Regierungs- bzw. Staatsgewalt von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeübt wird. Sartori hält fest, dass in modernen Flächendemokratien das Volk nur in bestimmten und kurzen Phasen die Staatsgewalt ausübe, nämlich zum Zeitpunkt der Stimmabgabe (Sartori 1997, S. 73). Diese Sichtweise findet Unterstützung, aber auch Widerrede (wie wir später sehen werden).

Die Idee der Wahlmacht hat Joseph A. Schumpeter in seinem Ansatz der Konkurrenzdemokratie ausführlich beschrieben. Schumpeter (1950) entwirft im 1942 erstmals erschienen Buch „Kapitalismus, Demokratie und Sozialismus“ Demokratie als Prozess der Beteiligung der Bürgerinnen bzw. Bürger und als Konkurrenz zwischen Parteien bzw. Personen. Demokratie ist, nach Schumpeter, die regulierte Methode zur Auswahl des politischen Führungspersonals. Wünsche und Präferenzen der Wählerinnen und Wähler hingegen kommen über das Eigeninteresse der politischen Klasse zum Tragen. Politikerinnen, Politiker und politische Parteien, die an die Macht kommen bzw. dort bleiben wollen, vertreten die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler alleine aus machtegoistischen Gründen, denn sie wollen in der Regel wieder gewählt werden, so die Annahme.

Schumpeters Ansatz der Konkurrenzdemokratie basiert auf dem Prinzip der Mehrheit, die aus der Wahl hervorgeht und sich folglich bei den politischen Programmen und Inhalten durchsetzt. Die Mehrheit, und nur sie, regiert, um die Implikation der Konkurrenzdemokratie auf eine Kurzformel zu bringen. Was aber geschieht mit Minderheiten? In demokratietheoretischen Debatten wird demzufolge vor der Tyrannei der Mehrheit aufgrund von Wahlergebnissen gewarnt. Um institutionell diesem Problem der Willkür durch die Mehrheit zu begegnen, werden in Wahlsystemen Elemente der Repräsentation (Proportionalität, Quoten etc.) eingebaut und individuelle Grundrechte, die der Gestaltungskraft der Mehrheit entzogen sind, konstitutionell veran-

kert. Die Macht der Mehrheit wird in politischen Systemen institutionell beschränkt, wenn auch unterschiedlich in Abhängigkeit von Politik- und Demokratieverständnissen.

Kommen wir zu Sartoris Sichtweise der zeitlich limitierten Volkssouveränität zurück, die zwar zutreffend ist, gleichzeitig zu kurz greift. Die Wahl ist zwar jenes Instrument, dass die Bürgerinnen und Bürger punktuell zum Souverän macht, sie ist aber auch jenes Instrument, das Bürgerinnen und Bürger mit Parlamenten und Regierungen über den Zeitpunkt der Stimmabgabe hinaus verbindet. Interessant ist daher auf Wahlen als Brücke zwischen Wählerinnen, Wählern und Gewählten einen Blick zu werfen, konkret auf die Gestaltung der Interaktion zwischen Regierung und Wahlvolk das Augenmerk zu legen. Dabei handelt es sich um Aspekte der Funktion von Wahlen, die insbesondere in Wahlrechten und Wahlsystemen mehr oder weniger demokratisch akzentuierte Gestalt annehmen.

Normative Aufgaben von Wahlen

Wahlen haben Funktionen, die in einzelnen demokratietheoretischen Zugängen beträchtlich variieren. Unter dem Blickwinkel von fairen Wahlen als Instrumente der liberalen Demokratie werden in der Literatur (z.B. Powell 2000; Nohlen 2007) Wahlen folgende Aufgaben normativ zugesprochen:

- Wahlen decken die Inputseite von liberalen Demokratien ab. Wählerinnen und Wähler partizipieren und kommunizieren ihre Wünsche und Interessen, sie drücken ihr Vertrauen in und die Zufriedenheit mit den demokratischen Institutionen aus.
- Durch Wahlen werden Meinungen und Interessen der Wahlbevölkerung in den legislativen Einrichtungen repräsentiert.
- Durch Wahlen wird das politische Führungspersonal ausgewählt. Über Prinzipien wie Verantwortlichkeit und Responsivität werden die Gewählten an die Präferenzen der Wählerinnen und Wähler rückgekoppelt.
- Über die Rückkoppelungsschleife sind Wahlen auch eine Gelegenheit, über Politik öffentlich zu diskutieren, zu werben und zu reflektieren, kurzum eine öffentliche Sphäre zu Politik zu schaffen.
- Über Wahlen wird Kontrolle ausgeübt. Der stärkste Kontrollmechanismus ist die Machtzuweisung auf Zeit (periodische Wahlen). In liberalen Demokratien führen Wahlen zur legitimen, international anerkannten Form des Macht- und Regimewechsels.

■ In ethnisch und kulturell heterogenen Gesellschaften kommt Wahlen die Funktion der Integration, der Konfliktbefriedung und der Bildung eines konsensfähigen Gemeinwillens zu. Durch spezifische institutionelle Settings, wie das föderative System der Schweiz, können kulturelle, religiöse und sprachliche Cleavages erfolgreich verwaltet werden (Dahl 2000).

Die elektoralen Verbindungen sind in der Diversität der realen Welt vielfältig geregelt. Mittels unterschiedlicher nationaler Wahlrechte und Wahlsysteme werden individuelle Wahlentscheidungen in recht unterschiedlicher Weise in politische Entscheidungen übersetzt. Wahlrechte und Wahlsysteme definieren schließlich in nicht unwesentlichem Ausmaß, welchen Einfluss eine Wahlentscheidung auf den Verhandlungsprozess über Inhalte und Themen ausübt. In diesen Regelungen spiegeln sich sowohl direkte als auch indirekte, input- und outputorientierte Demokratieverständnisse wider. Um ein Beispiel zur Erläuterung zu nennen: Die Festlegung von Wahlfristen ist als Ausdruck der Demokratieauffassung der Regierenden zu sehen. Je kürzer die Legislaturperioden sind, desto stärker werden die Präferenzen der Wählerinnen und Wähler umgesetzt werden; je länger diese aber dauern, desto eher werden unpopuläre Maßnahmen verabschiedet werden (Schmitt 2005, S. 5).

Um weiterhin mit der Metapher der „elektoralen Brücke“ zu sprechen – die Hauptpfeiler der Brücke zwischen Wählenden und Gewählten sind Kontrolle, Verantwortung und Repräsentation.

Verantwortung, Kontrolle und Repräsentation

Powell (2002) weist darauf hin, dass bei Wählerinnen und Wählern im Zusammenhang mit der Einflussnahme auf die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger zwei Zeitperspektiven relevant sein können: Periodische Wahlen können als prospektive und/oder als retrospektive Einwirkungsmöglichkeit wahrgenommen werden. Bei der prospektiven Einflussnahme werden Erwartungen an die Politikerinnen und Politiker dadurch zum Ausdruck gebracht, indem die Wahl als Machtzuweisungsmechanismus aufgefasst wird. Durch die Auswahl bestimmter Personen bzw. durch die Stimmabgabe für bestimmte politische Parteien werden

politische Eliten generiert, Parlamente und Regierungen kreiert, an die bestimmte ideologisch-inhaltliche Erwartungen geknüpft werden. Das retrospektive Wählen hingegen bewertet die vergangenen Leistungen und Aktivitäten der Regierungs- und Oppositionsarbeit. Die Wählerinnen und Wähler üben elektorale Kontrolle aus, die ehemals Gewählten werden zur Verantwortung gezogen (elektorale Verantwortlichkeit). Die Wählerinnen und Wähler sanktionieren positiv oder negativ die Repräsentanten bzw. Repräsentantinnen, d.h. aufgrund der vergangenen bzw. bisherigen Leistungen werden diese wieder- oder abgewählt. Eine wesentliche Bedingung, damit die Wählerinnen und Wähler durch die Wahl eine informierte Kontrolle ausüben können, ist die Klarheit der Verantwortung. Durch Minderheitsregierungen, Teilnahme der Opposition an der Regierung, Koalitionsregierungen etc. können die Verantwortungsstrukturen verschwimmen, Kontrolle also nur beschränkt ausgeübt werden. Dass die Wirklichkeit der Wahlkämpfe sich oft anders präsentiert, abseits einer Evaluierung der Leistungen, dies soll nicht unerwähnt bleiben. Wahlkämpfe sind nicht selten Auslöser populistischer Politik, nutzen bzw. erzeugen Emotionen und wollen unterhalten, ohne eine sachliche Debatte über die vergangenen und zukünftigen Leistungen zu führen (Mansbridge 2005). Politiker und Politikerinnen treffen stellvertretend die politischen Sachentscheidungen. Sie treffen diese ohne rechtlich bindende Aufträge auszuführen, also ohne imperatives Mandat. Sie sind keine Anwälte eines aggregierten Wählerwillens, sondern bei den Entscheidungen für das Gemeinwohl nur dem eigenen Gewissen verantwortlich. Faktisch jedoch werden sich die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten, wie Schumpeter betont, im Sinne des Eigeninteresses an der Wiederwahl an den Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler orientieren. Sie werden sich gegenüber diesen Wünschen responsiv zeigen. Aus diesem Gedanken leitet sich her, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur Einfluss auf die Auswahl des politischen Personals, sondern auch auf Politikinhalt ausüben. Wie oben bereits ausgeführt, machen Arbeitsteilung und Vertretung Demokratie in komplexen, heterogenen Gesellschaften organisatorisch erst möglich, und Wahlen sind das konkrete Instrument, Repräsentantinnen und Repräsentanten zu bestimmen und repräsentative Organe personell zu besetzen (Parlamente, Regierungen). Wie aber wird erreicht, dass diese Organe in inhaltlicher wie personeller Hinsicht

für die gesamte Bevölkerung repräsentativ sind (deskriptive Repräsentation) bzw. repräsentativ entscheiden (substantielle Repräsentation)? Die theoretische wie politische Herausforderung repräsentativer Demokratien liegt darin, dass die Repräsentantinnen und Repräsentanten die Präferenzen der Repräsentierten realisieren, dass auch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen eine Stimme bekommen und dass schließlich die Kluft zwischen Gewählten und Wählerinnen sowie Wählern klein gehalten wird (Pollak 2005). Hannah Pitkin (1967) beschäftigte sich mit der Frage, was bzw. wer repräsentiert werden soll und wie dies zu gestalten sei. Sie plädiert dafür, dass die Gewählten sich gegenüber den Wählerinnen und Wählern responsiv verhalten. Für eine optimale Repräsentationsleistung müssten von den Wünschen der Wählerinnen und Wähler abweichende Entscheidungen, die von politischen Akteurinnen und Akteuren getroffen werden, die Ausnahme bleiben. Denn substantielle Repräsentation bedeute eine mehr oder weniger große Übereinstimmung zwischen den Präferenzen der Wählerinnen bzw. Wähler und den Entscheidungen der Gewählten herzustellen.

In den meisten Parlamenten ist die territoriale Repräsentation durch die spezifische Gestaltung des Wahlrechts (Zuteilung von Mandaten auf der Grundlage von Wahlkreisen) weitgehend realisiert. Die Regionen sind in gewisser Weise durch Quotenregelungen repräsentiert. Alleine die wahlrechtliche Sicherstellung der regionalen Repräsentation gewährleistet aber kein demographisches Abbild der „Volksvertretung“. Nach Jane Mansbridge (2005) laufe die elektorale Verbindung zwischen Wählerinnen, Wählern und Gewählten lediglich auf eine notwendige Bedingung für eine faire Repräsentation hinaus, sie sei aber nicht hinreichend. Wahlen zeigten bei der Herstellung von Repräsentation vielmehr eine Reihe von Defiziten. Dem Ziel einer spiegelbildlichen Vertretung der Bevölkerung im Parlament komme das Verhältniswahlrecht zwar deutlich näher als das Mehrheitswahlrecht, aber auch dieses zeige Schwachstellen. Um eine faire, deskriptive Repräsentation der Interessen und Präferenzen aller Gruppen der Bevölkerung zu gewährleisten, auch jener von Minderheiten und politisch Marginalisierten, brauche es separate Regelungen. Gruppenrepräsentation von benachteiligten Gruppen oder Quotenregelungen für Frauen wären erforderlich. Diese Forderungen nach einer „Politik der Präsenz“ erweitern das liberal-demokratische Verständnis, bei dem Wählen in

erster Linie eine individuelle Aktivität zur Auswahl der Regierenden darstellt, um Aspekte der Ergebnisgleichheit und Gerechtigkeit.

Wählen – eine konventionelle Beteiligungsform

Politische Teilnahme ist für Demokratien konstitutiv. Intensität und Häufigkeit der Beteiligung sind in unterschiedlichen Demokratiekonzeptionen aber unterschiedlich verankert. Die Beteiligungsform Wählen zeigt folgende Kennzeichen: sie ist periodisch, verrechtlicht, konventionell und setzt vergleichsweise wenig Ressourcen voraus.

Wählen ist in allen europäischen Ländern, trotz sinkender Wahlbeteiligung, die am häufigsten praktizierte Partizipationsform. Dieses quantitative Moment ist es, das die Wahlbeteiligung als konventionell klassifiziert. Im Vergleich zu unkonventionellen, direkten Beteiligungsformen wie etwa Proteste organisieren setzt das Wählen weniger Ressourcen wie Zeit, Bildung, Geld voraus. Wählen ist sozioökonomisch betrachtet die egalitärste politische Teilnahmeform. Weder „Zeit zur Muße“ (Aristoteles) noch soziale Ungleichheit schlagen sich in merklicher Weise nieder (Lijphart 1997).

Da der Gang zur Urne und die Abgabe der Stimme vergleichsweise wenige Ressourcen voraussetzt, gilt das Wählen – wenn auch zu Unrecht – als einfache, simple Aktivität, bei der bloß zwischen mehreren Optionen mit Hilfe eines „X“ eine Entscheidung zu treffen ist (Evans 2004). Dieser Einschätzung ist jedoch zu widersprechen. Insbesondere in Wahlsystemen mit Verhältniswahlrecht und mit einer größeren Anzahl von konkurrierenden Parteien sind beim Wahlakt nicht nur Personen und Programme in Erwägung zu ziehen, sondern auch konkurrierende Regierungsvarianten. Taktisches Wählen ist erforderlich, um letztlich die am ehesten gewünschte Regierung zu bekommen. Taktisches Wählen setzt aber Informationen über das Verhalten der anderen Wählerinnen und Wähler ebenso wie das Wissen um Koalitionsvarianten voraus.

Aus der Perspektive der Wählerinnen und Wähler betrachtet, hat die Wahlaktivität auch einen recht ambivalenten Kern. Wählen ist eine höchst persönliche, ja geheime Aktivität und trägt doch ausschließlich zu einem kollektiven Resultat bei. Das Wahlergebnis setzt sich aus den Entscheidungen vieler zusammen, es bildet sich in pluralistischen Gesellschaften aus individuellen und Gruppeninteressen. Die Realisierung der Präferenzen der Wähler hängt vom

Verhalten anderer ab, d.h. das Resultat bietet nicht jeder Wählerin bzw. jedem Wähler Genugtuung. Anders als bei den meisten Marktentscheidungen bekommt sie nicht in jedem Fall das politische Programm oder die Personen, für die sie votierte (Katz 1997). Dieses Faktum könnte, so Gery Stoker (2006), eine Erklärung für die Distanzierung der Menschen von Politik sein. Da aber andererseits das (gewünschte oder unerwünschte) Ergebnis der Wahl wiederum nicht nur das Individuum alleine betrifft, sondern die gesamte politische Gemeinschaft, bedeutet Nichtwählen aber keineswegs, sich vor den Konsequenzen des Wahlergebnisses immunisieren zu können. Vom Urnengang kann sich zwar jemand fernhalten, nicht jedoch von den Folgen des Wahlergebnisses. Parteien und Personen regieren trotzdem, auch wenn sie von einzelnen Personen nicht oder sogar von einem immer kleiner werdenden Anteil der Wahlberechtigten gewählt werden. Beim Wählen gibt es, anders als bei anderen individuellen Entscheidungen, keine wirkliche Exit-Strategie.

Als Beteiligungsform wird Wählen als eine schwache, nur sporadisch und indirekt ausgeübte Aktivität kritisiert. Wählen realisiere eine elitistische, minimalistische Konzeption von Demokratie, der es an Engagement und direkter Involvierung der Menschen am politischen Geschehen fehle, so die Einwände von Vertreterinnen und Vertretern eines beteiligungsstarken Demokratiemodells. Jane Mansbridge (2005) kritisiert an Wahlen, dass diese lediglich eine binäre Information enthielten und das „Kreuz“ nicht mit „Stim-

me“ gleichzusetzen sei. Alleine durch den Wahlakt könnten die Wählerinnen und Wähler keine Präferenzen an die Entscheidungsträgerinnen und -träger weitergeben.

Die Kritik, dass das liberale Demokratieverständnis auf der Partizipation mittels Wahlen beruht und andere Praxen der Teilnahme tendenziell vernachlässigt, trifft nur teilweise zu. Wie der empirische Blick auf die Bereitschaft zur und die Häufigkeit der tatsächlichen Inanspruchnahme von Aktivitäten, wie etwa Teilnahme an Demonstrationen, Petitionen unterschreiben, Mitarbeit in politischen Parteien, Verbänden und Organisationen zeigt, gehen Menschen wählen und sie üben zusätzlich weitere politische Aktivitäten aus. Der empirische Befund ist folgender: Wer wählt, praktiziert eher auch andere Partizipationsformen als Menschen, die nicht zur Wahl gehen. Mehrfachaktivitäten und nicht Entweder-oder-Situationen sind das Ergebnis, zu dem der European Social Survey auf der Grundlage von Befragungen kommt (Jowell 2007). Diese Mehrfachaktivität ist nicht überraschend, denn zu allen Phasen der Ausweitung der Wahlberechtigung haben sich politische Bewegungen und politische Parteien entwickelt, die Partizipationsressourcen aufbauten, Institutionen, Informationen und soziale Kontakte ermöglichten. Insbesondere für Europa gilt, dass Wählen von einer Reihe von Aktivitäten im unmittelbaren Umfeld von politischen Parteien begleitet ist. Mitgliedschaft und Mitarbeit bei politischen Parteien und beruflichen Interessensorganisationen sind eng mit der Kultur des Wählens verbunden. Al-

lerdings trifft auch zu, dass der konstatierte Rückgang der Wahlbeteiligung mit einem geminderten Engagement in politiknahen Feldern korrespondiert.

Legitimität, Akzeptanz und Stabilität

Die Legitimationskomponente von Wahlen kann von mehreren Seiten aus betrachtet werden. Grundsätzlich gilt, dass in der liberalen Demokratie sich politische Institutionen und Akteurinnen bzw. Akteure auf keine andere Legitimationsquelle als auf die Volkssouveränität – auf die Bevölkerung – berufen können. Vor diesem Hintergrund sind Wahlen eine Art Verfahrenstechnik zur Legitimierung kollektiver Entscheidungen (Martinsen 2006, S. 78). Wahlen, Wahlsysteme und Wahlergebnisse besitzen per se hohe soziale Akzeptanz, und zwar sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den wahlwerbenden Gruppen, unabhängig davon, ob das Ergebnis mit ihren Interessen übereinstimmt oder nicht. Als Indikator für die hohe Akzeptanz des Wahlprozesses kann angeführt werden, dass selbst bei harten Auseinandersetzungen und knappen Ergebnissen die jeweiligen Wahlverlierer das Wahleresultat anerkennen. Ein Beispiel dafür ist in den USA die Tradition der Concession Speech, insbesondere jene des Präsidentschaftskandidaten Al Gore, als dieser im Jahre 2000 – als wenige Hundert Stimmen für Sieg oder Niederlage entscheidend waren – die Niederlage wenige Stunden nach Bekanntgabe des Ergebnisses öffentlich bekundete. Zur grundsätzlich hohen Legitimität und Akzeptanz des Ergebnisses bei Gewinnerinnen und Gewinnern wie Verliererinnen und Verlierern trägt bei, dass die Durchführung und der Ablauf von Wahlen institutionalisiert, standardisiert, nachvollziehbar und transparent geregelt sind. Der politisch-rechtliche Status ist gegenüber anderen, insbesondere deliberativen Formen, eindeutig geklärt. Aus der Standardisierung, der Überprüfungsmöglichkeit und Kontrolle (Wahlaufsicht) resultiert schließlich diese relativ hohe Verbindlichkeit der Ergebnisse.

Die breite Akzeptanz der Spielregeln und der Ergebnisse von Wahlen ist auf der individuellen Ebene von einem Vertrauensverlust in Politik und parlamentarische Institutionen begleitet. Zustandsdiagnosen über liberale Demokratien sprechen von einem Rückgang der Zufriedenheit mit den demokratisch

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Der Akt des Wählens bewertet stets auch die vergangenen Leistungen und Aktivitäten der Regierungs- und Oppositionsarbeit. Wählerinnen und Wähler üben somit Kontrolle aus. Die ehemals Gewählten werden zur Verantwortung gezogen.
picture alliance/dpa

gewählten Einrichtungen sowie Akteurinnen und Akteuren. Die sinkende Wahlbeteiligung (steigende Wahlabstinenz) wird als Ausdruck der Politikmüdigkeit diskutiert. Wobei zu unterscheiden ist zwischen der Akzeptanz der Verfahrensweise einerseits und der Einschätzung der Einflussnahme durch die Stimmabgabe andererseits. Eine weitere Funktion von Wahlen wird in der Herstellung von gesellschaftlicher Stabilität und Konfliktkanalisierung gesehen. Die legitimierende Wirkung von Wahlen würde ein politisches System stabilisieren. Allerdings hängen Akzeptanz und Stabilität der politischen Institutionen auch wesentlich von sozial ausgleichenden Wirkungen sozialstaatlicher Leistungen ab. Wahlen alleine machen eine Gesellschaft noch nicht stabil, wie Erfahrungen in einigen jungen Demokratien zeigen. Gesellschaftliche Stabilität hängt vielmehr sowohl mit dem breiten Zugang zum Wahlrecht und der Politik hinsichtlich sozialer und materieller Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten zusammen. Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in europäischen Staaten insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg ging der Auf- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates einher. Politischen Rechten folgten soziale Rechte. Ein Mehr an demokratischer Gleichheit war tendenziell von einem Mehr an materieller Gleichheit begleitet (Grugel 2002). Nach Colin Crouch (2004, S. 17) wurden im Zuge der Betonung der gleichen politischen Fähigkeiten auch Maßnahmen gesetzt, Ungleichheiten abzubauen, mehr gleiche Fähigkeiten und Ressourcen hergestellt. In diese Richtung gehen auch Aussagen, die einen Zusammenhang zwischen Wahldemokratien, Masseneinkommen und wirtschaftlichem Wachstum vermuten. Der Demokratietheoretiker Robert A. Dahl (2000, S. 58) vertritt die These, dass Länder mit demokratischer Regierung, intakten Wahlprozessen und politischen Institutionen wirtschaftlich stärker prosperieren würden und gesellschaftlich reicher seien als Systeme mit nicht-demokratischen Regierungen. Nach der Transformation der realsozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas in Wahldemokratien und Marktökonomien (nach 1989) sind periodische Wahlen mit der Perspektive der Abwahl der Eilten Teil der politischen Normalität geworden. Die Etablierung der Massendemokratie führte aber nicht zu Massenwohlstand und ausgebauten wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystemen. Die dadurch entstehenden sozialen und materiellen Lücken öffnen Fenster für rechten wie linken Populismus und eventuell auch für instabile politische Verhältnisse.

Postdemokratie?

Die liberalen Demokratien des 21. Jahrhunderts sind von einer Entwicklung des wachsenden Bedeutungsverlusts von Wahlen in Gesellschaft und Staat begleitet. Wahlen verlieren an Bedeutung, weil Politik und Staat an Signifikanz für das individuelle Leben, Arbeiten und Wirtschaften verlieren. Die Entwicklung von Gesellschaften als Marktgesellschaften, die Annäherung von politischen Institutionen und Akteuren an Marktprinzipien und -ideologien schwächt die Bedeutung von Wahlen für die Gestaltung von Lebensbedingungen (Powell 2000). Kennzeichen einer Marktgesellschaft sind die höhere Bewertung der individuellen Nutzenmaximierung im Vergleich zu öffentlichen Gütern und kollektiver Solidarität. Die Empathie eines überzeugten Handelns für den Anderen leidet. Wie wir oben gesehen haben, ist Wählen eine kollektive Entscheidung und individueller Nutzen ist aus dem Wahleresultat nicht immer für jeden Einzelnen zu ziehen. Wenn Wählen aber als individualistische, nutzenorientierte, der Konsumlogik angelehnte Aktivität wahrgenommen wird, dann mag sich diese Aktivität aber nicht unbedingt lohnen. Abstinenz und Rückzug aus dem Politischen deuten sich an. Colin Crouch (2004) skizziert eine Krise des Politischen und Demokratischen und spricht im Zusammenhang mit ökonomischen Veränderungen der politischen Parteien und der parlamentarischen Strukturen zugespitzt von Postdemokratie. Zunehmend würden öffentliche, politische Einrichtungen wie privatwirtschaftliche Unternehmungen geführt, wodurch kollektive und öffentliche Interessen leiden. Der demokratische Staat verliere an Bedeutung gegenüber anderen, insbesondere ökonomischen Institutionen. Schließlich stehen etablierte, relativ stabile Wahldemokratien vor weiteren,

ebenfalls mit gesellschaftlichen Entwicklungen zusammenhängenden Herausforderungen. Eine der zentralsten Herausforderungen sind Antworten auf die Frage, wer im Zuge der globalen Migration mit der Berechtigung zu wählen ausgestattet ist. Wer unter geänderten Bedingungen Teil des „Souveräns“, spricht das Wahlvolk ist.

LITERATUR

- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Cambridge.
- Dahl, Robert A. (2000): *On Democracy*. New Haven, London.
- Evans, Jocelyn A. (2004): *Voters and Voting. An Introduction*. London, Thousand Oaks, New Delhi.
- Grugel, Jean (2002): *Democratization. A Critical Introduction*. Houndmills.
- Daniel, John/Sothall, Roger/Szeftel, Morris (1999): *Voting for Democracy. Watershed Elections in Contemporary Anglophone Africa*. Ashgate.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman, London.
- Jowell, R. and the Central Co-ordinating Team. *European Social Survey 2006/2007 (2007): Technical Report*. London: Centre for Comparative Social Surveys, City University.
- Katz, Richard S. (1997): *Democracy and Elections*. New York, Oxford.
- Lijphart, Arend (1997): *Democracy's Unresolved Dilemma*. In: *American Political Science Review*, Vol. 91, No. 1, p. 1-14.
- Mansbridge, Jane (2005): „The Fallacy of Tightening the Reins“. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 3/2005, S. 233-248.
- Martinsen, Renate (2006): *Demokratie und Diskurs. Organisierte Kommunikationsprozesse in der Wissensgesellschaft*. Baden-Baden.
- Nohlen, Dieter (2007): *Wahlrecht und Parteiensystem*. 5. Auflage, Stuttgart.
- Pitkin, Hanna F. (1967): *The Concept of Representation*. Berkely.
- Pollak, Johannes (2005): *Repräsentation als Herrschaftsorganisation: ideengeschichtliche Anmerkungen*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 3/2005, S. 217-232.
- Powell, G. Bingham (2000): *Elections as Instruments of Democracy. Majoritarian and Proportional Visions*. New Haven, London.
- Rosenberger, Sieglinde/Seeber, Gilg (2008): *Wählen*. Wien.
- Saage, Richard (2005): *Demokratietheorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Sartori, Giovanni (1997): *Demokratietheorie*. Darmstadt.
- Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien*. 3. Auflage, Opladen.
- Schmitt, Annette (2005): *Die Rolle von Wahlen in der Demokratie*. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, S. 3-26.
- Schumpeter, Joseph A. (1950): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 2. erw. Auflage, Bern.

INTERNETQUELLEN

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm>
www.europeansocialsurvey.org

ANMERKUNGEN

1 Dieser Beitrag ist in geringfügig geänderter Fassung bereits erschienen in Rosenberger, Sieglinde/Seeber, Gilg (2008): *Wählen*. Wien.



UNSERE AUTORIN

Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger ist Universitätsprofessorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen an den Schnittstellen von Integration, Migration, Geschlecht, Politische Partizipation, österreichische Politik.

Wahlen in nicht-demokratischen politischen Systemen

Rolf Frankenberger¹

Wahlen und der Vorgang des Wählens gelten als die wohl wichtigsten Kennzeichen demokratischer Staaten und erfüllen dort zentrale Funktionen, wie etwa der politischen Repräsentation der Interessen der Bevölkerung, der Elitenrekrutierung und der Integration der Bevölkerung in das politische System. Die Praxis politikwissenschaftlicher Forschung zeigt aber, dass Wahlen kein ausschließlich „demokratisches Phänomen“ sind. Denn auch in den meisten nicht-demokratischen politischen Systemen, synonym auch als autoritäre Regime oder Diktaturen bezeichnet, werden mehr oder weniger regelmäßig Wahlen abgehalten und dienen auf den ersten Blick oft als demokratisches „Feigenblatt“. Es stellen sich dann jedoch – insbesondere auch im Zusammenhang mit der Förderung demokratischer Entwicklungen – einige zentrale Fragen, denen Rolf Frankenberger in seinem Beitrag nachgeht: Wie lassen sich demokratische von nicht-demokratischen Wahlen unterscheiden? Und haben Wahlen in autoritären politischen Systemen und Diktaturen Funktionen, welche über die bloße Errichtung einer demokratischen „Fassade“ zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit hinausgehen? Anhand von vergleichenden Daten und zweier Fallbeispiele zu Wahlen in autoritären Kontexten werden zentrale Funktionen von Wahlen in nicht-demokratischen Systemen diskutiert sowie die Frage der demokratischen Qualität von Wahlen illustriert.

Wahlen als Charakteristika von Demokratien?

Wahlen stellen in den meisten demokratietheoretischen Ansätzen eine der Kerninstitutionen von demokratischen politischen Systemen dar. So sieht etwa Joseph A. Schumpeter den Wettbewerb um Stimmen als das zentrale Charakteristikum von Demokratien, denn „die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittle eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben“ (Schumpeter 1987, S. 248). Damit wählt Schumpeter einen elitenzentrierten und ökonomisch inspirierten Zugang zu Wahlen, in denen Wäh-

ler als Konsumenten von angebotenen politischen Alternativen verstanden werden, wobei dann die politischen Eliten (diese bieten die politischen Programme an) in einem politischen Wettbewerb zueinander stehen und nach Stimmenmaximierung streben. Für Schumpeter sind Wahlen als Modus *Procedendi* das unhintergehbare definitorische Minimum von Demokratien. Auch bei Robert A. Dahls bekannter Konzeption der Polyarchie als Phänotyp der Demokratie (Dahl 1971) spielen Wahlen als Medium der Einbeziehung der Bürger in öffentliche Angelegenheiten und als Medium für einen potentiellen Machtwechsel eine zentrale Rolle. Dahl rückt im Unterschied zu Schumpeter jedoch die Bürgerinnen und Bürger in das Zentrum seiner Demokratiekonzeption. Für ihn sind die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, ihre Präferenzen zu formulieren, ihre Präferenzen anderen Individuen und der Regierung durch individuelle und kollektive Aktionen mitzuteilen sowie die Gleichbehandlung von Präferenzen im politischen Prozess notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Grundbedingungen für eine funktionierende Demokratie. Nach Dahl können diese Möglichkeiten nur über institutionelle Garantien abgesichert werden. Dies sind neben Organisations-, Informations- und Meinungsfreiheit vor allem institutionelle Absicherungen von Wahlen: das Recht, zu wählen; das Recht politischer Führer, in einen Wettbewerb um Unterstützung einzutreten; das Recht, für ein öffentliches Amt zu kandidieren; freie und faire Wahlen sowie Institutionen, welche das Regieren von Wählerstimmen und anderen Ausdrucksformen von Präferenzen abhängig machen (Dahl 1971, S. 2-3).

Im Rahmen der „demokratischen Methode“ erfüllen Wahlen zur obersten Exekutive (meist Präsidentschaftswahlen) und vor allem zur obersten Legislative (Parlamente, Nationalversammlungen) eine ganze Reihe von Funktionen. Die grundlegendsten Funktionen sind dabei sicherlich in der Legitimierung des politischen Systems und der Regierung sowie der Übertragung von Vertrauen an Personen und – je nach Wahltyp – Parteien zu sehen. Wahlen erfüllen in Demokratien auch die Funktionen der Rekrutierung von politischem Personal,

der Repräsentation der Interessen der Bevölkerung, der Rückbindung politischer Institutionen an die Präferenzen der Wählerinnen und Wähler sowie deren Mobilisierung und Politisierung. Darüber hinaus haben Wahlen die gesamtgesellschaftlich relevanten Funktionen der Integration, der Artikulation des Gemeinwillens sowie der Produktion von politischer Konkurrenz um die Macht, von Entscheidungen über das Regieren mit parlamentarischen Mehrheiten, von politischer Opposition in den Parlamenten sowie der „Bereithaltung des Machtwechsels“ (vgl. Nohlen 2007, S. 34-35).

Hatte Schumpeter neben einer professionellen Bürokratie pauschal vor allem „demokratische Selbstkontrolle“, ausreichend „Toleranz gegenüber anderen Ansichten“ sowie die Anerkennung der institutionellen Grundlagen oder „Treue zu den Strukturprinzipien der bestehenden Gesellschaft“ als Bedingungen für das Funktionieren der Demokratie und damit auch die Funktionserfüllung von Wahlen als Kern der demokratischen Methode betont (vgl. Schumpeter 1987, S. 465-470), so stehen mit Dahls institutionellen Minima sehr viel präzisere Vorstellungen einer demokratischen Ordnung zur Verfügung. Diese können, wie später gezeigt wird, zur Beantwortung der Frage nach der demokratischen Qualität von Wahlen genutzt werden.

Auf der Basis des bisher Gesagten können Wahlen also sehr wohl als Charakteristikum von Demokratien aufgefasst werden. Einige Autoren, wie etwa Dieter Nohlen, entgegenen dieser Auffassung jedoch, dass eine Wahl in erster Linie eine Technik unter vielen sei, um „eine Körperschaft zu bilden oder eine Person mit einer Führungsposition zu betrauen“. Diese könne angewandt werden, ohne einen demokratischen Inhalt zu haben (Nohlen 2007, S. 23).

Ein Blick in die Empirie

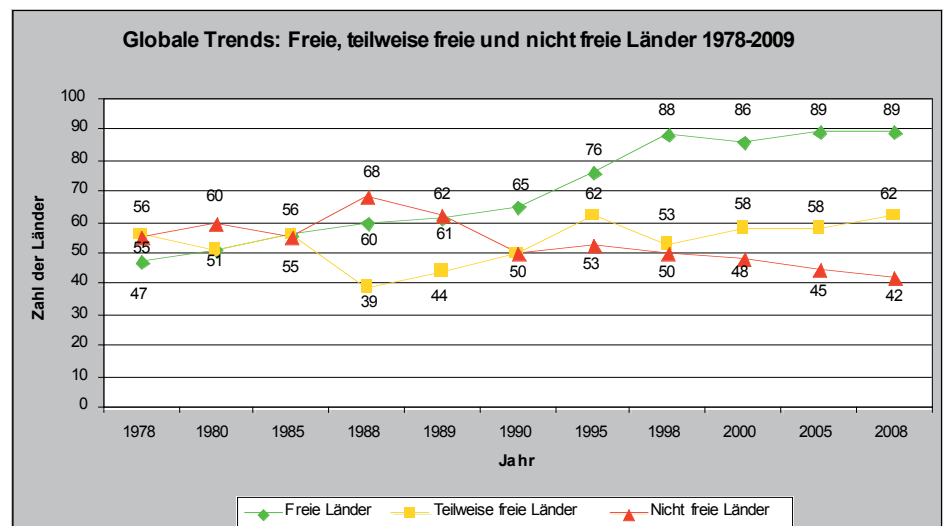
Ein Blick in die Empirie reicht aus, um diese theoretische Annahme mit Befunden zu unterfüttern. So gibt es zahlreiche Messinstrumente, die sich mit Demokratie und Freiheit in den Staaten der Welt aus einer quantitativ-vergleichenden Perspektive beschäftigen.

Der wohl bekannteste Index, *Freedom in the World*, stammt von Freedom House, einer 1941 in den USA gegründeten unabhängigen und gemeinnützigen Organisation, welche die Verbreitung von Freiheit und Demokratie zur Aufgabe hat. Der Arbeit von Freedom House liegt die normative Position zugrunde, die liberale Demokratie sei die beste politische Ordnung zur Verbreitung von Freiheit und demokratischen Werten. Aus dieser Perspektive werden auch die Indizes und Berichte angefertigt, die einem umfassenden, bei allen Schwächen und Kritikansätzen durchaus wissenschaftlich fundierten Forschungsleitfaden sowie einer differenzierten Methodologie folgen und dabei unter anderem die Demokratie Kriterien von Dahl messen. Freedom House erfasst im *Freedom in the World-Index* den Status politischer Rechte und den Status der Freiheitsrechte auf einer aggregierten Skala von 1 bis 7. Länder mit Werten von 1.0 bis 2.5 gelten als „frei“, Länder mit Werten von 3.0 bis 5.0 als „teilweise frei“ und Länder mit Werten von 5.5 bis 7.0 als „nicht frei“. Die Definition „frei“ bezeichnet Staaten, in denen politische Rechte und Freiheitsrechte – insbesondere freie und faire Wahlen – gewährleistet sind und orientiert sich damit weitestgehend an der Dahlschen Demokratiedefinition (vgl. dazu <http://www.freedomhouse.org>). Das bedeutet, dass als „frei“ bezeichnete Staaten als Demokratien gelten können. Darüber hinaus vergibt Freedom House das Label „elektorale Demokratie“ an Staaten, die zwar nicht als frei eingestuft werden, aber dennoch ein Minimum an Standards in Bezug auf Wahlen erfüllen: ein wettbewerbsorientiertes oder kompetitives Mehrparteiensystem, ein universelles Erwachsenenwahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger, regelmäßig abgehaltene geheime Wahlen ohne massiven Wahlbetrug, Zugang der wichtigen politischen Parteien zu den Medien und die Möglichkeit offenen Wahlkampfs. Freedom House arbeitet also mit einer Unterscheidung von elektoraler und liberaler Demokratie (wobei jede liberale Demokratie auch automatisch eine elektorale Demokratie ist, nicht jedoch umgekehrt). Ähnliches gilt auch für den zweiten wichtigen Index zu Transformation und Entwicklung, den *Bertelsmann Transformations-Index (BTI)*. Dieser kennt neben dem Idealtypus der marktwirtschaftlichen Demokratie auch so genannte „defekte Demokratie“ (Merkel 2004). Dabei handelt es sich aus methodologischer Sicht in beiden Fällen um einen so genannten „verminderten Subtypus“, der zwar den kennzeichnenden Namen (hier: Demokratie) trägt, jedoch nur Teile der Ausgangsmerkmale auf-

weist. Dies ist nicht nur methodologisch kritisch (vgl. Schlumberger 2008, S. 81-86), sondern weicht den normativen Gehalt der ursprünglichen Demokratiebegriffe auf. Schon bei der Betrachtung der theoretischen Konzeption beider Indizes zeigt sich also, dass es eben nicht nur liberale Demokratien nach westlichem Vorbild sind, in denen gewählt wird, sondern auch politische Systeme, die höchstens annähernd demokratische Kriterien erfüllen. Noch deutlicher wird dies, wenn man sich die Daten von Freedom House über die Zeit betrachtet (vgl. dazu die Schaubilder 1 und 2 sowie den Textkasten zu Freedom House). Freedom House weist für das Jahr 2008 119 Staaten als elektorale Demokratien aus. Da zum gleichen Zeitpunkt 89 Staaten als frei eingestuft werden, werden in mindestens 30 Staaten, die als nicht voll demokratisch zu bezeichnen sind, Wahlen abgehalten. Diese Zahlen sind jedoch insofern irreführend, als dass der *Freedom in the World-Index* Wahlen immer unter der

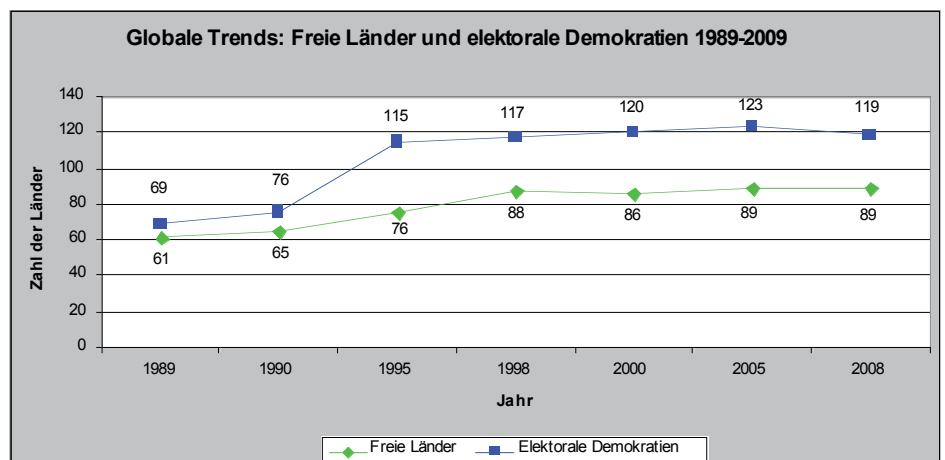
Perspektive demokratischer Entwicklung und der Förderung von Demokratie analysiert. Insofern kann aus den aggregierten Daten nicht herausgelesen werden, dass nur in elektoralen Demokratien gewählt wird. Hier erfüllen Wahlen lediglich minimale demokratische Standards. Und in der Tat finden auch in zahlreichen Staaten Wahlen statt, welche von Freedom House nicht als elektorale Demokratien eingeschätzt werden. Zieht man etwa die von der International Foundation for Electoral Systems (IFES) auf <http://www.electionguide.org> zur Verfügung gestellten Daten zu Wahlen heran, zeigt sich, dass alleine im Zeitraum von April 2009 bis März 2010 in dreizehn nicht freien Staaten² sowie in zwölf teilweise freien Staaten³ Wahlen zur obersten Legislative und/oder Exekutive abgehalten werden, von denen lediglich acht als elektorale Demokratien gelten. Zieht man zusätzlich weitere Quellen zu Rate, so zeigt sich, dass auch und insbesondere in von Freedom House als nicht frei ein-

Schaubild 1: Globale Trends – freie, teilweise freie und nicht freie Länder 1978-2009



Quelle: Freedom House 2009.

Schaubild 2: Globale Trends – freie Länder und elektorale Demokratien 1989-2009



Quelle: Freedom House 2009.

gestuften Staaten Wahlen abgehalten werden. Blickt man in die nähere Vergangenheit, so wird offenkundig, dass nahezu alle Staaten dieser Welt Wahlen in irgendeiner Form abhalten. Besonders hilfreich sind hier auch die Daten des International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) und des ACE Electoral Knowledge Network, welche unter <http://www.idea.int/esd/world.cfm> beziehungsweise <http://aceproject.org/> detaillierte Aufschlüsselungen sowie Beschreibungen der Wahlsysteme in den unterschiedlichen Staaten anbieten. Wir haben es also mit dem Phänomen zu tun, dass Wahlen auch in Nicht-Demokratien – Diktaturen oder autoritären Regimen⁴ – zur regelmäßigen politischen Praxis gehören. Dies wirft die schon eingangs gestellten Fragen auf: Wie lassen sich demokratische und nicht-demokratische Wahlen jenseits der bloßen Zahlen der Demokratie-Indizes zuverlässig unterscheiden? Haben Wahlen in diesen nicht-demokratischen politischen Systemen Funktionen, welche über die bloße Errichtung einer demokratischen „Fassade“ zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit hinausgehen?

Demokratische Qualität von Wahlen beurteilen: die „chain of democratic choice“

Selbstverständlich bieten die Daten von Freedom House und andere Ratings eine Grundlage für die Untersuchung der Qualität von Wahlen. So argumentiert etwa Andreas Schedler: „Despite its notorious penchant for methodological opacity, Freedom House does a reasonable job in evaluating the democratic quality of electoral regimes. (...) In particular, the qualitative evaluations of political rights that Freedom House offers in its country reports commonly assess in their opening sentence whether citizens are able to change their government through regular elections“ (Schedler 2006, S. 10-11). Da diese Daten nur eine erste Annäherung darstellen können, sollte die Qualität von Wahlen stets im Rahmen von Fallstudien überprüft werden. Zumal dann, wenn die Einschätzung von Regimen als demokratisch oder zumindest teilweise demokratisch vor allem durch die Tatsache der Existenz von Wahlen beeinflusst wird. Eine Möglichkeit der Einschätzung entwickelt Andreas Schedler mit der von ihm formulierten „chain of democratic choice“ (Schedler 2002, S. 41). Den Kriterien von Robert A. Dahls Konzept der Polyarchie (vgl. Dahl 1971) folgend entwickelt Schedler sieben Bedingungen, die notwendigerweise erfüllt sein müssen, um effektive

demokratische Wahlen zu ermöglichen. Gleich den Gliedern einer Kette sind diese eng miteinander verbunden. Fällt auch nur eine der Bedingungen aus, so handelt es sich nicht mehr um demokratische Wahlen (vgl. Schedler 2002, S. 40-41). Schedler definiert diese Kriterien wie folgt:

- **Empowerment:** Wahlen müssen es den Wählern ermöglichen, ihre Macht auszuüben und die mächtigsten Entscheidungsträger zu wählen.
- **Free supply:** Es muss die Möglichkeit der Bildung von politischen Alternativen geben: „The range of available alternatives cannot be something engineered by a manipulative government, but must be determined by active citizens themselves within a framework of fair and universal rules“ (Schedler 2002, S. 40).
- **Free demand:** Demokratische Wahlen setzen die freie Präferenzbildung der Bürger voraus. Dazu benötigen sie verschiedene Informationsquellen: „Unless parties and candidates enjoy free and fair access to the public space, the will of the people as expressed at the ballot box will be little more than the echo of structurally induced ignorance“ (Schedler 2002, S. 40).
- **Inclusion:** Universelles Wahlrecht.
- **Insulation:** Meinungsäußerungsfreiheit und geheime Wahlen.
- **Integrity:** Der in Wahlen frei geäußerte Wille muss von kompetenten und neutralen Personen/Institutionen ausgewertet und gleichwertig gewichtet werden. Die Bürokratie muss professionell und integer sein, um das Prinzip „one man, one vote“ auch umzusetzen.
- **Irreversibility:** Die Wahlsieger müssen die Ämter auch übernehmen können, für die sie gewählt wurden und dann Macht ausüben können.

Diese Konzeption hat neben ihrer Klarheit zudem den Vorteil, dass graduelle Unterschiede ebenso wie substantielle qualitative Sprünge an der Grenze zwischen demokratischen und autoritären Systemen wahrgenommen und Details ebenso wie Cluster von Informationen verarbeitet, gewichtet und geordnet werden können. Zweitens ermöglicht die Idee einer kohärenten Kette demokratischer Wahlen die Möglichkeit des kontextualisierten Vergleichs. Denn Machthaber können Wahlen in ganz unterschiedlicher Weise beeinflussen oder gar kontrollieren und dabei auf unterschiedliche Glieder der Kette zielen. So kann etwa die politische Opposition durch Gesetze an der Teilnahme an Wahlen gehindert werden. Andere Möglichkeiten sind die Beeinflussung der Berichterstattung in den Medien oder gar die Fälschung von Wahlergebnissen. Entscheidend ist dabei nicht nur, dass es unterschiedliche Wege der

Verhinderung demokratischer Wahlen gibt, sondern, dass als Ergebnis von Einflussnahme immer undemokratische Wahlen entstehen. Schedler drückt dies folgendermaßen aus: „Authoritarian incumbents may play the electoral-control game by attacking any link in the chain. But whichever approach or approaches they choose, the idea of basic norms linked together into a unified whole by the logic of democratic choice can help to reveal their maneuvers for what they are“ (Schedler 2002, S. 41).

Der Freedom in the World-Index

Freedom House erfasst im *Freedom in the World-Index* den Status politischer Rechte (Wahlprozess, politischer Pluralismus und Partizipation, Funktionieren der Regierung) sowie den Status der bürgerlichen Freiheitsrechte (Meinungs- und Glaubensfreiheit, Vereinigungs- und Organisationsfreiheit, „rule of law“, persönliche Freiheit und individuelle Freiheitsrechte) auf einer aggregierten Skala von 1 bis 7. Länder mit Werten von 1.0 bis 2.5 gelten als „frei“, Länder mit Werten von 3.0 bis 5.0 als „teilweise frei“ und Länder mit Werten von 5.5 bis 7.0 als „nicht frei“.

Zwar zeigt sich im Zeitraum von 1978 bis 2008 ein deutlicher Trend der Zunahme von freien Ländern mit einer annähernden Verdopplung der absoluten Zahlen von 47 auf 89 sowie die Abnahme von nicht freien Ländern um etwa ein Fünftel von 55 auf 42. Zusammengenommen mit der leichten Zunahme der teilweise freien Länder von 56 auf 62 bedeutet dies, dass die nicht als frei eingestuftten Länder heute mit 104 Fällen 54 Prozent ausmachen und die nicht freien Länder immer noch 22 Prozent der Fälle stellen. Dabei gehören zu letzteren etwa China, Russland und der Iran, was u. a. dazu führt, dass etwa ein Drittel der Weltbevölkerung in autoritären Staaten lebt. Auch zeigt sich eine Reihe von regionalen Besonderheiten. Eine besondere Häufung autoritärer politischer Systeme findet sich im Vorderen Orient und Nordafrika. Dort werden elf der 18 Staaten (61%) als nicht frei und damit autoritär sowie weitere sechs (33%) als teilweise frei eingestuft. Weitere Schwerpunkte sind der postsowjetische Raum mit sieben Staaten sowie die zur EU gehörenden Staaten Osteuropas mit sieben nicht freien Staaten.

Tabelle 1: Freedom in the World 2008

Jahr	Länder gesamt	Freie Länder	Teilweise freie Länder	Nicht freie Länder	Elektorale Demokratien
	Anzahl	Anzahl (%)	Anzahl (%)	Anzahl (%)	Anzahl (%)
1978	158	47 (30)	56 (35)	55 (35)	--
1980	162	51 (31)	51 (31)	60 (37)	--
1985	167	56 (34)	56 (34)	55 (33)	--
1988	167	60 (36)	39 (23)	68 (41)	--
1989	167	61 (37)	44 (26)	62 (37)	69 (41)
1990	165	65 (40)	50 (30)	50 (30)	76 (46)
1995	191	76 (40)	62 (32)	53 (28)	115 (60)
1998	191	88 (46)	53 (28)	50 (26)	117 (61)
2000	192	86 (45)	58 (30)	48 (25)	120 (63)
2005	192	89 (46)	58 (30)	45 (24)	123 (64)
2008	193	89 (46)	62 (32)	42 (22)	119 (62)

Quelle: Freedom House 2009

Tabelle 2: Freedom in the World 2008: Aufschlüsselung nach Regionen

Region	Freie Länder	Teilweise freie Länder	Nicht freie Länder
	Anzahl (%)	Anzahl (%)	Anzahl (%)
Asien / Pazifik	16 (41)	15 (38)	8 (21)
Nord- und Südamerika	25 (71)	9 (26)	1 (3)
Mittel- und Osteuropa/ Postsowjetischer Raum	13 (46)	8 (29)	7 (25)
– ohne EU-Staaten	2 (11)	8 (47)	7 (41)
Vorderer Orient / Nordafrika	1 (6)	6 (33)	11 (61)
Subsahara – Afrika	10 (21)	23 (48)	15 (31)
Westeuropa	24 (96)	1 (4)	0 (0)

Quelle: Freedom House 2009

41% aus) sowie Subsahara-Afrika mit 15 (31%). Im Gegensatz dazu kennt Westeuropa keine nicht freien Staaten und Nord- und Südamerika mit Kuba lediglich einen.

Funktionen von Wahlen in unterschiedlichen Systemkontexten

Wenn einmal festgestellt ist, dass Wahlen in einem Staat demokratischen Standards nicht genügen, so wird daraus meist gefolgert, diese Wahlen seien eine bloße Fassade. Wahlen werden dieser Auffassung nach von den Machthabenden missbraucht, um der Weltöffentlichkeit ein „demokratisches Feigenblatt“ zu präsentieren und haben darüber hinaus keine originäre Funktion innerhalb des jeweiligen politischen Systems. Diese Interpretation greift jedoch zu kurz. Mit Dieter Nohlen (2007, S. 24ff.) kann man vielmehr zeigen, dass Wahlen auch in nicht-demokratischen politischen Systemen wichtige Aufgaben erfüllen. Nohlen beschreibt drei unterschied-

liche idealtypische Systemkontexte, von denen die Funktionen von Wahlen maßgeblich abhängig sind: kompetitive, semi-kompetitive und nicht-kompetitive Systemkontexte. In Abhängigkeit von diesen Kontexte erhalten Wahlen als „eine Technik, eine Körperschaft zu bilden oder eine Person mit einer Führungsposition zu betrauen“ (Nohlen 2007, S. 24) ganz unterschiedliche Qualität.

Kompetitive Wahlen

Kompetitive Wahlen erfüllen nach Nohlen folgende fünf Funktionen: (1.) Die Legitimierungsfunktion, zu der die Legitimierung des politischen Systems und der Regierung einer Partei oder Parteienkoalition, die Übertragung von Vertrauen an Personen und Parteien, die Strukturierung des politischen Prozesses, die Rekrutierung der politischen Elite, eine Kanalisierung politischer Konflikte in Verfahren zu ihrer friedlichen Beilegung, die Bereithaltung des Machtwechsels, das Herbeiführen eines Konkurrenzkampfes um politische

Macht auf der Grundlage alternativer Sachprogramme sowie das Herbeiführen einer Entscheidung über die Regierungsführung in Form der Bildung parlamentarischer Mehrheiten gehören. (2.) Die Repräsentationsfunktion, welche die Repräsentation von Meinungen und Interessen der Wahlbevölkerung umfasst. In gesellschaftlich fragmentierten Ländern werden Wahlen entweder die Funktion haben, den verschiedenen soziokulturellen Gruppen eine politische Repräsentation zu geben oder die Spaltung politisch durch Mehrheitsbildung zu überbrücken (Nohlen 2007, S. 33-35). Zur Repräsentation gehört notwendigerweise auch die Verbindung der politischen Institutionen mit den Präferenzen der Wählerschaft. (3.) Die Integrationsfunktion, die der Integration des gesellschaftlichen Pluralismus' und Bildung eines politisch aktionsfähigen Gemeinwillens sowie der Hebung des politischen Bewusstseins der Bevölkerung durch Verdeutlichung der politischen Probleme und Alternativen dient. (4.) Die Mobilisierungsfunktion, durch welche die Wählerschaft für die Unterstützung gesellschaftlicher Werte, politischer Ziele und Programme sowie parteipolitischer Interessen mobilisiert werden soll. (5.) Die Kontrollfunktion, die der Einsetzung einer kontrollfähigen Opposition dient. Hier zeigt sich deutlich, dass diese Funktionen von der Existenz liberaler Elemente wie Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit abhängig sind.

Semi-kompetitive Wahlen

Im Unterschied dazu zeichnen sich semi-kompetitive Wahlen dadurch aus, dass konkurrierende Meinungen weder konstruktiv ins politische System integriert werden noch repressiv unterdrückt werden. Daraus werden als Einzelfunktionen für semi-kompetitive Wahlen abgeleitet: (1.) der Versuch der Legitimierung der bestehenden Machtverhältnisse zur politischen Entspannung nach innen und zum Reputationsgewinn nach außen. (2.) Die Sichtbarmachung und Teilintegration von Opposition sowie (3.) der systemstabilisierenden Anpassung der bestehenden Machtstruktur (Nohlen 2007, S. 36). Denn indem Wahlen durchgeführt werden, wird oftmals an eine legitimierte Tradition der Rekrutierung von Führungspersonen angeknüpft, auch wenn diese Funktion inzwischen anders ausgefüllt wird. Indem Wahlen den politischen Prozess strukturieren, suggerieren sie „the same procedure as every year“. Gerade bei semi-kompetitiven Wahlen ist die Seismographenfunktion, etwa in Form hoher Wahlenthaltung, von Bedeutung – gibt sie doch Aufschluss darüber, ob

die Regelverletzung von der Bevölkerung noch getragen wird.

Nicht-kompetitive Wahlen

In nicht-kompetitiven Systemen ist das Regime nicht verpflichtet, Wahlen abzuhalten. Wahlen fehlt hier komplett das liberale Moment der Integration der verschiedenen Interessen oder der Kontrollfunktion (Nohlen 2007, S. 35). Hält das Regime sie dennoch ab, so verbirgt sich dahinter oft eine gezielte Logik. Hier identifiziert Guy Hermet (1978, S. 13) vier Kategorien. (1.) Mit der Kommunikationsfunktion ist die Möglichkeit gemeint, Anordnungen, Erklärungen oder Hinweise an die Bevölkerung zu geben. Wahlen geben hier auch die Möglichkeit, Sündenböcke oder intermediäre Personen zu rekrutieren. (2.) Die Erziehungsfunktion weist auf die Möglichkeit von Wahlen hin, den Bürger zur gelenkten Partizipation zu erziehen. Allein die Ausübung von Wahlen gibt den Wählern bereits das Gefühl, dass sie partizipieren und etwas beeinflussen können. Von Bedeutung ist, dass es an der Wahlurne ja nominelle Gleichheit gibt. Damit werden sozioökonomische, ethnische Ungleichgewichte oder Geschlechterungleichgewichte verschleiert. Die Wahl ist hier auch eine Manifestierung der existierenden Ordnung. Wahlen können damit eine betäubende Wirkung haben. Auch in nicht-kompetitiven Systemen ist (3.) die Legitimationsfunktion von Bedeutung. Sie wirkt hier nach innen und nach außen. Nach außen sind Wahlen ein Zeichen für gute Führung, auch eine Hommage an frühere Kolonialmächte. Nach innen können Wahlen fast katharsische Funktion haben: "they become a sort of national festival the meaning of which has not yet been lost in the mist of time" (Hermet 1978, S. 16). Wahlen können dabei auch (4.) zur internen Hygiene dienen, Rivalen in der eigenen Fraktion können sanktioniert werden, oder die Regierung kann durch Wahlen traditionelle Kräfte, etwa die des Klerus, bändigen. Politische Eliten können durch Wahlen verjüngt werden. Es können mit dem Versprechen, das System zu reformieren, auch weniger radikale Opponenten angezogen werden.

Zwei Fallbeispiele für nicht-demokratische Wahlen: Venezuela und Russland

Will man schlüssige und empirisch unterfütterte Aussagen über die Qualität und Rolle von Wahlen in einem politischen System treffen, so bietet sich eine Analyse sowohl der demokratischen

Qualität von Wahlen als auch der Funktionen im jeweiligen Systemkontext an. Anhand der beiden Fälle Russland und Venezuela soll dies hier zum Abschluss kurz illustriert werden. Da beide Staaten in den letzten Jahren massive Veränderungen in Hinblick auf institutionelle Arrangements, Machtverteilung und Herrschaftsmechanismen erfahren haben, kann es sich dabei lediglich um Teilansichten der politischen Systeme handeln, die freilich eine zentrale Entwicklungstendenz gemeinsam haben: die Errichtung und Stabilisierung autoritärer Herrschaft.

Russland und Venezuela bilden zusammen mit Ägypten, Kenia, Nigeria und Pakistan eine Gruppe regional und überregional bedeutender Staaten, denen von Freedom House 2007 eine Abnahme der eh schon eingeschränkten Freiheit bescheinigt wurde. Dieser Prozess tritt im Russland von Wladimir Putin und Dmitri Medwedew sehr viel offener und radikaler zu Tage, ist aber auch in Venezuela unter Hugo Chávez deutlich zu erkennen. Der prozessuale Charakter spiegelt sich in der Bewertung durch Freedom House über die Zeit. Russland verschlechterte sich in den letzten zehn Jahren von einem Status des „teilweise frei“ mit einem Indexwert von 4 im Jahr 1999 auf ein „nicht frei“ mit einem Indexwert von 5.5. Im selben Zeitraum verschlechterte sich Venezuela von einer Einschätzung als „frei“ mit einem Wert von 2.5 auf ein „teilweise frei“ mit dem Indexwert 4. Auf der Basis dieser Einschätzungen kann bei beiden Staaten von einem Prozess der Entdemokratisierung oder anders formuliert einer „transition to autocracy“ gesprochen werden.

Diese Tendenzen finden in beiden politischen Systemen ihre Entsprechungen in den unterschiedlichsten Bereichen. Russland und Venezuela weisen auf den ersten Blick einige Parallelen in der Entwicklung der letzten Jahre auf. Erstens profitieren beide Staaten seit einigen Jahren von ihrem Reichtum an fossilen Energieträgern und steigenden Ölpreisen. Sie verfügen aufgrund der weitgehenden Verstaatlichung des Energiesektors über beträchtliche Renteneinkommen. Zweitens sind sowohl in Russland als auch in Venezuela extensive Prozesse der Machtzentralisierung zu beobachten, die vor allem in Russland, aber auch in Venezuela über eine Föderalreform durchgesetzt wurden (vgl. etwa Sakwa 2008 und McCoy/Myers 2004). Hinzu kommt, dass der Präsident in beiden Staaten über außerordentliche exekutive und legislative Kompetenzen verfügt, etwa über die Möglichkeit des Regierens per Dekret. Drittens findet sich in beiden Staaten eine starke Personifizierung der Macht

in der Person des Präsidenten. In Russland wie in Venezuela spiegelt sich die Personifizierung der Macht vor allem in der Veränderung und extrakonstitutionellen Ergänzung des institutionellen Gefüges des politischen Systems mit einer Ausrichtung auf den Präsidenten wider. Die beiden letzteren Parallelen zusammengenommen, kann in beiden Staaten von massiven Prozessen des „institutional engineering“ zugunsten der personifizierten Zentralmacht gesprochen werden. Viertens finden sich in beiden Staaten starke Bestrebungen zur Regulierung von Partizipation und Interessenrepräsentation über die Verdrängung organisierter partikularer und pluraler Interessen aus der politischen Landschaft, welche meist über den Weg der institutionellen Veränderung und Kontrolle verläuft. In Russland wie in Venezuela sind davon in erster Linie politische Parteien betroffen⁵. Fünftens halten beide Staaten regelmäßig Wahlen (und Referenden) ab. Dabei besteht, wie das verlorene Referendum 2007 bestätigt, durchaus die Möglichkeit, dass Chávez hier Niederlagen erleiden kann, wohingegen dies für Putin/Medwedew in Russland unmöglich erscheint, was die Stimmanteile der Opposition in den letzten beiden Wahlperioden in Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eindrücklich untermauern.

Wahlen in Russland

Die in Russland regelmäßig abgehaltenen Wahlen zu Staatsduma und Präsidentenamt offenbaren bei genauerer Betrachtung derart gravierende Defizite, dass in diesem Zusammenhang nicht einmal mehr von einer Kette, geschweige denn einer demokratischen, gesprochen werden kann. Zwar können diejenigen, die gewählt werden, auch die Ämter übernehmen, für die sie gewählt wurden und die damit verbundene Macht ausüben. Aber dies liegt in erster Linie daran, dass nur diejenigen gewählt werden, die gewählt werden sollen. Für alle weiteren Glieder der Schedlerschen Kette ergibt sich ein Bild der Zerstörung. Zwar ist die Möglichkeit, als Wähler seine Macht auszuüben in Hinblick auf die Präsidentschafts- und Dumawahlen formal gegeben, auf regionaler Ebene ist dies seit der Abschaffung der Gouverneurswahlen nicht mehr der Fall. In Bezug auf die föderalen Wahlen kann von zahlreichen Beeinträchtigungen der

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Wladimir Putin am 14.3.2004 bei der Stimmabgabe für die Präsidentschaftswahl. Seine Aussage „Die Menschen müssen entscheiden, ob du das Recht hast, weiterzumachen“ erscheint vor dem Hintergrund massiver Beeinträchtigungen der demokratischen Qualität der Wahlen als zynisch.

picture alliance/dpa

Machtausübung der Wähler gesprochen werden (vgl. etwa Russlandanalysen 152, unter <http://www.laenderanalysen.de>), und auch die Ergebnisse der Wahlen in bestimmten Regionen sprechen für sich selbst. Sie stehen in einem eklatanten Widerspruch zu den Zahlen in den urbanen Zentren, welche zum Teil deutlich unter dem Landesdurchschnitt lagen und wohl eher das reale Bild widerspiegeln.⁶ Auch die Personalisierung und Zentralisierung der Macht sprechen gegen die Idee des Empowerment. Eine treffende Zusammenfassung der Situation in

Russland findet sich bei Lilia Shevtsova: „One further key word for decoding the reality of Russia is nonaccountability. The leader is formally placed on a pedestal as the sole legitimate player. He is the monosubject on the Russian political scene and the only one who has all the means and instruments and levers of power. At the same time he has to shirk responsibility in order to survive. He would otherwise be answerable for every failure of his bureaucracy from top to bottom“ (Shevtsova 2007, S. 52). Die Möglichkeit der Bildung politischer Alternativen (Schedler 2002, S. 40)

wird sowohl durch Gesetze als auch durch informelle Praktiken überformt, wie das Beispiel der Parteienregistrierung, die NGO-Gesetze (vgl. Russlandanalysen 138), das Extremismusgesetz und der ungleiche Zugang zu Medien belegen. Auch eine freie Präferenzbildung der Bürger ist angesichts weitgehend staatseigener oder staatsnaher Medien nicht gewährleistet. Und auch die Meinungsäußerungsfreiheit ist in Russland bedroht, wie nicht nur die Beispiele zahlreicher inzwischen ermordeter kritischer Journalisten, sondern auch das neue Extremismusgesetz und Berichte über Wählerbeeinflussung zeigen. In Hinblick auf die Integrität von Personen und Institutionen sei hier auf die Daten von Transparency International, das Russland momentan auf Platz 121 führt, sowie ein Zitat aus dem Länderbericht von Freedom House „Freedom in The World 2008“ verwiesen: „Corruption in the government and business world is pervasive“.

Wahlen in Venezuela

In Venezuela erscheint die Möglichkeit demokratischer Wahlen zunächst nicht eingeschränkt, wurde Hugo Chávez doch bisher in drei integren Wahlen im Amt bestätigt. Seit dem Amtsantritt von Chávez sind eine Parlamentswahl und mehrere Lokalwahlen trotz der Betrugsvorwürfe seitens der Opposition ordnungsgemäß durchgeführt worden. Bisher konnte lediglich festgestellt werden, dass bei den Parlamentswahlen 2005 die Software, die für das elektronische Wahlverfahren benutzt werden sollte, nicht sicher war. Der Wahlrat zog daraufhin die Wahlmaschinen zurück. Es haben aber subtilere Prozesse als offensichtlicher Wahlbetrug stattgefunden, welche die „democratic chain“ an mehreren Stellen durchbrechen und das Vertrauen in demokratische Wahlen vergiftet haben (Kornblith 2007, S. 18). Laut Larry Diamond und Leonardo Morlino (2004, S. 25) ist die Existenz eines unabhängigen Wahlorgans das wichtigste Requisit für die Ausübung der bürgerlichen Freiheit. Hier weist Miriam Kornblith darauf hin, dass seit Dezember 1999 die Wahlbehörde einen provisorischen Charakter hatte, da sie nicht nach den Regeln, die in der Verfassung vorgesehen sind, ernannt wurde. Dort ist festgehalten, dass die Mitglieder der Behörde nicht Parteimitglieder sein dürfen, wohingegen die jetzigen Mitglieder Chávistas sind (McCoy et al. 2004, S. 281). Weitere Elemente, die demokratische Wahlen einschränken, sind die Aushebelung von Checks and Balances aufgrund fehlender parlamentarischer Opposition und weit-

reichenden präsidentialen Dekretrechten sowie das Fehlen einer unabhängigen Gerichtsbarkeit durch Einsetzung regierungstreuer Richter. Aufgrund dieser Elemente können die Wähler nicht mehr gewiss sein, dass die gewählten Entscheidungsträger auch wirklich die politische Macht haben, das politische Geschehen gestalten zu können. Beide Punkte zeigen, dass die Empowerment-Funktion nicht erfüllt ist. Von besonderer Nachhaltigkeit in der Einschränkung der Integrität von Wahlen und der freien Meinungsäußerung war auch die bereits genannte Veröffentlichung von Wahldaten mittels der „schwarzen Listen“. Laut Kornblith (2007) wurde eine Version der Liste zur Diskriminierung oppositioneller Wähler und Bevorzugung – bei gleichzeitiger Warnung vor Abweichlertum – Chávez-treuer Wähler benutzt. Auch die Defizite der von Selbstzensur und tendenziöser Berichterstattung geprägten Medienlandschaft schränken demokratische Wahlen ein (Petkoff 2005, S. 118). Die Pressefreiheit wird darüber hinaus nicht nur verbal sondern auch durch gesetzliche Restriktionen eingeschränkt, etwa durch Artikel 148 des Strafgesetzbuches, der die Beleidigung öffentlicher Amtsinhaber mit Haftstrafen belegt.⁷ Auch wurde die Sendelizenz des Senders RCTV mit der Begründung, dass dieser eine maßgebliche Rolle beim Putsch spielte, nicht verlängert (vgl. die

Zeit vom 28.5.2007). Der Vorwurf des Hochverrats der Staatsanwaltschaft gegenüber der Wählerversammlung „Súmate“ aufgrund von US-amerikanischen Spenden, die Ausweisung des Leiters des venezolanischen Human Rights Watch-Büros aufgrund eines kritischen Berichtes (El Tiempo, 19.9.2008) sowie die Erschwerung von Aus- und Einreisebedingungen für kritische Journalisten und Wissenschaftler schränken die Meinungs- und Pressefreiheit und damit auch die „free demand“-Funktion ein.

Die Militarisierung der Verwaltung ist ein weiterer Punkt, der gleich mehrere Elemente der „chain of democratic choice“ aushebelt. Zum einen ist fraglich, ob noch von einer freien Präferenzbildung gesprochen werden kann, wenn Militärs für öffentliche Posten kandidieren. Zum anderen werden wichtige Gremien direkt mit Militärs besetzt. Des Weiteren werden Militärs zur Überwachung von Wahlen eingesetzt, was die Integrität von Wahlen gefährden kann. Auf die Einschränkungen, die in Venezuela für politische Organisationen bestehen, und mit denen die „free supply“-Funktion unterminiert wird, wurde bereits hingewiesen. Strategien wie die Zwillingwahl schränken den Wettbewerb noch weiter ein. Aber auch von Seiten der Opposition wird die „chain of democratic choice“ durchbrochen: Das Element der Irrever-

sibilität setzt eine gewisse Respektierung demokratischer Institutionen voraus. Der Coup 2002 zeigte, wie sehr die venezolanische Demokratie verfallen war, denn nicht nur Chávez, sondern auch seine Gegner respektierten die demokratischen Institutionen nicht mehr (Ottaway 2003, S. 72).

Funktionen von Wahlen in Venezuela und Russland im Vergleich

Es zeigt sich also, dass Wahlen in den letzten Jahren sowohl in Russland als auch in Venezuela nicht-demokratischen Standards entsprachen. Aufgrund des semi-kompetitiven Charakters der Wahlen in Venezuela und der nicht-kompetitiven Wahlen in Russland ist es nahe liegend zu vermuten, dass sie ein jeweils anderes Funktionsbündel erfüllen, auch wenn sich bei der genaueren Analyse Gemeinsamkeiten finden. Vergleicht man die Funktionen von Wahlen in Russland und Venezuela, so fällt zunächst ins Auge, dass die Legitimationsfunktion in Bezug auf das Amt des Präsidenten in beiden Ländern die bedeutendste Funktion von Wahlen ist. Gleichzeitig ist in beiden Ländern ein

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Sonst gerne auch in Uniform, gibt sich Hugo Chávez beim Referendum in Venezuela am 15.2.2009 durchaus zivil. Diese demokratische Geste kann nicht über den nur eingeschränkt demokratischen Charakter der Wahlen in Venezuela hinwegtäuschen.
picture alliance/dpa

Rückgang der Legitimität von Parteien zu betrachten. Dieser Befund ist gekoppelt mit unseren Befunden zur Zentralisierung der Macht in beiden Ländern und der Bedeutung der persönlichen Führung. Interessant ist dabei der Befund, dass die Legitimierung weniger auf der Basis von Sachprogrammen erfolgt, sondern durch die Verteilung der Ölfrenten erzielt wird. In beiden Ländern ist des Weiteren festzustellen, dass auf die Legitimierung nach außen kaum noch Wert gelegt wird bzw. kein Wert darauf gelegt wird, die Requisiten westlicher Demokratie zu erfüllen. Beide Länder ziehen es vielmehr vor, ihre Version von Demokratie als Exportschlager zu verkaufen, wie etwa Wladimir Putins Verweis auf Russlands „soveräne Demokratie“ untermauert. Die nötigen Allianzen ergeben sich dabei aufgrund der Prosperität auf der Basis der Verkäufe fossiler Brennstoffe. In beiden Fällen fällt in Bezug auf die Funktion von Wahlen nach innen auf, dass weder in Russland noch in Venezuela eine angemessene Repräsentation regionaler Interessen stattfindet, da in beiden Fällen eine Unterordnung der Parlamentsmitglieder unter den Präsidenten zu verzeichnen ist. Gesellschaftlicher Pluralismus wird entsprechend in beiden Fällen nicht integriert. Die Mobilisierung der Wählerschaft erfolgt dagegen nur auf der Basis vom Staatsapparat vorgegebener Werte und Ziele. Systemstabilität wird damit zu Ungunsten von Wahlen erzielt – in dem Sinne, dass Wahlen keine Inhalte mehr transportieren.

Eine für Russland spezifische Funktion von Wahlen gerät dabei besonders in den Blick, die ebenso nahe liegend wie selten diskutiert ist. Diese als „elektorale Seismographie“ bezeichnete Funktion steht in einem engen Zusammenhang mit der von Guy Hermet formulierten Kommunikationsfunktion und überführt die in autoritären Systemen mit einer beeinflussten Medienlandschaft und einer weitgehend demobilisierten und kontrollierten Bürgerschaft virulente Problematik der Abkoppelung politischer Eliten von der politischen Basis in eine funktionale Logik. Denn in autoritären Systemen findet eine Beeinflussung, Steuerung und Kontrolle von Präferenzen statt, die dazu führt, dass Menschen in Meinungsumfragen in erster Linie auszuloten versuchen, was das Gegenüber hören möchte.⁸ Dies wiederum bedeutet, dass Umfragen keine zuverlässige Quelle für die Interessen und Meinungen der Wahlbevölkerung sind, auch dann nicht, wenn sie von staatlichen und unabhängigen Instituten durchgeführt werden.⁹ Um in Kontakt mit der öffentlichen Meinung zu bleiben, die weder in den Medien

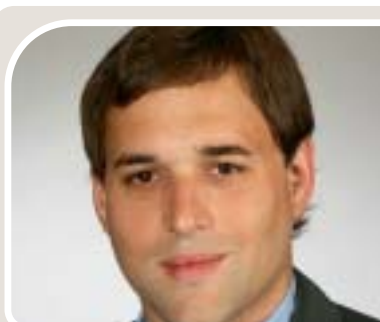
noch in Meinungsumfragen adäquat widergespiegelt wird, ist das Regime auf Wahlen als eine Art Seismograph angewiesen, der Erschütterungen in der Wahlbevölkerung (und sei es nur das Desinteresse in Form von Nichtwählen) aufspüren kann. Mit der in Russland immer gerne genutzten und in den letzten Wahlen zunehmend gewählten Option „Gegen Alle“ stand dem politischen System zudem bis zur Abschaffung 2007 ein Detektor zur Verfügung, der zuverlässig den Anteil der politisch Aktiven und an Wahlen Partizipierenden erfasste, die mit dem System unzufrieden waren und gleichzeitig nicht gewillt waren, sich in den weit verbreiteten Privatismus des Nichtwählens zurückzuziehen. Zusammen mit der Wahlbeteiligung bzw. dem Anteil der Nichtwähler konnten präzise Aussagen über die Größe einer kritischen Masse der Systemunzufriedenheit gemacht werden, die in dieser Klarheit nicht aus Meinungsumfragen hervorgehen.

Ein großer Unterschied zwischen Russland und Venezuela ergibt sich zudem dadurch, dass in Venezuela Wahlen noch eine gewisse Legitimationsfunktion nach innen erfüllen. Dabei dienen sie sowohl der Sichtbarmachung von Opposition als auch der Legitimation von Amtsinhabern und insbesondere des Präsidenten. Doch auch hier finden sich Beschränkungen der Wahlen durch Strukturreformen, Populismus und eine schwache Opposition: Amtsinhaber werden in Venezuela zwar durch Wahlen legitimiert, aber kaum kontrolliert. Die Bürger können durch Wahlen, und dazu zählen letztlich auch die zahlreichen Referenden, zwar partizipieren. Sie müssen aber stets befürchten, dass sie entweder mit Konsequenzen

durch einen militarisierten Staatsapparat oder durch Entzug von sozialen Vergünstigungen bestraft werden, oder dass ihre Entscheidung durch die Herrschaft per Dekret umgangen wird. Dennoch werden die Rechtmäßigkeit des politischen Systems durch Wahlen manifestiert und die politischen Kräfte von Parteien und Bewegungen gebunden. Wirkliche Machtausübung läuft jedoch im Hintergrund. Wahlen in Venezuela stellen damit anders als in klassischen autoritären oder totalitären Regimen ein wichtiges Teilelement der Machtsicherung dar (Kornblith 2007, S. 113). Denn insbesondere die Präsidentschaftswahlen zeigen, dass die Legitimationsfunktion noch kein Selbstläufer ist und dass der politische Wettbewerb noch so weit funktioniert, dass Chávez noch über keine „sichere Bank“ verfügt. Diese Legitimierungsfunktion wird in Venezuela – anders als in Russland – noch nicht durch Wahlmanipulation erkaufte. Dies deutet auf die partizipative Kultur hin, die Venezuela von Russland unterscheidet. Auch ist in Venezuela die Unterordnung der Bevölkerung unter den Präsidenten geringer als in Russland, was das letztlich knapp gescheiterte Amtsenthebungsreferendum 2004 sowie die Referenden von Dezember 2007 und Februar 2009 zeigten. Interessant ist in diesem Fall, dass, obwohl in Venezuela ein klares Abwiegen der politischen Kosten vorzuliegen scheint, die Seismographenfunktion noch gering ausgeprägt zu sein scheint im Vergleich zu Russland, wovon die letzten Modernisierungsmaßnahmen, die die Entscheidungen aus dem Referendum missachten, Zeugnis geben.

Fazit

Auch wenn Wahlen gemeinhin als ein sicherer Indikator für demokratische Entwicklungen angesehen werden, sollte dies kritisch betrachtet werden. Alleine die Existenz von Wahlen ist kein Zeichen für fortschreitende Demokratisierung, denn auch in nicht-demokratischen politischen Systemen wird gewählt, und diese Wahlen erfüllen je nach Systemkontext unterschiedliche Funktionen. Wahlen können dabei durchaus der Etablierung und Sicherung autoritärer Herrschaft dienen, wie anhand der Fallbeispiele aufgezeigt wurde. Daher sollte der Beurteilung der Qualität und Funktionen von Wahlen immer eine in die Tiefe gehende Fallanalyse, die nicht nur das politische System und seine Institutionen in den Blick nimmt, sondern auch die Muster der Beziehungen zwischen Politik, kulturellen Werten, Gesellschaft und Ökonomie mit einbezieht, zugrunde liegen.



UNSER AUTOR

Dr. Rolf Frankenberger ist Akademischer Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Seine wissenschaftlichen Interessenschwerpunkte sind autoritäre politische Systeme, Transformationen von Politik und Ökonomie, Russland und der postsowjetische Raum sowie Systemtheorie und Theorien der Postmoderne.

Åslund, Anders (2007): Russia's Capitalist Revolution. Why Market Reform succeeded and Democracy failed. Washington D.C.: Peterson Institute for International Economics.

Boeckh, Andreas (2003): The Painful Transition of a Rentier State: Globalization and Neopopulist Regression in Venezuela. In: Beck, Martin/Barrios, Harald/Boeckh, Andreas/Segbers, Klaus (Hrsg.): Resistance to Globalization. Political Struggle and Cultural Resilience in the Middle East, Russia, and Latin America. Berlin/London/New York, S. 42-157.

Boeckh, Andreas/Graf, Patricia (2005): Der Commandante in seinem Labyrinth. In: Boeckh, Andreas (Hrsg.): Venezuela. Die Bolivarische Republik. Bad Honnef.

Buhbe, Matthes/Gorzka, Gabriele (Hrsg.) (2007): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin. Wiesbaden.

Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy, Participation and Opposition. New Haven.

Diamond, Larry/Morlino, Leonardo (2004): The Quality of Democracy. An Overview. In: Journal of Democracy, Vol. 15, Number 4, S. 20-31.

Ellner, Steve (2008): Rethinking Venezuelan Politics: Class, Conflict and the Chavez Phenomenon. Boulder.

Hermet, Guy (1978): State-controlled elections: a Framework. In: Hermet, Guy et al. (Hrsg.): Elections without choice. London, S. 1-18.

Hidalgo, Manuel (2009): Hugo Chávez's "Petro-Socialism". In: Journal of Democracy, Vol. 20, Number 2, S.78-92.

Kornblith, Miriam (2007): Venezuela: calidad de las elecciones y calidad de la democracia. In: América latina hoy: Revista de ciencias sociales, 45, S. 109-124.

Linz, Juan (2000): Totalitarian and Authoritarian Regimes. Boulder.

McCoy, Jennifer/Myers, David (Hrsg.) (2004): The Unraveling of Representative Democracy in Venezuela. Baltimore.

Merkel, Wolfgang (2004): Embedded and Defective Democracies. In: Democratization, Vol.11, No.5, December 2004, S.33-58.

Nohlen, Dieter (2007): Wahlrecht und Parteiensystem. 5. Auflage, Opladen.

Ottaway, Marina (2003): Democracy Challenged. The Rise of Semi-Authoritarianism. Washington D.C.

Puddington, Arch (2009): The 2008 Freedom House Survey. A third year of decline. In: Journal of Democracy, Vol. 20, Number 2, April 2009, S. 93-107.

Remington, Thomas F. (2008): Patronage and Power: Russia's Dominant Party Regime. In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2/2008, S. 213-228.

Sakwa, Richard (2008): Russian Politics and Society. 4th Edition. London/New York.

Schedler, Andreas (2002): The Menu of Manipulation. Elections without Democracy. In: Journal of Democracy, Vol. 13, Number 2, S. 36-50.

Schedler, Andreas (2006) (Hrsg.): Electoral Authoritarianism: The Dynamics of unfree competition. Boulder.

Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung. Baden-Baden.

Schlumberger, Oliver/Karadag, Roy (2006): Demokratisierung und Transitionsforschung. In: Barrios, Harald/Stefes, Christof (Hrsg.): Einführung in die Comparative Politics. München/Wien, S. 226-249.

Schumpeter, Joseph A. (1987): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 6.Aufl. [1950], Tübingen.

Shevtsova, Lilia (2006): Bürokratischer Autoritarismus – Fallen und Herausforderungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11/2006, S. 6-13.

Shevtsova, Lilia (2007): Russia – Lost in Transition. The Yeltsin and Putin Legacies. Washington, D.C.

Way, Lucan A. (2005): Authoritarian State Building and the Sources of Regime Competitiveness in the Fourth Wave. The Case of Belarus, Moldova, Russia, and Ukraine. In: World Politics 57, January 2005, S. 231-261.

INTERNETQUELLEN

<http://www.freedomhouse.org/>
<http://www.idea.int/>
<http://aceproject.org/>
<http://www.electionguide.org/>
<http://www.democracyweb.org/>
<http://www.laenderanalysen.de/>

ANMERKUNGEN

1 Ein besonderes Dankeschön gilt meiner Kollegin Patricia Graf, da ich in diesem Beitrag unter anderem auf Ergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojekts zurückgreife. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf die Venezuela-Expertise. Darüber hinaus danke ich Juan Albarracín für hilfreiche Anregungen und Mathias Gabel für hier leider doch nicht verwendete Recherche- und Rechenergebnisse.

2 Die nicht freien Staaten sind Afghanistan, Algerien, Angola, Tschad, Kongo-Brazzaville, Elfenbeinküste, Äquatorial Guinea, Iran, Irak, Mau-

retanien, Sudan, Tadschikistan und Tunesien.

3 Die teilweise freien Staaten sind Albanien, Kolumbien, Komoren, Ecuador, Honduras, Libanon, Malawi, Malediven, Moldawien, Mosambik, Niger und Jemen. Als elektorale Demokratien gelten davon Albanien, Kolumbien, Ecuador, Honduras, Malawi, Moldawien, Mosambik und Niger.

4 Autoritäre Regime lassen sich mit Juan Linz (2000, S. 159) folgendermaßen beschreiben: Sie zeichnen sich nach Linz aus durch limitierten und nicht verantwortlichen politischen Pluralismus ohne eine ausgearbeitete und handlungsleitende Ideologie, aber durchaus ausgeprägte Mentalitäten, den Mangel an allgemeiner politischer Mobilisierung (also durch weitgehende Demobilisierung) der Gesellschaft und eine extreme Machtkonzentration auf eine Person oder Gruppe, welche Macht innerhalb von formal ungenau bestimmten, aber durchaus vorhersehbaren, Schranken ausübt. Die Definition „nicht frei“ bei Freedom House orientiert sich an der Definition autoritärer politischer Systeme bei Linz und kann daher als „proxy“ oder Näherungswert für die Anzahl autoritärer politischer Systeme dienen.

5 Während in Russland das heute weitestgehend etablierte Einparteiensystem auf historische Vorbilder rekurrieren kann, knüpft die Entmachtung der Parteien in Venezuela an eine extreme Antiparteieneinstellung und die ohnehin schon fortgeschrittene Erosion des Parteiensystems an und setzt eher auf eine Volksbewegung denn die Errichtung eines Einparteiensystems.

6 Dumawahlen 2007: Wahlbeteiligung (% Einiges Russland): Tschetschenien 99,46% (99,36%), Inguschetien 98,35% (98,72%), Kabardino-Balkarien 96,68% (96,12%), Dagestan 91,74% (89,23%), Stadt Moskau 55,12% (53,95%), St. Petersburg 51,47% (51,47%).

7 Strafgesetzbuch, Gazette Nr. 494, Artikel 148; <http://www.mintra.gov.ve/legal/codigos/penaldevenezuela.html>

8 Mit anderen Worten ist die Problematik der sozialen Erwünschtheit in politischen Meinungsumfragen in autoritären politischen Systemen potenziert und führt zu einer systematischen Verfälschung aller Ergebnisse.

9 Dass die Ergebnisse der Wahlen nicht zu stark von den Umfragen abweichen, dürfte in erster Linie dem „electoral engineering“ geschuldet sein, das auf föderaler Ebene zu einer Angleichung führt. Betrachtet man die Ergebnisse und die Wahlbeteiligung etwa in St. Petersburg oder Moskau, so sind diese ein Indikator für die Interessen der Bürger.

Wahlssysteme

Gilg Seeber

Der Beitrag von Gilg Seeber beschäftigt sich mit Wahlssystemen, d.h. dem Mechanismus, der regelt, innerhalb welcher geografischer Einheiten Stimmen in Mandate umgewandelt werden, in welcher Form Stimmen abzugeben sind und nach welcher Methode Stimmen gezählt und verrechnet werden. In Wahldemokratien findet sich eine große Vielfalt von Wahlssystemen, die unterschiedliche normative Überlegungen (z.B. die Rolle des Wählerwillens) sowie politische Repräsentations- und Partizipationskulturen widerspiegeln. In der je konkreten Ausgestaltung eines Wahlsystems spielen vier Elemente eine entscheidende Rolle: die Gestaltung der Wahlkreise, die Form der Kandidatur, die Stimmgebung und schließlich die Stimmverrechnung. Unterschiedliche Regelungen resultieren aus den Kombinationen dieser vier Elemente – mit mehr oder weniger starken Auswirkungen auf die Wahlergebnisse. Weil mit der Zuweisung von Mandaten Parteien oder Personen mit Macht ausgestattet werden, die konkrete Ausgestaltung eines Wahlsystems einzelne Akteure jedoch begünstigen oder benachteiligen kann, das Wahlssystem zudem aufgrund bestimmter Machtkonstellationen festgelegt wird, bedarf es einer eingehenden politischen Analyse.

Wahlssysteme haben weitreichende Folgen

Bei den letzten Wahlen zum britischen Unterhaus im Jahre 2005 erhielt die Labour Party mit 35,2 Prozent der Stimmen 356 Mandate – mit 55,1 Prozent der insgesamt 646 Sitze ist dies eine absolute parlamentarische Mehrheit für Labour. Die mit 32,4 Prozent zweitstärkste Conservative Party erlangte 30,7 Prozent der Sitze, gefolgt von den Liberal Democrats mit 22,0 Prozent der Stimmen und 9,6 Prozent der Mandate (Butler/Kavanagh 2005, S. 204). Die auffallende Diskrepanz zwischen Stimmen- und Mandatsverteilung ist Folge des britischen Wahlsystems, das in Einerwahlkreisen der Kandidatin bzw. dem Kandidaten mit der größten Zahl an Stimmen das Mandat zuteilt. Dieses System begünstigt große Parteien mit regional breit gestreuter Unterstützung. In den 16 Wahlen von 1945 bis 2001 gewannen entweder Labour oder die Conservatives – mit nur zwei Ausnahmen 1950 und Februar 1974 – aus-

reichende parlamentarische Mehrheiten für die Bildung einer stabilen, d.h. die gesamte Periode amtierenden Regierung (Budge/Crewe/McKay/Newton 2004, S. 370).

Deutlich geringere Diskrepanzen sind in Deutschland zu beobachten. Bei der Bundestagswahl 2005 betrug die maximale Differenz zwei Prozentpunkte (für die SPD). Keine der Parteien konnte eine absolute Mehrheit im Parlament erreichen, die Bildung einer Regierung aus CDU/CSU und SPD war die Konsequenz. Tatsächlich stellen Koalitionsregierungen in Deutschland die übliche Regierungsform dar, seit 1945 gab es keine Einparteienregierung (Saalfeld 2005, S. 216).

Die beiden Beispiele deuten darauf hin, dass die auf den ersten Blick rein technische Angelegenheit der Wahlarithmetik weitgehende politische Konsequenzen mit sich bringt.

Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit Wahlssystemen, also jenem Teil des Wahlrechts, der regelt, innerhalb welcher geografischer Einheiten Stimmen in Mandate umgewandelt werden, in welcher Form Stimmen abzugeben sind und nach welcher Methode Stimmen gezählt und verrechnet werden. Weil mit der Zuweisung von Mandaten Parteien oder Personen mit politischer Macht ausgestattet werden, die konkrete Ausgestaltung eines Wahlsystems einzelne Akteure aber begünstigen bzw. benachteiligen kann, das

Wahlssystem darüber hinaus selbst aufgrund bestimmter Machtkonstellationen festgelegt wird, bedarf es auch einer eingehenden politischen Analyse.

Technische Elemente

Wahlkreis

Wahlkreise sind geografische Einheiten, in denen Mandate zur Verteilung gelangen. In Großbritannien sind dies ebenso viele Distrikte (constituencies) wie Mandate zu vergeben sind. Auch in Deutschland wird das Gebiet der Bundesrepublik zunächst in 299 Wahlkreise eingeteilt, in denen die Direktmandate vergeben werden. Zusätzlich wird aber auf der Ebene des gesamten Bundesgebietes die Zahl der den Parteien insgesamt zustehenden Mandate ermittelt, die dann (abzüglich der Direktmandate) auf der Ebene der Bundesländer zur Verteilung gelangen. Das deutsche System kann als Mehrebenenwahlssystem bezeichnet werden (Schoen 2005, S. 576).

Wichtiges Charakteristikum eines Wahlkreises ist die Zahl der darin zu vergebenden Mandate. Gelangt nur ein Mandat zur Verteilung (Einerwahlkreis), kann nur ein Mehrheitswahlrecht zur Anwendung kommen, bei dem die relative oder absolute Stimmenmehrheit entscheidet. Das bedeutet für kleinere Parteien eine Hürde. Größe-

Tabelle 1: Stimm- und Mandatsverteilung Deutsche Bundestagswahl 2005

	SPD	CDU	CSU	B90/Grüne	FDP	Linke	Gesamt
Stimmen	34,2	27,8	7,4	8,1	9,8	8,7	96,1
Mandate	36,2	29,3	7,5	8,3	9,9	8,8	100

Angaben in Prozent, Listen ohne Mandatsgewinn sind nicht angeführt

Quelle: Der Bundeswahlleiter

Tabelle 2: Mandatsverteilung in Ein- und Mehrpersonenwahlkreisen

Partei	Stimmen	Zahl der Mandate pro Wahlkreis								
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
A	45%	1	1	2	2	3	3	4	4	4
B	35%	0	1	1	2	2	3	3	3	3
C	11%	0	0	0	0	0	0	0	1	1
D	9%	0	0	0	0	0	0	0	0	1

Verteilung nach relativer Mehrheit im Einerwahlkreis und dem (proportionalen) d'Hondt-Verfahren in Mehrpersonenwahlkreisen

re Mehrpersonenwahlkreise erleichtern, wie Tabelle 2 zeigt, das Erreichen von Proportionalität von Stimmen- und Mandatsverteilung und senkt den zum Erreichen eines Mandates notwendigen Stimmenanteil.

Ein machtpolitisch heikles Problem stellt die Grenzziehung insbesondere für Wahlkreise mit wenigen zu vergebenen Mandaten dar. Einerseits kann durch die Definition von Wahlkreisen die Repräsentation von Minderheiten sichergestellt oder erleichtert werden, auf der anderen Seite vermögen Parteien durch für sie vorteilhafte Grenzziehungen ihre Hochburgen abzusichern. In Deutschland schreibt das Bundeswahlgesetz annähernd gleich große, zusammenhängende Wahlkreise vor, die sich nicht über Landesgrenzen hinweg erstrecken dürfen. Bei zu großen Unterschieden in den jeweiligen Bevölkerungszahlen hat eine Neueinteilung zu erfolgen.

Kandidaturform

Dieser Aspekt bezieht sich auf die Art und Weise, wie die zur Wahl stehenden Optionen präsentiert werden. Liegt eine Aufzählung von Kandidatinnen und Kandidaten vor, aus der eine oder mehrere Personen auszuwählen sind, spricht man von einer Einzelkandidatur, werden mehrere Bewerberinnen und Bewerber zu einer gemeinsamen Liste zusammengefasst, von einer Listenkandidatur. Bei letzterer ist zu differenzieren zwischen starren Listen, lose gebundenen Listen und freien Listen. Starre Listen erlauben nur die Wahl einer Partei, ohne Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten nehmen zu können. Lose gebundene Listen sehen die Wahl einer Partei vor, erlauben aber auch die Auswahl von Namen auf der entsprechenden Parteiliste. Freie Listen ermöglichen es den Wählerinnen und Wählern, über Parteigrenzen hinweg Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen.

Durch Einzelkandidatur, lose gebundene und freie Listen erhalten die gewählten Mandatsträger ein gewisses Maß an persönlicher Legitimation, die deren Abhängigkeit von ihrer Partei mildert. Innerparteilicher Wettbewerb wird dadurch gefördert.

Das deutsche Bundestagswahlsystem sieht eine Kombination von Einzelkandidatur (Erststimme) und starrer Liste (Zweitstimme) vor.

Stimmgebung

Dieses Element des Wahlsystems regelt, wie die Stimme oder die Stimmen abgegeben werden können. Dazu zählen auch die im Wahlrecht zu regelnden

Fragen der Gestaltung des Stimmzettels, der Verwendung von elektronischen Wahlmaschinen (E-Voting), von Regelungen zur Briefwahl oder dem Wählen über das Internet.

Die Liste der denkbaren und praktizierten Verfahren der Stimmabgabe ist lang. Wählerinnen und Wähler können etwa mit einer Stimme Präferenz für eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten zum Ausdruck bringen (Präferenzstimmgebung), mit mehreren Stimmen Präferenzen für Kandidaten äußern (Mehrstimmgebung), sie können Zweit-, Dritt-, usw. -präferenzen angeben (Alternativstimmgebung), über eine Stimme für eine Kandidatin/einen Kandidaten und eine zweite Stimme für eine Partei verfügen (Zweistimmensystem). Dies ist noch keine vollständige Liste aller eingesetzten Verfahren. Komplexere Verfahren der Stimmgebung verlangen von den Wählerinnen und Wählern nicht nur inhaltliches politisches Wissen, sondern auch ein Mehr an wahltechnischen Kenntnissen.

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag verfügt jede Wählerin/jeder Wähler über zwei Stimmen, einer Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten (Direktmandat) und einer Zweitstimme für eine Partei auf der Landesliste. Briefwahl ist auf Antrag möglich. Die Verwendung von elektronischen Wahlmaschinen erachtet das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom März 2009 als verfassungswidrig.

Stimmverrechnung

Die Formeln, nach denen Stimmen in Mandate umgerechnet werden, stellen ein gleichermaßen politisch bedeutendes wie mathematisch komplexes Element von Wahlsystemen dar. Relativ kleine Änderungen in einzelnen Parametern der Berechnungsverfahren können z.B. bewirken, dass ein ursprünglich proportionales Verfahren größere Parteien bevorzugt – wie überhaupt zwischen Struktur der Formel und deren Effekt zu unterscheiden ist.

Nach der Struktur der Formel unterscheidet man zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl. Bei ersterer werden Mandate an Kandidatinnen bzw. Kandidaten mit einer Stimmenmehrheit im Wahlkreis vergeben, letztere verteilt die Sitze gemäß Stimmenanteilen.

Eine Variante der Mehrheitswahl ist die relative Mehrheitswahl, bei der in einem Wahlgang der Kandidat/die Kandidatin mit der relativen Stimmenmehrheit im Einerwahlkreis den Sitz erhält (*first past the post*). Diese Entscheidungsregel wirkt, wie das britische Beispiel demonstriert, stark mehrheitsfördernd. Eine andere Variante, die absolute Mehrheitswahl, verlangt für die Zutei-

lung des Mandats im Einerwahlkreis die absolute Stimmenmehrheit. Dies kann in einzelnen Wahlkreisen einen zweiten Wahlgang erforderlich machen, bei dem entweder die beiden stimmenstärksten Bewerber aus dem ersten Wahlgang wiederum die absolute Mehrheit benötigen (wie z.B. bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl) oder die Kandidatinnen bzw. Kandidaten mit einem Mindeststimmenanteil nun die relative Stimmenmehrheit erreichen müssen. Die Wahlen zur Französischen Nationalversammlung sind ein Beispiel für die zweite Regelung: Kandidatinnen bzw. Kandidaten mit mindestens einem Achtel an Stimmen sind für den zweiten Wahlgang zugelassen, bei dem die relative Mehrheit über die Vergabe des Sitzes entscheidet. Tatsächlich stellen sich in der zweiten Runde nach informellen Koalitionsabsprachen nur die aussichtsreichsten Kandidatinnen und Kandidaten der Links- bzw. Rechtsparteien der Wahl. Australien praktiziert mit der *alternative vote* eine bemerkenswerte Variante, bei der durch Berücksichtigung von Zweit- und Drittpräferenzen die Durchführung eines zweiten Wahlgangs nicht notwendig wird. Auch diese Regeln wirken mehrheitsfördernd, wenn auch – im Vergleich zur relativen Mehrheitswahl – auf subtilere und nicht nur rechnerische Weise.

Eine fast unüberschaubare Zahl an Varianten von Stimmverrechnungsverfahren gibt es in Verhältniswahlsystemen. Die am häufigsten verwendeten Verfahren lassen sich zwei Klassen zuordnen: Divisorenverfahren und Quotenverfahren.

Bei den Höchstzahl- oder Divisorenverfahren werden durch Divisionen Zahlenreihen erstellt und die Mandatsverteilung erfolgt über die größten in den Reihen vorzufindenden Zahlen. Das bei den österreichischen Nationalratswahlen (im dritten Ermittlungsverfahren mit dem gesamten Bundesgebiet als einzigem Wahlkreis) eingesetzte d'Hondtsche Verfahren ist ein Beispiel dafür. Die Zahlenreihen werden dabei so gebildet, dass die Stimmen der Parteien fortlaufend durch 2, durch 3 usw. dividiert werden. Je nachdem, in welchen Zahlenreihen die größten Zahlen auftreten, gelangen die Mandate zur Verteilung.

Wahlzahl- oder Quotenverfahren bilden im ersten Schritt eine Wahlzahl und berechnen, wie oft die Wahlzahl in den Stimmenzahlen der Parteien enthalten ist. In der Regel können auf die-

se Weise nicht alle Mandate vergeben und die nicht verteilten Restmandate nach einer anderen Regel zugeordnet werden. Ein Beispiel dafür ist das Hare-Niemeyer Verfahren, bei dem die Quote für jede Partei als Verhältnis des Produktes von Parteienstimmen und zu verteilenden Mandaten zur Gesamtstimmenzahl berechnet wird. In einem ersten Schritte erhält jede Partei die abgerundete Quote als Mandate zugeordnet. Die verbleibenden Restmandate werden nach der Größe der Nachkommastellen der Quoten vergeben. Dieses Verfahren wird in Deutschland für die Berechnung der Mandate aus den Zweitstimmen verwendet. Sperrklauseln können Parteien von der Teilnahme an der Mandatsvergabe ausschließen. Bei der Vergabe von Mandaten nach den Zweitstimmen nehmen in Deutschland mit Ausnahme der Parteien nationaler Minderheiten nur jene Listen teil, die bundesweit mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen oder mindestens drei Direktmandate erreicht haben.

Typen von Wahlsystemen

Die eben besprochenen technischen Elemente lassen sich auf vielfältige Weise zu einem Wahlsystem kombinieren. In einer breit angelegten, vergleichenden Studie findet Matt Golder (2005) insgesamt 261 unterschiedliche Wahl-

systeme. Dementsprechend schwierig stellt sich der Versuch einer Klassifikation in wenige Typen von Wahlsystemen dar, was sich auch darin zeigt, dass sich in der wissenschaftlichen Literatur kein Klassifikationsschema als „Standard“ durchgesetzt hat. Tabelle 3 benennt schematisch die Einteilung nach Dieter Nohlen, die sich stark an der Wirkung des Wahlsystems orientiert. Für eine detaillierte Erörterung sei auf Nohlen (2007) und für eine Zusammenfassung auf Sieglinde Rosenberger/Gilg Seeber (2008) verwiesen. Das deutsche Bundestagswahlssystem zählt nach dieser Klassifikation zur personalisierten Verhältniswahl mit Sperrklausel – in anderer Terminologie wird es auch ein gemischtes System genannt. In 299 Wahlkreisen wird mit der Erststimme mit relativer Mehrheit die/der Wahlkreisabgeordnete gewählt. Die Zweitstimme entscheidet nach einem weiter oben beschriebenen Verfahren darüber, wie viele Mandatsträger eine Partei insgesamt in den 598 Sitze umfassenden Bundestag entsendet. Stimmen-Splitting kann dazu führen, dass eine Partei in einem Bundesland über die Zweitstimmen weniger Mandate zugeteilt bekommt als diese Direktmandate erreicht. Diese Überhangmandate bleiben den Parteien erhalten (siehe Tabelle 4). Durch die Vergabe von Übergangmandaten entsteht in dem sonst sehr proportionalen System eine gewisse Dis-

krepanz zwischen Zweitstimmen- und Mandatsverteilung. Davon profitieren generell die großen Parteien. Dass über die Erststimme ein starkes Element der Personalisierung in das Wahlsystem eingeführt wird, veranschaulicht das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 im Wahlkreis Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost, in dem die Grünen mit klarer relativer Mehrheit von 43,4 Prozent der Erststimmen (gefolgt von der SPD mit 20,7 Prozent) ein Direktmandat erreichten, während die SPD ebenso klar eine relative Mehrheit von 37,3 Prozent der Zweitstimmen erhielt (gefolgt von den Grünen mit 21,8 Prozent). In den Bundestag direkt gewählt wurde Hans-Christian Ströbele, Bündnis 90/Die Grünen.

Wahlsysteme als Charakteristika politischer Systeme

In seiner bahnbrechenden, 36 langjährige liberale Demokratien vergleichenden Studie „Patterns of Democracy“ stellt Arend Lijphart (1999) einen auffallenden Zusammenhang zwischen dem Wahlsystem und vier weiteren Charakteristika des politischen Systems fest, bezüglich derer sich die Idealtypen Westminsterdemokratie (oder Konkurrenzdemokratie) und Konsensusdemokratie wesentlich unterscheiden (siehe Tabelle 5). Keine liberale Demokratie lässt sich exakt einem der beiden Idealtypen zuordnen, dennoch sind gewisse Muster zu erkennen. In überwiegend konkurrenzdemokratisch verfassten politischen Systemen, wie z.B. Großbritannien, werden mehrheitsfördernde Wahlsysteme eingesetzt, eine einzelne Partei hält tendenziell die absolute Mehrheit im Parlament, diese stellt die Regierung und verfügt über weitgehende Definitions- und Entscheidungsmacht in der Politikgestaltung. Das Parteiensystem ist charakterisiert durch zwei größere Parteien oder Blöcke von Parteien. Demgegenüber zielen Konsensusdemokratien auf Machtteilung. Deren Wahlsysteme suchen große Disproportionalitäten im Wahlsystem zu vermeiden, an der Bildung von Regierungen müssen sich in der Regel mehrere Parteien beteiligen. Für den Beobachtungszeitraum von 1945 bis 1996 weist Lijphart für die 36 analysierten Staaten eine moderate negative Korrelation zwischen der Disproportionalität des Wahlsystems und der (effektiven¹) Zahl der im Parlament vertretenen Parteien nach, d.h. je stärker mehrheitsfördernd das Wahlsystem eines politischen Systems ist, desto kleiner ist tendenziell die (effektive) Zahl der Parlamentsparteien. Der französi-

Tabelle 3: Typen von Wahlsystemen

Mehrheitswahlsysteme	Relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen
	Absolute Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen
	Mehrheitswahl mit Minderheitenvertretung
	Verhältniswahl in kleinen Wahlkreisen
	Mehrheitswahl mit proportionaler Zusatzliste
Verhältniswahlsysteme	Verhältniswahl in Mehrpersonenwahlkreisen
	Kompensatorische Mehrheitswahl mit Sperrklausel
	Personalisierte Verhältniswahl mit Sperrklausel
	Übertragbare Einzelstimmgebung
	Reine Verhältniswahl

Zusammengestellt nach Nohlen (2007)

Tabelle 4: Mandatsverteilung Bundestagswahl 2005

	SPD	CDU	CSU	Grüne	FDP	Die Linke	Summe
Sitze nach Zweitstimmen	213	173	46	51	61	54	598
Wahlkreis- und Landeslistensitze	222	180	46	51	61	54	614
Überhangmandate	9	7	0	0	0	0	16

Quelle: Bundeswahlleiter

Tabelle 5: Fünf Charakteristika von politischen Systemen²

	Westminsterdemokratie	Konsensusdemokratie
Exekutivmacht	konzentriert in den Händen einer allein regierenden Mehrheitspartei	aufgeteilt auf eine Mehrparteienkoalition
Kräfteverhältnis Legislative/Exekutive	Dominanz der Exekutive gegenüber der Legislative	(in-)formelles Gleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative
Parteiensystem	Zweiparteiensystem	Vielparteiensystem
Wahlssystem	Mehrheitswahl	Verhältnisswahl
Interessensgruppensystem	pluralistisch	koordiniert und korporatistisch

Zusammengestellt nach Lijphart (1999) und Schmidt (2000)

sche Politikwissenschaftler Maurice Duverger hat diesen Zusammenhang in der Mitte des letzten Jahrhunderts strenger gefasst. Demnach würden Mehrheitswahlssysteme Zweiparteiensysteme begünstigen, Verhältniswahlssysteme hingegen Vielparteiensysteme. Eine Begründung dafür liegt in der „Mechanik“ des Wahlsystems: Weil es für kleinere Parteien schwieriger ist, Sitze zu erhalten, sind diese auch mit weniger Mandaten im Parlament vertreten. Eine zweite Begründung verwendet ein psychologisches Argument: Wählerinnen und Wähler erkennen die geringeren Chancen kleiner Parteien, Mandate zu erlangen, deshalb tendieren sie zur Wahl größerer Parteien, um ihre Stimme nicht zu vergeuden. Duverger unterstellt damit einen einseitigen Wirkungszusammenhang, der in der Literatur nicht ohne Widerspruch blieb, übersieht er doch die Tatsache, dass Wahlssysteme von herrschenden politischen Eliten eingesetzt werden und damit ein kausaler Zusammenhang in die entgegengesetzte Richtung ebenso be-

steht. Josep P. Colomer (2005) erbringt den empirischen Nachweis dafür, dass der umgekehrte Wirkungszusammenhang ebenso zu argumentieren ist.

Repräsentationsprinzipien

Durch Wahlen werden in repräsentativen Demokratien politische Akteure (Parlamentarierinnen, Parlamentarier, Regierungen) bestimmt und legitimiert, um politische Agenden stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen. Verhältniswahlssystem und Mehrheitswahlssystem korrespondieren dabei mit zwei unterschiedlichen Idealtypen von Repräsentation oder Stellvertretung. Die eine idealtypische Vorstellung sieht im Parlament einen Mikrokosmos, der ein möglichst getreues soziologisches Abbild der Bevölkerung darstellen soll, in dem alle relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen und Interessen repräsentiert sind. Die Aufgabe der Abgeordneten besteht nach dieser Konzeption darin, stellvertretend und im Namen der Bevölkerung die politische Agenda zu verhandeln und Entscheidungen herbeizuführen. Die Herstellung des Mikrokosmos und damit fairer Repräsentation erreicht man am ehesten, wenn im Stimmverrechnungsverfahren jede Stimme mit dem gleichen Gewicht berücksichtigt wird, also die gleiche Chance hat, in Mandate umgewandelt zu werden. Dem entspricht am besten die reine Verhältniswahl. Zum System der Mehrheitswahl korrespondiert die Vorstellung von einem Parlament, das eine politische Agenda im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger umsetzt. Aufgabe des Wahlsystems nach dieser Konzeption ist es, für ein von der (relativen) Mehrheit gewünschtes (Wahl-)Programm die parlamentarische Mehrheit herzustellen – und in der Folge eine dem Programm verpflichtete

Regierung zu installieren. Auf diese Weise wird es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Verantwortung für politische Entscheidungen klar zuzuordnen und das Verhalten der Entscheidungsträger (bei der nächsten Wahl) zu sanktionieren.

Reformbestrebungen

Debatten um bestehende Wahlsysteme werden in allen Wahldemokratien praktisch permanent geführt. Dies schon deshalb, weil es kein „bestes“ System gibt. In der Theorie stehen sich die beiden geschilderten Repräsentationsprinzipien gegenüber, das eine mehr der Fairness verpflichtet, das andere Effizienzkriterien in den Vordergrund rückend. Beide Kriterien lassen sich nicht gleichzeitig implementieren, auch Kompromissvarianten bauen auf einem der Idealtypen auf und versuchen Elemente des anderen Typs mit einzubeziehen. Dies erzeugt ein Spannungsfeld zwischen real existierendem Wahlsystem und Idealvorstellungen. Golder (2005, S. 114 ff) weist in seiner umfassenden Untersuchung der Entwicklung der Wahlsysteme seit 1945 einen Trend zu komplexeren Mehrebenensystemen und gemischten Systemen nach, in ihrer großen Mehrheit Wahlsysteme mit proportionalem Charakter. In den postkommunistischen Staaten Osteuropas wurden im Untersuchungszeitraum gut drei Viertel der Wahlen nach einem dieser Systeme durchgeführt (siehe dazu auch Nohlen 2007 S. 234 ff). Verhältniswahlssysteme wurden kaum durch Mehrheitswahlssysteme ersetzt, umgekehrt jedoch schon. Das prominenteste Beispiel stellt Neuseeland dar, das 1996 von der relativen Mehrheitswahl zu einer personalisierten Verhältniswahl wechselte. Mit knapper werdenden relativen Mehrheiten und daraus folgenden Schwierigkeiten bei der Bildung stabiler Regierungskoalitionen werden in europäischen Ländern Stimmen nach einer Reform des Verhältniswahlrechts laut. In Deutschland plädiert etwa Gerd Strohmeier (2007) für ein gemäßigtes Mehrheitswahlrecht, einer Mehrheitswahl mit proportionaler Zusatzliste, die sicherstellen soll, dass Einparteienregierungen entstehen können, Koalitionsregierungen nicht gebildet werden müssen, kleine Parteien aber weiter parlamentarisch vertreten wären. Ähnliche Intentionen verfolgt Klaus Poier (2001), der in seinem Vor-



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Gilg Seeber, Universitätsprofessor für Statistik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck; Forschungsschwerpunkte in den Bereichen statistische Modellierung, Öffentliche Meinung, Wahlen, Politische Partizipation.

schlag für ein minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht der stimmenstärksten Partei die um eins erhöhte Hälfte der Mandate zuteilt, alle übrigen Mandate unter Anwendung einer Sperrklausel nach dem Stimmenverhältnis auf die anderen Parteien verteilt. Am weitesten fortgeschritten sind derartige Reformbestrebungen in Italien, das in Abgeordnetenkammer und Senat Zusatzmandate für den stimmenstärksten Parteienblock vorsieht, ohne aber eine absolute Mehrheit in beiden Kammern zu garantieren. Ein Referendum zur Stärkung dieses mehrheitsbildenden Elements ist unlängst mangels ausreichender Wahlbeteiligung gescheitert. Reformbedarf gibt es in Deutschland nach zwei Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes. Im Juli 2007 erkannte das Gericht eine Klausel im Zusammenhang mit den Überhangmandaten, die zu einer Einbuße an Mandaten trotz Stimmengewinnen führen kann, für verfassungswidrig. Eine entsprechende Wahlrechtsänderung hat bis Mitte 2011 zu erfolgen. Obwohl es sich auf den ersten Blick um eine reparierbare technische Anomalie handelt, ist das Problem wegen damit verbundener

grundsätzlicher Fragen schwieriger zu lösen (und wurde bis dato nicht gelöst). In einem zweiten Urteil vom März 2009 wurde gegen die Zulässigkeit der Verwendung von Wahlcomputern bei der Bundestagswahl 2005 entschieden. Das Gericht sah den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl als verletzt an, weil Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit genommen wird, im Wahllokal die Stimmenausschüttung nachzuvollziehen.

LITERATUR

- Budge, Ian/Crew, Ivor/McKay, David/Newton, Ken (2004): *The New British Politics*. Third Edition. London.
- Colomer, Josep P. (2005): *It's Parties That Choose Electoral Systems* (or Duverger's Laws Upside Down). In: *Political Studies* 53, S. 1-21.
- Farrell, David M. (2001): *Electoral Systems: A Comparative Introduction*. Basingstoke.
- Gallagher, Michael/Mitchell, Paul (Eds.) (2005): *The Politics of Electoral Systems*. Oxford.
- Golder, Matt (2005): *Democratic Electoral Systems Around the World, 1946-2000*. In: *Electoral Studies* 25, 103-121.
- Kavanagh, Dennis/Butler, David (2005): *The British General Election of 2005*. Basingstoke.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven.

- Nohlen, Dieter (2007): *Wahlrecht und Parteiensystem*. 5. Auflage, Stuttgart.
- Poier, Klaus (2001): *Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht. Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen zu Fragen des Wahlrechts und der Wahlsystematik*. Wien.
- Powell, G. Bingham, Jr. (2000): *Elections as Instruments of Democracy: Majoritarian and Proportional Visions*. New Haven.
- Rosenberger, Sieglinde/Seeber, Gilg (2008): *Wählen*. Wien.
- Saalfeld, Thomas (2005): *Germany: Stability and Strategy in a Mixed-Member Proportional System*. In: Gallagher/Mitchell (2005), S. 209-229.
- Schmidt, Manfred G. (2000): *Demokratietheorien*. 3. Auflage, Opladen.
- Schoen, Harald (2005): *Wahlsystemforschung*. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.) *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, S. 573-607.
- Strohmeier, Gerd (2007): *Ein Plädoyer für die „gemäßigte Mehrheitswahl“: optimale Lösung für Deutschland, gutes Vorbild für Österreich und andere Demokratien*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38, S. 578-590.

ANMERKUNGEN

- 1 Die effektive Zahl der Parteien berücksichtigt nicht nur deren Anzahl sondern auch das Größenverhältnis der Parteien.
- 2 Angeführt sind die fünf relativ hoch korrelierten Variablen der Exekutive-Parteien-Dimension. Lijphart (1999) führt fünf weitere Variablen der Föderalismus-Unitarismus-Dimension an.

Handbuch Europapolitik

Siegfried Frech, Martin Große Hüttmann, Reinhold Weber (Hrsg.)



Die Europäische Union (EU) hat sich eine neue Gestalt gegeben. Ihr dynamisches Mehrebenensystem ist für die deutschen Länder von immer größerer Bedeutung.

Das „Handbuch Europapolitik“ skizziert in kompakten, präzisen Analysen die zentralen Politikfelder, auf denen die EU für das Land Baden-Württemberg von Bedeutung ist. Dabei wird deutlich, wie stark die Landespolitik mit der europäischen Politik verflochten ist – von der Wirtschaft über Umwelt und Verkehr bis hin zu Bildung und Forschung.

Einschlägige Gesetzestexte und ein statistischer Teil machen das Handbuch zum praktischen Nachschlagewerk.

5.– EUR (zzgl. Versandkosten)
per Fax 0711.164099 77,
über marketing@lpb.bwl.de oder
Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

Was ist spannender...?

Hans-Peter Schwarz:
**Phantastische Wirklichkeit.
 Das 20. Jahrhundert im Spiegel
 des Polit-Thrillers.**

Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006.
 352 Seiten, 22,90 Euro

Um ihr Ansehen bemühte Intellektuelle sollen ja bekanntlich – so ein gängiges Vorurteil – nur im Urlaub und an fremden Gestaden zur verschmähten Gattung der Kriminalromane und Politthriller greifen. Gilt doch gemeinhin, dass Literatur und Politik einer je anderen Eigenlogik folgen. Politik hat es mit der (harten) Realität und mit Fakten zu tun. Literatur hingegen ist Fiktion, in der Sphäre des Erdichteten angesiedelt und bereichert den schnöden Alltag mit schöngestem Genuss oder bloßer Unterhaltung. Dass es trotzdem reichhaltige Wechselbeziehungen zwischen politischer Realität und Fiktion gibt, belegt Hans-Peter Schwarz eindrucksvoll in dem vorliegenden Buch, mit dem er eine Lanze für den Polit-Thriller bricht. Hans-Peter Schwarz ist u. a. Verfasser der zweibändigen großen Adenauer-Biographie und porträtiert in dem 1998 erschienenen opulenten Band „Das Gesicht des Jahrhunderts“ herausragende politische Persönlichkeiten und – so der Untertitel des Buches – Monster, Retter und Mediokritäten, die das 20. Jahrhundert entscheidend geprägt haben. Dass Schwarz auch eine ausgeprägte Vorliebe für Belletristik hegt, belegt der Band „Phantastische Wirklichkeit“. Das „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm) hält zahlreiche Stoffe bereit, aus dem Polit-Thriller ihre Spannung beziehen und ein breites Massenpublikum in ihren Bann zu ziehen vermögen: Spionage, politische Intrigen, Geldgier, Hochverrat, ideologische Verblendung, sexuelle Obsessionen der Mächtigen, die Einsamkeit des gejagten und desillusionierten Agenten in „haarsträubenden Zeiten“ (Frederick Forsyth). Gut gemachte – und mithin gut recherchierte – Polit-Thriller machen zentrale zeitkritische Themen (bel)greifbar und sind letztlich eine Fortentwicklung des klassischen Abenteuer- und Kriminalromans „im düsteren Stil des 20. Jahrhunderts“ (S. 8). Indem die Zeitgeschichte selbst ein tieferes Bewegungsgesetz dieses Genres ist, sind Polit-Thriller stets ein Spiegel der Moderne. Sie thematisieren Zeitsignaturen und sind somit auch ein Indikator für jeweils vorherrschende (kollektive) Ängste und Abneigungen.

Den Auftakt der chronologischen Abfolge bilden Erskine Childers (1870–1922) und John Buchan (1875–1940), deren viel gelesene Agentenromane bereits charakteristische Grundmuster des Genres erkennen lassen. Während Erskine Childers, vom patriotischen Eifer jener Zeit beseelt, in seinem 1903 erschienenen „Rätsel der Sandbank“ – das nach der Veröffentlichung eine starke politische Wirkung entfaltete – eine Warnung vor Deutschland als dem „künftigen Rivalen auf See“ propagiert, zur Wachsamkeit vor feindlichen Anschlägen aufruft und die „Dummköpfe von Staatsmännern“ anprangert, spiegelt sich in den Büchern von John Buchan, der wie viele seiner Generation das „Empire als eine Art Abenteuerspielplatz“ (S. 36) erlebte, der Erste Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit wider. Seinen mit über einer Million Exemplaren verkauften erfolgreichsten Spionageroman „Die neununddreißig Stufen“ hat Alfred Hitchcock im Jahre 1935 – wenngleich sehr frei – verfilmt. Die erfolgreichen Autoren Eric Ambler (1909–1998) und Graham Greene (1904–1991) schließen sich in der Folge an. Nicht nur die Jahrzehnte des Kalten Krieges, auch das sich längst abzeichnende Nord-Süd-Gefälle und die nachkolonialen Wirren in der Dritten Welt geraten nunmehr in den Blickwinkel der schreibenden Zunft. Bei beiden Autoren taucht erstmals die Charakterfigur des unpolitischen und zynischen Anti-Helden auf. Während im klassischen Kriminalroman das staatliche Gewaltmonopol noch (halbwegs) intakt ist, wird dieses Fundament im Polit-Thriller angegriffen, gar von den Mächtigen verraten und preisgegeben. Die skeptischen und zynischen Protagonisten – wie sie wohl am überzeugendsten von John Le Carre (*1931) dargestellt wurden und werden – agieren angesichts der an sie gestellten Herausforderungen letztlich nur aufgrund ihrer moralischen Überzeugungen in den „Terrorwelten des 20. Jahrhunderts“ (S. 61f.). Wie eng im Übrigen der Zusammenhang zwischen Politik und Fiktion ist, offenbart sich in der Biographie von Graham Greene, der nicht nur ein „linker Großschriftsteller und Thrillerschreiber“, sondern auch IM „im Geheimdienst Ihrer Majestät“ (S. 92f.) war. Hervorzuheben ist das literarische Porträt von Ian Fleming (1908–1964), der mit der hedonistischen Figur James Bond den allzeit Martini schlürfenden, der Damenwelt immerfort zugeneigten und allen irdischen Gefahren trotzen den „Snob als Superagent“ schuf. Die Thriller von Ian Fleming beruhen nicht

zuletzt auf seinen Erfahrungen als Stabsoffizier der Navy Intelligence. Allderdings bekam dem „kalten Krieger“ Fleming, dessen zumeist nachlässig konstruierte Thriller nur so von antikomunistischen und rassistischen Passagen strotzen, das libertäre und sinnenfrohe Leben weniger gut als seinem snobistischen Protagonisten Bond. Er starb elf Jahren nach der Veröffentlichung seines ersten Bond-Thrillers (1953) als körperliches Wrack; dies – so Hans-Peter Schwarz – „allerdings weniger vom Schreiben als aufgrund der Dreiheit von Alkohol, verbunden mit gutem Essen, Kettenrauchen und von sexuellem Hochleistungssport“ (S. 135). Mit John Le Carre, Frederick Forsyth (*1938), Robert Ludlum (1927–2001) und schließlich Tom Clancy (*1947) – um nur die wohl bekanntesten zu nennen – werden in der zweiten Hälfte des Buches Autoren porträtiert, die mit ihren Thrillern die Politik und das Zeitgeschehen von den frühen 1970er Jahren bis in die Gegenwart hinein abdecken. Gemeinsam ist diesen Autoren, dass in ihren Büchern – wie es nach dem Zweiten Weltkrieg Realität geworden ist – die USA als dominierende Weltmacht mitsamt ihren realen und erdichteten politischen Verwerfungen und Allmachtsphantasien im Mittelpunkt stehen. So nimmt es nicht wunder, dass einige der Bücher ihren Stoff aus apokalyptischen Tagträumen, atomaren und biochemischen Schreckensszenarien beziehen.

Das Buch bereitet nicht zuletzt deshalb einen besonderen Lektüregenuss, weil Hans-Peter Schwarz in geradezu essayistischer Manier Einblicke in das politische oft gar nicht so „unbelastete“ Leben der Autoren gewährt. Die Biographien der Größen des Polit-Thrillers, ihre politischen und oftmals propagandistischen Intentionen sowie die zeitgeschichtlichen Entstehungsbedingungen ihrer Bücher bieten reichlich Spannung und geizen nicht mit „Enthüllungen“. Zudem bietet das Buch ein unkonventionelles „zeitgeschichtliches Divertimento“, mit dem der Zeitgeist der Moderne auf eine andere, durchaus etwas unkonventionelle Art erfasst wird. Deutlich wird der Anspruch, dass dieses Buch auch unterhalten möchte und dabei eine nicht zu unterschätzende Serviceleistung zum informierten Genuss spannungsgeladener Bücher bietet. (Die allermeisten der im Buch skizzierten Polit-Thriller sind im Übrigen noch im Buchhandel erhältlich und erleichtern angesichts anstehender Som-

mer- und Urlaubstage vielleicht – ganz im Sinne der Eingangsbemerkung – die Auswahl der Strandkorblektüre.) Wer eine eher „akademische Vorgehensweise“ bevorzugt, der mag – bevor er mit der Lektüre der einzelnen Kapitel beginnt, die jeweils einem Autor bzw. einer Autorin und deren literarischem Werk sowie Schaffen gewidmet sind – mit der abschließenden systematischen Erörterung (S. 280ff.) beginnen, die das 20. Jahrhundert im Spiegel der Polit-Thriller analysiert und dabei der Chronologie folgt. Der Autor rät allerdings dazu, wie „der Wein-Papst Hugh Johnson vorzugehen, sich also von Weinberg zu Weinberg vorzuarbeiten und nicht gleich alles durcheinander zu trinken“ (S. 15).

Siegfried Frech

Geschichte der Stadt Mannheim

Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hrsg.):
Geschichte der Stadt Mannheim.
Band 3: 1914-2007.

Heidelberg 2009. 760 Seiten mit zahlreichen, z. T. farbigen Abb., inkl. CD-ROM zur „Geschichte der Stadt Mannheim“, 39,90 Euro.

Keine Stadt leistet sich alle zehn oder zwanzig Jahre eine neue Stadtgeschichte. Meist sind Stadtgeschichten

Projekte zu Jubiläen und besonderen Anlässen, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich gewissermaßen selbst ihr kollektives Gedächtnis in gedruckter Form schenken und sich damit ihrer selbst vergewissern. Das sinnstiftende Potenzial einer Stadtgeschichte ist dann wohl auch am größten. Mit dem dritten Band der „Geschichte der Stadt Mannheim“, der den Zeitraum vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis in die jüngste Vergangenheit, bis zum Stadtjubiläum „Mannheim 2007“ abdeckt, haben die beiden Herausgeber Ulrich Nieß und Michael Caroli das besondere Geschenk des Stadtarchivs abgeschlossen. Auf über 2.200 Seiten haben zahlreiche Autoren und Autorinnen die 400 Jahre seit der Stadtgründung zu Beginn des 17. Jahrhunderts beleuchtet und in lesefreundlicher und reich bebildeter Form dargestellt. Man kann es getrost sagen: Es dürfte nur wenige Städte in Baden-Württemberg (und auch darüber hinaus) geben, die über eine so prächtige und profunde Stadtgeschichte verfügen.

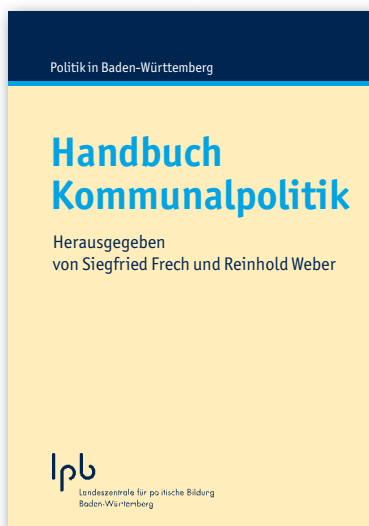
Auch der dritte Band hält, was seine zwei im Jahr 2007 erschienenen Vorgängerbände bereits versprochen haben: Auf 760 Seiten wird ein städtegeschichtliches Panorama ausgebreitet, das dreierlei Ansprüchen gerecht wird: Erstens denen des berühmten „historischen Laien“, für den solche Bücher ge-

schrieben sein sollten, der darauf ein gewisses Recht hat, wenn uns unsere historische Selbstvergewisserung mehr ist als nur akademische Nabelschau, und der solche Bücher auch kaufen soll. Nebenbei bemerkt: Mit dem für die prächtige Aufmachung günstigen Preis von 39,90 Euro dürfte fast garantiert sein, dass sich viele Haushalte in Mannheim, in der Pfalz und darüber hinaus den Band auch tatsächlich anschaffen werden. Zweitens bietet das Buch aber auch denjenigen, die sich schon intensiver mit der Geschichte der „Quadratstadt“ beschäftigt haben, neue Einsichten, Perspektiven und Quellen.

Drittens schließlich ist das Buch so angelegt, dass auch der „ortsfremde“ Leser seinen Gewinn daraus ziehen kann. Denn immer wieder wird der Ansatz verfolgt, der einer der Grundzüge zum historischen Arbeiten ist – der Vergleich. Die Mannheimer Stadtgeschichte wird so immer auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen und Ereignisse auf Landes- und nationaler Ebene reflektiert. Die chronologische und thematische Gliederung des Bandes ist dabei anregend und immer auf der Höhe der modernen Forschung. Einzelne Persönlichkeiten der Stadt werden mit der nötigen kritischen Distanz behandelt, ohne verherrlicht zu werden. Die graphische Gestaltung

Handbuch Kommunalpolitik

Siegfried Frech und Reinhold Weber (Hrsg.)



Kaum eine politische Ebene ist so nah an den Menschen wie die kommunale. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die meisten Beteiligungsmöglichkeiten. Aber angesichts der stetig zunehmenden Aufgaben bei gleichzeitig knapper werdenden Finanzen, angesichts auch der europapolitischen Verflechtungen und der globalisierten Wirtschaft wird Kommunalpolitik immer komplizierter.

Das „Handbuch Kommunalpolitik“ skizziert in kompakten, präzisen Analysen die zentralen Politikfelder auf kommunaler Ebene. Einschlägige Gesetzestexte und ein umfangreicher

statistischer Teil machen das Handbuch zum praktischen Nachschlagewerk.

5.– EUR (zzgl. Versandkosten)
per Fax 0711.164099 77,
über marketing@lpb.bwl.de oder
Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

und die Präsentation der üppigen Fotos, Abbildungen und Plakate aus allen Politik- und Lebensbereichen sind ein zentrales Gestaltungsmerkmal des Bandes und eben nicht nur visuelles Beiwerk. Und als besonderes Bonbon gibt es für interessierte Leserinnen und Leser auch noch eine CD-ROM, auf der sich eine multimediale Stadtchronik mit über 25.000 elektronisch recherchierbaren Einträgen sowie großformatige Karten und Pläne befinden. Kurzum: Ein gelungenes „Jahrhundertprojekt“, zu dem man der Stadt Mannheim nur gratulieren kann! **Reinhold Weber**

Theodor Heuss: Randfiguren der Geschichte

Theodor Heuss:
**Schattenbeschwörung.
Randfiguren der Geschichte.
Eingeleitet und herausgegeben
von Friedemann Schmoll.**

Verlag Klöpfer und Meyer, Tübingen 2009.
222 Seiten, 14,00 Euro.

Mit der lobenswerten „kleinen Landesbibliothek“, die auf insgesamt 25 Bände angelegt ist, setzt der stets um „kritische Heimatkunde“ bemühte Tübinger Verlag Klöpfer und Meyer neue Akzente zu unvergessenen Klassikern und lädt ein zur Wieder- oder gar Neuentdeckung literarischer Schätze aus dem Südwesten. Der deutsche Südwesten ist reich an Autorinnen und Autoren, die man nicht ohne „literarischen Schaden“ ignorieren kann, sowie literarischen Werken, von denen eine größere Auswahl in der „kleinen Landesbibliothek“ präsentiert wird: Romane, Erzählungen, Gedichte, Essays und Briefe. Zudem sind Überblicksbände vorgesehen, so zu Reiseliteratur, zum Dialekt, zum Selbstverständnis der Badener und Schwaben, zum Thema Dorf und Stadt.

Die ersten vier Bände der „kleinen Landesbibliothek“ erschienen im Februar 2009: „Die Räuber“ und „Der Verbrecher aus verlorener Ehre“ von Friedrich Schiller, „Kalendergeschichten“ von Johann Peter Hebel, „Erzählungen“ von Hermann Kurz und schließlich „Schattenbeschwörung. Randfiguren der Geschichte“ von Theodor Heuss.

Der vierte Band erinnert an eine Schaffensperiode des Politikers und Publizisten Theodor Heuss als „unfreiwillig freier Journalist“ in „finsternen Zeiten“ – so Friedemann Schmoll in der konzisen und kompetenten Einleitung. Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen ist der Name des ersten Präsidenten ein Synonym

für Toleranz und liberales Denken. Seine Weisheit, sein ausgleichendes Wesen und seine Menschlichkeit brachten ihm die liebevolle Bezeichnung „Papa Heuss“. Als Schwabe bekannte er sich zu einer Heimat, zu deren Geschichte und Kultur. Nie verwunden hat Heuss freilich, dass er 1933 als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) – wenngleich widerwillig und nur aus Gründen der Parteiräson – dem Ermächtigungsgesetz zustimmte, das den Weg in die Nazi-Diktatur ebnete. Auch Heuss wurde ein Opfer der Gleichschaltungspolitik. Er verlor zunächst seine Dozentur an der Berliner Hochschule für Politik. Sodann wurde ihm im Juli 1933 sein Reichstagsmandat entzogen. Verbannt von der politischen Bühne blieb Heuss als Überlebensmittel nur noch sein journalistisches und publizistisches Handwerk. Heuss verlegte sich in diesen Jahren auf historische und kulturelle Themen und veröffentlichte, nachdem die öffentliche Nennung seines Namens von den Nazis untersagt wurde, unter dem Pseudonym „Thomas Brackenheim“ – eine freundliche Hommage an das schwäbische Oberamtsstädtchen, in dem Heuss geboren wurde. Von Politik und öffentlichen Ämtern ausgeschlossen und als Journalist mit einem Schreibverbot belegt, konzentrierte sich Heuss auf das Metier des Biographischen. Aus jener Zeit stammen u. a. die Friedrich Naumann-Biographie und die 1946 erschienene Robert Bosch-Biographie.

Mit der „Frankfurter Zeitung“ entwickelte sich – nicht zuletzt durch die Fürsprache von und Unterstützung durch seinen früheren Studienfreund Wilhelm Hauenstein – ein beständiges Mitarbeiterverhältnis. Heuss schrieb für die Zeitungsbeilage „Bilder und Zeiten“ historische Gedenkausätze und biographische Skizzen, in denen er Individuen und deren Lebensläufe mit historischen Zusammenhänge und Strukturen verwob. Heuss rückte in zahlreichen Aufsätzen „manch prominente, oft auch vergessene Figuren aus dem Halbdunkel, leuchtete sie mit wenigen Andeutungen aus und machte über das Individuum hinaus die wichtigen Prozesse in Geschichte und Gesellschaft plausibel“ (Friedemann Schmoll). In dem 1947 erstmals erschienenen und nunmehr neu vorliegenden Band „Schattenbeschwörung. Randfiguren der Geschichte“ geht es mithin um gewieft Quertreiber, Phantasten, Einzelgänger, Sonderlinge und Charakterköpfe. Die 17 Einzelporträts sind – so Heuss in seinem Vorwort aus dem Jahre 1947 vor-

nehm und zurückhaltend – „Kinder der publizistischen Laune, und sie wollen auch nicht wissenschaftlich genommen und gewertet werden“. In feinsinniger Manier wird beispielsweise der Lebensweg von Philipp Matthäus Hahn – dem „Pfarrer und Mechanikus“ (S. 48ff.) – als eine „württembergische Sehenswürdigkeit des 18. Jahrhunderts“ geschildert. Hahn erlangte weniger durch seine Theologie und Frömmigkeit Berühmtheit. Vielmehr waren es die von ihm erfundenen und in akribischer handwerklicher Kleinstarbeit erstellten Uhren und Maschinen. Hahn entwickelte „wunderbare Räderwerke mit Sekunden, Minuten, Tagen, Monden, Jahren, mit dem Weg der Planeten, mit der Ordnung der Fixsterne“ (S. 49) und diverse, genau arbeitende und auf Exaktheit bedachte Rechenmaschinen. In der Person von Philipp Matthäus Hahn verbinden sich Pietismus und der Glaube an einen praktischen Rationalismus. Weitaus absonderlicher ist die biographische Skizze über das Leben des Hofrats Wolfgang von Kempelen (S. 78ff.), welcher 1770 den „künstlichen Menschen“ in Form eines Schach spielenden Türken, der auf einen Kastentisch montiert war, an verschiedenen Höfen vorführte und damit „halb Europa und später auch die Neue Welt in eine neugierige Unruhe“ (S. 79) versetzte. Der „mechanische Türke“, der regelkonform spielte und regelwidrige Züge mit einem Kopfschütteln quittierte, mit der „Präzision eines Automaten die Figuren in eckigen Bewegungen auf das richtige Feld brachte, pflegte ziemlich regelmäßig zu siegen“ (a. a. O.). Kempelen erlebte das Ende seines Täuschungsversuchs nicht mehr: Das höfische Vergnügen hat seine banale Erklärung allein in einem, im „Eingeweide“ der Maschine kauenden Mensch. Schillernd ist auch das Porträt über den Weber Georg Rapp, der mit seinen philanthropischen Experimenten und dem Versuch, einen christlichen Gemeindegemeinschaft zu etablieren, in der Frühgeschichte des amerikanischen Sozialismus von sich reden machte. Rapp, der sich im württembergischen Unterland gegen die lockere Kirchenzucht wandte und chiliastische Endzeitbilder predigte, wanderte mit einer Gefolgschaft von etwa 50 Familien nach Amerika aus und gründete die Gemeinde „Harmony“. Dort angekommen wechselte der schwäbische Sektierer ins Lager des Unternehmertums. Der unverdrossene und sprichwörtlich bekannte schwäbische Arbeitseifer ma-

nifestierte sich in einer Sägemühle sowie einer Weberei, die – so der Glaube Rapps – der Wirtschaftsverfassung der christlichen Urgemeinde gleichkam. Heuss gelang es, in diesen literarischen Schmuckstücken „Anmerkungen der Weltgeschichte“ (S. 130) – wie die Geliebte des Fürsten Metternich Dorothea Lieven – genau so filigran zu schildern, wie auch tragische Lebensläufe – so die „Schicksalsfigur“ (S. 211ff.) des Mehemed Ali (vormals Karl Detroit), welcher als loyaler Diener und Delegierter der Hohen Pforte am Berliner Kongress teilnahm – in das historische Zeitgeschehen einzubetten. Gerade der stete Brückenschlag zwischen Biographie und „großer Geschichte“ macht den Reiz der einzelnen Porträts aus. In den insgesamt 17 Essays, die wahres Lesevergnügen bieten, spiegelt sich das humanistische Verständnis von Bildung, Kultur und letztlich auch Politik wider, dem sich Theodor Heuss stets verpflichtet fühlte.

Siegfried Frech

Interdisziplinäre ökonomische Bildung

Reinhold Hedtke:

Ökonomische Denkweisen. Eine Einführung. Multiperspektivität – Alternativen – Grundlagen.

Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2008, 335 Seiten, 19,80 Euro.

Reinhold Hedtke/Birgit Weber (Hrsg.):
Wörterbuch Ökonomische Bildung.

Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2008, 362 Seiten, 19,80 Euro.

Das von Ludwig Erhard politisch durchgesetzte Konzept der sozialen Marktwirtschaft, wie er es 1957 in seinem Ökonomie-Bestseller „Wohlstand für alle“ – dessen Auflage Ende 1957 bereits 30.000 Exemplare (!) betrug – popularisierte, scheint heute nicht nur auf dem Rückzug zu sein, sondern wird auch vielfach und schlichtweg als „Sozialromantik“ abgetan. Diese Entwicklung – Erich Fromm würde vom „Sein“ zum „Haben“ dazu sagen – setzte destruktive Energien frei, die u. a. zu dem gewaltigen Finanzcrash 2008 führten. „Heuschrecken-Kultur“ und „Gier-Mentalität“ sind zu populären Synonymen für dieses Wirtschaftssystem geworden. Obgleich der Aufschrei darüber groß ist und die selbstzerstörerischen Kräfte lediglich einer kleinen Wirtschafts- und Politikerelite zugeschrieben werden, sind wir alle ein Teil die-

ses Systems und haben es mitunter widerspruchslos ertragen.

Was also tun gegen diese selbstverschuldete destruktive Tendenz? So banal es auch heute klingen mag, die „alten“ Leitideen der europäischen Neuzeit, nämlich Bildung und Aufklärung, scheinen mir immer noch die überzeugendsten Hoffnungsträger gegen Unvernunft und Scheinheiligkeit zu sein. Auf die Pädagogik der Gegenwart herunter gebrochen, sind wir in diesem Sinne wieder beim Beutelsbacher Konsens von 1976 mit seinen drei Prinzipien des Überwältigungsverbots, des Gebots der Kontroverse und der Orientierung an den Interessen der Lernenden sowie an deren politischer Analyse- und Urteilsfähigkeit angekommen. Obgleich über 30 Jahre alt und aus dem politischen Zeitgeist der 1970er Jahre entstanden, bleibt er in der heutigen „Zeit der Unvernunft“ für die Pädagogik im Allgemeinen und die politische Bildung im Besonderen ein Anker und ein Lichtblick am Ende des Tunnels. Mit diesem pädagogischen Optimismus, der uns lebenslang begleiten sollte, möchte ich hier auf zwei Publikationen zur Ökonomischen Bildung aufmerksam machen, die zur richtigen Zeit erschienen sind und Anregungen für die Durchdringung wirtschaftlicher Kreisläufe bieten können.

Die Monografie von Reinhold Hedtke, „Ökonomische Denkweisen“, will eine volkswirtschaftliche Einführung sein, die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Aspekte multiperspektivisch verbindet und auch Alternativen aufzeigt. Dazu ist der Band in folgende sechs zentrale Kapitel gegliedert: Wirtschaft und ökonomisches Handeln; Haushalte; Unternehmen; Märkte; Konstruktion von Märkten; Konsumpolitik. Der Band tritt mit dem hohen Anspruch an, eine Alternative zu den zahllosen volkswirtschaftlichen Einführungen zu sein. Und in der Tat bietet Hedtke einen anderen methodischen Zugang zum Thema. In den Mittelpunkt stellt er die Verbraucherseite, d.h. den Privathaushalt, und möchte von dort aus Prinzipien für ökonomisches Denken vermitteln. Wichtig ist dem Autor ein Pluralismus der Perspektiven. (Er erhebt andererseits aber keinen umfassenden Anspruch an sein Werk.)

Inhaltlich setzt der Autor sehr stark auf eine multiperspektivische Sichtweise und bietet dem Leser unterschiedliche Interpretationen und Zugangsweisen an – der Beutelsbacher Konsens lässt grüßen! Dieser didaktische und inhaltliche Blick ist ihm mit Bravour gelungen. Inhaltlich sei exemplarisch der Aspekt

der privaten Haushalte herausgegriffen, dem er einen größeren Raum bietet und in seiner Bedeutung klar herausarbeitet. Er macht deutlich, dass bei aller ökonomischen Globalisierung der private Haushalt nach wie vor eine zentrale Stellgröße für jede Volkswirtschaft darstellt, derzeit in der Diskussion aber eher vernachlässigt wird. Der private Konsum – also die Nachfrageseite des Marktes – bestimmt wie und ob Globalisierung funktioniert. Hier macht Hedtke Mut, den eigenen Konsum zu überprüfen, zu verändern und ihn in den Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen zu stellen. Er macht ebenfalls deutlich, dass die Forschung im Bereich der privaten Haushaltsökonomie noch viele Lücken aufweist, bzw. dass die oftmals unternehmensfinanzierte Konsumforschung nicht öffentlich zugänglich ist und in erster Linie – verständlicherweise – dem Marktvorteil des Unternehmens verpflichtet ist.

Der Band ist didaktisch aufgebaut und unterscheidet sich signifikant von anderen Einführungen. Zu Gunsten eines essayistischen Stils und Aufbaus verzichtet der Autor bewusst auf eine sonst üblich stringente Systematik aus Begriffen und Kreisläufen. Hedtkes Band ist ein Lehrbuch im klassischen Sinne, das weniger zum Nachschlagen geeignet ist, als vielmehr zum Einlesen. Er ist keine Fast-Food-Literatur und auch kein „5-Minuten-Buch“ für „zwischen durch“. Das Buch verlangt Mühe – und das ist gut so! Unterschiedliche Denkrichtungen werden bei den einzelnen Themen angesprochen, die zum selbstständigen Reflektieren anregen. Der Band animiert zum bewussten Perspektivwechsel, um im Sinne einer emanzipatorischen Aufklärung eine eigene Meinung entstehen zu lassen. Dies ist eine zentrale pädagogische Botschaft des Buches und profiliert es. Hedtke setzt auf eine starke Eigenleistung der Leserinnen und Leser. Man merkt bei ihm die Lust zum prägnanten und niveauvollen Schreiben und sein Bemühen, komplizierte volkswirtschaftliche Zusammenhänge in knapper Form darzustellen.

Zwischenfazit: Der Anspruch, eine multiperspektivische Ökonomie zu verfolgen und Wirtschaft mehrdimensional und interdisziplinär zu sehen, ist gelungen. Hedtke wird mit dieser Arbeit zum Vertreter eines integrativen Wissenschaftsansatzes, der sich von technologischen und normativen – seien sie libertär oder autoritär – Ansätzen unterscheidet.

Obgleich ein achtseitiges Glossar den Band abschließt, bietet ein eigenes

Wörterbuch, von Reinhold Hedtke und Birgit Weber ebenfalls im Wochenschau Verlag im Jahr 2008 unter dem Titel „Wörterbuch Ökonomische Bildung“ publiziert und mit 362 Seiten ebenso umfangreich, eine sinnvolle und fast notwendige Ergänzung zu Hedtkes Einführungsband.

Im Sinne einer Cross-Selling-Strategie von Verlagen eignen sich beide Bände hervorragend gegenseitig als Ergänzungsliteratur. Egal welches der beiden Bücher beim Buchhändler gekauft wird, ein engagierter Verkäufer, der die Palette des Wochenschau Verlages kennt, wird den anderen Band seinem Kunden mit gutem Gewissen anbieten können – vielleicht sogar müssen!

Der Titel ist allerdings auf den ersten Blick undeutlich, da er Grundwissen für einen ökonomisch gebildeten Menschen meinen könnte. Erst im pädagogischen Kontext wird es eindeutig: Es handelt sich um ein wirtschaftsdidaktisches Wörterbuch. Die über 250 Artikel von etwa 60 Autoren und Autorinnen können in sechs systematisierende Kapitel – obgleich alphabetisch geordnet – aufgeteilt werden: Grundlagen, Konzeption und Fächer ökonomischer Bildung; Bildungsfelder, Rollen und Sozialisation; Ziele, Werte, Kompetenzen; Planung und Evaluation; Denkschemata; Inhaltsfelder. Diese Systematik ist dem Band neben einem alphabetischen Verzeichnis vorangestellt und bietet eine ergänzende und intelligente Form des Umgangs mit dem Wörterbuch.

Auch wenn ein Wörterbuch immer ein Wörterbuch bleiben wird, ist von den beiden Herausgebern der geglückte Versuch unternommen worden, „mehr“ zu bieten. Der Band versucht, die wissenschaftliche Disziplin der Wirtschaftsdidaktik in toto abzubilden. Der Anspruch ist, den Kernbestand der Wirtschaftsdidaktik auf dem aktuellen Stand darzustellen.

Die Konzeption des Wörterbuches überzeugt und verdeutlicht das Engagement der Herausgeber und Autoren. Auch wenn vielleicht einige Stichworte und Begriffe fehlen mögen oder andere überflüssig erscheinen, spielt dies keine Rolle angesichts des überzeugenden Gesamtkonzepts.

Genau wie die Monographie von Hedtke, ist auch das Wörterbuch mit Liebe zum Detail geschrieben und hebt sich wohltuend aus der Flut ähnlicher Bücher ab. Beide Bände zählen derzeit zu den empfehlenswerten Publikationen zum Thema Wirtschaftsdidaktik und verdienen Aufmerksamkeit. Der Ansatz der Multiperspektivität zeigt sich

auch beim Wörterbuch durch Stichworte aus der Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Wirtschaftsdidaktik, Pädagogik, Soziologie, Lernpsychologie und Politikwissenschaft. Und schließlich bietet die siebenseitige Einleitung eine erste und schnelle Orientierung zum aktuellen Stand der Wirtschaftsdidaktik. Der Anspruch, „state of the art“ zu sein, wird erfüllt und verdient Lob.

Als Anregung sei erlaubt, bei einer überarbeiteten Neuauflage historische Aspekte und Personen sowie alternative Konzepte ergänzend in Erwägung zu ziehen. Die sozialistische Pädagogik – bereits Robert Owen und Charles Fourier – und vor allem die Reformpädagogik des 19. und 20. Jahrhunderts können auf eine Fülle von wirtschaftsdidaktischen Impulsen und Erfahrungen zurückblicken. Vor allem der Aspekt des integrativen Denkens findet dabei bereits eine weite Verbreitung. Beispielhaft seien nur der russische Gesellschaftskritiker Peter Kropotkin (1842-1921) und die französischen Reformpädagogen Paul Robin (1837-1912) und Sebastian Faure (1858-1942) mit ihren ganzheitlichen Ansätzen der Arbeits- und Wirtschaftspädagogik erwähnt. Nicht vergessen werden sollten auch wirtschaftsdidaktische Impulse aus der Waldorf- und Montessori-Pädagogik. Vor allem das Konzept von Maria Montessori beinhaltet einen weit blickenden multiperspektivischen Ansatz für den Elementar- und Grundschulbereich hinsichtlich ökonomischer Zusammenhänge.

Ulrich Klemm

Friedenspädagogik

Renate Grasse, Bettina Gruber, Günther Gugel (Hrsg.):

Friedenspädagogik. Grundlagen, Praxisansätze, Perspektiven.

Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2008.
313 Seiten, 16 Euro 95.

„Seit einiger Zeit hat Friedenserziehung in der Bundesrepublik ein erhebliches Interesse gefunden. Ihre Aktualität wird immer wieder durch Nachrichten über zahlreiche Formen der Friedlosigkeit wie Kriege, Gewalttätigkeiten und Erscheinungen ‚struktureller Gewalt‘ in den verschiedenen Teilen der Welt deutlich.“ – Dieses, an den Beginn der Einleitung des unlängst in der Reihe „rowohlts enzyklopädie“ (Nr. 55698) veröffentlichten Bandes „Friedenspädagogik“ gestellte Zitat von Christoph Wulf stammt aus dem Jahre 1973 und hat nichts von seiner Aussagekraft verloren. Die politischen, internationalen

und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten beiden Dekaden zwar grundlegend gewandelt, d.h. Friedenserziehung steht vor neuen Herausforderungen und „muss sich in einem veränderten nationalen wie internationalen, politischen wie gesellschaftlichen Bezugsrahmen neu positionieren“. (S. 13) Das Grundanliegen der Friedenspädagogik hat jedoch – wirft man noch einmal einen Blick auf das Eingangszitat – nichts von seiner Ernsthaftigkeit und Aktualität verloren. Zu diesem Grundanliegen der Friedenspädagogik gibt der vorliegende Band wesentliche Impulse.

Herausgegeben wurde der in der Tradition der kritischen Friedenserziehung stehende Band von ausgewiesenen Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Friedensforschung und Friedenspädagogik – unter anderem von Günther Gugel, der als Geschäftsführer des Instituts für Friedenspädagogik in Tübingen seit Jahrzehnten fundierte Publikationen und praxisorientierte Materialien veröffentlicht.

Die Beiträge im ersten Teil des Bandes – so zum Beispiel der „klassisch“ zu nennende Beitrag „Über Frieden und die Kultur des Friedens“ von Dieter Senghaas – legen die Grundlage für ein Verständnis von Friedenserziehung, die ein unverzichtbares Element der Friedenskultur darstellt. Man mag nun einwenden, dass dieser Aufsatz von Dieter Senghaas keine grundlegend neue Erörterung über die makropolitischen Rahmenbedingungen einer Friedenspädagogik ist und sich bereits in anderen Publikationen findet. Mit diesem beckenmesserischen Einwand wird man jedoch der Intention des Buches nicht gerecht. Die hier vereinten Ausätze sind – will man sich mit dem Thema angemessen auseinandersetzen – das Fundament, um das Studierende und anderweitig Interessierte nicht umhin kommen.

Günther Gugel erörtert in seinem grundlegenden Beitrag „Was ist Friedenserziehung“ das pädagogische und didaktische Potential, welches Friedenserziehung im Bildungs- und Erziehungsbereich zu entfalten vermag und erörtert sachkundig die verschiedenen Facetten, Ansatzpunkte und mögliche Themen. Deutlich wird, dass Bildung und Erziehung eine Schlüsselfunktion bei der Entwicklung demokratischer Gesellschaften und eines gewaltfreien Zusammenlebens innehaben. Folglich genügt es eben nicht, das Friedensthema an ein bestimmtes Unterrichtsfach (z.B. Ethik, Religion, Politik) zu delegieren. Das Thema „Frieden“ ist vielmehr

eine ständige pädagogische Querschnittsaufgabe. Mehr noch: Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung haben inzwischen in breitem Maße Eingang in den pädagogische Bereich gefunden. Konfliktmanagement, Mediation, Schüler-Streitschlichtung sind inzwischen gängige Begrifflichkeiten und Methoden in der schulischen und außerschulischen Bildung. Der zweite Teil konzentriert sich auf Praxisansätze. Ein Großteil der dort versammelten Aufsätze zeigt, dass Erkenntnisse der Konfliktforschung unmittelbare Relevanz für den pädagogischen Alltag haben. So findet sich in diesem Teil auch der von Friedrich Glasl verfasste Aufsatz „Die Dynamik sozialer Konflikte und Ansätze zur Konfliktbehandlung“. Dieser wohl als „Klassiker“ zu bezeichnende Beitrag ist deswegen von Bedeutung, weil er Konflikte und deren Eskalationsstufen beschreibt und vor allem praktikable Möglichkeiten der Intervention benennt. Das Faszinierende an diesem Beitrag ist die Allgemeingültigkeit und Übertragbarkeit der Eskalationsstufen

auf jedwede Art von Konflikt. (Der nachfolgende Ratschlag mag auf den ersten Blick etwas abwegig klingen: Nach der Lektüre dieses Aufsatzes empfehle ich Studierenden für gewöhnlich, sich die Hollywood-Produktion „Der Rosenkrieg“ mit Michael Douglas und Kathleen Turner anzusehen und dabei die von Friedrich Glasl formulierten Eskalationsstufen herauszuarbeiten.) Weitere Beiträge berühren die historisch-politische Bildung (Gedenkstättenpädagogik), schildern das interkulturelle und friedensstiftende Potential internationaler Jugendbegegnungen oder setzen sich am aktuellen und brisanten Thema „Islam und Muslime“ mit der Konstruktion von Feindbildern auseinander. Georg Auernheimer zeichnet in seinem Beitrag die Mechanismen dieser Feindbildkonstruktionen in ihrer aktuellen Ausprägung nach. Die Brisanz und Aktualität dieser Thematik wird offenkundig, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass der 11. September 2001 auch hierzulande (kollektive) Ängste ausgelöst hat, die in aller Regel populistisch missbraucht werden. Wenngleich Islamismus als (politischer) Ideologie kein neues Phänomen ist, so

mangelt es doch an einer unvoreingenommenen und differenzierten Betrachtung. Friedenspädagogik – so ein Fazit – kann heute am Thema Islam nicht mehr vorbeigehen. Der dritte Teil des Buches kehrt auf die einleitenden Grundsatzfragen zurück und unternimmt den Versuch, die Perspektiven der Friedenserziehung zu bestimmen. Dabei werden neue Anforderungen an die Friedenspädagogik aufgegriffen und nicht zuletzt deren Weiterentwicklung in einer notwendig europäischen und internationalen Dimension als auch deren Verankerung als Fachdisziplin innerhalb der Erziehungswissenschaft erörtert. Das Buch wendet sich an Studierende, an Pädagoginnen und Pädagogen sowie an Fachleute aus den Bereichen Bildung und Jugendhilfe, Zivile Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit. Renate Grasse, Bettina Gruber und Günther Gugel haben ein Buch vorgelegt, das für sich den Titel „Standardwerk“ in Anspruch nehmen darf. Ein Buch, dem man mithin viele Leserinnen und Leser wünscht und das in keiner (halbwegs gut sortierten) Bibliothek fehlen sollte! **Siegfried Frech**



Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von € 12,80.

Geldinstitut

Konto-Nr.

BLZ

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm/Thomas Schinkel -62
Susanne Krieg -90
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Templ -40

Stabsstelle Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: N.N. -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug* -30
Landeskunde und Landespolitik: Dr. Iris Häuser -20
Jugend und Politik: Angelika Barth* -22
Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner* -25
Thomas Schinkel* -26
Frauen und Politik: Beate Dörr -29
Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel* -35
Alexander Werwein*/Charlotte Becher* -36/-34
Stefan Paller* -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Templ -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb, Tel.: 07125/125-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungsstätte Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Deiß -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Jennifer Lutz -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, -148, Fax -145
Leiter: Rolf Müller -135
Klaus Deyle -134

Projekt Extremismusprävention

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Leiterin: Tina Schmidt-Böhringer -81
Assistentin: Sonja Oder -82

* Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-00, Fax -55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-10
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-11
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“

anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter

DER BÜRGER IM STAAT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum Downloaden: **www.buergerimstaat.de**

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden: Landeszentrale für politische Bildung, Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77 marketing@lpb.bwl.de oder im Webshop: www.lpb-bw.de/shop

FORDERN SIE UNSERE VERZEICHNISSE AN

oder orientieren Sie sich im Internet unter lpb-bw.de.

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 1 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über 1 kg sowie grundsätzlich bei Lieferungen kostenpflichtiger Produkte werden Versandkosten berechnet.

www.lpb-bw.de